



12. Oktober 1931

## JULIUS KALISKI · DIE DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT IM EUROPÄISCHEN AUFBAU

**B**EI aller Verflechtung des wirtschaftlichen Lebens der einzelnen Länder und Kontinente ist doch die Krise in ihren Ursachen und ihrer Entwicklung keineswegs überall gleicher Art. Als Ausstrahlung des Weltkriegs ist sie in ihrem Ursprung einheitlich, wengleich nicht davon gesprochen werden kann, daß die Wirtschaftsverhältnisse sich etwa mit der Gewalt eines Naturgesetzes gestaltet hätten. Was die Menschen dazu getan oder nicht getan haben, gab zum mindesten in einer ganzen Reihe von Ländern den entscheidenden Ausschlag. Das zeigt sich schon bei einer äußern Betrachtung der Lage europäischer Länder. Man diene weder der Wahrheit noch der Stärkung des so erforderlichen tatkräftigen Schaffens, wollte man sich der Tatsache verschließen, daß grade auch Deutschland zu seiner wirtschaftlichen Erschütterung nicht infolge der Weltwirtschaftskrise kam sondern, bei der selbstverständlichen Verbundenheit mit der internationalen Wirtschaft, eher als ein Faktor der Verschärfung der allgemeinen Krise wirkte.

Niemals wäre die Entwicklung des deutschen Exports, wie sie sich bis in die jüngste Zeit hinein zeigte, möglich gewesen, hätte unsere Industrie an den Krisenfolgen des Auslands den Hauptschaden erlitten. Schwer leidet allerdings Deutschland an der Verödung *Rußlands* seit der bolschewistischen Herrschaft, die mit ihrem Propagandalärm die ungeheure Schwächung der Produktivkräfte des Russischen Reichs nicht ausgleichen kann. Deutschlands Ausfuhr nach Rußland betrug im Vorkriegsjahr 1913 880 Millionen Mark, während die Ausfuhr nach dem bolschewistischen Rußland im Jahr 1930 immer erst auf 431 Millionen Mark kommt und obendrein unter Bedingungen geschieht, die bei leidlich erträglichen Zuständen Rußlands das Mehrfache des Werts unseres Exports hätten herbeiführen müssen. Eine solche Ausdehnung der Aufnahmefähigkeit des russischen Markts hätte dabei nicht die Überschwemmung mit fremden Waren bedeutet sondern wäre nur das Ergebnis einer normalen Entwicklung. Grade das Beispiel Rußlands offenbart mit aller Deutlichkeit, daß die durch das bolschewistische Funktionärregime heraufbeschworene Ausschaltung eines ganzen Imperiums aus dem Welt-

getriebe durch die Unterbindung der agrarischen Schaffenskraft erzwungen worden ist. Mit anderen Worten: Jede durch das bolschewistische Parasitentum unbehinderte Landwirtschaft hätte in Rußland genug Lebenskräfte aufgebracht, um die Last der Weltkriegsfolgen zu überwinden und mindestens den natürlichen Auftrieb der Gesamtwirtschaft des Riesenreichs zu verbürgen. Nur die Tolerierung der bolschewistischen Herrschaft aus "politischen" Gründen läßt die Täuschung zu, daß die Ausfuhr von Getreide und anderen Lebensmitteln aus Rußland ein Dumping jener Art darstelle, die wir sonst kennen, und deren Voraussetzung der Überfluß an einer Ware ist, während die russische Lebensmittelausfuhr das Ergebnis eines Raubs an der notwendigen Ernährung des russischen Volkes ist. Im selben Augenblick, in dem die Bolschewisten mit erhöhten Lebensmittelexporten glänzen, erscheinen in den deutschen Tageszeitungen die Inserate eines Warenhauses, in denen die privilegierte Ausfuhr von Lebensmittelpaketen nach Rußland den Kreisen angezeigt wird, die ihre in Rußland weilenden Familienangehörigen gegen Hunger schützen wollen. Den großen Umfang der amerikanischen Krise pflegt man an dem Niedergang der Industrie und der Banken Amerikas zu illustrieren. Aber was immer durch den Weltkrieg an industrieller Ausdehnung in den Vereinigten Staaten geschaffen worden ist, tritt an Bedeutung gegenüber der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zurück, wie sie sich aus der Erweiterung des Areals und der technischen Intensivierung ergab. Die vielbewunderte Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Markts lag in der Kaufkraft seiner landwirtschaftlichen Bevölkerung, die so groß war, daß ihr gegenüber ein Ausgleich durch gesteigerten Export auch bei besseren Verhältnissen des Weltmarkts unmöglich gewesen wäre. Sehr still ist es jetzt von dem amerikanischen Wunder geworden, das angeblich darin bestand, daß man die Löhne dauernd erhöhte und gleichzeitig die Warenpreise laufend herabsetzte. War das auch in der günstigsten Konjunkturperiode nur für eine verhältnismäßig beschränkte Zahl von Gewerben möglich, so versagte diese Praxis ebenso wie die anders bewirkte Anreizung der Konsumtion angesichts der wachsenden Unrentabilität der weiten landwirtschaftlichen Gebiete. Die niedrigen Getreidepreise haben die Verelendung der landwirtschaftlichen Bevölkerung herbeigeführt, ohne jedoch die entsetzliche Verarmung der Millionenheere der Arbeitslosen in Amerika zu verhindern. Es ist also ein zweifelhaftes Glück, das in billigen Getreidepreisen liegt, und es wäre ein Attentat gegen die Vernunft und gegen den lebensfähigen Kern der deutschen Landwirtschaft den Preisstand für Getreide in den Vereinigten Staaten oder gar in Canada auch zur Grundlage der Preisbestimmung für deutsches Getreide machen zu wollen. Unzweifelhaft hätte das ein weiteres ungeheures Anschwellen der Massenarbeitslosigkeit zur Folge. Fernab von Störungen industrieller Betätigung liegt die Quelle der gewaltigen Krise Chinas, das durch die Kette innerer Kriege die landwirtschaftliche Arbeit ungezählter Millionen lahmlegt, sie zum Hunger verurteilt und so als Träger einer weitem wirtschaftlichen Erschließung ausschaltet. So fällt auch der chinesische Markt für den Export der großen Industrieländer fort, für die er auch bei langsamer Entwicklung eine sehr große Bedeutung erlangt hätte. Was für Rußland, Amerika und schließlich China zutrifft, gilt unter anderen Voraussetzungen und Zusammenhängen auch für Deutschland, selbst unter voller Einschätzung der schweren Fehler und Gebrechen der Wirtschaft des Industrie- und Bankenkapitals.

So überragend für die wirtschaftlich erschlossene Welt das Schicksal der Industrie geworden ist, so sicher wird der Beginn und der Verlauf der Krise auf den entscheidenden Gebieten durch die Agrarwirtschaft bestimmt. Gesunde Agrarverhältnisse bilden auch heute noch den wirksamsten Schutz gegen eine Zuspitzung industrieller Krisen; durch die Sicherung einer breiten landwirtschaftlichen Produktion, die nun einmal mit der Sicherung ihrer Rentabilität identisch ist, wird zugleich der beste Markt im Inland geschaffen. Es wird also die Herstellung geordneter landwirtschaftlicher Verhältnisse Mittel- und Ausgangspunkt der Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens gemeinhin bilden und bleiben. Damit wird eine Feststellung wiederholt, die in den Sozialistischen Monatsheften in den letzten Kriegsjahren eingehend begründet und seither von Monat zu Monat der Öffentlichkeit in Erinnerung gebracht worden ist. Mit der Aufzählung aller Maßnahmen, die im Interesse der Landwirtschaft beschlossen oder ausgeführt worden sind, ist der Sache wenig gedient, es könnte damit nur bewiesen werden, daß die angewandten Mittel nicht richtig waren oder nicht ausreichten. Die Hilfsabsichten, von denen alle in Betracht kommenden Maßnahmen getragen wurden, sollen dabei keineswegs unterschätzt werden, sie haben aber die zu lösende Kernfrage noch nicht richtig erfaßt, geschweige denn gelöst.

Leider hat die Landwirtschaft selbst unter den inflatorischen Wirkungen der ersten Jahre nach dem Krieg die ganze Schwere ihrer Aufgaben vielfach nicht erkannt, sie hat sie oft unterschätzt und auf diese Weise auf eine innere Rüstung verzichtet, bis die wachsenden Schwierigkeiten die Gesundung von Jahr zu Jahr erschwerten. Ganz besonders hätte sie Veranlassung gehabt sich allen inflationistischen Künsten mit Leidenschaft zu widersetzen, denn was sie während der Inflation an vermeintlicher Blüte erlebte, hat sie in den darauf folgenden Jahren mit unsagbar schweren Lasten gebüßt. Das sollte ausreichen, um die deutsche Landwirtschaft gegen alle Ansteckung durch die Inflationspropaganda immun zu machen, jeder Inflationsversuch würde die Not der Landwirtschaft ins Ungemessene steigern. Nach der Einstellung der Goldzahlungen durch die Bank von England haben es unsere Inflationspolitiker an Lockungen nicht fehlen lassen. Wobei man sich nur über die Annahme wundern kann, daß die Menschen, die vor noch nicht einem Jahrzehnt den Inflationsraubzug erlebt haben, diese Jahre des Elends und des Grauens so schnell vergessen haben könnten. Jede Inflation ist ein Massenbetrug an der Arbeit und deshalb besonders landwirtschaftsfeindlich. Niemals bisher gab es eine andere Art der Inflation, wie immer sie begann, und ob ihre Vertreter sie "kontrolliert" glaubten führen zu können oder nicht. Was immer andere Länder unter inflatorischen Operationen leiden oder zu leiden haben werden, würde sich für Deutschland noch unendlich verschlimmern, da eine Inflation im Verhältnis 1 : 1 000 000 000 000 hinter uns liegt, bezahlt mit unermesslichen Opfern des größten Teils des Volks an Gut und Blut und bis heute als Gift im Volkskörper wirkend. Was England veranlaßte oder zwang die Goldzahlung einzustellen, soll hier unerörtert bleiben; um so bestimmter aber muß die Gewißheit ausgesprochen werden, daß jede Nachahmung des englischen Vorgehens der Selbstvernichtung gleichkäme. Politische Ahnungslosigkeit oder Bedenkenlosigkeit jubelte der Einstellung englischer Goldzahlung zu, als Zeichen eines Kampfs Großbritanniens gegen Frankreich, allein in der Verblendung einer gegen Frankreich gerichteten Politik, für die das Rezept sehr einfach ist: Deutschland brauchte

nach dieser Parole das Gold nur zu ignorieren und zu einer goldfreien Währung überzugehen, um zu "siegen". Damit wäre alles getan, versichert man, die Tür zur Unabhängigkeit ist geöffnet, und der Ankurbelung der Wirtschaft sind durch die Zufuhr von "Umlaufmitteln" in beliebiger Höhe alle Hemmnisse aus dem Weg geräumt. Mit einer Erklärung der deutschen Wirtschaftskrise durch die Zahlungen für unsere Kriegsverpflichtungen geht es nicht mehr, seitdem die Tatsache zur allgemeinen Kenntnis gelangte, daß die deutschen Auslandsschulden seit 1924 die Höhe unserer Zahlungen aus den Kriegsverpflichtungen übersteigen, und daß England in eine Wirtschaftskrise geriet, obwohl es doch zu den Siegerländern gehörte, und zwar zu den bevorzugten Siegern, die sich schon vor dem Vertrag von Versailles erheblichen Kriegsgewinn zu sichern wußten. Jetzt ist es das französische Gold, das zum Urheber allen Unglücks der Welt erklärt wird, und mit dessen Übertragung etwa auf Deutschland das Gleichgewicht der Wirtschaft wiederhergestellt werden könnte. Nichts irriger als das, denn auch ohne Reparationszahlungen würde sich in überraschend kurzer Zeit ein Abfluß auf Grund der Schuldnerverhältnisse bei unveränderter Fortführung der jetzigen Wirtschaft ergeben. Und bei rücksichtslosester Ignorierung des Goldes käme etwa so viel heraus wie bei Ignorierung von Kohle oder Holz. Gold ist eine Ware und behält seinen Charakter, ob man es "anerkennt" oder nicht. Ein Staat, der Ausgaben macht, die durch seine Einnahmen nicht gedeckt werden, und der seine Defizite nicht durch Anleihen in Gold decken kann, der also nicht das Vertrauen genießt, daß ihm Gold anvertraut wird, wird auch bei Ignorierung des Goldes niemals etwas anderes zu tun vermögen als das Gleichgewicht des Staatshaushalts herzustellen und die Wirtschaft der Nation neu aufzubauen. Keine "Kreditausweitung" durch Eigenvermehrung der "Zahlungsmittel" kann ihm dabei helfen, nur produktive Leistung.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe hat die Landwirtschaft eine besonders große und wertvolle Arbeit zu leisten: im eignen Interesse, das sich mit dem der Volksgemeinschaft deckt. Selbst unter dem schwersten Druck ist die landwirtschaftliche Produktion erheblich ausgedehnt worden, und mit den Produktionsmengen der verschiedensten Art ist die Qualität der Erzeugung gestiegen. Es ist also kein leerer Wahn, wenn man der deutschen Landwirtschaft die Kraft zuschrieb und zuschreibt dem deutschen Volk die Ernährung zu sichern. Dazu steht die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte an sich noch nicht in Widerspruch, doch dürfte sie nur als Ergänzung, nie als Ersatz heimischer Erzeugung geduldet werden. Es kommt eben entscheidend auf die entwicklungsmögliche Leistungsfähigkeit an, und schließlich handelt es sich bei der Frage der Ernährungssicherung durch die eigne Landwirtschaft gar nicht darum, ob man bis auf den letzten Rest nur eigne Produkte verzehrt. Das wird als Aufgabe auch nicht gestellt. Entscheidend ist die Herbeiführung einer Wirtschaft, die die wesentliche Ernährung sichert, das ist die relative Autarkie, die herbeizuführen ein Gebot nationaler Selbstbehauptung ist. Die Ergänzung haben die Bezüge aus den Nachbarländern zu erbringen, mit denen Deutschland sich zur Gemeinschaftsarbeit verbinden muß.

Je bewußter an dem Zustand relativer Autarkie landwirtschaftlicher Produktion gearbeitet wird, um so mehr muß das Verständnis für den Zusammenschluß mit den Ländern des kontinentalen Europas zur Herbeiführung einer Wirtschaftsgemeinschaft wach werden, denn erst durch die Gemein-

schaftsarbeit kann die relative Autarkie in der Sicherung der Ernährungswirtschaft das Fundament zur vollen Entwicklung der nationalen Schaffenskräfte geben. Gegen diesen Gemeinschaftsgeist zu verstoßen ist eine Sünde, die sich an der deutschen Wirtschaft und nicht zuletzt an der deutschen Landwirtschaft rächt. Vor kurzem wurde mitgeteilt, daß die Reichsregierung an Zuschußweizen 200 000 Tonnen aus Nordamerika und voraussichtlich weitere 300 000 Tonnen aus Argentinien und Canada beziehen wird. Der Kauf aus Nordamerika ist zustande gebracht, und zwar handelt es sich dabei um vorjährigen Weizen, dessen Qualität hinter dem sonst gerühmten Wert amerikanischen Hartweizens wesentlich zurückbleibt. Dieser Kauf amerikanischen Weizens erweist sich auch unter Berücksichtigung der Einräumung längern Kredits als eine Hilfsaktion weniger für Deutschland als für Amerika, die nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Kräfteverhältnisses zwischen Deutschland und Amerika unverständlich ist. Als Animierung der mit blühender Phantasie angekündigten Aktion Herbert Hoovers zur Schuldentreichung und zur Lösung der Korridorfrage aus dem Handgelenk waren diese Freundschaftskäufe sicherlich nicht gedacht; sonst hätten sie bereits zu peinlichen Überraschungen bei uns geführt. Europäische Agrarstaaten haben seit Jahren mit wachsenden Schwierigkeiten des Absatzes von Getreide und vornehmlich auch von Weizen zu kämpfen, sie bemühten sich mit Energie Weizen gegen deutsche Industriewaren zu liefern. Daß man auf diese Angebote nicht einging und, während jene europäischen Agrarländer unter ihren schwierigen Verhältnissen leiden, Weizen in Amerika kauft, das sind Handlungen, die gegen die Existenzbedingungen Europas und am Ende gegen die wohlverstandenen eignen Interessen Deutschlands verstoßen. Frankreich hat in den letzten Wochen und Tagen gegen die wachsende Einfuhr von Holz auch aus Deutschland Maßnahmen getroffen, ferner will es die gesteigerte deutsche Viehausfuhr durch Einfuhrkontingente regeln. So unwillkommen diese Einfuhrbeschränkung für unsere Wirtschaft ist, man wird sie grade deshalb im Rahmen einer Gemeinschaftsarbeit und im Zusammenhang mit den eben erwähnten deutschen Weizenkäufen in Amerika würdigen müssen. Frankreichs Politik geht darauf hinaus innerhalb Kontinentaleuropas durch Erschließung großer Gemeinschaftsarbeiten nun auch die südosteuropäischen Agrarstaaten mit den großen Industriestaaten durch Lieferung von Agrarprodukten gegen entsprechende Lieferung von Industrieprodukten zu verbinden. Störungen in der Ausführung dieses Programms werden nicht erfolgreich für Deutschland sein, sie gehen auf die Dauer zu unseren Lasten.

Es soll damit nur ein Beispiel für viele gegeben werden, weil dieses Beispiel im Gedächtnis aller beteiligten Wirtschaftsgruppen ist und auch ohne Kommentierung verstanden wird. Nach den hierzulande herrschenden Gepflogenheiten könnte man auf den Einwand gefaßt sein, daß hier wirtschaftliche Interessen hinter hohen politischen Notwendigkeiten zurückzutreten haben. Aber diese politischen Aktionen werden sich bei kritischer Untersuchung sicherlich nicht als Notwendigkeiten erweisen sondern als Fehlhandlungen, die grade im Interesse der deutschen Politik zu unterlassen wären. In dem vorliegenden Fall kann gar nicht daran gezweifelt werden, daß die Weizenkäufe in Amerika der deutschen Gesamtwirtschaft und damit in erster Reihe der deutschen Landwirtschaft abträglich sind, wobei keinerlei Gegenwert oder ernste Förderung anderer Art für Deutschland herauspringen kann. Wo und wann immer Auslandskäufe von Getreide notwendig werden, hätte die

beteiligte Wirtschaft verantwortlich mit in erster Reihe zu entscheiden und auch die Formen der Ausführung zu bestimmen. Grundfragen der deutschen Wirtschaft hat man übrigens durch die am 6. Oktober erlassene neue Notverordnung nicht zu regeln versucht. Die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms ist für die nächsten Wochen vorgesehen. Erfreulich ist diese Verzögerung an sich nicht, aber sie hat die gute Folge, daß für dieses Programm jetzt, nach der Kabinettsänderung, die ausgezeichneten Kenntnisse des neuen Wirtschaftsministers Hermann Warmbold nutzbar gemacht werden können.

Am 15. Juli 1929 wurde hier zur Sicherung unseres Getreidebaus die Forderung erhoben unter dem Schutz ausreichender Zölle ohne den Apparat plötzlicher und häufiger Zollerhöhungen die Einrichtung zur Unterbindung unerwünschter, weil wirtschaftlich schädlicher Einfuhr zu treffen. Es wurde damals hier empfohlen das dem Staat zustehende Recht auf Errichtung von Monopolen dem gesamten Getreidehandel in der Art zu übertragen, daß alle an der Einfuhr und Ausfuhr beteiligten Firmen konzessionspflichtig gemacht werden, mit der Bestimmung, daß die Konzession bei wirtschaftsfeindlichem Verhalten entzogen werden kann. Weiter ging der Vorschlag dahin: »Aus Vertretern des korporativ zusammengefaßten Getreidehandels wäre mit Vertretern der zusammengeschlossenen Landwirtschaft und ebensolchen Vertretern der Mühlen, des Bäckereigewerbes und der mit der Produktion eng zusammenhängenden Konsumgenossenschaften eine Kommission zu bilden, die bestimmte Richtlinien für den Umfang der Einfuhr zu geben hätte. Aus einem gewissen Zusammenhang damit ergäbe sich auch die Rückwirkung auf die Preisgestaltung. Sicherlich würde die Anwesenheit eines Reichskommissars bei Zusammenkünften und Entscheidungen einer solchen Kommission allen Teilen erwünscht und unentbehrlich sein. Welche Macht diese Kommission besäße, um ihren Richtlinien und Ratschlägen Achtung zu verschaffen, ergibt sich sehr schnell, wenn man daran denkt, welche Notwendigkeiten im allgemeinen für den Getreideimporteur bestehen. Reichsbank, Preußische Staatsbank, Preußische Zentralgenossenschaftskasse würden ebenso wie die Großbanken nicht zögern für eine nicht angebrachte Weizeneinfuhr Kredite zu verweigern.« Am 14. April 1930 wurde dieser Vorschlag erneuert, aus Anlaß der Forderung zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise bis auf weiteres Brot nur als Roggenbrot backen und an den Markt bringen zu lassen. Was damit erreicht worden wäre, wenn man diese Forderung erfüllt hätte, bedarf keiner Darlegung. Man hätte Stützungskäufe mit all den bekannten Folgen vermieden, ebenso ließe sich das gewiß nicht erfreuliche System der Einfuhrscheine entbehren, und man könnte der Landwirtschaft wirksame Hilfe bringen, wenn für unsere Millionen von Arbeitslosen Roggen aus Reichsmitteln erworben, gegen Lohn vermahlen und gegen Lohn verbacken würde. Dabei würde auch der jetzt ungerechtfertigt hohe Roggenbrotpreis unter dem Einfluß des so verbilligten Brots im ganzen Land gesenkt werden. Diese Versorgung von Arbeitslosen mit Roggenbrot wurde von Kreisen vorgeschlagen, die keineswegs Vertreter reiner "Interessentenhausen" sind, aber auch als Vorschlag der landwirtschaftlichen Interessenten würde die skizzierte Maßnahme an Wert nicht verlieren. Durch die neue Notverordnung ist für derartige Maßnahmen die Rechtsgrundlage geschaffen, die Arbeitslosenversicherung kann bis zu  $\frac{1}{2}$  ihres Betrags in Sachleistungen gewährt werden. Grundsätzlich aber müßte in Verbindung damit Roggenbrot das Alleinbrot für die gesamte Bevölkerung in Deutschland bilden.

Schon um diese wenigen Aufgaben zu lösen, die nur einen kleinen Teil der Gesamtarbeiten bilden, und deren Durchführung nicht vertagt werden darf, muß die Landwirtschaft eine aktive Gemeinschaft bilden. Eine wirklich aktive Gemeinschaft, die die ganze Landwirtschaft umfaßt, besteht zur Stunde nicht. Sie wäre nach Gemeinden, Kreisen und Provinzen aus den Besitzern oder Leitern der einzelnen Wirtschaften zu bilden, unter paritätischer Hinzuziehung der Arbeiter und Angestellten. Beschluß- und Vollzugsorgane der Landwirtschaft würden auf diese Weise entstehen, aus der Verbindung der einzelnen Gemeinschaften käme die Vertretung der Länder und schließlich des Reichs zustande. Das wären die wirklichen Träger der Agrarproduktion, deren Gemeinschaften auch zugleich Träger eines großen Teils der öffentlichen und damit auch der steuerlichen Verwaltung zu bilden hätten, ausgestattet mit der unbestrittenen Sachkunde, der Verantwortlichkeit und der Autorität, die einen geordneten Gang der Landwirtschaft sichern könnten. An diesen Gemeinschaften würde jede demagogische Agitation abprallen, sie würden durch ihre Praxis den Lebensnotwendigkeiten der Landwirtschaft, also der Existenzgrundlage der Nation, die Gestalt geben, die sich als breites und festes Fundament eines Neubaus der Wirtschaft und der Volksgemeinschaft erweisen wird. Eine Gemeinschaft dieser Art würde in Zusammenarbeit mit der nicht weniger bodenständigen Landwirtschaft Frankreichs Deutschland in den Dienst des europäischen Aufbaus stellen und Deutschland in diesem Rhythmus der Arbeit weit über das eigne Vermögen hinauftragen. In dieses Deutschland würde Gold fließen, das nur die ignorieren, die es nicht bekommen, und das in fruchttragende Arbeit die umsetzen werden, die sich entschließen den Aufbau der Landwirtschaft aus eigenem Willen zu beginnen und zu vollführen.

## CARL MIERENDORFF · GRUNDSTEINLEGUNG IN BERLIN



**A**MTLICH wird mitgeteilt: Der französische Ministerpräsident und der französische Außenminister sind nach Berlin gekommen, um den Besuch zu erwidern, den ihnen seinerzeit der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen in Paris abgestattet haben. Zugleich war es ihre Absicht ihre früheren Besprechungen zu einem Ergebnis zu führen. Die Vertreter der beiden Regierungen haben wieder ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß ihr Ziel die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Sie sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet ihre Bemühungen zu vereinigen, um Lösungen zur Milderung der Not zu finden. Den deutschen und französischen Ministern scheint es geboten ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten verspricht. Sie sind dementsprechend übereingekommen eine gemischte deutsch-französische Kommission zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft wie auch der Arbeitnehmer bestehen soll. Die Leitung der Kommission wird Mitgliedern beider Regierungen obliegen. Außerdem wird ein gemeinsames ständiges Generalsekretariat eingerichtet. Die Kommission wird ihre Sitzungen je nach Bedarf in dem einen oder anderen Lande abhalten und ihre Arbeiten alsbald aufnehmen. Die Kommission hat die Aufgabe alle die beiden Völker berührenden Wirtschaftsfragen zu prüfen, ohne dabei die Interessen anderer Länder und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus dem Auge zu verlieren. Sie wird vor allem die Möglichkeiten prüfen die bereits bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen zu verstärken und auszubauen und neue Vereinbarungen abzuschließen, und zwar gegebenenfalls in neuen Organisationsformen. Sie wird den

gegenwärtigen Stand des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern untersuchen, um die seit dem Inkrafttreten des Handelsvertrages von 1927 gesammelten Erfahrungen nutzbar zu machen. Sie wird weiter gemeinsam nach neuen Absatzmöglichkeiten suchen. Nach übereinstimmender Ansicht ist diese Aufzählung nicht erschöpfend. Die Vertreter der beiden Länder legen Wert darauf klar zum Ausdruck zu bringen, daß sich ihr Vorgehen nicht gegen die Wirtschaft irgendeines andern Landes richtet. Sie erklären, daß sie es ablehnen die Lösung der der Kommission zugewiesenen Fragen etwa in gemeinsamem Vorgehen auf dem Gebiete von Zollerhöhungen zu suchen. Sie werden sich in Einklang mit den allgemeinen Bestrebungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise halten und werden die Mitarbeit anderer Völker in jedem Falle nachsuchen, wo die Sachlage dies erfordert. So könnte unter anderm die Durchführbarkeit internationaler Abmachungen über Schifffahrt und Luftverkehr geprüft werden. Die Vertreter der deutschen und der französischen Regierung sind überzeugt, daß sie hiermit den Grundstein zu einem Werk des Aufbaus legen. Dieses Werk soll der erste Schritt zu einer Gemeinschaftsarbeit sein, die ein Gebot der Stunde ist, und an der mitzuwirken alle berufen sind.»

So lasen wir in dem am 29. September ausgegebenen Communiqué. Die Einsetzung der darin angekündigten »gemischten deutsch-französischen Kommission« zur Prüfung der Wirtschaftsfragen der beiden Länder bildet das nach außen sichtbare Ergebnis des Besuchs, den Pierre Laval und Aristide Briand am 27. und 28. September in Berlin gemacht haben. Der Besuch, der allen Zweiflern zum Trotz nun doch zustande gekommen ist, war in der Tat kein Höflichkeitsbesuch, sondern er diente der praktisch-politischen Arbeit. Mit Nachdruck haben die französischen Gäste es wiederholt betont, was Laval in seinem Trinkspruch in Berlin sagte:

»Wir haben nicht nur einen Akt der Höflichkeit vollziehen und der freundlichen Einladung, die an uns ergangen ist, Folge leisten wollen. Wir möchten in dieser großen und schönen Hauptstadt des Reichs die Fäden der Besprechungen von Paris und London wiederaufnehmen und fortsetzen.«

Überprüft man rückschauend kritisch das Ergebnis dieses Besuchs, so darf gesagt werden: Wir könnten ein großes Stück weitergekommen sein. Eine neue Lage ist geschaffen. Welcher Fortschritt und welche Wandlung gegenüber dem Zustand im Vorjahr! Wir sind noch lange nicht am Ziel. Aber der Gedanke der Zusammenarbeit mit Frankreich ist so vorgeschritten, daß nur derjenige den Vorgang bagatellisieren kann, dem das Verständnis für die Bedeutung des Wachsens der Dinge in der Politik fehlt. Die politischen Verirrungen der letzten 12 Monate muten jetzt gradezu tragisch an, da sich die Forderung nach der deutsch-französischen Zusammenarbeit mit strahlender Deutlichkeit als die zentrale Aufgabe der Gesamtpolitik herausgeformt hat. Vor einem Jahr noch Verwirrung, dichter Nebel und Durcheinander auf der ganzen Linie. Heute wird die Forderung von den Zeitungen diskutiert, als habe es nie etwas anderes gegeben als die Erörterung dieses Gedankens, und den Massen ist es jetzt zum Erlebnis geworden, daß die Herstellung des Vertrauens zwischen Deutschland und Frankreich und die Verwirklichung der wirtschaftlichen Kooperation beider Völker den ersten und wichtigsten Schritt zur Überwindung der Wirtschaftskrise bedeuten. Bis in die Terminologie hinein (man nehme nur das Wort Kooperation, das die Schlagzeilen der Presse in diesen Wochen beherrscht) ist der Erfolg der Verfechter dieses Gedankens sichtbar geworden. Wenn wir auch von positiven Ergebnissen noch weit entfernt sind, so darf doch gesagt werden, daß jedenfalls die inneren Voraussetzungen zur Verwirklichung dieses Gedankens der deutschen Öffentlichkeit klar geworden sind. Man kann unzufrieden sein, daß erst diese Etappe erreicht wurde, wenn man vor Ungeduld auf den Tag der Ankunft am Ziel brennt, aber man kann schließlich auch nicht die große Behutsamkeit



tadeln, mit der bei dem Berliner Besuch ans Werk gegangen wurde. Porzellan zu kitteln, das schon so oft zusammengeleimt und immer wieder zer schlagen worden ist, kostet Zeit und macht unsägliche Mühe, weil mit vorsichtigen Fingern Splitterchen auf Splitterchen gefügt werden muß. Aber einer übermäßig langen Vorbereitung, wie manche meinen, bedarf es nicht. Beginnt man ernsthaft diese Politik, so wird ihr Erfolg solche Werbekraft ausüben, daß der (künstlich aufgepeitschte) Franzosenhaß im deutschen Volk bald verschwunden sein und ehrlicher Aussöhnung Platz gemacht haben wird.

Der Erfolg des Berliner Besuchs wäre erheblich größer gewesen, wenn man auf der deutschen Seite mit etwas mehr Mut an die Bewältigung des Problems herangegangen wäre. Man kennt die Methode Heinrich Brünings alles reifen zu lassen und nichts zu überstürzen, und gewiß muß auch der Politiker nach dem Gesetz handeln, das ihm gemäß ist, wenn er nicht fehlgreifen und entgleisen soll. Das schließt Bedenken nicht aus, auf die hingewiesen werden muß. Die Freunde Brünings rühmen ihm nach, daß er bei seiner Arbeit keine "Tempofehler" mache. Das ändert nichts daran, daß eine solche Methode zu gefährlichen Zeitverlusten führen kann, die plötzlich dann zu übereiltem Handeln zwingen. Bis die Wirkungen des weltpolitischen Elementarunterrichts da sind, auf den es Brüning dem deutschen Volk gegenüber angelegt haben mag, können sich die Verhältnisse so verschärft haben, daß alle Berechnungen über den Haufen fallen.

Die Demission des Kabinetts Brüning am 7. Oktober gibt solchen Besorgnissen recht. Die Zuspitzung der innenpolitischen Lage hat den Reichskanzler zu einer spontanen Änderung in der Besetzung einzelner Ministerien gezwungen. Es ist symptomatisch, daß es dreier banger Tage voller alarmierender Gerüchte bedürfte, ehe sie vollzogen war. Was nun das am späten Abend des 9. Oktober konstituierte 2. Kabinett Brüning für unser Verhältnis zu Frankreich bedeutet, wird davon abhängen, wie die Außenpolitik in ihm weitergeführt werden soll. Julius Curtius, der den Weg Gustav Stresemanns fortzusetzen berufen schien, hat sich mehr und mehr von ihm abdrängen lassen. Sein Rücktritt hätte aber nur dann einen positiven Sinn, wenn Heinrich Brüning nun, da er selber das Außenministerium verwaltet, das Programm deutsch-französischer Zusammenarbeit nicht nur aufstellt sondern auch durchführt. Die Lage ist kritisch. Gelingt es Brüning noch einmal den Vorstoß der sogenannten Nationalen Opposition abzuwehren, deren heterogene Elemente in ihrer wortreichen und ideenlosen Harzburger Kundgebung am 11. Oktober nur in dem Wunsch die »nur national getarnte Regierung der bisherigen Kräfte« zu stürzen einig waren, so sollte dies ihm eine Lehre sein aktiver als bisher an die politische Neugestaltung unseres Verhältnisses zu Frankreich heranzugehen.

»Die Berliner Reise kann, ähnlich wie der Besuch Brünings in Paris, im Buch der deutsch-französischen Beziehungen als ein sicherer psychologischer und als ein eventueller wirtschaftlicher Gewinn eingetragen werden. Darin ist die öffentliche Meinung in Paris sich einig. In politischer Hinsicht bringt sie kaum eine Änderung.« In diesem Urteil des Pariser Korrespondenten der Neuen Züricher Zeitung ist die Ansicht der Weltpresse über das Ergebnis des Berliner Besuchs am besten zusammengefaßt. Der Temps sprach von »Entspannung«. Und man gäbe sich einer schweren Täuschung hin, wollte man die Dinge anders beurteilen. Auch wenn man die Bedeutung dieses Fortschritts noch so hoch schätzt, muß man deshalb doch bedauern, daß nicht mehr erzielt wurde.

Die Kommission ist das spezifische Produkt der neuen Methode, die diesmal angewandt wurde. Die Anregung zu diesem Verfahren kam von Paris. Gleich nachdem er in Berlin eingetroffen war, sagte Pierre Laval in seiner Ansprache an die Presse bei dem Empfang in der Französischen Botschaft: »Auf wirtschaftlichem Gebiet können wir sofort zur Tat schreiten. Wir werden handeln. Ich habe der deutschen Regierung eine Methode vorgeschlagen.«

Realistisch, wie es in der neuen Terminologie heißt, soll diesmal die Verständigung angebahnt werden, nicht ideologisch wie früher. Vielleicht liegt in dieser Kontrastierung eine Kritik, der man die Berechtigung nicht absprechen kann. Wer es liebt die politischen Handlungen auf einen prinzipiellen Nenner zu bringen, kann daraus die Ansicht entnehmen: Alle früheren Versuche der Verständigung (die ideologisch gestaltet waren) sind auf halbem Weg stecken geblieben; es gelang nicht sie wirtschaftlich zu untermauern. Fangen wir darum einmal umgekehrt von der Seite der Wirtschaft an (realistisch), dann wird vielleicht das Ergebnis günstiger. Aber unabhängig von solchen Überlegungen prinzipieller Art ergab sich die Notwendigkeit für die Anwendung einer neuen Methode auch aus der Lage der Dinge. Alle Sondierungen, zuletzt die bei den politischen Besprechungen in Paris und London vorgenommenen, hatten ergeben, daß Deutschland und Frankreich in den politischen Fragen am weitesten von einander entfernt sind, fast hoffnungslos weit sogar. Wollte man trotzdem zu einander kommen, so blieb gar nichts anderes übrig als da das Problem anzupacken, wo die wenigsten Differenzpunkte bestehen: von der wirtschaftlichen Seite her. Man kann als prinzipieller Anhänger dieser neuen Methode der Ansicht sein, daß nur durch wirtschaftliche Verflechtung eine politische Kooperation angebahnt, erhalten und ausgebaut werden kann. Man kann auch, wie die Frankfurter Zeitung, der entgegengesetzten Auffassung sein und sogar auch den wirtschaftlichen Effekt solcher Kooperationen anzweifeln. In jedem Fall wird sich nicht leugnen lassen, daß auch die Einsetzung einer Wirtschaftskommission ihren politischen Sinn hat, insofern als man mit ihrer Hilfe eine dauernde Fühlung herstellt und eine Plattform, auf der jederzeit die Fortsetzung der Aussprache und ihre Ausweitung zum politischen Gespräch erfolgen können. Darin liegt auch die Bedeutung der Tatsache, daß die Kommission als eine Kommission der Regierungen, mit einem *ständigen* Generalsekretariat, gebildet wurde. Liegt ein Schiff gestrandet auf den Klippen, so besteht die größte Schwierigkeit darin vom Ufer aus die erste Leine an Bord zu schleudern, an der das andere Rettungsgerät nachgezogen werden kann. Für die Rettung des schiffbrüchigen Kontinents scheint dieser Akt nunmehr vollzogen.

Die deutschen Nationalisten sehen es freilich anders. Das deutsche Volk soll durch die Einsetzung einer Wirtschaftskommission eingeschläfert und mit der Hoffnung auf Geschäfte geködert werden: so ungefähr lautet die Kritik der extremsten Gegner der bei dem Berliner Besuch verfolgten Methode, um die Wochenschrift Das Freie Deutschland zu zitieren. Man kann kaum falscher argumentieren. Hat denn die Einsetzung der Kommission nicht genau den gegenteiligen Effekt gezeitigt? Sofort ist in das Bewußtsein der Öffentlichkeit die Erkenntnis getreten, daß eine wirtschaftliche Kommission an sich ja schön und gut sein mag, daß aber die deutsch-französische Kooperation eine politische Frage ist und ohne Entscheidung der politischen Fragen eben nicht gelöst werden kann. Ist das nicht auch ein Erfolg? Wer mit politischer Taktik nur einigermaßen vertraut ist, wird deswegen den Vätern dieses

Gedankens seine Bewunderung für die Art ihres Vorgehens nicht vorhalten können. Das Ergebnis des Pariser Besuchs ist also dennoch enorm politisch. Es besteht in der Erkenntnis: Nach wie vor ist die Verständigung eine Sache der Politik, der die Wirtschaft nur folgen kann, wenn man sie auch jetzt als Schrittmacher benutzt. Wenn es der Fehler war, daß auf die Besprechung von Thoiry nicht die entsprechenden wirtschaftlichen Konsequenzen folgten, in Gestalt der Anbahnung und des Ausbaus der wirtschaftlichen Kooperation, dann muß diesmal nach der Einsetzung der Wirtschaftskommission erst recht alles daran gesetzt werden, daß die politische Aktion so rasch wie möglich nachfolgt, ohne die auch der Versuch mit realistischen Mitteln Europa anzustreben Torso bleiben muß.



**H**NE den Mut die politischen Fragen anzuschneiden werden wir nicht weiterkommen. Je früher das geschieht, desto besser. Wenn die politische Diskussion deutscherseits am 27. und 28. September so leidenschaftlich für Tabu erklärt wurde, so hat das leider auch wohl andere Gründe. Es gibt immer noch Törichte, die mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch Frankreichs rechnen, und die auf den Augenblick warten, da Frankreich von der Finanzkrise so erfaßt sein wird, daß es zu Kreuz kriechen muß. Mehr als ein triftiger Grund spricht dafür, daß sich diese Überlegungen als eine gigantische Fehlspekulation erweisen dürften, ähnlich den Fehlspekulationen gleicher Art während des Kriegs. Damals hat das deutsche Volk das eine lernen können: daß die Zähigkeit ein hervorstechender Charakterzug der französischen Nation ist. Die sich in jener Hoffnung wiegen, sollten diese Tatsache nicht übersehen.

»Die politischen Thesen Frankreichs und Deutschlands über die Reparationen, die Abrüstung, die Sicherheit und Gebietsordnung in Europa sind zurzeit noch heftig entgegengesetzt«, sagte Marcel Ray in einem am Tag des Berliner Besuchs in der Kölnischen Zeitung veröffentlichten Leitartikel Von Paris nach Berlin. In dieser Tatsache liegt der springende Punkt, und man kann darum nur bedauern, daß die Berliner Gelegenheit nicht dazu benutzt wurde, um sich wenigstens an den Komplex heranzuarbeiten, geschweige denn ihn offen anzuschneiden. Es muß baldigst nachgeholt werden. Für die deutsche Öffentlichkeit liegt um so mehr Veranlassung vor den Mut dazu aufzubringen, als die augenblickliche Spannung in so hohem Maß auf die Fehler zurückgeht, die in der jüngsten Vergangenheit deutscherseits gemacht worden sind. Alle Hochachtung vor Joachim Stresemann, der am 30. September in der Vossischen Zeitung in ganz unbefangener und grade darum bemerkenswerter Weise darlegte, daß die Schuld auf deutscher Seite liege, wenn die deutsch-französische Verständigung nicht weitergekommen sei:

»Man kann vielleicht sagen, Frankreich hätte dem Hooverplan auf jeden Fall Widerstand entgegengesetzt, es hätte auf jeden Fall unsere wirtschaftliche Lage ausgenutzt; niemand aber wird ernsthaft leugnen können, daß politische Beweggründe: Reaktion gegen einen antifranzösischen Nationalismus, Wut und Ärger gegen "l'Anschluß", wie man nun einmal die Zollunion in Paris getauft hat, Reaktion gegen die ganze Art und Weise, in der die Zollunion aufgezogen wurde, Enttäuschung schließlich, wie man nach 6 Jahren Verständigung wieder den "Erbeind" brüskierte, entscheidend am Zustandekommen der ganzen Aktionen mitgewirkt haben, die Frankreich gegen uns in letzter Zeit gerichtet hat. Nur wer (unwissend oder böswillig) die Dinge verdreht, kann behaupten: ausgerechnet jetzt sei erwiesen, daß eine Verständigung mit Frankreich unmöglich gewesen sei. Das ist nicht viel anders, als wenn man einem Ehemann vorwirft, er habe seine Frau nie geliebt, weil er aus trüben Erfahrungen Konsequenzen gezogen hat! Es hat eine Rheinlandräumung gegeben und einen Kurswechsel in der deutschen Außenpolitik.«

Joachim Stresemann konnte dem Andenken seines Vaters keine größere Ehrfurcht erweisen als durch eine solche mutige Stellungnahme in diesem Augenblick. Wer als Deutscher sein Vaterland wirklich liebt, muß heute den Mut haben mit gleicher Offenheit zu sprechen und Front gegen die alten Ressentiments zu machen, die Deutschland zum Verhängnis zu werden drohen. Kampf den Vorurteilen, die unsere Nation umstrickt halten! Wenn der Sohn Gustav Stresemanns sich mit dieser Losung in die Reihen der jungen Generation als politischer Kämpfer stellt, wird er dort lebhaften Widerhall finden.

Auch in Frankreich besteht offenkundig dieser Wille zur Entspannung durch Abstreifung der Vorurteile. Noch deutlicher als in dem menschlich ergreifenden Besuch, den Briand der letzten Ruhestätte Stresemanns abgestattet hat (dorthin war sein erster Gang in Berlin), kam dieser Wille zur Überwindung der Vorurteile in dem Besuch der französischen Minister bei Hindenburg zum Ausdruck. Der Wunsch dem Reichspräsidenten ihre Aufwartung zu machen rührte von ihnen selbst her. Konnte drastischer gezeigt werden, daß man gewillt ist mit einer bösen Vergangenheit zu brechen und alle Waffen zu begraben, die nicht nur schmerzen sondern auch vergiften? Der Besuch Briands und Lavals bei Hindenburg hatte eine symbolische Bedeutung, die unzweifelhaft auch von den Besuchern gewollt war.

Wie töricht ist es deshalb, wenn die deutsche Rechtspresse Minderwertigkeitsgefühle bekommt wegen der Ovationen, die dem französischen Ministerpräsidenten und seinem Außenminister in Berlin von der Bevölkerung dargebracht wurden. Ein typisches Provinzblatt "nationaler" Observanz wie das Darmstädter Tageblatt versteigt sich rückschauend zu folgender Lamentation: »Wenn die deutschen Pazifisten glaubten den Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin zu Anbiederungsversuchen durch lärmende Ovationen benutzen zu müssen, so sollte man sich doch eigentlich sagen, daß das nach den Ereignissen des letzten Sommers nicht nur recht würdelos ist sondern auch die praktische Politik kaum günstig zu beeinflussen vermag. Wir können uns wenigstens kaum vorstellen, daß die im Ausland über diese Dinge verbreiteten Berichte dazu beigetragen haben sollten die Achtung vor dem deutschen Volk zu erhöhen. Vielleicht versteht man ja allerdings auch im Ausland, daß es nicht grade die berufenen Vertreter des deutschen Volkes waren, die vor dem Hotel Adlon »Vive la paix!« und »Hoch Briand!« gerufen.«

Ist auch die Achtung vor dem französischen Volk gesunken, als der deutsche Reichskanzler und sein Außenminister 2 Monate zuvor in Paris fast noch herzlicher begrüßt wurden als der französische Ministerpräsident und sein Außenminister in Berlin? Welche Geistesverwirrung zu behaupten, daß diejenigen, die den Frieden hochleben lassen, keine berufenen Vertreter des deutschen Volkes seien. Ob sich der Darmstädter Chefredakteur darüber vollkommen klar gewesen ist, welche politische Schlußfolgerung das Ausland aus dieser seiner Behauptung ziehen kann, ja muß?



UN ist der Grundstein für die Zusammenarbeit mit Frankreich gelegt. Unsere Sache ist es jetzt dafür zu sorgen, daß das Haus so rasch wie möglich unter Dach und Fach kommt. Deutschland hat durch die Einsetzung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission seinen Willen zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit bekundet. Was daraus wird, hängt zunächst ganz von der Arbeit ab, die in diesem Ausschuß geleistet wird. Die weitgehende Detaillierung des französischen Programms zeigt wieder Frankreichs starken Willen nach praktischen Ergebnissen. In dem Memorandum, das in Paris als Unterlage für die Berliner Besprechungen ausgearbeitet wurde, hat man sich die Arbeit so gedacht,

daß der Ausschuß in 5 Unterausschüsse von je 8 Mitgliedern geteilt wird, deren jeder eine besondere Aufgabe hat: 1. eine Kommission für öffentliche Arbeiten, die gemeinsam von Frankreich und Deutschland unternommen werden könnten, unter Umständen auch im Auftrag für andere Länder, 2. eine Transportkommission, die eine Zusammenarbeit von Schiffahrts- und Flugzeuglinien sowie die Gestaltung des Eisenbahnverkehrs ins Auge faßt, 3. eine Handelskommission, die insbesondere die Auswirkungen des bestehenden deutsch-französischen Handelsvertrags überprüfen soll, 4. eine Industriekommission, die vor allem den Ausbau der bestehenden Kartelle vorbereitet, 5. eine Finanzkommission, die die Beteiligung von französischem Kapital an deutschen Unternehmungen und umgekehrt behandeln soll. Es wird aber auch in höchstem Maß darauf ankommen, wer in diesen Kommissionen sitzt. Mit Recht betonte das Kölner Tageblatt, daß »von deutscher Seite Leute entsandt werden müssen, die auch wirklich einen Sinn für diese wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder des europäischen Kontinents haben.«

»Wie man hört, ist für diesen Wirtschaftsausschuß unter anderen der Kölner Industrielle Otto Wolff vorgesehen, der starke wirtschaftliche Interessen im Saargebiet hat. Hoffentlich entsenden auch die Gewerkschaften in den Wirtschaftsausschuß Leute, die konsequente Vertreter der deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung sind. Ein solcher Vertreter wäre das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Cohen-Reuß. Die Franzosen, die ja durch die Entsendung des Herrn Poncet nach Berlin nachhaltig Aktivität entfalten wollen, unterstreichen den Wunsch auf eine energische Weiterführung der wirtschaftlichen Verständigungspolitik im Anschluß an die gewechselten freundlichen Reden dadurch, daß sie in den Wirtschaftsausschuß den Nachfolger des Herrn Poncet auf seiner Pariser Stelle, nämlich den Unterstaatssekretär Gignoux, entsenden wollen.«

Der Wille zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit schließt aber auch in sich den Willen zur politischen Zusammenarbeit, mindestens in der Form, daß nicht mehr wie bisher politisch gegen einander gearbeitet werden darf. Auch in Frankreich wollen die Kreise, in denen man die Bedeutung der Stunde erkannt hat, Verständigung: nicht Unterwerfung, wie das unsere nationale Presse in bornierter Monotonie wiederholt. Charakteristisch dafür ist die Äußerung Stéphane Lauzannes, des Chefredakteurs des *Matin*, der in dem Londoner *News Chronicle* einen Artikel veröffentlichte, der sehr viel mehr als eine private Meinung enthielt. Die Mehrheit der Franzosen, so äußerte sich Lauzanne, erblicke in einem guten Verhältnis zu Deutschland eine Befreiung von ihren schwersten Besorgnissen. Er empfiehlt ihnen auch den Preis dafür zu zahlen. Als Preis nennt er eine erhebliche Herabsetzung der politischen Zahlungen, französische Mithilfe an einer befriedigenden Lösung der Korridorfrage, wirtschaftliche und finanzielle Vereinbarungen, die im Interesse der beiden Länder liegen. Er wirft auch den Gedanken hin, daß Frankreich sich mit einer Rückgabe Togos und Kameruns an Deutschland einverstanden erkläre. Solch französisches Entgegenkommen müßte in den Deutschen das Gefühl erzeugen, daß Frankreich wirklich nicht die Absicht habe das "Pfund Fleisch" von Deutschland zu fordern.

Um zu solchen praktischen Ergebnissen zu gelangen, wird man aber niemals um die grundsätzliche Debatte über die Kernfragen herumkommen, die das politische Feld nach wie vor beherrschen: die Reparationen und die Abrüstung. Unsere Aufgabe als Sozialisten muß es sein darauf zu drängen, daß über diese Punkte endlich Klarheit geschaffen wird. Angesichts der Geistesverfassung, in der sich die deutsche Öffentlichkeit befindet, und bei dem ganz

besondern Mangel an Mut und Willen, den die deutschen Parteien in diesen Fragen zur Schau tragen, müssen wir Sozialisten die Führung übernehmen und mit unerbittlicher Strenge immer wieder fordern, daß man sich um die Klarstellung nicht drückt sondern die rückhaltlose Erörterung des Problems endlich in Angriff nimmt. Sieht denn das deutsche Volk überhaupt, wo die Kernpunkte der Differenzen liegen?

Mehr als bedauerlich ist darum die Verschwommenheit, mit der der Vorwärts in seinem Begrüßungsartikel am Tag des Berliner Besuchs diese Kernfragen behandelte. Statt scharf und eindeutig die Alternative herauszuarbeiten, die in den entscheidenden politischen Fragen der Rüstungen und der Reparationen Deutschland und Frankreich noch immer trennen, begnügt er sich mit Andeutungen, die eben ob ihrer Unbestimmtheit in diesem Augenblick als ganz besonders gefährlich bezeichnet werden müssen. Wer nicht den Mut hat im Leitartikel mit unerbittlicher Klarheit zu sagen, worauf es ankommt, mag in der Überschrift mit noch so großen Buchstaben der Verständigung huldigen; er wird sie praktisch damit nicht fördern. Nachdem das deutsch-französische Problem jetzt aufgehört hat eine Sache der außenpolitischen Spezialisten zu sein und die breiten Massen beschäftigt, ist es journalistische wie politische Pflicht den Massen zu sagen, daß in diesen beiden Kernpunkten die französische und die deutsche Auffassung sich diametral gegenüberstehen, und daß man sich entscheiden muß.

Dem Sozialisten ist diese Aufgabe bei den Reparationen außerordentlich erleichtert durch die wertvolle Vorarbeit, die die Sozialistische Internationale geleistet hat. In dieser Frage kann für ihn über die einzuschlagende Linie nicht der geringste Zweifel bestehen: schärfste Trennung zwischen eigentlicher Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung (Reparationen) und interalliierten Schulden, mit der Tendenz der Löschung der Schulden und der Beschränkung der Zahlungen auf die Reparationen im eigentlichen Sinn, das heißt den Wiederaufbau. Warum publiziert der Vorwärts die Resolutionen der Internationale nicht, die dies feststellen? Warum erinnert er nicht an die Resolutionen von Amsterdam 1921, von Frankfurt 1922 und von Hamburg 1929? Diese verlangen »die Löschung der internationalen Schulden, die Begrenzung der deutschen Schulden auf den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, die Organisation einer internationalen Emissions- und Kreditbank, die von den Staaten unter der Kontrolle des Völkerbundes über den Privatbanken geschaffen werden sollten, um die Währungen zu stützen, den internationalen Austausch zu organisieren und dem Wirtschaftswiederaufbau Europas Unterstützung zu leihen«. Warum erinnert die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie nicht daran, wie es die Kammerfraktion der Französischen Sozialistischen Partei noch in diesem Sommer in dem Regungsplan ihrer Exekutivdelegation getan hat, der sofort nach Bekanntwerden des Hooverschen Vorschlags ausgearbeitet wurde? Wenn sie es unterläßt, muß der Eindruck entstehen, als sei sie anderer Ansicht, während doch für jeden, der den politischen Komplex durchgearbeitet hat, klar ist, daß eine andere Linie für Sozialisten überhaupt nicht in Frage kommen kann. Warum also nicht mit Nachdruck daran arbeiten, daß dieser Standpunkt endlich auch vom deutschen Volk eingenommen wird? Wenn es sich heute dazu durchringt, ist morgen die erste der beiden Mauern gefallen, die uns politisch von der Verständigung mit Frankreich trennen.

In der sogenannten Abrüstungsfrage hat es der Sozialist vielleicht nicht ganz so leicht: wegen der Abweichung, die die Französische Sozialistische Partei, im Gegensatz zur Reparationsfrage, von der offiziellen Abrüstungsthese Frankreichs trennt. Und doch werden wir deutschen Sozialdemokraten, wenn wir weiterkommen wollen, den Mut aufbringen müssen festzustellen, daß die These der französischen Kammerfraktion in der Abrüstungsfrage im wesentlichen innenpolitisch bedingt ist, während eine fruchtbare außenpolitische Arbeit für uns nur möglich ist, wenn man die Forderung anerkennt: Erst Sicherheit, dann Abrüstung. Nicht deshalb, weil diese Feststellung die These Frankreichs ist, sondern weil sie eben allein richtig ist, nach den Gesetzen der innern Logik aller Politik. Wenn es nämlich keine Sicherheit in der Welt gibt, wenn man keine Garantie für den Willen zu friedlicher Zusammenarbeit hat, wenn die Interessen nicht gleichlaufen, und die Geister sich nicht verständigen, wird die Verschrottung aller Tanks und Maschinengewehre der Welt nicht daran hindern, daß erneut Krieg zwischen den Nationen ausbricht. Und schließlich müssen wir uns ja wohl mit Frankreich verständigen, und nicht bloß mit der Französischen Sozialistischen Partei.

Aus diesen Gründen hat auch das letzte Auftreten Julius Curtius', damals noch deutschen Außenministers, in Genf der deutschen Sache nicht genützt. Es wurde schon am 14. September in den Sozialistischen Monatsheften vor einem solchen Vorstoß in der Abrüstungsfrage gewarnt, weil er nur neue Spannungen schaffen müßte, die jetzt weniger denn je gebraucht werden können. Trotzdem ist er gemacht worden, indem Curtius in seiner Rede zur Abrüstung demonstrativ hinter den von Dino Grandi gemachten Vorschlag des Rüstungsfeierjahrs getreten ist, der, bei Licht betrachtet, nichts anderes darstellt als ein erneutes Ausweichen vor der Stellungnahme zu der Forderung: Erst Sicherheit, dann Abrüstung. Warum das? Politische Moratorien sind genau so schlechte Notbehelfe wie wirtschaftliche Moratorien. Sie vermögen nicht zu heilen sondern schieben nur die Lösung der Probleme hinaus. Doppelt schlimm ist aber ein solches Unterfangen, wenn dieser Zeitgewinn nicht angestrebt wird, um Bewegungsfreiheit zu erzielen, sondern aus anderen Motiven erfolgt. So war es auch hier, als Deutschland für das Rüstungsfeierjahr eintrat, das Dino Grandi vorschlug.

Die Rückgratlosigkeit, die Deutschland gegenüber Italien zeigt, muß nachgrade beschämend genannt werden. Benito Mussolinis scharfe Stellungnahme gegen die deutsch-österreichische Zollunion wurde von der deutschen Öffentlichkeit mit einer Handbewegung ad acta gelegt. Vittorio Scialoja steigerte im Namen der italienischen Regierung vor dem Haager Weltgerichtshof sein Plaidoyer bis zu dem Satz: Verwirklichung der Zollunion bedeutet den Krieg. Und es kam kaum ein Wort des Protestes aus Deutschland. »Das hätte einmal ein Franzose gegen Deutschland sagen sollen«, bemerkte mit Recht der Berliner Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung, der damals als einer der wenigen dieses Faktum gebührend festnagelte. Als dann aber der italienische Völkerbundsvertreter in Genf sein Rüstungsfeierjahr mit pathetischen Worten ankündigte, zögerte der deutsche Vertreter keine Sekunde an seine Seite zu treten. Wir sind weit davon entfernt gefühlsmäßige Verstimmungen bei politischen Entscheidungen gelten zu lassen. Aber muß die erstaunliche Elastizität, die Deutschland Italien gegenüber an den Tag legt, nicht zu sehr peinlichen Rückschlüssen auf die Gründe der extremen

Überempfindlichkeit im deutsch-französischen Verhältnis zwingen? Diese Methode die Abrüstungsfrage zu behandeln, wie sie in Genf im September nochmals zutage trat, muß schleunigst aufhören. Es scheint aber nicht entfernt so, als ob die Leitung der deutschen Politik zu dieser Einsicht kommt. Wie wäre es sonst möglich, daß man mit dem Gedanken umgeht Julius Curtius, der seit dem 7. Oktober nicht mehr deutscher Außenminister ist, zum Vertreter des Deutschen Reichs bei der kommenden Abrüstungskonferenz im Februar 1932 zu machen? Tut man das für Genf, dann ist am 27. und 28. September in Berlin der Grundstein für eine deutsch-französische Zusammenarbeit umsonst gelegt worden.

Solche Politik schafft nur Unklarheit und Verwirrung, während das deutsche Volk jetzt eins dringend braucht: rückhaltlose Offenheit in Sachen Abrüstung und Reparationen. Sonst wird das Dach des deutsch-französischen Verständigungswerks sich niemals über Europa wölben.

## WALTHER MAAS . DIE INTERNATIONALE DISKUSSION ÜBER DEN POLNISCHEN KORRIDOR



ANGE bereits wird in der internationalen Politik anerkannt, daß der Polnische Korridor ein Problem darstellt, mit dem man sich zu beschäftigen habe. Man kann die Politiker, die das tun, in 4 Gruppen einteilen. Die 1. Gruppe umfaßt die positiv Ahnungslosen, das heißt diejenigen, die hier überhaupt keine Probleme sehen. Dazu gehören die meisten Ausländer, das heißt Nichtdeutsche und Nichtpolen. Ihnen zeige man eine Karte Europas, auf der die Zerreißung des Deutschen Reichs in 2 Teile zu sehen ist, was bei anderen Festlandsstaaten nicht vorkommt. Die 2. Gruppe besteht aus den negativ Ahnungslosen, die da meinen, das Problem sei zu lösen, indem Polen irgendwie (aber eben grade *wie?*) veranlaßt wird dieses Gebiet wiederzugeben. Hierzu gehören die meisten Deutschen. Zur 3. Gruppe gehören diejenigen, die nur technische Probleme sehen, und die sie mit mehr oder minder guten Projekten zu lösen sich bemühen. Endlich gibt es eine 4. Gruppe; sie wird von solchen gebildet, die nach einer politischen Lösung suchen.

Was liegt vor?

Der sogenannte Korridor, ein Gebiet breiter als Schleswig-Holstein oder die Rheinprovinz, trennt seit 1920 territorial Ostpreußen vom übrigen Reich. Die nordöstliche Verlängerung des Korridors ist das Gebiet der Freien Stadt Danzig, die jedoch sowohl von Ostpreußen wie vom Reich mit der Eisenbahn nur bei Durchfahrung polnischen Gebiets erreicht werden kann. Vom Westen her ist dazu immer ein polnisches Visum notwendig, vom Osten her verkehren seit 1927 täglich 2 visumfreie Züge Marienburg-Dirschau-Danzig; die anderen Züge erfordern polnisches Visum. Fährt man vom Reich nach Ostpreußen oder umgekehrt, so braucht man kein polnisches Visum, dafür wird der Zug verschlossen. Die meisten Transitzüge halten auf polnischem Gebiet nicht, das polnische Zugpersonal steigt an der Grenze zu und aus. Zollrevision findet nicht statt, Brief-, Telephon-, Telegraphenverkehr wird nicht erschwert. Beim Automobilverkehr durch den Korridor brauchen die Reisenden und der Wagen Paß, Visum, und an der Grenze erfolgt ziemlich genaue Zollkontrolle. Die Güterabfertigung bringt zwar für die deutschen



Bahnbeamten auf den Grenzstationen manche Schererei, für den Geschäftsmann gilt aber, was die Reichsbahndirektion Königsberg schon 1923 schrieb: Für den Durchgangsverkehr ist Ostpreußen keine Enklave mehr. Die Reichsbahn hat die Brücke über das polnische Durchgangsgebiet geschlagen. Seit mehr denn Jahresfrist vollzieht sich der Durchgangsverkehr reibungslos und für den Verkehrsreisenden genau so, als ob die deutsche Bahn selbst den Betrieb auf den polnischen Durchgangsstrecken führte.

Wie weit reicht der Korridor nach Süden? Eine einheitliche Antwort gibt es hierauf nicht. Die Polen verstehen darunter die polnische Provinz Pommerellen, das frühere Westpreußen. Die Deutschen verstehen unter Korridor das Gebiet nördlich der Netze. Durch dieses Gebiet führen 3 Eisenbahnstränge mit Transitverkehr: im Norden Stettin-Groß-Boschpol-Danzig-Dirschau-Marienburg, im Süden Schneidemühl-Bromberg-Thorn-Deutsch Eylau, in der Mitte die wichtigste Strecke: Schneidemühl-Konitz-Dirschau-Marienburg. Außerdem verkehren die Transitzüge Frankfurt-Posen-Thorn-Deutsch Eylau und Marienburg-Dirschau-Bromberg-Posen-Lissa-Breslau.

Wer hat Anspruch auf den Korridor? Die Argumente sind hier ethnographisch, wirtschaftlich, politisch.

Fangen wir mit der Ethnographie an. Die Vorgeschichte wollen wir nur streifen. Niemand bezweifelt die Tatsache, daß Germanen im Korridorgebiet von der 3. Periode der Bronzezeit bis zum Ende der Völkerwanderungszeit lebten, daß dann Slawen hier waren, nahe Verwandte der Polen, sogenannte Pomoranen, Vorfahren der heutigen Kaschuben. Die Polen behaupten nun zwar, daß schon vor den Germanen hier Slawen saßen, von der mittlern Bronzezeit an, die Träger der sogenannten Lausitzer Kultur. Wenn nun auch die deutsche Wissenschaft keine einheitliche Antwort auf die Frage des Volkstums dieser Bewohner gibt, so sind sich doch deutsche, skandinavische und bedeutende tschechische Forscher, wie Lubor Niederle, einig, daß es keine Slawen waren. Um 1000 lebten nördlich der Netze jedenfalls Pomoranen, mit denen die Polen blutige Kämpfe führten. Den Polen gelang es 1294 sich Pommerellens zu bemächtigen. Aber 1308 besetzt der Deutsche Orden Danzig und Pommerellen. Der 2. Thorner Friede von 1466 erzwingt den Verzicht des Ordens auf Westpreußen, das heißt Pommerellen und das Kulmer Land, die mit Polen durch Personalunion verbunden werden. Der Reichstag von Lublin gliedert 1569 durch Rechtsbruch Preußen Polen ein. Nun beginnt eine intensive polnische Kolonisation dieses Gebiets. Der Adel wird weitgehend polnisch. Aber das Deutschtum, das der Orden hier verwurzelt hatte, blieb zumindest in den Städten bestehen, und auf dem Land wurden immer wieder deutsche Bauern angesiedelt. Deutsche Bauern machten im 16., 17. und 18. Jahrhundert die Kuim-Graudenzer Weichselniederung und den Netzebruch zwischen Bromberg und Schneidemühl urbar. So bestand vor 1722 in Westpreußen und im Netzedistrikt eine deutsche Mehrheit, wie nach den Forschungen Manfred Lauberts, Ilse Rhodes und des Verfassers dieses Aufsatzes kaum noch bestritten werden kann. Im Jahr 1772 wurden diese Gebiete bei der 1. Teilung Polens preussisch. Und eine deutsche Mehrheit hatte das Gebiet nördlich der Netze bis zum Meer auch 1919. Der 13. Wilsonsche Punkt lautet: »An independent Polish State should be erected which should include the territories inhabited by indisputable Polish populations which should be assured a free

and secure access to the sea.« Aber das Gebiet des Korridors war keineswegs »unzweifelhaft polnisch«, und der »Zugang zur See« hätte durch Internationalisierung der Weichsel und Freihafenzonen in Stettin, Danzig, Königsberg verbürgt werden können, was auch die Deutsche Delegation in Versailles anbot. Die Tschechoslowakei hat sich ja auch mit Freihäfen begnügt. Die Polen wenden ein, daß die Internationalisierung der Weichsel, die Abtretung oder Bereitstellung von Eisenbahnlinsen und Freihafenzonen höchstens in Friedenszeiten und bei guten Beziehungen zwischen Deutschen und Polen einen freien Zugang zum Meer bedeuteten. Das ist richtig. Es ist jedoch ein Aberglaube anzunehmen, daß ein territorialer Zugang in Kriegszeiten »free and secure« wäre. Wie sagt der General Maxime Weygand, der in Polen wegen der Mitwirkung bei der Vertreibung der Bolschewisten aus Polen /1920/ großes Ansehen besitzt? Der Korridor ist unnütz im Frieden, nicht zu verteidigen im Krieg. Die selbe Meinung haben auch René Martel und Wladimir d'Ormesson ausgesprochen: Im Fall eines mit Waffen ausgetragenen Konflikts könnte der Polnische Korridor nicht länger als ein paar Stunden existieren. Daß 1919 das strittige Gebiet keine polnische Mehrheit hatte, bescheinigen auch die Italiener Francesco Nitti, Francesco Tommasini, die Engländer Laurence Lyon, E. W. Polson Newman, Sir Robert Donald, die Franzosen Robert Tourly, René Martel, der Russe W. K. Korostowetz, und alle, auch der scharfe Deutschenfeind Poliakow (Augur), heben den deutschen Charakter Danzigs hervor. Aber wir schreiben nicht mehr 1919 sondern 1931. Inzwischen sind über 900 000 Deutsche aus Westpreußen und Posen ausgewandert, und nach den polnischen Zählungen betrug der deutsche Prozentsatz 1921 18,7, 1928 11,8. Auch deutsche Zählungen und Schätzungen geben nicht mehr als 12 bis 15 % an, so Friedrich Heidelck. Wie die Auswanderung hervorgerufen wurde, wolle man in Hermann Rauschnings Arbeit über die Entdeutschung Posens und Westpreußens nachlesen. Jedenfalls ist der Korridor heute nichtdeutsches Sprachgebiet. Es gibt hier keine unterdrückte deutsche Mehrheit, die auf den Tag der Befreiung wartet. Man soll sich in Deutschland darüber klar sein. Wenn das Gebiet an Deutschland zurückfallen sollte, wird keineswegs ein Rückstrom der polnischen Bevölkerung (und es sind mehr Polen hergekommen als Deutsche abwanderten) nach Osten beginnen, die Verwaltungsarbeit dürfte hier sehr schwer werden, politisch ein neues Elsaß-Lothringen, um nicht zu sagen Mazedonien, entstehen.

Wenden wir uns der Wirtschaft zu. Im Rahmen der Osthiffediskussion wurde auch weitgehend das Problem der Grenzerreißungsschäden behandelt. Man muß hier 3 Dinge unterscheiden. Einmal mußte die Grenzziehung, wie immer die neue Grenze verlief, gewisse akute Schäden hervorrufen, da man den lebenden Wirtschaftsorganismus Deutschlands zerschnitt. Hinzukommen aber Schäden, die aus der besonders dummen Grenzziehung an Ort und Stelle erwachsen. Also zum Beispiel, daß man die Grenze Ostpreußens nicht im Talweg der Weichsel zog sondern Polen auch noch einige Meter des rechten Weichselufers gab und so das schwerwiegende Problem der Deichunterhaltung in der Marienwerderer Niederung schuf, daß man häufig Eisenbahnen oder Chausseen vor ihrer Vereinigung kappte, daß man Moormeliorationsgebiete zerschnitt, Städte von ihrem wirtschaftlichen Einzugsgebiet trennte. Genaueres hierüber kann man in dem Buch Wilhelm Volz' und Hans Schwalm's Die deutsche Ostgrenze nachlesen, das »Unter-

lagen zur Erfassung der Grenzerreißungsschäden\* gibt. Weiter entstanden Dauerschäden aus der Abtretung des Gebiets selbst. Da ist zunächst zu sagen, daß das Korridorgebiet, dieses polnische Zwischenland, für den Verkehr einen wirtschaftslosen Raum darstellt, als ob Ostpreußen eine wirkliche Insel wäre. Dann verlor Ostpreußen den Absatzmarkt für Jungvieh und gewisse Saaten, Berlin einen Lieferanten. Aber auch die Wirtschaft blieb 1920 nicht stehen. Wir können hier auf die fast wundersame Tatsache des wirtschaftlichen Zusammenwachsens der so lange getrennten Teile Polens nicht weiter eingehen. Tatsache ist, daß die alten Grenzen zwischen Deutschland und Rußland und Österreich wirtschaftlich schon nach kurzer Zeit keine Rolle mehr spielten, daß ein einheitliches polnisches Wirtschaftsgebiet entstand. Für den Verkehr kann man das zahlenmäßig zeigen. Die wichtigsten Eisenbahnlinsen im Korridor laufen von Westen nach Osten (genau: von Südwest nach Nordost), da dies die Verkehrsachse des preußischen Staats Berlin-Königsberg vorschrieb. Im neuen Polen haben sie nord-südlich zu laufen, der Weichsel parallel. Zunächst war aber der West-Ost-Verkehr noch stärker, nämlich im Jahr 1924 1162 Waggons pro Tag und 1 Kilometer Bahnstrecke gegen 1158 in der Nord-Süd-Richtung, aber dann haben wir diese Zahlen:

Jahr	Nord-Süd	West-Ost
1925	1603	1416
1926	3104	1401
1927	3378	1772
1928	4168	1702
1929	4540	1895

1930 wurde die Kohlenmagistrale fertig, das heißt die Bahn, die Oberschlesien mit der See, mit Gdingen, verbindet; noch stärker wird jetzt der Süd-Nord-Verkehr anwachsen. Diese Bahn hat Geld gekostet, 150 Millionen Mark, polnisches und französisches (von der Gruppe Schneider-Creuzot). Dieses Geld wäre unnütz vertan, wenn diese Bahn durch eine deutsch-polnische Zollgrenze geschnitten würde. Noch unsinniger wäre das Geld für den Ausbau des Hafens Gdingen ausgegeben, da vor dem Krieg Westpreußen nicht einmal Danzig voll beschäftigte, wie die folgende Aufstellung zeigt:

Jahr	Umschlag (in 1000 Tonnen)	
	Danzig	Gdingen
1913	2100	—
1923	1717	—
1924	2374	9
1925	2712	51
1926	6300	410
1927	7897	898
1928	8615	1956
1929	8560	2822
1930	8285	3626

Glaubt man, daß ein Staat, der sein Geld für den Ausbau dieses Hafens, dieser Bahn ausgab, das Gebiet einfach herausgeben wird? Und wie man die neue Grenze dann auch ziehen wollte: Grenzerreißungsschäden im nördlichen (dann deutschen) und südlichen Gebiet wären die Folgen. Alle diese Probleme sehen die von mir als negativ ahnungslos Bezeichneten nicht. Sie sehen auch nicht, daß sich die Polen in der Lage der beati possidentes befinden, die sagen: J'y suis, j'y reste. Da ja stets angekündigt wird, die

Rückgewinnung des Korridors werde friedlich erfolgen; Wer oder was in aller Welt sollte Polen bewegen dieses Gebiet herauszugeben? Der Völkerbund? Garantiert nicht der Artikel 10 den Besitzstand aller Mitgliedstaaten? Die Hoffnungen auf den Artikel 19 sind wegen der geforderten Einstimmigkeit trügerisch. Manche denken nun an die Möglichkeit eines Kriegs zwischen Rußland und Polen. Dann, spekulieren sie, könnte Deutschland Polen helfen und für die Waffenhilfe den Korridor verlangen, oder es könnte Rußland helfen und als Anteil an der Siegesbeute diese Landstriche fordern. Aber Völkerbundsakte, Locarno, Kelloggpaakt machen isolierte Kriege unmöglich. Bricht ein Krieg aus, so ist die Welt hineinverwickelt, da der "Angreifer" von allen übrigen Völkern bekämpft werden muß. Nach der Lage der Dinge dürfte Rußland als Angreifer bezeichnet werden. Dann wäre Deutschland bereits als Völkerbundsstaat zur Waffenhilfe für Polen verpflichtet und kann keine Extrawurst verlangen, die ihm auch sicher von den anderen Staaten, die Polen ja auch helfen müssen, nicht gegönnt würde. Also scheiden diese Möglichkeiten wohl auch aus. Wie aber, frage ich, denkt man sich dies? Polen faßt die Abtretung des Korridors als Amputation auf, viele Polen vergleichen den Korridor sogar mit der Kehle.

Die Schaffung des Korridors war falsch, sie war ein Unrecht, aber nach 12 Jahren kann dieses Unrecht nicht ohne weiteres wiedergutmacht werden. Ein Pole würde übrigens erklären: Schon 1919 erfolgte nur die Wiedergutmachtung des Unrechts von 1772. Wir müssen das ablehnen. Für Preußen und Rußland war die Teilung Polens von 1772, wenn man sich auf das Nationalitätenprinzip beruft, berechtigt (nicht die Erwerbung Galiziens durch Österreich); Unrecht geschah erst 1793 und vor allem 1795, als sogar Warschau preußisch wurde. Jan Poplawski schrieb schon 1887: Freier Zugang zum Meer, vollkommener Besitz der Hauptwasserader des Landes, der Weichsel, das sind die Grundbedingungen unserer Existenz. Aber Joseph Grabcic mußte noch 1912 bekennen, »daß unsere Verbindung mit dem Meer sehr schwach ist«. Heute indessen besteht eben der starke Zusammenhang mit dem Meer, besteht die (freilich durch Tarifpolitik forcierte) Tendenz zum Seehandel, zum Süd-Nord-Verkehr im Korridor.

Ausländer haben sehr starke Worte über den Fehler gefunden, den man durch die Schaffung des Korridors beging. Hier einige von ihnen: Francesco Nitti spricht in seinem Buch *Der Friede vom »törichten Danziger Korridor«*, den er in seinem Buch *Der Niedergang Europas die »größte politische und wirtschaftliche Absurdität, die in der neuen Geschichte zu finden ist,«* nennt. Joseph Montague Kenworthy (*Will Civilisation Crash?*) schrieb: »Ich halte es nicht für notwendig mich zu entschuldigen, wenn ich immer wieder betone, wie nachteilig und aufreizend der Polnische Korridor für Deutschland ist.« René Martel meint in seiner Arbeit *Les frontières orientales de l'Allemagne*: »Unter den großen Nachkriegsproblemen gibt es kein so mißliches und furchtbares Problem wie das der deutschen Ostgrenze.« Und in seiner Schrift *La Pologne et nous*: »Die Sieger haben unrecht gehabt den Polnischen Korridor zu schaffen, sie haben ein großes, ein sehr großes Vergehen begangen gegen das Recht und gegen die Menschheit, als sie Ostpreußen von Deutschland abtrennten. Man zerschneidet nicht einen Staat in 2 Teile, man zerlegt nicht lebendes Fleisch, man macht aus einem großen Volk nicht 2 von einander getrennte Stümpfe. Der Korridor von Danzig ist ein barbarisches Monstrum gegen ein ganzes Volk, die Unterwerfung Dan-

zigs unter Polen ist eine ungerechte und dauernde Provokation.« Nach Robert Tourly (Berlin-Varsovie-Dantzig, le conflit de demain) ist »der Danziger Korridor eine empfindliche Zerstückelung, unter der ein ganzes Volk zu leiden hat, die Verknüpfung Danzigs mit Polen eine unbegreifliche Zwangseinrichtung, die alle Grundsätze des Rechts und der Redlichkeit mit Füßen tritt«. W. K. Korostowetz (Quo vadis, Polonia?) sagt: »Der Polnische Korridor macht auf einen objektiven Beobachter einen niederdrückenden Eindruck. Ein Blick auf die Karte genügt, um die Unsinnigkeit des langen schmalen Streifens erkennen zu lassen, der Deutschland in 2 Teile schneidet und die ostpreußische Insel von ihm abtrennt. Die Lösung der Korridorfrage ist so absurd, daß sie nur aus der vollkommenen Unwissenheit derjenigen Menschen erklärt werden kann, die in Versailles über die künftigen Geschicke Europas entschieden haben.« Endlich Jacques Kayser: »Der Korridor, der Ostpreußen vom übrigen Deutschland trennt, ist eine Herausforderung des gesunden Menschenverstands.«

Hier sind also Gegner des Korridors zitiert. Aber die meisten Nichtdeutschen halten zu der polnischen These, daß die Frage von Polens Zugang zur See in Versailles endgültig geregelt wurde. Daher wohl auch die geringe Aktivität des polnischen Außenministeriums, trotz den dauernden Angriffen auf den Besitzstand Polens in der deutschen Öffentlichkeit. Übrigens erklärte Augur-Poliakow in der Schrift *Eagles Black and White, the Fight for the Sea*, daß die Rückgabe des Polnischen Korridors an Deutschland einen Deutschen Korridor in Polen schaffen würde. Wladimir d'Ormesson machte in einer Abhandlung *Le corridor de Dantzig*, in *Esprit International*, darauf aufmerksam, daß, falls der Korridor zurückgegeben würde, jedes polnische Kind aus der Betrachtung einer Karte von 1925 und einer spätern zur Wiedereroberung erzogen werden würde. Der amerikanische Finanzberater Polens Charles Dewey erklärte sich gegen die Rückgabe des Korridors, die deutschen Wünsche seien nur sentimentale Erwägungen.

Doch genau wie die Behauptung stimmt, daß für Ostpreußen der Korridor lästig ist, so stimmt auch die andere, daß Polen mit seinen 30 Millionen Einwohnern ohne den Korridor zu einem Staat niederer Ordnung herabgedrückt würde. Friedrich Ratzel, der große Anthropogeograph, sagte über einen polnischen Staat, der nur aus dem österreichischen und russischen Anteil bestände: Das wäre eine der ungünstigsten Staatslagen, die in Europa denkbar sind, sowohl wegen der Abschließung vom Meer als auch wegen der Entfernung von dem bevorzugten atlantischen Rand Europas. Zitieren wir noch die Stimmen polnischer Sozialdemokraten. Ad. Stanczyk schrieb im *Robotnik* vom 9. August 1930: »Die Freunde des Friedens müssen wissen, daß Polen, die Arbeiter- und Bauernklasse, niemals in den Verzicht auf einen freien Zugang zum Meer einwilligen werden, weil es sich nicht nur um eine einfache Frage des nationalen Prestiges handelt sondern des wirtschaftlichen Verfalls. Das polnische Proletariat wünscht nichts sehnlicher als den Frieden mit Deutschland, aber es gibt keinen einzigen Arbeiter und Bauern, der einen Angriff auf die Grenzen Polens und seine Rechte im Korridor billigen würde.« Ähnlich äußerte sich Hermann Diamand, und Mieczyslaw Niedzialkowski erklärte, die polnischen Sozialisten seien in der Ablehnung aller Möglichkeiten einer Neuregelung der Grenzen Polens einig und würden niemals in der Frage des sogenannten Korridors nachgeben.

Also Deutschland will den Korridor durchaus haben, Polen will ihn nicht herausgeben; hat da nicht Augur recht, wenn er sagt, das Schlimmste am sogenannten Korridor sei, daß es keine irgendwie denkbare Lösung gebe, die wirklich beide Teile zufriedenstellen würde? G. Peytavi de Faugères erklärt: »C'est en fait la grosse question qui divise et divisera les deux pays.«

Nun die Lösungsversuche. Manche glauben, für Deutschland handle es sich im Korridorproblem um die technische Frage des Verkehrs mit Ostpreußen. Einige empfehlen einfach eine Verstärkung der Seetransporte. Andere haben zum Teil recht ausgefallene Ideen. Der Pariser Professor Kössler will, wie er in den Cahiers der Französischen Liga für Menschenrechte ausführt, einen Korridor durch den Korridor führen, nämlich entlang der Eisenbahnlinie Konitz-Dirschau. Wo diese Bahn von Nord-Süd-Bahnen gekreuzt wird, sollten Untertunnelungen erfolgen. Der französische Ingenieurgeneral Bourgoin will dagegen eine vergitterte Hochstraße durch den Korridor gebaut sehen. Auf Veranlassung Nikolaus Richard Coudenhove-Kalergis hat der Schweizer Ingenieur Jules Jaeger einen Plan ausgearbeitet, der einen Eisenbahndamm durch die Danziger Bucht vorsieht. Alles dies hat keinen Sinn. Die technische Möglichkeit nach Ostpreußen zu kommen besteht ohnehin, solange friedliche Beziehungen bestehen. Fehlen aber diese, so sind natürlich sofort Tunnels, Dämme, Hochstraßen, Bahnen vernichtet. Die 30 Millionen Francs, die Jaeger für sein Projekt veranschlagt, kann man wirklich besser gebrauchen, zum Beispiel als Ruhegehalt für die zahlreichen Leute, die sich, in Polen sowohl wie in Deutschland, ihren Lebensunterhalt durch gegenseitige Verhetzung erwerben. Charakteristisch ist der Plan des Timesredakteurs Augur: Deutschland solle Pommerellen und Danzig gegen Ostpreußen und Königsberg austauschen, da gäbe es wenigstens keinen Korridor, über den es in den Mitteilungen der Deutschen Akademie heißt: Die Grenzführung ist so, daß jeder deutsche Schuljunge die Faust ballt, wenn er sich die Ungerechtigkeiten der neuen Landkarte einprägen muß. E. W. Polson Newman schlägt vor, Polen solle den Korridor zurückgeben und sich dafür Litauen angliedern und den Ausgang zur See über Memel suchen. Dieser Plan hätte 1919 vielleicht Aussichten auf Verwirklichung gehabt, aber nach dem Wilnastrit ist in Litauen jede Lust zur Union mit Polen geschwunden. Und gewaltsame Anordnungen gegen den Willen der Bewohner (natives) können vielleicht Engländer vorschlagen; als aber Tomasini und später Coudenhove-Kalergi solches taten, war in der polnischen wie in der litauischen Literatur nur flammende Entrüstung zu sehen. Von französischer Seite ist angeregt worden, man solle das Danziger System auf den ganzen Korridor ausdehnen und eventuell Deutschland an der Verwaltung beteiligen. (Der Hafen wird jetzt von Polen und Danzigern unter neutraler Leitung verwaltet.) Georg Cleinow hat ein Kondominium vorgeschlagen, nicht nur für das Korridorgebiet sondern auch für Ostpreußen und die angrenzenden polnischen und litauischen Landstriche. Als eine Übergangslösung kann man dem wohl zustimmen, aber die tatsächliche Lösung ist eben doch nur im Vereinigten Europäischen Kontinent zu finden. .

Es wurde hier bereits zur Genüge ausgeführt, daß Untergangsgefahr für Deutschland *und* Polen besteht, wenn beide Völker sich noch länger bekämpfen<sup>1</sup>. Haben denn die Deutschen, fragt Wladimir d'Ormesson mit

1) Siehe dazu *Maas Baltischer Block und Kontinentaleuropa und Deutschlands Politik von außen gesehen* in den Sozialistischen Monatsheften, 1930 III Seite 882 und in diesem Band Seite 736 und folgende.

Recht, keine wichtigeren Probleme als das Starren auf die Ostgrenze? Die Rückgabe des Korridors ziehen nur René Martel und Sir Robert Donald in Betracht. Sie verlangen Internationalisierung der Eisenbahnen und Schifffahrtswege, Freihäfen für Polen in allen deutschen in Frage kommenden Häfen, Schutz für die kaschubische und polnische Minderheit. (In Wirklichkeit wäre es ja die Mehrheit.) Die Pläne d'Ormessons gehen in folgender Richtung: 1 oder 2 Eisenbahnlinien im Korridor sollen Deutschland mit vollem Hoheitsrecht wiedergegeben werden. Ostpreußen soll freien Zugang zur Weichsel haben, das heißt, die Grenze soll einige Meter nach Westen gelegt werden und eine Weile in der Mitte des Flusses verlaufen. Es soll eine Internationale Weichselkommission geschaffen werden, die für Schiffbarhaltung dieses Stroms sorgt. Das Problem der polnischen Arbeiter in Ostpreußen soll durch Verträge geregelt werden.

Noch einmal: Die Schaffung des Korridors war 1919 ungerecht und unsinnig. Aber die Polen haben ihn 12 Jahre lang in ihr Wirtschaftssystem eingebaut, sie werden ihn nicht herausgeben. Und die Zeit arbeitet gegen die Deutschen. Die Geburtenzahl der Deutschen im Korridor ist sehr gering, das Gebiet wird auch durch Agrarreform, das heißt Neuansiedlung von Polen, immer polnischer. Nur durch Krieg kann das Gebiet wiedergewonnen werden. Wie ernst das Ausland diese Kriegsgefahr beurteilt, dafür einige Stimmen. E. W. Polson Newman führt in *Britain and the Baltic* aus: »Der Korridor ist heute die größte Gefahrenstelle, und es ist interessant zu erfahren, daß der verstorbene Marschall Foch kurz vor seinem Tod voraussagte, dieses Gebiet werde der Schauplatz des nächsten Krieges sein. . . Als das Thema des nächsten Krieges angeschnitten wurde, nahm Foch plötzlich seine Pfeife aus dem Mund und deutete auf den schmalen Gebietsstrich hin, der Polen einen Zugang zum Meer gibt: Hier, sagte er, liegt die Wurzel des nächsten Krieges.« Frederick Linfield behandelte in *Current History* 1928 den polnischen Korridor als »Hindernis für den Frieden« und sagte: »Wenn auf diesem Gebiet nicht irgendetwas unternommen wird, kann der Ausbruch eines neuen Kriegs nur eine Frage der Zeit sein.« Garreth Jones schrieb neulich in der *Contemporary Review*: »Die Standpunkte der beiden Nachbarn scheinen vollkommen unvereinbar zu sein, und mehr und mehr bricht sich die Überzeugung Bahn, daß hier nur ein neuer Krieg eine Lösung bringen kann.« Robert Tourlys Buch spricht ja schon im Titel von dem »*conflit de demain*«. Das Stärkste sagte Frank Simonds in der *Review of Reviews*: »Aber für den, der mehr pro Frieden als prodeutsch oder propolnisch ist, ist es schwer die Tatsachen in dieser östlichen Frage ohne das schreckenerregende Gefühl anzusehen, daß man sich im Stadium der Vorbereitung eines neuen Krieges befindet, oder daß man in Wahrheit schon heute in einem Krieg ist, der nur durch die Macht der Zeitverhältnisse durch alle anderen Mittel als die der Waffen ausgefochten wird . . . Glauben Sie an den nächsten Krieg? So fragte ich beide [Deutsche und Polen], und von beiden erhielt ich die selbe Antwort: Ja, da gibt es kein Entrinnen, wir wollen ihn nicht, wir wissen, daß, wie auch immer der militärische Ausgang sein würde, die tatsächlichen Folgen verheerend wären, aber da gibt es kein Entrinnen. . . Hier sprechen Männer und Frauen von dem nächsten Krieg in hoffnungsloser Resignation.«

Also das ist die Sachlage. Der Polnische Korridor ist, wie Edgar Vincent Viscount d'Abernon, eine Autorität für Deutschland, sich ausdrückte, das

»Pulverfaß Europas«. Es mag dahingestellt bleiben, wie weit bei den zitierten Engländern der (natürlich nur instinktive, gar nicht bewußte) Wunsch nach der Aufrechterhaltung eines Gefahrenherds auf dem Kontinent mit-spricht. Augenblicklich hat England jedenfalls andere Sorgen als die um seine Schiedsrichterstellung in Europa. Und auch Deutschland sollte jetzt andere Sorgen haben als die Auseinandersetzung mit Polen. Wir stehen in der schwersten Krise der Nachkriegszeit. Die deutsche Zukunft steht auf dem Spiel. Wenn das Haus brennt, denkt man doch nicht daran, daß der Nachbar den Zaun etwas zu weit in unsern Garten hineingesetzt hat. Doch es ist ja leider so, wie Disraeli in *The Young Duke* sagt: »Wir wissen es alle. Ja, ja, wir wissen es alle, aber niemand glaubt es. Das ist der Wahlspruch des heutigen Tages.« Aber das darf nicht unser Wahlspruch bleiben. Der muß lauten: Die Völker unseres Kontinents müssen sich zusammenschließen, zusammen arbeiten und zusammen leben. Für das Korridorproblem gibt es keine isolierte deutsche oder polnische, es gibt nur eine europäische Lösung. Kein Hoover kann hier durch eine »Initiative in der Korridorfrage« (die nach der *Vossischen Zeitung* vom 3. Oktober 1931 »diese "offene Wunde" endlich geheilt und im Osten Europas das Gefühl stabiler Verhältnisse hergestellt« hätte, wenn sie nicht bereits am 8. Oktober im selben Blatt zu einer »Tatarennachricht« geworden wäre) eine Patentlösung dekretieren. Nicht Amerika, nur Europa hat hier das Wort.

In der höhern europäischen Ebene werden die zu Unrecht getrennten Teile des deutschen Landes sich wieder zusammenfügen, ohne daß die polnische Nation in einem ihrer Lebensinteressen beeinträchtigt würde. Aber die Beantwortung der Korridorfrage darf nicht als Voraussetzung der kontinentalen Einigung verlangt werden. Sie wird um so sicherer deren Folge sein.



## WALTHER PAHL · DIE FRANZÖSISCHE KRAFTWIRTSCHAFT

**K**OOPERATION Deutschlands und Frankreichs auf den Gebieten der Wirtschaft soll, das ergaben die Besprechungen der deutschen und der französischen Staatsmänner in Berlin, das Fundament eines neuen Gebäudes werden, in dem die beiden Nationen auch politisch nicht mehr gegen, nur noch mit einander arbeiten. Eine jetzt gebildete deutsch-französische Kommission wird zu prüfen haben, auf welchen Wegen diese wirtschaftliche Zusammenarbeit hergestellt werden kann. Sie wird von vornherein auf eine breite Basis gestellt werden müssen. Eine Gemeinschaftsarbeit der Kraftwirtschaften beider Länder kann der in anderen Teilen der Wirtschaft in hohem Maß die Wege ebnen. Die Zusammenarbeit des deutschen und des französischen Steinkohlenbergbaus, die gemeinsame Verwertung französischer Erze und deutscher Kohle steht seit langem zur Diskussion. Der Energieaustausch zwischen beiden Staaten unter Schaffung gemeinsamer Großkraftlinien würde eine feste Grundlage für die wirtschaftliche Kooperation überhaupt darstellen. Ein Einblick in die Struktur der französischen Energiewirtschaft zeigt, wie weitreichend hier die Möglichkeiten deutsch-französischer Kooperation sind.

Frankreich ist der viertgrößte *Kohlen*produzent der Welt, wenn seine Erzeugung auch nur etwa  $\frac{1}{4}$  der deutschen beträgt. Dennoch ist Frankreich



nicht zuletzt infolge des hohen Kohleverbrauchs der Eisenindustrie in hohem Maß zuschlußbedürftig. Von dem gesamten französischen Kohlenverbrauch im Jahr 1930 in Höhe von etwa 87 Millionen Tonnen wurden nur etwa 55 Millionen Tonnen von den einheimischen Zechen geliefert. Dieses Mißverhältnis zwischen Bedarf und Produktion bestand auch schon im Jahr 1913. Dadurch, daß Frankreich nach der Übernahme der lothringischen Eisenerzgruben zu dem eisenerzreichsten Land Europas geworden ist, hat sich das Mißverhältnis zwischen Produktion und Bedarf an Kohle noch vergrößert. Dies wiegt um so schwerer für Frankreich, als die französischen Kohlsorten sich nur sehr wenig zur Herstellung von Hochofenkoks eignen. Wenn die französischen Kokereien auch dank den vervollkommeneten Methoden 1929 4,8 Millionen Tonnen Koks produzieren konnten, so mußten doch noch 5,4 Millionen Tonnen eingeführt werden, von denen 3,6 Millionen Tonnen aus Deutschland kamen. Diese Tatsache demonstriert deutlich genug, daß die Verbindung zwischen westfälischem Koks und lothringischer Minette durch keine politische Grenzziehung zerstört werden kann.

An der Kohleneinfuhr nach Frankreich sind vor allem England und Deutschland beteiligt. So wurden im Jahr 1929 13,2 Millionen Tonnen aus England und 5,1 Millionen Tonnen aus Deutschland eingeführt. Seit Mitte dieses Jahres hängt die Kohleneinfuhr nach Frankreich von einer Lizenzgewährung ab. Von dieser Einfuhrreglementierung werden vor allem Holland, Polen und Belgien betroffen, die ihren Export nach Frankreich in letzter Zeit wesentlich steigern konnten. Die Einschränkungen bei den größten Importeuren England und Deutschland fallen demgegenüber mit etwa 5 % nicht ins Gewicht. In der Kohlenausfuhr (hauptsächlich Saarkohle) stößt Frankreich vor allem auf die englische und belgische Konkurrenz. In den Küstengebieten ist der Wettbewerb mit der englischen Kohle deshalb erschwert, weil die Kohle des größten französischen Kohlenreviers, das in der nordöstlichen Ecke des Landes liegt, mit hohen Transportkosten belastet ist. Neben der frachtungsungünstigen Lage wird die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Kohle auch durch die ungünstigen geologischen Bedingungen erschwert. Beträgt zum Beispiel die durchschnittliche Flözmächtigkeit in England 1,27 Meter und im Ruhrgebiet 1 Meter, so erreichen die Flöze in den beiden wichtigsten Kohlendepartements Nord und Pas de Calais nur die geringe Dicke von 0,80 Meter im Durchschnitt; im Departement Nord beträgt die Flözmächtigkeit jedoch nur 0,34 Meter. Alle diese Tatsachen beeinträchtigen die Arbeitsleistung des französischen Bergbaus. Folgender Arbeitsleistungsvergleich beleuchtet die Lage: Während im Durchschnitt die tägliche Arbeitsleistung eines Arbeiters im Ruhrbergbau im Jahr 1929 1271 Kilogramm betrug, in England 1101 Kilogramm, förderte der französische Bergarbeiter nur 694 Kilogramm; im Jahr 1927 betrug die Leistung erst 606 Kilogramm. Die Rationalisierung des Zechenbetriebs durch verstärkte Einführung maschineller Methoden usw. hat also in den letzten Jahren eine Steigerung der Arbeitsproduktivität hervorgerufen. Im Jahr 1929 ist erst wieder die Arbeitsproduktivität der Vorkriegszeit erreicht worden.

Indessen ist der Kohlenbergbau sehr darauf bedacht, trotz seinen schwierigen Produktionsverhältnissen, auf anderen Wegen seinen Einfluß im Gesamtgefüge der französischen Wirtschaft zu stärken. Da seine Führer sich darüber klar sind, daß eine wirtschaftliche Blüte ihres Produktionszweigs nur dadurch erreicht werden kann, daß sie den Rohstoff Kohle in stärkerem Maß

zu chemischen Erzeugnissen oder zu elektrischer Energie verarbeiten, sind sie sehr daran interessiert diese Veredlung selbst zu betreiben. Das ist nur möglich, wenn die damit notwendig werdenden Neugründungen finanziell autonom erfolgen können. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 1923 ein korporatives Bankinstitut geschaffen: die Union des Mines, die sich außerordentlich günstig entwickelt hat. Unter den weiteren Bemühungen der französischen Gruben ihrem Produkt einen kontinuierlichen Absatz zu sichern sind für die Zukunft insbesondere die Interessengemeinschaftsverträge mit den Stahlwerken von Bedeutung, die den Koksabsatz der Gesellschaften sicherstellen sollen. In den letzten Jahren kam eine Reihe solcher Verträge zustande.

Frankreich gehört zu den an *Wasserkraft* reichsten Ländern Europas. Nach Angaben der Commission des Forces Hydrauliques sind in Frankreich mindestens 9 Millionen Pferdestärken an Wasserkraftreserven vorhanden, die sich vor allem im Südosten und im Südwesten des Landes konzentrieren. Wie auf anderen Gebieten zeigt Frankreich auch in der Energiewirtschaft das Bild eines glücklichen Gleichgewichts: Im Norden und Osten liegt Kohle, der größte Teil der Wasserkräfte dagegen liegt südlich einer Linie Straßburg-Nantes. Weit über 50% der Gesamtleistung entfallen auf den Südosten, der das Gebiet der französischen Nord- und Südalpen umfaßt. Hier wiederum sind die Wasserkräfte vor allem in den Nordalpen zusammengeballt.

So schwierig es ist exakte Angaben über den Stand der Ausnutzung der französischen Wasserkräfte zu geben, so dürfte man doch dem gegenwärtigen Stand nahekommen, wenn man mit 2,5 Millionen Pferdestärken an ausgenutzten Wasserkräften rechnet. Frankreich gehört jedenfalls zu denjenigen Ländern Europas, die ihre Wasserkräfte in besonders hohem Maß ausgebaut haben. Der Ausbau wurde vor allem während des Kriegs forciert, als Frankreich von der Kohlenzufuhr aus Deutschland und von seiner eignen Kohlenbasis abgeschnitten war. In der Wasserkraftverwertung steht die Nordalpenzone an 1. Stelle, das die Pyrenäen umfassende südwestliche Gebiet an 2. Stelle. Im sogenannten Zentralmassiv hat die unmittelbare Nähe der Industrie zu einem intensiven Ausbau der allerdings spärlich vorhandenen Kräfte geführt. Im Nordwesten und im Nordosten sind die Wasserkräfte bisher nur wenig genutzt. Aber Frankreich geht jetzt daran die großen, bisher ungenutzten Kräfte des Rheinoberlaufs zu verwerten. Damit wird endlich mit dem Ausbau eines der größten europäischen Wasserkraftsysteme überhaupt begonnen. Die Arbeit Deutschlands und Frankreichs an der Gewinnung dieser Rheinwasserkräfte könnte besser als alles andere erweisen, daß das Elsaß Deutschland und Frankreich nicht trennt sondern verbindet. Den Rhein entlang von Kembs bis Straßburg sollen 8 Kraftwerke errichtet werden, die es zu einer Kapazität von 581 500 Kilowatt bringen sollen. Bei Maximalnutzung will man so jährlich 4515 Millionen Kilowattstunden an Elektrizität gewinnen. Dieses Ziel hofft man 1940 zu erreichen. Zunächst wurde Anfang 1928 bei Kembs mit dem Bau einer Wasserkraftanlage begonnen, die mit einer Leistung von 88 000 Kilowatt im Jahr 600 Millionen Kilowattstunden erzeugen soll. Nach dem Kembser Projekt wird ein Stauwehr  $5\frac{1}{2}$  Kilometer von der schweizerisch-französischen Grenze entfernt errichtet, um eine Erhöhung des Wasserspiegels des Rheins durch Stoneyschleusen von einer Maximalkapazität von 30 Meter um 7 Meter herbeizuführen. Zweck des Stauwehrs ist das dem

Rhein entnommene Wasser in einen Seitenkanal mit einer Höchstfassung von 850 Kubikmeter in der Sekunde zur Umgehung der Isteiner Schwelle zu leiten. In diesem Zuleitungskanal ist eine Wassergeschwindigkeit von 0,70 Meter pro Sekunde vorgesehen. Das Kraftwerk bildet die Verbindung des Zuleitungskanals mit dem Ablaufkanal, der sich 11,8 Kilometer vor der Grenze wieder in den Rhein ergießt. Der Unterschied des Wasserspiegels der beiden Kanäle oder die Höhe des Wasserfalls beträgt 11 bis 16,5 Meter, wodurch eine Kraft von 120 000 Pferdestärken geliefert werden soll.

Auch in den übrigen Teilen des Landes steht die Inangriffnahme einer Reihe von großzügigen Ausbauprojekten bevor. Im Rhonelauf ist die Installation von über 700 000 Kilowattstunden geplant. Aus dem Isèresystem sollen weitere 400 000 Kilowattstunden gewonnen werden. Kraftwerke mit einer Leistung von ebenfalls 400 000 Kilowatt sind an der Durance geplant. Projektiert wird ferner der Ausbau des Garonnesystems mit etwa 300 000 Kilowatt und der Dordogne mit etwa 325 000 Kilowatt.

Nach dem Umfang seiner *Elektrizitätsgewinnung* steht Frankreich bis jetzt hinter den Vereinigten Staaten, Deutschland, Canada und England zurück. Einen mächtigen Impuls gaben dem Ausbau der Elektrizitätswirtschaft vor allem die Kriegsjahre, in denen man die Wasserkräfte des Südens nutzte. Die Inflation hemmte ihn dann, und erst in den letzten Jahren wurden wieder größere Fortschritte gemacht. Die Elektrizitätserzeugung Frankreichs betrug 1923 7,5 Milliarden Kilowattstunden, 1924 9,1, 1925 10,2, 1926 11,3, 1927 11,4, 1928 13,04, 1929 zirka 14,6 Milliarden. Von der Erzeugung des Jahres 1929 wurden 8,5 Milliarden Kilowattstunden in Wärmekraftwerken und 6,1 Milliarden Kilowattstunden in Wasserkraftwerken erzeugt. Die installierte Leistung der französischen Kraftwerke wird auf  $6\frac{1}{4}$  bis 7 Milliarden Kilowatt geschätzt. Davon entfällt etwa  $\frac{1}{4}$ , nämlich 1,65 Milliarden, auf Wasserkraftwerke. Wie ein Vergleich zwischen dem Anteil der Wasserkraftwerke an der gesamten installierten Leistung und ihrem Anteil an der gesamten Stromerzeugung zeigt, weisen die Wasserkraftwerke eine hohe Ausnutzungsdauer auf; sie ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Wasserkraftwerke des Alpengebiets im wesentlichen die elektrochemischen Werke beliefern. Im Norden Frankreichs werden 70% der thermoelektrischen und im Süden zirka 95% der hydroelektrischen Energie gewonnen. Die neue Entwicklung der französischen Elektrizitätswirtschaft ist durch eine fortschreitende Kuppelung der Kraftwerke charakterisiert, durch die eine reibungslose Anpassung der Produktion an den Bedarf erreicht werden soll. Die Grundlinien eines ganz Frankreich umfassenden Hochspannungsnetzes sind deutlich zu erkennen.

Der Elektrizitätsverbrauch ist in den letzten Jahren rapid fortgeschritten. So stieg der Stromverbrauch pro Kopf von 194 Kilowattstunden im Jahr 1923 auf 372 im Jahr 1929. Die Anzahl der Verbraucher von elektrischer Energie in Paris stieg von 132 620 Ende 1913 auf 744 380 Ende 1929. Vor allem aber wurde in der Nachkriegszeit die Elektrizität der Landbevölkerung zugänglich gemacht. Anfang 1929 waren von insgesamt 37 981 Gemeinden 22 479, in denen etwa 83% der Gesamtbevölkerung leben, an ein Verteilungsnetz angeschlossen. Heute dürften nur noch etwa 5- bis 7000 Gemeinden nicht mit Elektrizität versorgt sein. Dem Stromverbrauch nach hat jedoch die Elektrifizierung der Landwirtschaft bisher mäßige Erfolge gebracht. In wachsendem Umfang hat die Elektrizität ferner in der Chemischen und in

der Eisenindustrie Eingang gefunden. Verhältnismäßig langsame Fortschritte macht die Elektrifizierung der französischen Bahnen, wenn auch bei der Midibahn Ende 1930 von insgesamt 4313 Kilometer bereits 1171 Kilometer und bei der Orléansbahn zirka 14% der Strecke auf elektrischen Betrieb umgestellt waren. Im ganzen kann man aber sagen, daß der Stromverbrauch in Frankreich, so gewaltig er auch in den letzten Jahren gestiegen ist, noch in hohem Maß ausdehnungsfähig ist.

Die französische Elektrizitätsproduktion ist gegenwärtig immer noch erst halb so groß wie die deutsche. Der Verbrauch pro Kopf hält sich noch weit unter dem in der Schweiz, den nordischen Ländern, Amerika, England und Deutschland. Die Verwaltung des größten französischen Elektrokonzerns, der Société Générale de Constructions Electriques et Mécaniques, hat berechnet, daß der französische Stromverbrauch im Lauf der nächsten 10 Jahre verdoppelt sein könnte. Man denkt dabei vor allem an eine verstärkte Elektrifizierung der Haus- und Landwirtschaft. Die deutsche Elektrotechnische Industrie, deren Anteil an der Weltproduktion 5mal so groß ist wie der der französischen, hat hier auf dem französischen Markt eine Chance, die auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung realisiert werden kann.

Eine große Bedeutung kommt auch der *Erdölpolitik* Frankreichs zu. In Frankreich arbeitet man seit Kriegsende mit Zähigkeit daran sich in der Versorgung mit flüssigen Brennstoffen von dem Einfluß der großen Trusts zu befreien. Die Petroleumgesetze vom Jahr 1928 unterstellen den Petroleumimport einer verschärften Staatskontrolle und begünstigen zugleich die Entstehung einer eignen Raffinerieindustrie.

Die Inanspruchnahme der Vergünstigungen in der Rohöleinfuhr verpflichtet die Konzessionsnehmer zur Einhaltung von bestimmten Vorschriften für die Lagerhaltung und die bevorzugte Lieferung an Behörden und sonstige im nationalen Interesse arbeitenden Einrichtungen. Die Gesellschaften, die vor Erlaß der neuen Ölgesetze Öl nach Frankreich einfuhrten, können auch das Recht erhalten weiterhin so viel an Rohöl und Fertigprodukten zu liefern wie ihr Höchstimport in einem der letzten 5 Jahre betrug. Diese besonderen Erleichterungen für die Inhaber alter Kontrakte waren notwendige Konzessionen an die beiden großen Trusts, die bisher etwa 80% der französischen Petroleumzufuhr liefern. Insgesamt wurde die Einfuhr für die ersten 3 Jahre des neuen Regimes auf 2 874 000 Tonnen, das heißt um zirka 200 000 Tonnen höher als der französische Ölimport im Jahr 1928, kontingentiert. Das Organ der staatlichen Petroleumpolitik ist die Compagnie Française des Pétroles, der der französische Anteil an der Iraq Petroleum Company, die die Mossulkonzession ausbeutet, übertragen worden ist.

Das Abkommen über die Aufteilung der Interessen am Mossulöl wurde am 31. Juli 1928 endgültig unterzeichnet, wobei die 2 daran beteiligten englischen Gesellschaften je 23,75%, die amerikanische und die französische Gesellschaft ebenfalls je 23,75% und ein Außenseiter, Gulbenkian, 5% vom Aktienkapital der Turkish Petroleum Company erhielten. Diese Beteiligungen wurden mit dem Recht verbunden einen entsprechenden Teil der in Mesopotamien in Zukunft geförderten Rohölmengen zu beziehen. Aus diesem Anteil an der Rohölproduktion im Irak hofft Frankreich sich in Zukunft wenigstens teilweise in der Ölversorgung von den Großkonzernen unabhängig zu machen. Die Compagnie Française des Pétroles sieht denn auch ihre

Hauptaufgabe darin Frankreichs Anteile am Mossulöl für die Stärkung der französischen Ölbasis zu mobilisieren. Die Beteiligung des Staats an den Gewinnen der Gesellschaft ist 1929 in einen 25prozentigen Anteil an deren Aktienkapital mit der entsprechenden Vertretung im Aufsichtsrat umgewandelt worden. Mit Hilfe einer ausschließlich französischen Organisation will man  $\frac{1}{4}$  des französischen Petroleumbedarfs allmählich aus dem französischen Anteil am Mossulöl decken. Gleichzeitig hat sich die französische Regierung verpflichtet alle ihr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel einzusetzen, um dieser Gesellschaft 25% des französischen Bedarfs an Ölprodukten, namentlich Benzin, zuzuführen. Mit allen Mitteln wird von der Compagnie Française des Pétroles die Verwirklichung dieses Ziels angestrebt. Im April 1929 wurde die Compagnie Française de Raffinage mit 100 Millionen Francs Aktienkapital gegründet, die die Errichtung von 2 Raffineries (bei Marseille und Le Havre) plant. Die Compagnie Française des Pétroles hat 55% des Aktienkapitals dieser Gesellschaft übernommen. Durch diese Maßnahmen hofft man den großen Trusts einen wesentlichen Teil des französischen Markts allmählich entreißen zu können. Indessen dürfte noch einige Zeit vergehen, bis das mesopotamische Rohöl in der erwarteten Menge kommerziell wirklich greifbar wird. Und kommerziell greifbar, das heißt exportfähig, wird das Mossulöl erst zu dem Zeitpunkt sein, an dem die Rohrleitungen aus Mesopotamien zum Mittelmeer fertiggestellt sind.

Die zähen Bestrebungen Frankreichs zur Sicherung eines genügenden Anteils an der Erdölgewinnung außerhalb Frankreichs beschränken sich nicht auf die Ölfelder im Irak. Darüber hinaus ist Frankreich bemüht auch sonst in der Welt neue Petroleumfelder unter seine Kontrolle zu bringen. Beträchtlich sind die Beträge französischen Kapitals, die in Galizien und Rumänien arbeiten. Insbesondere die polnische Petroleumindustrie stand in den letzten Jahren im Zeichen der Überfremdung durch das französische Kapital. Untersuchungen, die von französischen Gesellschaften nach ölführenden Terrains in Albanien und Columbien angestellt worden sind, blieben erfolglos. Petroleumfelder von beträchtlichem Umfang sollen in der letzten Zeit in Marokko entdeckt worden sein. Weitere Expansionsversuche unternimmt das französische Kapital in Nordpersien und Venezuela. Schließlich ist Frankreich auch bemüht die Erdölgewinnung im Land selbst zu steigern. Der einzige Rohölproduzent Frankreichs ist heute die Société Anonyme d'Exploitations Minières Pechelbronn, mit dem Sitz in Straßburg. Diese Gesellschaft ist aus den ehemaligen deutschen Pechelbronner Ölbergwerken hervorgegangen, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Erdölgesellschaft. Frankreich hat diese Werke erheblich ausgebaut. Die großen Investitionen in den letzten Jahren wurden vornehmlich dazu benutzt, um die Bohrungen auszudehnen, neue Raffineries zu errichten respektive alte zu verbessern. Ferner wurde eine Röhrenleitung nach dem Straßburger Hafen gebaut. Der Erfolg des Ausbaus der elsässischen Petroleumindustrie wird aus der Entwicklung der Produktionszahlen ersichtlich. Während die Produktion in Pechelbronn 1913 49 584 Tonnen betrug, erreichte sie im Jahr 1924 schon 70 869, im Jahr 1929 rund 85 000 Tonnen. Die größere Ergiebigkeit der elsässischen Anlagen gegenüber der Vorkriegszeit ist nicht zuletzt in der Einführung des bergbaulichen Verfahrens (Schachtbau) begründet. Schon während des Kriegs im Jahr 1916 wurde der erste Schacht gesenkt. Es handelt sich bei dieser Pechelbronner

Methode um eine intensivere Form der Ölgewinnung, der man insbesondere dort Beachtung schenkt, wo man ein Nachlassen der Quellfähigkeit beobachtet. Mit seiner Pechelbronner Eigenproduktion deckt Frankreich heute allerdings nur knapp  $\frac{1}{85}$  seines gesamten Ölbedarfs. Die Einfuhr an Erdöl ist seit der Zeit vor dem Krieg in Frankreich außerordentlich gestiegen. Während sie im Jahr 1913 nur zirka 800 000 Tonnen betrug, erreichte sie im Jahr 1928 2 632 893 Tonnen. Wenn auch Frankreich tut, was in seiner Macht steht, um die Eigenförderung zu steigern, so wird diese doch praktisch auch in Zukunft kaum eine wesentliche Rolle für die Versorgung des französischen Markts spielen. Unter den Maßnahmen, die die Unabhängigkeit Frankreichs in der Ölversorgung sichern sollen, kommt den Bemühungen um die Steigerung der Eigengewinnung gewiß die geringste Bedeutung zu. Die Reglementierung der Einfuhr, die Förderung der erdölverarbeitenden Industrie und der Erwerb von Erdölvorkommen außerhalb Frankreichs spielen unter den erdölpolitischen Maßnahmen des Landes die bedeutendste Rolle. Zurzeit konzentriert es sein stärkstes Interesse auf die rasche Erschließung seiner Mossulfelder.

Ebenso wie Frankreich hat aber auch Deutschland ein großes Interesse daran nicht zum Tummelplatz der ausländischen Erdölkonzerne zu werden. Eine erdölpolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich würde die Position dieser Länder gegenüber den großen Erdölproduzenten sehr verstärken. Mehr als man bisher glauben mochte, verfügt Deutschland heute über Möglichkeiten den Einfluß der ausländischen Erdölkonzerne auf dem deutschen Benzinmarkt zurückzudrängen. Unter den bedeutenden neuen Erdölfunden der letzten Zeit ragen diejenigen in den Kalischächten der Burbachkaliwerke bei Volkenroda hervor. Mitten in einem im Betrieb befindlichen Kalischacht hat man hier bedeutende Ölquellen entdeckt. Die Förderung in Volkenroda, die im Januar 1530 Tonnen betrug, ist bis August auf 8080 Tonnen gestiegen, was einer Jahresleistung von 100 000 Tonnen entsprechen würde. Damit steht Volkenroda mit einem Schlag an der Spitze der deutschen Erzeugungsstätten. Das Öl wird nach Leuna befördert. Die Ölgewinnungsanlagen der Farbenindustrie in Leuna hatten in der letzten Zeit unter Rohstoffmangel zu leiden, da der starke Rückgang des Stickstoffgeschäfts zu einer beträchtlichen Verminderung der eignen Teererzeugung führte. Diese hat sich nunmehr die Verarbeitung des in Volkenroda gewonnenen Öls gesichert und damit das Rohstoffmangelproblem gelöst. Inzwischen ist es ihr auch gelungen neue Katalysatoren zu finden, die eine das bisherige Maß der Ausbeute an Öl und damit Benzin im Hydrierverfahren weit übersteigende Ausnutzung des Rohstoffs ermöglichen. Durch den Ausbau der Anlagen zur Benziningewinnung in Leuna wäre eine Selbstversorgung des deutschen Benzinmarkts in hohem Maß möglich. Das französische Interesse ist dem deutschen gleichgerichtet. Beide Länder wollen sich von der Herrschaft der fremden Gesellschaften befreien. Die für den Ausbau der deutschen Ölgewinnungsanlagen notwendigen Kapitalien wären vielleicht von Frankreich zu erhalten, wenn die Voraussetzung einer gemeinsamen Politik gegenüber den großen Erdölkonzernen gegeben wäre.

So ergeben sich überall Ansätze zu einer fruchtbaren Arbeit der beiden großen Nachbarvölker, die vereint die Zukunft unseres Kontinents sichern. Die Tagespolitik darf nicht verderben, was die Wirtschaft erringen könnte.



# HERMAN KRANOLD · FRANKREICH UND DIE KOLONIALE AUFGABE EUROPAS

**E**S wird von Sozialisten vielfach noch verkannt, daß die Erschließung der nicht von Menschen europäischer Herkunft bewohnten Länder der Erde einer der großartigsten Vorgänge in der Geschichte der Menschheit ist. Alte Vorurteile stehen der Bildung eines vernünftigen Urteils grade auf diesem Gebiet immer noch im Weg und zeigen sich in einer zähen Unverwüstlichkeit, deren Dauer man immer wieder bestaunen muß. Wenn sozialistische Schriftsteller die gewaltigen Anlagen betrachten, in denen aus Kohle, Eisenerz und Kalkstein im Ruhrgebiet Stahl in riesigen Mengen erzeugt wird, so vergessen sie gewiß nicht die soziale Bedingtheit dieser Schöpfungen menschlichen Geistes und menschlicher Arbeit. Und während sie ruhig nachweisen, daß Maschinenstürmerei eine schlechte Vertretung proletarischer Interessen ist, kommt in dem, was sie schreiben und reden, oft genug sogar in großartiger künstlerischer Gestaltung, Ergriffenheit angesichts dieser gewaltigen, im wörtlichsten Sinn zeugenden, erzeugenden Anlagen zum Ausdruck. Wo aber sind bei ihnen die Lyrismen, wenn von der Erschließung großer Wüsteneien zu menschlichen Wohnsitzen die Rede ist? Daß Curie, Nernst, Marconi, Edison und viele andere Europäer oder Amerikaner europäischer Herkunft Großes für die Menschheit getan haben, daß Ford durch seine Produktionsgrundsätze tief in die Gestaltung der Gesellschaft seiner Heimat eingegriffen hat, wird den Lesern unserer Presse oft dargelegt. Aber wo ist von dem Werk Galliénis, Lyauteys, Sarrauts (oder um die dem deutschen Sozialdemokraten angenehm vertrauter klingenden englischen Namen hierherzusetzen, von dem Werk Rhodes', Cromers, Lugards) in solchem Maß und solchem Stil die Rede? Und ist etwa der sozialistische Generalgouverneur Französisch Indochinas Alexandre Varenne oder der arbeiterparteiliche Gouverneur Jamaicas Sidney Olivier sozial nicht in ganz anderm Maß unserm Streben nah als der Kapitalist Henry Ford, der Allerweltpazifismus als gesunde Geschäftsbasis zu verbreiten suchte? Warum sprachen deutsche Sozialdemokraten, die von den Wolkenkratzern auf dem New Yorker Felsenklotz und der Riesenproduktion der General Motors hörten, einem unserer "Amerikakenner" jahrelang so gern das Wort vom »amerikanischen Wirtschaftswunder« nach? Warum hören wir nichts von den asiatischen Wirtschaftswundern: etwa der riesigen Bewässerung im Pandschab, der züchterischen Vollendung des Zuckerrohrbaus auf Java, der gesunden Entfaltung der bäuerlichen Kautschukkultur in den Malaienstaaten, oder von den Wirtschaftswundern Afrikas: etwa dem Erzbergbau in Katanga, dem Baumwollbau in Nigerien, der Eroberung des Kakaoweltmarkts durch die Bauern der Goldküste, der Verwandlung der Steppe von Algerien und Tunis in einen der größten Fruchtgärten der Welt? Und doch sind diese Wunder gewiß nachhaltiger als dasjenige, das uns das Ideal der Prohibition, die Kultur des Baseballprofessionals und die Kunst des happy end als Ziel der Menschenbeglückung geschenkt hat.

Daß die koloniale Welt Kaffee, Tee, Kakao, Speise- und Schmierfette, Textilfasern, Stickstoff- und Phosphatdünger, Zucker, Reis, Obst, Gemüse, Leder, Metalle, Glimmer und Papierholz, Kautschuk und Krafftutter liefert, ist zwar heute auch für die arbeitenden Massen Europas selbstverständlich

geworden. Aber daß die Massen der europäischen Welt ohne diese Produktionen in ihrer wimmelnden Zahl und in der Breite ihrer Lebenshaltung gar nicht existieren könnten, das wird immer wieder vergessen. Vergessen auch, daß der Sozialist, der in der überseeischen Kolonisation nichts als einen Raubzug allergrößten Stils zu erkennen glaubt, damit zugleich ausspricht, daß nach seiner Meinung die europäischen Arbeitermassen nur dann leben können, wenn die Kapitalisten weiter an den Kolonialvölkern sündigen, und daß um des Lebens vieler Millionen europäischer Proletarier willen nur ja in den Kolonien besitzenden Ländern keine Herrschaft sozialistischer Proletarier zustande kommen darf; denn wenn diese, in der hiernach einzig wahren proletarischen Tugend, der Kolonisation ein Ende machen, ist es aus mit diesem Warenstrom und mit den Massen in Europa, die von ihm leben.

Typisch für diesen Standpunkt ist ein Artikel des Genossen Hermann Wendel über die Kolonialausstellung in Paris<sup>1</sup>. Der Versuch in dieser großartigen Ausstellung Leistung, Möglichkeiten und Aufgaben der Franzosen in ihren Kolonialgebieten aufzuzeigen spiegelt sich im Urteil dieses geistvollen Schriftstellers (dem unsere Partei eine Reihe ausgezeichnete Arbeiten verdankt, der auch mutig Wahrheiten ausspricht, die dem deutschen Bürger nicht genehm sind (so über das Verhältnis des Elsaß zu Deutschland), der zudem die deutsche Sprache beherrscht wie sonst nur wenige) als ein Unternehmen zu dem »Zweck dem französischen Bürger Kolonialbegeisterung einzutrichtern«. Zwar fehlt es nicht gegenüber der Ausstellung als solcher an »unumwundener Anerkennung einer sehr stattlichen Leistung«. Der bauliche Rahmen der Ausstellung wird lebendig geschildert; auch daß der Besucher »eine Fülle kolonialer Erzeugnisse zu Gesichte bekommt«, wird registriert. Doch dann kommt der Salto mortale: »Aber der Betrachter erfährt nirgends das Entscheidende, nämlich, ob der Verbraucher in Frankreich die Produkte der Überseeländer billiger bezieht als der Bürger eines Landes, das der eignen Kolonien enträt; jedenfalls bildet die Schweiz mit ihrer Schokolade ein Beispiel, daß sich sogar eine, nur auf überseeischen Rohstoffen [Milch, Zucker?] aufbauende Industrie ohne Anlehnung an eigne Kolonien blühend entwickeln kann.« Daß die Schweiz sich, wenn schon nicht an eigne kakaobauende Kolonien, so doch wenigstens an fremde Gebilde dieser Art "anlehnen" muß, daß also, wenn ein Land sich der Kolonisation enthält, es dies nur tun kann, weil andere eben kolonisieren, darüber ist Wendel nicht stutzig geworden. Und ist wirklich das Kriterium des »billigern« Bezugs das »Entscheidende« zur Beantwortung der Frage, welchen Wert denn der Besitz einer Produktion hat? Handelt es sich nicht vielmehr darum die eigne Produktion zu sichern, die Schaffenskräfte frei zu entfalten, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, daß sie von anderen eingeengt werden? Es wird, fürchten wir, noch eine Weile dauern, bis der Sozialismus das Schaffenspostulat ganz erfaßt hat, wenn selbst ein Sozialist von der geistigen Art Wendels ganz unbekümmert auf dem Standpunkt des "reinen Konsumenten" verharret. Freilich bricht dann der gesunde Tatsachensinn Wendels wieder durch. Er spricht freundlich von manchem Guten, das die europäische Koloniarbeit den Eingeborenen gebracht hat, und sein Gefühl für Gerechtigkeit gegenüber dem französischen Volk läßt ihn Sätze niederschreiben, die hier wiedergegeben seien, weil sie sich gegen das, was

1) Siehe Wendel *Koloniale Weltschau, eine kritische Wanderung durch die Internationale Kolonialausstellung in Paris, in der Freien Presse /Straßburg/ vom 19. August 1931.*



man sonst in Deutschland hört und liest, so erfreulich abheben. »In der Tat«, sagt Wendel, »braucht sich Frankreich nicht vor den anderen kolonisierenden Staaten zu verstecken. Jener auf die Hautfarbe gegründete Rassen-dünkel, der den Angelsachsen auf Farbige als auf ewig minderwertige Wesen herabsehen läßt, ist den Franzosen fremd. In der französischen Kammer sitzen Schwarze als Abgeordnete der sogenannten alten Kolonien, und niemand wundert sich, daß ein Vollblutneger vom Senegal, Monsieur Diagne, mit einer blonden Französin aus der Gegend von Orléans verheiratet ist und das hohe Amt eines Unterstaatssekretärs für die Kolonien bekleidet. Während unserm akademischen Nachwuchs das Gehirn mit dem blödesten Rassenwahn verkleistert wird, gedeiht bei unseren westlichen Nachbarn die Erkenntnis, daß das Franzosentum nicht einen Rasse- sondern einen Kulturbegriff von gewaltiger Anziehungskraft darstellt. Franzose ist, wer es sein will, wer sich mit dem Geist und der Sprache Frankreichs durchdringt. Darum träumt der französische Imperialismus davon die Kolonien mit dem Mutterland zu einer Einheit des Größern Frankreichs zu verschmelzen, zu einem Amalgam der Kulturen, bei dem das Französische die Grundfarbe, das Arabische, das Madagassische, das Annamitische die Ergänzungsfarbe abgibt, und nicht nur berufsmäßige Lobredner der Regierung, sondern auch die Partei Léon Blums erkennt an, daß die französische Kolonialpolitik sich in vielem vorteilhaft von der anderer Staaten unterscheidet; auch ein deutscher Sozialdemokrat, Otto Graf, bestätigt in seinem ebenso gescheiterten und eindringlichen wie farbigen und funkelnden Buch Die marokkanische Mauer, daß Frankreich in Marokko »nach allgemeinen europäischen Begriffen eine außerordentliche Kulturarbeit geleistet« habe, und daß seine Politik »klüger, sachlicher und gerechter« sei als etwa die Spaniens.« Diese Worte sollten weithin gehört werden. Sie sind grade der Jugend Deutschlands notwendig.

Aus der reichen Auswahl sozialistischer Pressestimmen zur Kolonisation, denen es an Verständnis für die wahre materielle und moralische Bedeutung dieser Lebensäußerung der europäischen Welt fehlt, wurde oben die Stimme Wendels gewählt, weil sie zeigt, was am grünen Holz geschieht. Um so wichtiger scheint es sich darüber klar zu werden, was das französische Kolonialreich dem festländischen Europa eigentlich für eine Aufgabe stellt.



**F**RANKREICHS Kolonialreich umfaßt Gebiete in Amerika, Afrika, Asien und Australien. In Amerika handelt es sich um kleine Reste aus einem Abschnitt der französischen Geschichte, der heute im wesentlichen erledigt ist, nämlich um die bei Neufundland liegenden Inseln Saint-Pierre und Miquelon, um die westindischen Inseln Guadeloupe und Martinique mit einigen Nebeninseln und schließlich um das kaum bevölkerte große Gebiet auf dem südamerikanischen Festland: Guyane Française. In Australien sind ebensolche Restbestände aus früheren Zeiten Neukaledonien mit Nebeninseln, die Niederlassungen in Ozeanien (darunter Tahiti) und die zusammen mit dem Britischen Reich verwalteten Neuen Hebriden. Manche dieser Gebiete haben 1½ Jahrhunderte hindurch in der Geschichte der Entfaltung der französischen Wirtschaft eine sehr große Rolle gespielt, sind aber seit etwa 1800 Gebiete, die zwar gedeihen, deren Bedeutung für Europa aber heute untergeordnet ist. In ganz anderer Ausdehnung ist nämlich seitdem in Afrika und Asien ein neues französisches Kolonialreich entstanden, das nun in seinen produktiven Möglichkeiten wahrhaft europäische Bedeutung hat.

In Asien besitzt Frankreich zunächst auf der vorderindischen Halbinsel einige Restbestände, nämlich 5 kleine Hafengebiete mit etwa 300 000 Einwohnern, die, seit sie nicht mehr Zentralpunkte des überseeischen Opiumhandels sind, kaum noch Bedeutung haben. Daneben hat Frankreich in Asien Syrien (mit dem Libanon) als Mandatsgebiet, dessen Fläche auf 150 000 Quadratkilometer, und dessen Bevölkerung auf knapp 3 Millionen geschätzt wird. Das wichtigste französische Gebiet in Asien aber ist Französisch Indochina, das aus verschiedenen Gebilden besteht. Zunächst einmal sind einige Gebiete in unmittelbarer französischer Verwaltung, nämlich Cochinchina, Tonkin und Kwangtschouwan, das dem Chinesischen Reich abgepachtet ist; daneben bestehen die 3 Protektorate: Kambodscha, Annam und Laos. Im ganzen umfaßt Französisch Indochina 738 000 Quadratkilometer und reichlich 21 Millionen Menschen. Die Bevölkerung steigt sehr rasch, im Jahr 1921 betrug sie erst 19 Millionen, so daß sich für 10 Jahre die Bevölkerungszunahme auf über 10% stellt. Indochina und Syrien, diese beiden Hauptteile des französischen Kolonialreichs außerhalb der afrikanischen Welt, bieten eine von dem französischen Afrika so völlig verschiedene Sachlage, daß sie hier ausscheiden und für einen besondern Aufsatz aufgespart bleiben.

Das eigentliche, das in erster Linie bedeutende koloniale Frankreich liegt in Afrika. Es verteilt sich auf mehrere von einander getrennte Stücke, deren nördlichster Punkt über 35° nördlicher Breite noch hinausragt, während Madagaskar den Wendekreis des Steinbocks nach Süden um eine beträchtliche Strecke überschreitet. Im ganzen sind es 3 Stücke von sehr ungleicher Größe. Das kleinste Gebiet und auch wohl das am wenigsten entwickelte ist die Somaliküste, zwar mit 120 000 Quadratkilometer immer noch fast halb so groß wie Preußen, aber nur von 65 000 Menschen bewohnt<sup>2</sup>. Gleichfalls im östlichen Afrika, richtiger: ihm gegenüber als Insel, mit 627 000 Quadratkilometer um  $\frac{1}{2}$  größer als Deutschland, aber nur von noch nicht 4 Millionen Menschen bewohnt, liegt die Insel Madagaskar, die im französischen Kolonialleben eine Existenz für sich führt. Daneben enthält Afrika das Hauptstück des französischen Kolonialreichs, nämlich ein festländisches Gebiet, das das westliche Nordafrika, die Sahara, die Küstenländer des Golfs von Guinea (mit britischen, spanischen, portugiesischen Enklaven) umfaßt und auch die westliche Hälfte des Sudans einbegreift. Es handelt sich hier um Gebiete von völlig verschiedener natürlicher Beschaffenheit, in gänzlich verschiedenen politischen und organisatorischen Verhältnissen und auch in der Bevölkerung ganz verschieden von der Natur bedacht.

In Nordafrika umfaßt das französische Kolonialreich zunächst die Kolonie Algerien. Die gesamte Fläche, einschließlich des Anteils an der Sahara, beträgt 2,2 Millionen Quadratkilometer; davon entfallen auf das bewohnte Gebiet 575 000 Quadratkilometer. Die Bevölkerung dieses Gebiets beträgt reichlich 6 Millionen; auch sie steigt schnell. Die beiden anderen Teile des französischen Nordafrikas sind Protektorate: Tunis mit 125 000 Quadratkilometer und 2,3 Millionen Menschen und Marokko mit 420 000 Quadratkilometer und über 5 Millionen Einwohnern. Abgesehen von dem Sahara-

2) Die letzten und die folgenden Zahlen sind Hübners *Geographisch-Statistischen Tabellen* /Wien 1925/ und dem *Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich* /Berlin 1930/ entnommen, ferner *Cros L'Afrique Française pour tous* /Paris 1930/, einem Buch, das zwar keine großen Probleme erörtert, aber die äußeren Tatbestände der französischen Kolonisation in Afrika sehr interessant schildert und, leider ohne ein Sachregister und deshalb schwer benutzbar, ein außerordentlich reichliches Zahlenmaterial beibringt.

anteil Algeriens liegen diese Gebiete völlig nördlich des Wendekreises des Krebses, sie haben ausgesprochen subtropischen Charakter und stehen, soweit sie nördlich des großen, parallel zum Mittelländischen Meer verlaufenden Atlasgebirges liegen, klimatisch stark unter dem Einfluß dieses Meeres, der westliche Teil Marokkos auch unter dem des Atlantischen Ozeans. In Algerien sitzen die Franzosen als herrschende Macht seit 100 Jahren, das Protektorat über Tunis wurde 1884 errichtet, und die Ausbildung der französischen Vorherrschaft über Marokko liegt so sehr erst in der jüngsten Vergangenheit, daß ihre verschiedenen politischen Phasen in den Jahrgängen der Sozialistischen Monatshefte fortlaufend gewürdigt werden konnten.

Die Dichtigkeit der Bevölkerung in diesen Gebieten ist nicht groß. Auch wenn man die eigentlichen Wüstengebiete abzieht, überschreitet sie wohl nirgends 18 Menschen auf den Quadratkilometer, das heißt ungefähr  $\frac{1}{8}$  der Dichtigkeit der Bevölkerung im Durchschnitt Deutschlands. Von dieser Bevölkerung ist ein recht erheblicher Teil europäischen Ursprungs. Franzosen dürften nicht viel unter 800 000 dort wohnen, daneben sind noch mehrere Hunderttausend andere Europäer vorhanden, in besonders großer Anzahl Italiener in Tunis und Spanier in Algerien. Als Siedlungsgebiet für Europäer ist das französische Nordafrika in keiner Weise ungünstiger zu beurteilen als der Süden Spaniens und Italiens, ja erhebliche Teile des Landes bieten der Ansiedlung von Europäern eher günstigere Voraussetzungen, da sie erheblich über dem Meeresspiegel liegen, und infolgedessen die durchschnittliche Jahrestemperatur nicht besonders hoch ist. Die Siedlungsleistung der Franzosen in diesem Gebiet ist außerordentlich stattlich. Ihre zahlenmäßige Bedeutung kann man nur dann richtig würdigen, wenn man bedenkt, daß Frankreich seit Jahrzehnten keinen nennenswerten natürlichen Bevölkerungsauftrieb hat, und daß bei ihm auch keinerlei Übervölkerungsdruck vorliegt, der einen Zwang zur Auswanderung für größere Scharen hätte abgeben können. Immerhin fragt es sich sehr, ob bei den heutigen populationistischen Verhältnissen Frankreichs auf längere Jahre mit einem Anhalten dieser französischen Wanderung nach Nordafrika wird gerechnet werden können, da andere Kolonialgebiete mit Nordafrika in heftigem Wettbewerb um französische Auswanderer stehen. Andererseits ist der Druck des Bevölkerungsüberschusses in Italien sehr stark, und er wird es bis auf weiteres wohl auch bleiben. Daher ist die italienische Einwanderung nach Tunis und Algerien eine Quelle politischer Schwierigkeiten und Besorgnisse, und rein politisch müßte den Franzosen unter gewissen Voraussetzungen eine deutsche Einwanderung in diese Gebiete in gewissem Umfang wünschenswert erscheinen. Daß diese Voraussetzung eine auf Dauer angelegte, haltbare Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland einschließt, versteht sich von selbst. Ein Frankreich, das einen Krieg mit Deutschland zu erleben fürchtet, wird nichts dazu tun Deutsche in größerer Zahl in einer seiner Kolonien zu versammeln. Auf der andern Seite braucht die Wirtschaft des französischen Nordafrikas in erheblichem Maß Kräfte, wie sie in Frankreich nur in geringer Zahl überschüssig und auch aus Italien kaum in größerem Umfang zu erwarten sind, von Deutschland aber mit großem Vorteil überseeischen Gebieten gegeben werden können. In Französisch Nordafrika entfaltet sich jetzt und entfaltet sich in den letzten Jahrzehnten bereits eine weit in das Gebiet des Gartenbaus vorstoßende intensive Landwirtschaft, die für die europäischen Märkte Obst, Gemüse und Wein früh im Jahr in großen

Massen erzeugt und in noch viel größeren Massen erzeugen kann. Der enorme Fortschritt dieser Produktionen ist in der Hauptsache den französischen, daneben aber auch den spanischen und besonders italienischen Einwanderern zu danken. Auf längere Dauer aber wird diese Produktion in immer stärkerem Maß auch von der einheimischen Bevölkerung aufgenommen und weiterentwickelt werden. Genau so wie der Neger an der Goldküste heute fähig ist in bäuerlichem Familienbetrieb den Kakaoweltmarkt zu beherrschen, genau so vermag auch die arabische und berberische Bevölkerung Nordafrikas Tomaten, Datteln, Oliven, Artischocken, Zitronen, Apfelsinen, Feigen, Spargel usw., sogar frühreife Kartoffeln für den europäischen Markt hervorzubringen, und mancher Apfel, der in Europa gegessen wird, wächst heute schon auf Bäumen, die von Tunesiern oder Algeriern gepflanzt sind und gepflegt werden. Neben diesem landwirtschaftlichen Nordafrika entwickelt sich aber gleichzeitig und seit einiger Zeit sogar in fast noch schnellerem Tempo, in gewissen Zweigen rohstofforientiert, auch Industrie. So die Gewinnung von Phosphaten, aus denen ein wichtiger Kunstdünger gemacht wird. Andere Industrien stehen erst in den Anfängen, sind aber nicht weniger wichtig. Große Eisenerzlager sind in Algerien vorhanden. Der Abbau dieser Erze ist heute bereits recht beträchtlich. Es gibt jetzt schon 29 Abbaustellen von Eisenerz, die jährlich 2 Millionen Tonnen und mehr liefern<sup>3</sup>. Der Bergbau auf Zink und Blei wird an 53 Stellen betrieben; ferner wird an je 1 Stelle Kupfer, Antimon und Quecksilber gewonnen. Arm ist Algerien an Steinkohle; dafür ist das französische Nordafrika im Besitz großer unausgenutzter Wasserkräfte, die bei der Verhüttung der Erze die Kohle ersetzen können. Zu ihrem Ausbau, zur Verteilung der elektrischen Kraft über das riesige Land und zum Weitervortreiben der Verkehrseinrichtungen braucht das französische Nordafrika in Scharen Ingenieure, Werkmeister und gelernte Arbeiter, die ihm weder das Mutterland noch auch Italien oder Spanien liefern können. Ebenso braucht es zu seiner Entfaltung Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, an denen es in allen französischen Kolonien mangelt, weil im Verhältnis zur Größe der Aufgabe die Bevölkerung des Mutterlands viel zu klein ist. Wären also die politischen Voraussetzungen erfüllt, so würde es an dem brennenden Interesse Frankreichs Deutsche für diese Arbeiten einwandern zu lassen gewiß nicht fehlen.



UF der Karte hängen die tropischen Gebiete des französischen Westafrikas mit den eben besprochenen Gebieten vollkommen zusammen. In der Wirklichkeit liegt aber als ungeheures Verkehrshindernis und als die gewaltigste Klimagrenze, die wir kennen, die Sahara dazwischen. Wer sie auf einem der heute schon regelmäßig verkehrenden Flugzeuge über- oder auf einem der ebenfalls schon verkehrenden Wüstenautomobile durchquert hat, der blieb zwar während dieser Reise immer im französischen Afrika, aber er kam in ein völlig anderes Land. Die Gebiete Frankreichs zwischen der Sahara und der belgischen Kongokolonie, der Guineaküste und dem angloägyptischen Sudan sind nach Boden und Klima buntscheckig verschieden, es gibt außerordentlich feuchte neben außerordentlich trockenen, übermäßig heiße neben recht gemäßigten, fruchtbare neben sterilen Gegenden, menschenleere Einöden, dünn bevölkerte Flächen und Flecke, auf denen sich die Menschheit wimmelnd drängt; das ganze Gebiet aber hat doch tropischen Charakter.

3) Siehe *Bernard L'Algérie /Paris 1929/* Seite 475 und folgende.

Das Gebiet zerfällt in 2 Generalgouvernements, neben denen noch die Mandatsgebiete stehen. Französisch Westafrika hat eine Fläche von 3,7 Millionen Quadratkilometer und eine Einwohnerzahl von heute wohl schon 14 Millionen Menschen. Die Bevölkerungsdichte ist mit etwa 3,7 auf den Quadratkilometer recht gering. Auch die dichtestbevölkerten Teile überschreiten nicht 9 Einwohner auf den Quadratkilometer, während benachbarte britische Gebiete, zum Beispiel Nigerien, Sierra Leone und Goldküste, es bis auf 45 bringen. Die einzelnen Teile des französischen Westafrikas sind: Senegal, Mauretania, Guinea, Elfenbeinküste, Dahome, Sudan, Haute-Volta, Gebiet des Niger; verwaltet wird von dem Generalgouvernement Westafrika auch noch das französische Mandatsgebiet Togo, das von dieser frühern deutschen Kolonie einen Streifen von 52 000 Quadratkilometer Fläche umfaßt. Nach der Bevölkerung hat dieses Generalgouvernement schon vollkommen tropischen Charakter; das europäische Element tritt ganz zurück. Die Geburtenüberschüsse sind an sich gut und entsprechen denjenigen in anderen tropischen Ländern, in denen sich allmählich europäische Hygiene ausbreitet. Aber im Verhältnis zu der Größe des Landes ist die Menschenzahl doch nur gering. Die Alterspyramide zeigt eine starke Überbesetzung der Kinderjahrgänge; infolgedessen ist der Anteil der Arbeitsfähigen an der Bevölkerung im Vergleich zu europäischen Ländern auffallend gering. Dazu kommt auch hier die in den Tropen sehr weit verbreitete Erscheinung, daß die Arbeitskraft des einzelnen Menschen weit unter der uns gewohnten Norm bleibt, weil sie durch den Mangel an Eiweiß und Vitaminen in der Nahrung und durch chronische Massenerkrankheiten (zum Beispiel Malaria) dauernd und schon von früher Jugend an geschädigt wird. Nun beruht jede Möglichkeit diese riesigen Gebiete zu erschließen auf der Vornahme umfangreichster Verkehrsbauten. Diese schreiten bei weitem nicht in dem Maß vorwärts, in dem Frankreich bereit ist die Geldmittel für sie zu beschaffen, weil es an Arbeitskräften fehlt. Genau wie alle anderen kolonisierenden Völker haben in früheren Jahren die französischen Verwaltungsbeamten in die Bevölkerungsreservoirs sehr energisch hineingegriffen und Arbeiter auf sanfte oder rauhe Weise rekrutiert. Genau wie anderswo ist aber auch hier die Erfahrung nicht ausgeblieben, daß das ein selbstmörderischer Raubbau ist, und so wird heute der Umfang der Erschließungsarbeiten so sorgfältig wie möglich demjenigen Maß angepaßt, das sich aus der Notwendigkeit pfleglichster Behandlung der eingeborenen Bevölkerung ergibt. Was den Bedarf an europäischen Arbeitskräften angeht, so liegen hier und im übrigen tropischen Afrika die Verhältnisse genau so wie in Frankreichs nordafrikanischen Besitzungen.

Frankreichs Herrschaft in Westafrika ist noch ziemlich jungen Datums, sie begann erst in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Frankreich gewann aber nur überwiegend dünnbevölkerte Teile, während die inselartig von ihm umschlossenen Gebiete, die in den achtziger und neunziger Jahren bei dem allgemeinen Wettbewerb um Afrika den Engländern zufielen, grade die dichtbevölkerten Stücke sind. Charakteristisch dafür ist das britische Gebiet Gambia, zusammen mit Portugiesisch Guinea eingeschachtelt zwischen die französischen Gebiete Senegal und Französisch Guinea. Die Bevölkerungsdichte in den beiden französischen Gebieten ist 6,4 respektive 8,7, in dem portugiesischen Gebiet 8 auf den Quadratkilometer; das Gambiagebiet weist aber eine Bevölkerungsdichte von 230 auf den Quadratkilometer auf.

Bei dieser Lage der Bevölkerungsverhältnisse wird es für die schnelle Entwicklung Französisch Westafrikas entscheidend sein, ob es gelingt für alle Bauten und für alle Zweige der land- und forstwirtschaftlichen Produktion die nur irgendwie zur Entlastung des Arbeitsmarkts tauglichen Arbeitsmaschinen in größter Zahl in das Land zu liefern und die zu ihrer Bedienung, Wartung und Ausbesserung erforderlichen Menschen dem Land ebenfalls zu sichern. An sich ist der Eingeborene zu solchen Arbeiten durchaus erziehbar; im ganzen kolonialen Afrika gibt es zum Beispiel heute überall schon Neger, die als Chauffeure arbeiten usw. Aber dem Bestreben den Bedarf an solchen Arbeitskräften aus der eingeborenen Bevölkerung zu decken steht auf lange Jahre hinaus das Bevölkerungsquantum im Weg.

Der Fläche nach nur um  $\frac{1}{4}$ , der Bevölkerung nach aber um  $\frac{3}{4}$  kleiner ist das am stärksten tropische Kolonialgebiet im französischen Afrika, Französisch Äquatorialafrika, das vom Tschadsee im Norden bei etwa  $14^{\circ}$  nördlicher Breite bis südlich an der Kongomündung auf etwa  $6^{\circ}$  südlicher Breite hinunterreicht. Die Fläche wird mit 2,4 Millionen Quadratkilometer, die Bevölkerung mit etwa 3,2 Millionen Menschen angegeben, so daß die Dichtigkeit nur etwa 1,3 auf den Quadratkilometer ausmacht. Die Gouvernements sind das Gabungebiet, der Mittlere Kongo, die Provinz Ubangi-Schari und die Gebiete des Tschads. Vom Generalgouvernement mit verwaltet wird das französische Mandatsgebiet Kamerun (über 400 000 Quadratkilometer groß, Einwohnerzahl fast 2 Millionen, Bevölkerungsdichte 4,4, also erheblich größer als im Gebiet des Generalgouvernements). In diesem Teil des französischen Afrikareichs steht in noch viel höherem Maß der Menschenmangel im Vordergrund aller Probleme, zumal hier ebenso wie in den benachbarten britischen, belgischen und portugiesischen Gebieten auf weite Strecken die Schlafkrankheit in den letzten 20 Jahren fürchterlich gehaust hat; sie wird zwar heute bedeutend energischer als früher bekämpft; obwohl aber in unserer Zeit die medizinischen Mittel gegen die fürchterliche Trypanosomen-seuche (grade auch durch französische und deutsche Forschung) erfreulich stark fortgebildet sind, und obwohl Frankreich Geld und Menschen in verstärktem Maß in diesen Kampf einsetzt, wird es doch noch lange dauern, bis ein befriedigender Zustand erreicht sein kann, und um so länger, je weiter der Zeitpunkt hinausgeschoben wird, zu dem andere als französische Ärzte in größerer Zahl an diesem Kampf beteiligt werden.

**M**IT diesen wenigen Bemerkungen über die französischen Kolonien mag es für heute sein Bewenden haben. Sie zeigen, welche ungeheure koloniasatorische Aufgaben Frankreich übernommen hat. Nicht Reichtum, nicht geistige und moralische Kräfte fehlen ihm, um diese Aufgaben in dem Umfang zu bewältigen, wie es selbst möchte. Aber seine Menschenzahl ist zu gering, die Expansion seiner Bevölkerung zu schwach, als daß in dem größten Teil dieses Reichs schnelle Fortschritte möglich werden könnten, wenn nicht Hilfe von anderer Seite eingreift. Franz Müller-Lyer sagte einmal, daß der Fortschritt nicht springe sondern auf 1000 Füßen krieche. Daß er nicht springt, gilt für Frankreichs tropisches Gebiet in Afrika ganz gewiß; trotz allem Bemühen, trotz aller lebendigen Einsicht in das Richtige und Notwendige kriecht er ganz gewiß nur. Es handelt sich hier eben um eine Aufgabe von einem Ausmaß, das jede andere als eine kontinentaleuropäische Lösung ausschließt.

Daß diese gemeinsame Aufgabe Frankreichs und Deutschlands allmählich klarer erkannt wird, ging schon aus einigen Nachrichten hervor, die vor dem Besuch der französischen Minister nach Berlin kamen. In einem Telegramm, das der Pariser Vertreter der Vossischen Zeitung am 25. September sandte, hieß es: »Deutschland und Frankreich wollen . . . prüfen, ob in den afrikanischen Kolonien und in Südamerika sich nicht hygienisch und wirtschaftlich gesunde Bedingungen für eine großzügige Einwanderung schaffen lassen. Die europäische Auswanderung würde nicht nur eine unmittelbare Entlastung des europäischen Arbeitsmarktes bringen, sondern die Installierung der neuen Ansiedler würde auch der Industrie neue Beschäftigung geben. Zugleich sollen die Schiffs- und Luftverkehrslinien auf die neue Auswanderungsperiode umgestellt und ausgebaut werden. Der Plan soll von Sachverständigen genau durchgearbeitet werden und eins der Projekte der deutsch-französischen Zusammenarbeit bilden.« Und am selben Tag teilte Fernand de Brinon in der Information mit, man plane in Frankreich die Zusammenarbeit mit Deutschland auf die Kolonien auszudehnen: Deutschland solle die Reparationen wieder durch Sachlieferungen abtragen und dabei an der industriellen Versorgung der Kolonien beteiligt werden; man denke sogar daran in nicht zu ferner Zeit Togo und Kamerun an Deutschland zurückzugeben. Diese kolonialwirtschaftliche Kooperation, die so von Frankreich vor der Ministerzusammenkunft programmatisch verkündet wurde, muß natürlich erst richtig organisiert werden. Das dürfte eine der Aufgaben der als Ergebnis des französischen Besuchs in Berlin angekündigten gemischten deutsch-französischen Kommission werden.

Auch von der kolonialen Aufgabe aus gesehen müssen die heute so klein werdenden Vaterländer Frankreich und Deutschland in das größere Vaterland des Vereinigten Europäischen Kontinents eingehen. Dieses neue Vaterland des europäischen Menschen wird dann auch das wahre Mutterland für die kolonisierende Tätigkeit der Europäer in Afrika sein können.

## HERMAN SÖRGEL · EUROPA-AFRIKA; EIN WELT- TEIL

**F**ÜR den Charakter eines Kontinents ist es von Bedeutung, ob und mit welchen Ländern er in früheren geologischen Perioden eine litorale Einheit gebildet hat. Denn aus dem Landzusammenhang folgert ein ähnlicher Verwandtschaftsgrad zwischen Pflanzen und Tieren, zwischen Ernährungs- und Lebensmöglichkeiten. Zweifellos bestand zwischen Europa und Afrika einstmals ein viel engerer Kontakt als heute: Das Mittelmeer war kein zusammenhängendes Meer sondern teilte sich in 2 Binnenseebecken, östlich und westlich von Italien-Sizilien, deren Niveau etwa 1000 Meter tiefer war als der gegenwärtige Wasserstand. Europa und Afrika waren also vor den Bewegungen der letzten Eiszeit keine durch ein zusammenhängendes Meer getrennten Weltteile. Aber auch in geschichtlich uns näherer Zeit, in der Periode der Römerherrschaft, war Nordafrika eng mit Europa verzahnt, ja diesem sogar in manchem überlegen. Der Nordrand Afrikas von Marokko bis Ägypten war schon einmal tatsächlich das reichste und fruchtbarste Land der Erde. So überraschend es heute klingt: Die Schätze Karthagos, der Reichtum der Phönikier und später der Luxus der römischen Kaiser stammten aus der

Provinz Afrika. Deshalb gierten die Römer auch ständig nach diesem Paradies und ruhten nicht eher, als bis sie es erobert hatten. Mit bewundernswertem Fleiß und technischem Scharfsinn hatten die Punier große Strecken Wüstenland an der Küste in künstliche Plantagen und Gartenland verwandelt. Durch die Bewässerung stellten sich selbstverständlich auch die für die Vegetation so wichtigen Niederschläge ein; denn die aufsteigende Feuchtigkeit fällt als Regen wieder auf die Erde herab. Wenn wir uns die Geschichte vergangener Kulturen ins Gedächtnis zurückrufen, wenn wir die prächtigen Ruinen, die Tempel, Amphitheater, Thermen, Triumphbogen in Tunesien und Tripolis betrachten (zum Beispiel Timgad), so müssen wir uns eigentlich wundern, daß unsere Zeit trotz ihrer "allmächtigen" Technik hinter den mit primitiven Mitteln ausgerüsteten Puniern zurücksteht und jenes märchenhafte Wunderland nicht wieder aus seinem Dornröschenschlaf erweckt. »Römische Baudenkmäler, eindrucksvolle Zeugen der maiestas Imperii Romani gibt es im Bereich des ganzen Römischen Reiches, aber in keiner Provinz sind so viele Monumente vorhanden wie im ehemals römischen, heute französischen Nordafrika, das die blühendste Provinz des Westens war ... Wenn die französische Regierung die Denkmäler schützen und erforschen läßt, so dient sie damit nicht nur der Wissenschaft sondern auch der Zukunft des Landes; denn ihr Ziel ist Nordafrika seine ehemalige Kultur wiederzugeben.« So urteilt ein hervorragender Kenner dieses Landes, der Erlanger Universitätsprofessor Adolf Schulten.

Ein wichtiges Bindeglied in der europäischen Auswertung des Schwarzen Erdteils ist die Bewässerung Nordafrikas, die Vergrößerung der Oasengebiete, die bekanntlich sehr fruchtbar sind, und die Anlegung von großen Seengebieten, von Plantagen, die Hebung der unterirdischen Flüsse usw. Seit 60 Jahren bemühen sich die Franzosen den Nordrand Afrikas zu kultivieren (Projekte des Obersten Roudaire bis Lesseps, Bahnen zum Niger und Kongo, Pumpung aus den wasserreichen, zirka 20 Meter breiten unterirdischen Flüssen aus 18 Meter Tiefe). Eine großzügige agrikulturelle Auswertung der Wüste ist aber nur möglich, wenn ungeheure Kräfte zur Verfügung stehen. Diese Kräfte können allein die Elektrizitätswerke eines Unternehmens liefern, dessen Plan der Verfasser dieses Aufsatzes entworfen hat; er erhielt dafür auf der Berliner Bauausstellung dieses Jahres den Staatspreis des Reichsarbeitsministers. Es ist das Panropaprojekt (dessen Name nicht mit Paneuropa, dieser fehlerhaften Bezeichnung einer richtigen Sache, verwechselt werden darf), und es hat die engste Beziehung zu dem Kontinentaleuropagedanken der Sozialistischen Monatshefte. Es würde eine Art technischer Untermauerung zu der wirtschaftlich-politisch-kulturellen Forderung des Vereinigten Europäischen Kontinents bilden. Worin besteht dieses Projekt, und welches wären seine Ergebnisse?

Das Mittelmeer ist, wie aus seiner Entstehung hervorgeht, kein natürliches, das heißt von der Natur gespeistes Wasserbecken. Die Zuflüsse der wenigen Ströme reichen nicht im entferntesten aus die 2½ Millionen Quadratkilometer große Fläche zu ernähren. Wenn vom Atlantischen Ozean nicht in jeder Sekunde 88 000 Kubikmeter Wasser ins Mittelmeer flößen, würde dieses Meer allmählich verdunsten; es würde sich jährlich um 1,65 Meter senken. Deshalb kann durch Sperrdämme bei Gibraltar und Gallipoli, die die Zufuhr abdrosseln, die Senkung auf eine bestimmte Tiefe künstlich herbeigeführt werden. Durch den Niveauunterschied zwischen dem Mittelmeer



und dem Atlantischen Ozean können dann zirka 180 Millionen Pferdekkräfte, durch die Senkung des Wasserspiegels 660 000 Quadratkilometer Neuland im Mittelmeerbecken gewonnen, und durch die Anwendung der Elektrizitätskraft etwa 1 Million Quadratkilometer Land in Nordafrika kultiviert werden. Technische Einzelheiten des Projekts waren auf einer Wanderausstellung in mehreren Städten Deutschlands zu sehen. Die Ausführbarkeit des Projekts wird nicht angezweifelt, sie kann als gegeben angesehen werden. Was uns hier vor allem interessiert, sind die ganz enormen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Auswirkungen auf ein zukünftiges Europa-Afrika.

Wenn wir die geographische Karte betrachten, wird es klar, daß mit zunehmender räumlicher und zeitlicher "Verkleinerung" der Erde durch die Technik Europa, das kleine Halbinselchen Asiens, sich zwischen dem Schwarzen und dem Gelben Erdteil und einem sich bildenden Panamerika nicht auf die Dauer behaupten kann. Diese rein quantitativ territoriale Tatsache wird aber durch eine Reihe unleugbarer Entwicklungsvorgänge erweitert und im Sinn des Panropaprojekts bekräftigt.

Während die Bevölkerungszunahme Asiens jährlich 8,5 Millionen Menschen beträgt, kommt Europa mit nur 0,9 Millionen allmählich zum Stillstand. Asien hat also bald das 10fache der Bevölkerungszunahme gegenüber Europa erreicht. Zu der "horizontalen" Gefahr: das schwächliche Europa zwischen dem kapitalstarken Panamerika und dem bevölkerungsstarken Asien der Zukunft, kommt aber auch noch eine "vertikale", die in folgendem besteht: Die gleiche Großchemie, die heute zum Vernichtungskrieg rüstet, bekämpft durch ihr Serum und andere Mittel die Tropenkrankheiten, die Wurm- und Schlafkrankheit, die Ägyptische Augenkrankheit usw. Wenn der Neger von diesen Übeln befreit wird, vermehrt sich nachweislich die schwarze Rasse 3- bis 6mal so stark wie die weiße. Alle diese Symptome deuten darauf hin, daß Europa zwischen einem Panamerika, einem neuen Asien und einem erwachenden Afrika zermalmt würde, wenn es sich nicht rechtzeitig einigt und auf seine eigne Kraft besinnt. Die politische Karte der 40 Millionen nationaler Minderheiten in Europa zeigt heute ein Bild der Zersetzung ähnlich dem mikroskopischen Krankheitsbefund eines absterbenden Organismus. Zur Gesundung genügen keine kleinlichen Heilmittel, keine Umgruppierung der Parteimächte; vor allem kann hier die notwendige Produktion nicht durch Organisation ersetzt werden. Europa bedarf eines ganz neuen Fundaments. Das Panropaprojekt zeigt solche Entwicklungsmöglichkeiten im adäquaten Ausmaß zu den immer bedrohlicher werdenden Gefahren. Europa, das mechanisierteste Land der Erde, muß sich die Herrschaft über Afrika, das jungfräulichste Land der Erde, sichern. Das geschieht durch die Länder- und Wirtschaftsbrücke, wie sie das Panropaprojekt schafft. Afrika bildet nicht nur wegen seiner Lage (zu Europa und zwischen Asien und Amerika) mit Europa eine Schicksalseinheit; es ist auch das einzige Gebiet der Erde, wo für Europa noch ein ganz großes Betätigungsfeld wartet. Europa ist industriell überinstrumentiert, Afrika unausgebeutet. »Afrika«, sagt der Präsident der Britisch-Sudanesischen Handelskammer, »wird in den nächsten 25 Jahren einer der größten Rohstofflieferanten der Erde sein.« Während des Weltkriegs hat sich Japan große Absatzgebiete in Afrika gesichert, wie Amerika in Australien usw. Es bedeutet für die europäische Industrie eine Lebensfrage ihre Produkte von Anfang an dem erwachenden Erdteil

zu liefern und Rohprodukte dagegen einzutauschen. Ein Kapitalkreislauf Europa-Afrika in jenem Sinn sammelt die Kräfte wieder in sich zu eigenem Aufbau; während die heute beginnenden Tendenzen der Großindustrie, statt zu der richtigen kontinentaleuropäischen Wirtschaftsverflechtung, immer mehr zu einer fehlleitenden Weltvertristung, damit zur Abwanderung europäischen Kapitals nach Amerika führen. Nach einer Statistik des Wiener Wirtschaftsmuseums treffen auf Europa zirka 55 Millionen Industriearbeiter, auf Afrika nur zirka 5 Millionen. Wie gefährlich ferner die amerikanische Wirtschaftsentwicklung für Europa wird, zeigt sich deutlich in der Geschichte der Schlüsselprodukte Stahl und Eisen von 1870 bis 1927. Während nämlich Amerika im Jahr 1870 nur mit etwa 20% an der Gesamtweltproduktion von Stahl und Eisen beteiligt war, ist sein Anteil im Mittel der Jahre 1922 bis 1927 auf 50,7% gestiegen. Ohne Mittelmeersenkung keine Kraft, ohne genügende Kraft keine Afrikakultivierung, und ohne Bewässerung der Sahara keine Wirtschaftseinheit mit Afrika, die das Gegengewicht gegen Panamerika zur Selbsterhaltung Europas erzeugen kann.

Das ist aber durchaus nicht der einzige Gedanke zur Rechtfertigung des Panropaprojekts. Es gibt bei diesen weltwirtschaftlichen und geopolitischen Zukunftsproblemen noch eine ganze Reihe anderer Gedankengänge, die nicht nur zu einem Europa-Afrika auf Grund der heute bestehenden geographischen Zustände des Mittelmeergebiets drängen sondern eine fundamentale Änderung der Landkarte durch Ausführung großer technischer Werke, die durchaus im Bereich der Möglichkeit liegen, wünschenswert erscheinen lassen.

Wo heute die Fluten des Mittelmeers an gebirgige Ufer branden, war einst fruchtbares Land. Es ist überraschend bei einem Vergleich der Getreidewerte die Mittelmeerzone als weitaus die ertragärmste gegenüber ihren nördlichen und südlichen Nachbarzonen erkennen zu müssen. Obwohl das Klima ungleich günstiger als in unserm Norden ist, bringt das südliche Europa weniger als  $\frac{1}{6}$  des nördlichen Europas an Feldfrüchten hervor. Das liegt nicht nur am Fleiß des Zisalpinen, es liegt im wesentlichen in der Tatsache begründet, daß die mittelländischen Agrarländer von der Sintflut überschwemmt wurden. Was übrigblieb, ist zu einem großen Teil Gebirge. Italien zum Beispiel besteht zu  $\frac{2}{3}$  aus Ödland und Gebirge, ist also landwirtschaftlich nicht ausgewertet. Durch Austrocknung Neuland im Mittelmeerbecken auftauchen zu lassen wäre demnach die Wiederherstellung des natürlichen Zustands, eines Zustands, der Europa nicht nur selbst ernähren könnte sondern auch zu ungeahnter kultureller Neuentwicklung befähigen würde. Eine sehr merkwürdige, heute schon eingeleitete, aber noch unbewußte Forderung der Panropaidee ist in dem Tunnelprojekt von Gibraltar enthalten. Wenn Spanien mit Marokko durch einen Tunnel verbunden wird, wenn also der Landweg zwischen Europa und Afrika den Güterverkehr in größerem Ausmaß eröffnet, wird sehr bald der Tunnel allein nicht mehr dem gesteigerten Güterverkehr zweier so austauschbedürftiger Erdteile genügen können. (Den gleichen Vorgang sehen wir heute an der Verkehrserweiterung in Mittelamerika durch Erbauung eines 2. Panamakanals durch Nicaragua.) Folgt aber dem Tunnel ein Dammbau zwischen den nur 13,9 Kilometer entfernten Ländern Spanien und Marokko, so ist durch diesen Verkehrsdamm, der zugleich Sperrdamm ist, das Panropaprojekt in seinem wesentlichen Teil ausgeführt; denn man wird selbstverständlich die in das Mittelmeer fließenden 88 000 Kubikmeter per Sekunde nicht ungenutzt lassen. So

liegt in der verkehrstechnischen Entwicklung der Zukunft schon die Legitimation des Panropaprojekts begründet. Weiter: Vom Zentrum Europas aus gehen 5 direkte, ziemlich gradlinige Weltverkehrslinien in fast symmetrischer Anordnung von annähernd gleicher Länge aus; nämlich Berlin-San Francisco zirka 12 500 Kilometer, Berlin-Buenos Aires (über Dakar) zirka 11 700 Kilometer, Berlin-Kapstadt (über Sizilien) zirka 11 000 Kilometer, Berlin-Kalkutta zirka 9500 Kilometer, Berlin-Wladiwostok zirka 9500 Kilometer. Nur die Linien nach San Francisco und Wladiwostok sind vollständig ausgebaut. Die für ein industrielles Europa zur Erschließung der afrikanischen Rohprodukte wichtige Linie nach Kapstadt ist am wenigsten ausgebaut. Durch das Panropaprojekt würden direkte Verbindungen nach Kapstadt (über Sizilien) und nach Buenos Aires (über Gibraltar) ermöglicht: Berlin-Kapstadt ohne Umsteigen. Die Vervollständigung der noch unausgebauten Strecken würde beschleunigt und verkürzt. Die Bevölkerung Europas ist seit dem Beginn unserer Zeitrechnung, also in fast 2 Jahrtausenden, von 30 Millionen auf 400 Millionen angestiegen. Die Möglichkeiten einer Auswanderung werden immer geringer: aus materiellen wie psychischen Gründen. Mittelmeerland ist altes Kulturland, ist europäisches Heimatland. Eine Kolonisationsmöglichkeit, wie sie das Panropaprojekt eröffnet, ist deshalb grundsätzlich für Europa ungleich günstiger als alle Auswanderung nach Übersee. Die besten Kräfte sollen zum Aufbau eines großen, mächtigen Europa-Afrika verwendet werden. Das Arbeitslosenproblem ist eine dauernde Gefahr für die ganze werktätige Welt. Durch Gesetze und Organisationen allein kann hier die Schaffung der notwendigen Neuwerte kaum erzielt werden. Nur ganz fundamentale Unternehmungen im Ausmaß des Panropaprojekts können zur Sanierung führen. Ähnlich beim Reparationsproblem. Bei dem wirtschaftlichen Niedergang Europas, der in unleugbar brutalen Zahlen feststeht, muß Deutschland die Kriegsverwüstung bezahlen. Es hat also schon aus diesem Grund, mehr als alle anderen Staaten Europas, Anlaß nach einem wirksamen großen Sanierungsplan und Rettungswerk zu greifen. Vor allem aber braucht die europäische Menschheit in ihrer Hoffnungslosigkeit und seelischen Depression wieder ein großes Ziel zur Wiederaufrichtung, zur Freude am Leben.

Allen diesen Ideen stehen heute noch große politische Hindernisse im Weg. Ein Projekt in den Ausmaßen des Panropaprojekts kann aber nicht von der momentanen politischen Tagessituation ausgehen, es kann selbstverständlich auch nicht als diktatorischer Imperativ "So muß es gemacht werden!" auftreten, sondern es kann nur Wege weisen, auf Probleme aufmerksam machen und große, ganz neue Möglichkeiten zur Beseitigung vorhandener Gefahren zeigen. Nun gibt es ja viele, die diese Gefahren nicht sehen, nicht sehen wollen. Andere wiederum werden dem Menschenwillen nicht die Kraft zuerkennen gleichsam in das Schicksal einzugreifen und durch Ausführung eines großen technischen Werks die Basis zu einem neuen Kulturkreis legen zu wollen. Die technische Ausführung des Panropaprojekts würde nicht einmal irgendwelche epochemachenden Erfindungen erfordern, sie wäre nur eine Anwendung großen Stils dessen, was die Technik heute schon leisten kann. Was auch das weitere Geschick dieses Plans sein mag, wünschenswert wäre es jedenfalls das Gesamtmaterial, wie es vorliegt und sich zum Teil noch in Arbeit befindet, an maßgebender Stelle, zum Beispiel dem Europa-Komitee, zu zeigen und dadurch zur Initiative anzuregen.



# ADOLF REICHWEIN . PÄDAGOGISCHE AKADEMIEEN . GEFAHR IM VERZUG



MIT den Pädagogischen Akademiejen geht es einem merkwürdig. Kommt man in einen Kreis von Arbeitern oder Rechtsanwälten, von Müttern oder Ministerialbeamten und fängt von ihnen an zu sprechen, unbefangen, selbstverständlich wie von einer wichtigen Sache, dann bemerkt man mit Erstaunen: Man kennt sie nicht. Man hat in irgendeiner Zeitungsnotiz von ihnen gelesen, daß sie gegründet seien, in den letzten Tagen auch, daß sie wieder verschwinden sollten, aber das ging so vorüber wie tausend Dinge heute. Es handelt sich indessen um die Erzieher unserer Kinder, es geht um die geistige Ausrichtung und Lebenspraxis unserer Schulen, um die erzieherische Gestaltung junger studierender Menschen, die Nachwuchs sind für einen Stand von 100 000 preußischen Volkslehrern nämlich. Wenn die Sorge um 5 Millionen Arbeitslose uns bewegt, wenn wir rechnen, daß es bald im Winter vielleicht 6 oder 7 Millionen sein werden, dann zerdrückt uns die Wucht dieser Tatsache (verständlich zwar, aber nicht verzeihlich) und macht uns kleinmütig in allen Dingen der Kulturpolitik. Wie wenige bringen heute noch die Ruhe auf ungehetzt über die Zukunft von Sachen zu sprechen, die nicht unmittelbare "Wirtschaft" sind? Aber daran wird man die Staatsmänner erkennen, daß sie die groß und bedeutungsvoll angelegten Formationen unserer kulturellen Existenz ruhig und bestimmt zu verteidigen wissen. Um diese Ruhe aufzubringen, dazu gehört allerdings eine klare Vorstellung sowohl von der Struktur unserer Wirtschaft wie von unserer kulturpolitischen Situation.

Es geht, und das ist vielleicht das einzig Erfreuliche an der heutigen Situation und sollte fruchtbar gemacht werden, nicht um "Standesinteressen", um Gehälter oder dergleichen (und wenn eine Standesorganisation, wie es neulich an anderer Stelle geschehen ist, sich heute gegen den Abbau ihrer Privilegien wehrt, heute angesichts des Massenelends der schuldlosen Arbeitslosen, richtet sie sich vor der Geschichte), sondern es handelt sich mit erfreulicher Klarheit um die geistigen Kräfte der Erziehung. Es handelt sich ganz simpel um die durchhaltende Überlieferung derjenigen Institutionen, die eine werthafte Erziehung der kommenden Generationen garantieren sollen. In diese Front gehören die Akademiejen. Vor dieser elementaren Tatsache hat der Streit von gestern zu schweigen. Der Streit von heute und morgen kann nur darum gehen, wie diese Positionen so sinngemäß ausgebaut und verwurzelt werden können (auch politisch), daß sie den kommenden Belastungsproben äußerster materieller Not standhalten. Sie werden nur standhalten, wenn ihre Notwendigkeit für die Existenz des Volkes einzusehen ist.

Wir wissen heute, daß die Aufgabe des Volkslehrers, nicht nur in der Stadt sondern grade und vor allem in den Dörfern, volkerzieherisch im vollen Sinn des Worts ist. Die geistige Plastizität unseres Volks, ohne die wir der sittlichen, seelischen und intellektuellen Beanspruchung der nächsten Jahrzehnte nicht begegnen können, wird in entscheidendem Maß von dem Dasein eines strukturbildenden Lehrerstandes abhängen, der imstande ist verständnisvoll zu führen, nicht nur in dem erzieherischen Schicksal des einzelnen (Kindes und Erwachsenen) sondern auch in dem sozialen Schicksal der Gruppe, der Gemeinde, der Familie. So durchdringen sich für den Lehrer pädagogisches und politisches Schicksal. Von dem künftigen Lehrer erwartet man

also gründliches Wissen und seelischen Spürsinn, Wissen um die elementaren Dinge sozialen Lebens, Spürsinn, Takt für den persönlichen, richtigen, aktuellen Einsatz. Die Führungsaufgabe der Lehrerschaft im ganzen Volk, das sich sittlich, geistig und beruflich, sozial neu zu ordnen hat, um eine neue Existenzform zu finden, in der es *leben* kann, wird von den Lehrern nur übernommen werden können, wenn sie zur Führung erzogen sind; zur Führung nicht aus Privileg sondern aus Können. Wenn man diesen soziologischen Ort der Lehrerschaft begriffen hat, wenn man also um ihre sozialen Aufgaben weiß, kann man erst recht die Aufgabe der Lehrerbildung formulieren. Die Pflege der Maschinen, die Exaktheit unseres materiell-technischen Gefüges, das Wachstum von Genossenschaftssinn und genossenschaftlicher Organisation, die verantwortungsvolle Haltung aller einzelnen zu Volk und Staat, die Fähigkeit politisch zu wählen und dann politisch zu gehorchen, diese und tausend andere Dinge werden künftig davon abhängen, daß 150000 Lehrer in Deutschland Hüter nicht nur des erzieherischen sondern ebenso auch des politischen Gewissens im echten und umfassendsten Sinn sind. Dazu gehören Bildung und geschultes Wissen. Wer heute diese grundsätzliche Einsicht verleugnet, aus welchen Gründen immer, verrät die Existenz unseres Volks.

Hier gibt es keine Alternative. Es wäre nicht zu verantworten, wenn wir aus Sorge um Etat und wirtschaftliche Balance nicht nur die Stellungen, um die heute erzieherisch gekämpft wird, zusammenzögen, verkleinerten, sondern sie auch in ihrem Kern verfälschten; es wäre unverantwortlich, wenn etwa die akademische Lehrerbildung eingestampft würde, weil man für morgen oder übermorgen die Gehaltsforderungen einer akademisierten Lehrermasse fürchtet. Die unaufschiebbaren Erziehungsaufgaben gelten dem Heute, das heißt, sie gelten uns, die Sorgen von morgen dürfen die Notwendigkeiten von heute nicht berühren. Es wäre ebenso unverantwortlich, wenn man die Akademieveranstaltungen als geistige Formationen (die sie nach wenigen Jahren schon geworden sind) einstampfte, weil man resigniert erklärt, akademische Lehrerbildung blähe gewissermaßen den geistigen Haushalt des künftigen Lehrers künstlich und übermäßig auf, mache ihn unfähig in den einfachen und anspruchslosen Verhältnissen eines weltfernen Dorfs oder einer proletarischen Gemeinde noch froh und einsatzbereit zu leben. Diese Resignation ist auszurotten, wo wir sie treffen, und wir treffen sie häufig genug in unseren eignen Reihen. Diejenigen, die das "Seminar" in irgendeiner Form wiederhaben wollen, die Ausbildung von "Unteroffizieren" für unsere Kinderschule, für die Schule unserer Kinder, übersehen, daß ein Volk im Stadium entfalteter Verkehrswirtschaft und weit differenzierter Produktion nicht mehr autoritär regiert werden kann, sondern nur noch auf dem Grund autonomer Verantwortung jedes einzelnen zu führen ist. Im Politischen sind wir uns darüber einig. Aber wenn es gilt daraus die erzieherischen Folgerungen zu ziehen, dann stützen wir noch; dann meinen viele plötzlich, es sei möglich das Rad der Erziehung zurückzudrehen, während das Rad der sozialen und wirtschaftlichen Entfaltung weiterrollt. Wirtschaftlicher Zwang, politisches Können, erzieherisches Wollen sind parallel geschaltet; zwar trägt die Erziehung ihre eigne Verantwortung in sich, aber sie kann nur zur Volkserziehung werden, wenn sie in den Prozeß sozialer Gestaltung einmündet. Wir können keine Lernschulen mehr für unsern Lehrernachwuchs ertragen, weil der sozialistische Aufbau denk- und arbeitsfähige, wissende Volkslehrer als geistige Ordner für die Kolonnen des arbeitenden Volks in Dorf und Stadt braucht, ganz einfach braucht.

Die Parteien der Rechten haben seit jeher den Akademien grundsätzlich ablehnend gegenübergestanden; sie wollten wieder das Seminar, ein "verbessertes" gewiß, aber trotzdem eben das Seminar, weil die Erziehung einer breiten Lehrerschaft zu geistiger und politischer Autonomie etwas Unheimliches für sie hat. Diese Parteien werden es in Zukunft, in den nächsten für die Akademien entscheidenden Wochen schon, mit ihrem Gewissen auszumachen haben, ob sie dem deutschen Volk für die schweren Existenzkämpfe der nächsten Jahrzehnte, wenn es gilt auf engstem materiellen Raum doch Lebensraum zu schaffen, eine mutige, selbstbewußte, aktive, tatenfrohe Junglehrerschaft verwehren wollen, die man auf den Akademien zu erziehen am Werk ist. Und die Parteien der Linken werden sich sofort darüber klar werden müssen, ob sie die Akademien als Ganzes ohne Reserve, ja mit Einsatz aller Reserven, moralisch und geistig gegen alle Unterminierungsversuche stützen wollen oder nicht. Es ist nicht Zeit für sekundäre Erörterungen, nur für primäre Entscheidungen. Wir sollten die notwendige materielle Einschränkung unserer Bildungsmittel benutzen, um sie, auf beschränktem äußern Raum vielleicht, aber in sich geistig und nach außen hin politisch zu festigen.

Wir können uns zu dieser Festigungsarbeit nur entschließen, wenn wir einerseits jeden Rückgriff auf das Seminar ablehnen und andererseits die Übertragung der Lehrerbildung auf die Universitäten nicht wollen. Auch dazu müssen noch endgültige, bindende, entscheidende Worte auf unserer Seite gesprochen werden. Die nur aus der Sache und der Aufgabe abzuleitende Fragestellung, ob Universität oder Akademie, ist leider in den letzten Jahren durch eine Menge unsachlicher Elemente, die von außen hereingetragen wurden, verfälscht worden; da gab es zum Teil recht unqualifizierte Fehlurteile über die Universitäten und gradezu utopische Hoffnungen auf die Mission der Pädagogischen Akademien und die Erneuerung akademischen Geistes, da gab es die alte ständisch (oder standesgemäß) begründete Forderung des Preußischen Lehrervereins, mit der sich die sozialdemokratische Fraktion auf weite Strecken identisch erklärte, auf Universitätsausbildung seines Nachwuchses, kurz eine Fülle von Argumenten, die an sich als sekundäre verständlich sein mögen, aber mit der primären Fragestellung nach der sachlichen Aufgabe der Akademie wie der Universität nichts, gar nichts zu tun haben.



**I**N ihrer geistigen und praktischen Anlage sind die Akademien als eine neue eigenartige Synthese wissenschaftlicher Theorie und erzieherischer Verwirklichung aufzufassen. Sie sind unmittelbar und in jedem ihrer Einzelzüge als Schulung, Vorbereitung, Vorerfahrung für den künftigen Beruf des Lehrers gemeint. Es wird gegen die Akademien vielfach noch der Vorwurf erhoben, sie "verbildeten" unsere Studenten, gäben "Theoretisieren", wo Praktizieren das A und O sein müsse. Solche Urteile beruhen auf ungenügender Sachkenntnis; man vergißt in diesen Überlegungen, daß, bei den für uns heute verbindlichen Versuchen zu einer pädagogischen Theorie zu kommen die Theorie bemüht ist sich mit Praxis zu durchdringen. Wir erziehen gewiß zu theoretischer Ausrichtung erzieherischen Tuns, das gibt uns den Charakter einer Hochschule der Erziehungswissenschaft, aber die Theorie ist uns nur und ausschließlich Mittel zur Praxis. Man wird von einer so jungen Institution, wie es die Akademien sind, die sich erst ihre geistige Form selbst suchen und bilden müssen, nie im allgemeinen reden können. Aber es gibt

immer Typisches, auf das sich hinweisen läßt, und zu diesem Typischen gehört, soweit ich nach den mir zugänglichen Akademieen urteilen kann, daß kein Kolleg gelesen, keine Übung gehalten wird, die nicht stündlich an der praktischen Situation des künftigen Lehrers und Erziehers orientiert wären. Jedes wissenschaftliche Problem, auch wo es spezialwissenschaftlich auftritt, also etwa in den Wahlfächern Biologie und Geschichte, bekommt in seiner Behandlung schon eine pädagogische Wendung. Die Betrachtung der Außenpolitik des Reichs seit Bismarck gilt nicht so sehr dem Objekt des Geschichtstudiums, obwohl das Objekt ernst genommen und forschend untersucht wird, sondern einem Tun, das das Schicksal des Volks bis zum Zusammenbruch mitgestaltet und als Volksschicksal für die Schule und Erwachsenenbildung begriffen werden muß. Und etwa die biologischen Probleme der Vererbung werden zwar unter fachmännisch-wissenschaftlicher Leitung in Angriff genommen, bekommen aber sofort die Wendung auf die Soziale Hygiene. Durch diese Einordnung aller wissenschaftlichen, betrachtenden, forschenden Arbeit in das umfassende Problem einer sozialen Erziehung wird der Gesamtcharakter der Akademie bestimmt. Der Student der Akademie ist zwar der Wissenschaft verantwortlich, doch ihr nicht allein sondern der Volkserziehung vor allem.

Es hat sich in den ersten Jahren unter den Akademieen etwa folgender Studienaufbau herausgebildet: Während der ersten Semester steht stärker im Vordergrund das Studium der Pädagogik und Psychologie (oder der Erziehungslehre und Menschenkunde, wie einige Akademieen dieses Kernstück ihrer Arbeit nennen), für alle Studenten ergänzt durch die Beschäftigung mit einem Wahlfach, also etwa der erwähnten Geschichte oder Biologie, das jedem einzelnen Gelegenheit geben soll sich an einer Stelle wissenschaftlicher Forschung persönlich anzusiedeln, an den besonderen Problemen seiner Wahl so wissenschaftlich denken zu lernen, daß er nach dem Verlassen der Akademie in der Lage ist sich selbst soziologisch oder biologisch oder in anderen Wissenschaftszweigen weiterzuhelfen. Erziehungslehre und Wahlfach werden ergänzt durch die sogenannte Gegenwartskunde, die dem Studenten während der beiden ersten Semester ein Bild von dem sozialen Aufbau des deutschen Volks geben soll, und zwar entwickelt aus den Kräften von Volk, Raum und jüngster Geschichte; dringendste Aufgabe dieser Gegenwartskunde ist den Studierenden die beiden Lebensräume zu vermitteln, in denen das deutsche Volk in seinen Massen heute existiert, in Stadt und Land, als Bauer und Arbeiter, Landwirtschaft und Industrie, denn in einem dieser Lebensräume hat ja fast jeder künftige Erzieher einmal erzieherisch tätig zu sein. Praktisch unterbaut wird die Gegenwartskunde durch die 14tägigen Besichtigungen ländlicher Betriebe im Sommer und industrieller im Winter. Diese Unternehmungen führen vielfach schon in das Gebiet der Sozialpädagogik, über Genossenschaften und Arbeitsämter, Gefängnisse und Arbeitsfürsorgen, um nur einiges herauszugreifen. Damit schließt sich der Kreis wieder zum Pädagogischen. Auf dieser Linie also geschieht die theoretische Konfrontierung des Studenten mit den Aufgaben seiner erzieherischen Praxis. Daneben ist nun die regelmäßige Hospitation in Stadt- und Landschule geschaltet, die sofort mit dem 1. Semester beginnt, sodann die Kette der eignen Unterrichtsversuche, die Gelegenheit geben vom 2. Semester ab beständig das Erfahrene an der Praxis mit Kindern zu kontrollieren. Diese Unterrichtsversuche werden bis ins einzelne mit den Dozenten und beteiligten Lehrern der Klassen vorbereitet. Sie werden 3mal während des 3. und 4. Semesters "massiert",

und zwar in der Form eines Landschulpraktikums und zweier Stadtschulpraktika. Es würde zu weit führen den innern Aufbau und die äußere Organisation dieser Praktika hier zu beschreiben; der gesamte Lehrkörper der Akademie, die Lehrerschaft der betreffenden Schulsysteme sind mit der Studentenschaft geschlossen an diesen Aufgaben beteiligt. Einige Akademien sind schon dazu übergegangen ihre sommerlichen Landschulpraktika in Form von mehrwöchigen Zeltlagern für etwa 80 Studenten durchzuführen. Damit erfüllt man zugleich einen weitem Zweck und Sinn: Das Lager erzieht die Studenten unter einfachsten Verhältnissen zu praktisch-sozialer Lebensführung. Um diese theoretische Besinnung und erzieherische Versuchsarbeit lagern sich, für den Studenten durchaus herausgehoben, die musischen Dinge: Musik, Leibesübungen, Handfertigkeit. Die ganze große junge Volksmusikbewegung schlägt in die offenen Tore der Akademien und wird dort fruchtbar für eine Renaissance der Schul- und Hausmusik draußen im Land. Musik und handwerkliches Können (in Kohle, Pappe und Papier) geben auch den Festen der Akademie Form und ein Stück Inhalt.

In diesem Zusammenhang muß wenigstens im Vorübergehen darauf hingewiesen werden, daß einige Akademien die Idee der Lager- und Wandererziehung bereits in ihren festen Studienplan aufgenommen haben; es werden unter primitivsten Verhältnissen in Bauden des Riesengebirges unter der Führung jüngerer Dozenten und Professoren Winterlager veranstaltet und während der 2monatigen Sommerferien nach dem für alle verbindlichen Pädagogischen Ferienpraktikum, ebenfalls unter Leitung von Dozenten, zum Beispiel in Halle, freiwillige Wandergruppen gebildet, die einzelne deutsche Landschaften studieren oder sich wieder an bestimmten Stellen in Lagerform festsetzen und freie Studiengruppen bilden. Diese Intensität des geistigen Lebens, diese enge Zusammenarbeit kleiner Studentengruppen mit einzelnen Dozenten ist natürlich nur in dem kleinern Verband einer Akademie denkbar, die nicht mehr als 400 bis 500 Studenten haben sollte, und deren gesamtes Tun um Idee und Praxis der Erziehung konzentrisch gelagert ist.

Diese innere Geschlossenheit der Akademie, die Geschlossenheit ihres Lehrkörpers und ihrer Studentenschaft, ist wohl das beste und ein zwingendes Zeugnis für die Notwendigkeit gesonderter Erzieherhochschulen neben den Universitäten, die im Lauf eines Jahrhunderts ihre eigenartige Prägung zu spezialwissenschaftlich gerichteten, breit differenzierten Hochschulen gefunden haben. Nach dem gewaltigen Ausbau des Gebäudes der Wissenschaften, nach Quantum sowohl wie nach spezieller Leistung, im 19. Jahrhundert ist eine bündige Synthese ihrer wichtigsten Ergebnisse im Dienst der Erziehung nur noch außerhalb der Universitäten möglich. Von hier aus ergibt sich die Sonderqualität der Akademie neben der Universität. An uns liegt es die jungen Akademien zu vollgültigen Hochschulen auszubauen. Dazu braucht es Jahrzehnte, dazu bedarf es der Tradition. Das lehrt am besten die Geschichte der Universitäten. Es ist noch nicht lange her, da mußten die Technischen Hochschulen neben den Universitäten um ihre innere Gleichberechtigung kämpfen; wohl gemerkt: ihre innere. Die Pädagogischen Akademien befinden sich heute und für die nächste Zukunft in der gleichen Situation.

In der nächsten Zukunft wird zu entscheiden sein, und zwar endgültig, was man will, was wir wollen: Rückgriff auf das Seminar in irgendeiner Form, um den "bescheidenen Egoismus" des Schulmeisters fortzupflanzen, oder



Zerfaserung der Lehrerbildung in dem spezialwissenschaftlichen Labyrinth der heutigen Universität (das hingegen für den Spezialisten, Juristen oder Chemiker, kein Labyrinth ist) oder aber Erzieherbildung in einer Hochschule, die in der beständigen Spannung von Theorie und Praxis der Erziehung existiert und durch die Geschlossenheit ihrer innern Anlage die Gewähr einer ebenso geschlossenen, nicht durch Vielseitigkeit verwirrenden Bildung bietet.

## WALTER BAUER · DIES IST DIE ZEIT



DIES ist die Zeit, deren Geist ich einatme  
 Im Lesesaal, in den ich ging einen Augenblick unterzutauchen  
 In der Flut des Geistes, der in den Wänden voller Bücher  
 Schweigsam lebt,  
 Bis die Hand das hervorzieht und die Stelle findet,  
 Nach der ihr Herz verlangt.

Ich setze mich, schlage das Buch auf, das ich mir holte  
 Mit leisem Schritt,  
 Um die schweigsamen Menschen nicht zu stören.  
 Jeder hat aufgeschlagen die Bibel, die ihm notwendig scheint  
 In diesem Augenblick,  
 Und hat vergessen, was um ihn ist.

Ich fühle, wie die Gedanken aufsteigen,  
 Und ich danke der Stadt, die mir diesen Augenblick gibt.

Du neben mir liest ein Buch über rationelle Wirtschaft:  
 Welcher Dünger ist besser, welche Form geeignet?  
 Und ich sehe tiefgrüne Wiesen, Nähe der See im Geruch,  
 Im Ohr die vielen zufriedenen Schreie der Tiere: ein Pastorale.

Du neben mir liest ein Werk über die Geschichte der Menschen:  
 Welche Völker waren zuerst in Bewegung, welche folgten?  
 Und ich sehe den langen Zug über die eisigen Kämme der Berge.

Du neben mir liest ein Buch über die Chemie,  
 Schreibst Formeln auf;  
 Ich sehe, wie im Dampf der Lösung der Kristall entsteht,  
 Eine vollendete Welt.

So ist jeder bei sich und seinem Notwendigen,  
 So bei der Architektur, den neuen Siedlungen,  
 Der Freiheit der Räume, dem neuen Zeitalter,

Oder bei der Geographie wie ich,  
 Bei den Ländern, die noch sind, und die untergingen wie Atlantis,  
 Und bei einem winzigen Punkt auf der blauen Kugel,  
 Der den Namen trägt  
 Dieser Stadt,  
 Mit der Aussicht auf die ganze Welt.

# RAPHAEL SELIGMANN · INDIVIDUALITÄT ALS PROBLEM DES SOZIALISMUS

Zu dem Vorstellungskomplex, den wir mit dem Worte Tod verbinden, gehört immer der Begriff Individualität.

Max Hartmann 1906

Das Dasein kann, zumal, da es wesentlich Mitsein mit anderen ist, eine Erfahrung vom Tode gewinnen.

Martin Heidegger 1927



DER Primitive kennt in der Regel keinen Tod aus natürlichen Ursachen, einen Todesfall führt er meistens auf ein gewaltsames Eingreifen seitens einer dämonischen Macht in das persönliche Leben zurück. Diese Auffassung vom Tod paßt ganz zum Lebensbild des Primitiven überhaupt: Er hat noch nicht gelernt zwischen naturnotwendig und freigewollt klar zu unterscheiden; jeder kraftvolle Willensakt ist ihm eine Naturgewalt von ähnlicher Wirksamkeit wie Windstoß, Wassersturz und Feuerausbruch, wie ihm auch umgekehrt jede Naturgewalt ein Willensakt irgendeiner persönlichen (feindlichen oder freundlichen) dämonischen Macht ist. Aber merkwürdig genug: Grade in diesem Punkt, will sagen im Punkt des Todes, scheint die heutige Wissenschaft der primitiven Auffassung in einem gewissen Sinn recht geben zu wollen. Mehr und mehr gewinnt in den biologischen Wissenschaften der Gedanke an Boden, daß die lebende Substanz, sofern sie sich unter günstigen Bedingungen und ohne störende Einflüsse von außen her entwickelt, von unbegrenzter Dauer ist, das heißt mit anderen Worten, daß jedes Ableben nur auf Druck und Hemmung von außen her zurückzuführen sei. Diese Auffassung von Leben und Tod, die beinahe zu einem Gemeinplatz in den biologischen Wissenschaften geworden ist, darf man als das vitale oder biologische Trägheitsgesetz bezeichnen.

Immerhin denken wir selbstverständlich etwas anders als der Primitive auch in diesem Punkt. Tod ist uns kein größeres Geheimnis als Leben, und ein Druck oder eine Hemmung von außen her, die diesem Leben ein Ende setzen, sind uns kein Überfall seitens einer übelwollenden Macht. Somit scheinen die Akten geschlossen zu sein. Aber wer sich dabei beruhigt, befindet sich im Irrtum. Die Verhältnisse sind etwas komplizierter.

Ist uns Tod in der Tat kein größeres Geheimnis als Leben? Sehen wir zu. Wer einen Todesfall an einer ihm nahestehenden Person erlebt, empfindet jedesmal eine Art Überraschung. Man beobachte sich nur aufrichtig und ohne Voreingenommenheit: Die erste Bewegung, die sich dabei des Gemüts bemächtigt, ist der unwillkürliche Ausruf: Nicht möglich! Aber weshalb denn nicht möglich? Wissen wir denn nicht, daß alle Menschen sterblich sind? Doch, wir wissen es, aber just in diesem Fall sollte es anders sein, alle anderen Personen ja, *diese* nicht. So unlogisch ein derartiger Gedankengang an sich sein mag, so ist er doch ein wichtiger seelischer Befund: Alle sonstigen Todesfälle nehmen wir ohne jede Verwunderung hin, nicht, weil sie an sich nicht verwunderlich sind, sondern weil sie von uns in concreto nicht erlebt werden; sie werden bloß abstrakt gedacht. Da aber, wo wir dem Tod direkt gegenüberstehen, da, wo wir einen Todesfall an einer uns nahestehenden Person *erleben*, da wirkt er auf uns überraschend.

Es läge nahe anzunehmen, daß etwaige Reminiszenzen atavistischer Natur hier mit im Spiel wären. Danach würde ein Ableben in gewissen Fällen

uns nur deshalb befremden, weil primitive Gedankengänge und Fühlweisen in unserm Bewußtsein noch ihren Spuk treiben, weil wir trotz allem Besseren gewisse uralte Reaktionsweisen nicht los werden können. Nun, dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Gewalttätige Handlungen höherer Mächte sind ja für den Primitiven kein Grund zur Verwunderung; höhere Mächte, feindliche oder freundliche, sind ihm eine alltägliche Erscheinung, und willkürliche Handlungen ihrerseits nicht minder. Es ist also kein Rückfall in primitive Denkweisen, wenn wir bei gewissen Todesfällen stutzig werden. Nun sehen wir aber einen Einwand voraus, der weit ernsterer Natur ist. Danach würde die genannte Überraschung nur einen andern Ausdruck für ein Gefühl der Trauer, also gewissermaßen eine psychische Täuschung bedeuten. Laut dieser Version würde es etwa folgendermaßen heißen: Wir sind nicht überrascht bei einem uns nahe angehenden Todesfall sondern bloß sehr betrübt. Wir haben etwas verloren, und zwar unwiederbringlich; dieser Verlust lastet schwer auf unserm Gemüt, und wir protestieren gegen ihn, wie wir gegen alles sonstige Leid protestieren, indem wir nämlich ausrufen: Das *sollte* nicht geschehen. Nun neigt aber der Mensch von Natur aus allzusehr dazu alles Nichtseinsollen gleich auch als ein Nichtseinkönnen zu deuten. Behielte ein Mensch bei starken Gemütserschütterungen noch die Fähigkeit logisch zu überlegen, und verführen die Menschen überhaupt in ihrem Alltagsleben logisch, so würde man sich sagen: Was nicht sein *soll*, müßte so beschaffen sein, daß es auch nicht sein *kann*. Dies würde dem seelischen Sachverhalt genauer entsprechen. Aber der Mensch macht ja oft logische Sprünge, und in Affektzuständen um so eher: Es soll nicht sein heißt bei ihm gleich: es kann nicht sein. Daher jenes "Nicht möglich".

Es muß zugegeben werden, daß diese Annahme vieles für sich hat. Vor allem führt sie uns zum wahren Sachverhalt hin: Wir trauern in der Regel nicht um den Dahingeschiedenen, der nicht mehr da ist, sondern um uns selber; wir trauern, weil mit dem Ableben der betreffenden Person uns etwas zu fehlen beginnt. Und zwar ist das Fehlende etwas, was nicht zu ersetzen ist. Es bleiben freilich noch viele andere Menschen auf der Erde, vielleicht bessere und wertvollere, aber grade *diesen* Menschen gibt es nicht mehr und wird es nicht mehr geben. Die Annahme macht uns außerdem auf einen Umstand aufmerksam, der unserer Beobachtung meist entgeht, nämlich darauf, daß das unbefangene moralische Gefühl stark dazu neigt das Nichtseinsollende als eine faktische Unmöglichkeit respektive das Seinsollende als ein faktisches Müssen zu denken. (Hierin liegt eine Stärke des Menschen, vorausgesetzt freilich, daß wir es gleichfalls mit Menschen, wie sie sein sollten, zu tun haben; für den Menschen, wie er ist, gilt eher das Umgekehrte, das bloße Sein ist ihm schon ein Sollen.) Aber deckt sich jene Annahme mit dem Sachverhalt? Nicht ganz. Vor allem unterstreicht sie nicht mit der nötigen Energie den spezifischen Charakter des Todeskummer, der ein Kummer um ein Unersetzliches ist. Und dann, was die Hauptsache ist, übersieht sie ein logisches Moment, das diesem Kummer erst den Charakter der Befremdlichkeit aufprägt. Dieses logische Moment besteht in folgendem: Wir machen täglich und stündlich die Erfahrung, daß Dinge und Erscheinungen verschwinden; es verschwinden Klänge, Farben, Geschmäcke, Gerüche, Gefühle, Gedanken usw. Aber sie kommen doch auch immer wieder zurück, können es wenigstens. Daß aber ein Seiendes unwiederbringlich verschwindet, diese Erfahrung machen wir erst bei einem

Todesfall, und dies ist es eben, was unser Befremden erregt. Die Unbegreiflichkeit eines endgültigen Verschwindens in unlöslichem Verein mit dem Affekt der Trauer über das endgültig verlorene Unersetzliche, dies ist es, was jener Überraschung zugrunde liegt. Die Verwunderung ist also keine psychische Täuschung sondern bildet umgekehrt ein konstitutives Moment jenes Erlebnisses, das bei gewissen Todesfällen in uns ausgelöst wird: eine Unbegreiflichkeit, die zugleich Wehmut, und eine Wehmut, die zugleich Unbegreiflichkeit ist. Hätten wir alle Todesfälle so konkret erlebt wie diese, so hätten wir jeden Tod als eine Unmöglichkeit empfunden.

Auf dem Umweg über den Tod sind wir zur Individualität gelangt. Denn diese ist nichts anderes als jenes Unersetzliche und Unwiederholbare, wovon oben die Rede war, und dessen Verlust wir bei Todesfällen beklagen. Um diese, und nicht um den Tod, ist es uns im gegenwärtigen Zusammenhang zu tun, und zwar nicht so sehr um die Individualität als solche als um den gesellschaftlichen Verband, in dem sie lebt und wirkt, und das Verhalten, das dieser ihr gegenüber einzuschlagen habe. Das Unersetzliche und Unwiederholbare am Individuum ist uns ein empirisch gegebenes Faktum, mit dem wir uns vorderhand völlig bescheiden wollen, ohne die Frage nach Ursprung, Zweck und Sinn der Individualität zu erheben. Unsere Fragestellung ist vielmehr folgende: Sind Individualitäten in einem Verband gegeben, wie hat sich dieser zu ihnen zu verhalten?

Das Verhalten des Verbands zur Individualität, wie auch umgekehrt, ist bis heute ein unaufgeklärter Punkt geblieben, und grade in sozialistisch denkenden Kreisen, die ihm das intensivste Interesse entgegenbringen sollten. Noch mehr: Man scheint sich in diesen Kreisen der Wichtigkeit und Tragweite dieser Frage gar nicht bewußt geworden zu sein sondern läßt es bei Flickwerk, Zufälligkeiten und Geratewohl bewenden. Sehen wir zu.

Am durchsichtigsten und einfachsten gestaltet sich das gegenseitige Verhalten zwischen Einzelpersonen und Verband in den primitiven Gemeinschaften, also dort, wo das Individuum zum klaren Bewußtsein seiner Unersetzlichkeit noch nicht gelangt ist. In diesen Gemeinschaften, wo die Einzelperson sich sozusagen als Stück des Ganzen empfindet und wertet, geht ihre Einfügung in den Rahmen des Verbands fast reibungslos vor sich. Was William Stern in seinem Buch über die menschliche Persönlichkeit als Interzeption bezeichnet, nämlich die Aufnahme fremder Zwecke und Werte in den eignen Lebensbereich, dies ist in jenen primitiven Verbänden beinahe ganz unnötig. Der Primitive braucht die Zwecke des Verbands nicht in sich aufzunehmen, denn er wächst ja bereits mit den ersten Kindesjahren von selber in sie hinein, der Verband ist ihm nicht fremd, und er braucht dessen Zwecke sich nicht erst zu eigen zu machen. Mit der kulturellen Entwicklung der Gemeinschaft beginnt die Situation sich mehr und mehr zu verschieben und zu verwickeln: Sobald innerhalb der Gemeinschaft eine Stufe erreicht wird, auf der im Bewußtsein der Einzelperson der Gedanke von deren Einmaligkeit und Unersetzlichkeit sich zu regen beginnt, beginnt auch gleichzeitig die zwischen Person und Verband bisher obwaltende Intimität sich merklich zu lockern. Je weiter die Entwicklung fortschreitet, desto problematischer gestaltet sich die Situation: Mehr und mehr beginnt die Einzelperson sich auf sich selbst zurückzuziehen und gegen den Verband abzuschließen, und dieser beginnt seinerseits mehr und mehr dieser Person

äußerlich zu werden. Es läßt sich getrost als eine Art Gesetz aussprechen: Der kulturelle Entwicklungsprozeß der Gemeinschaft ist ein Prozeß von Differenzierung zwischen Person und Verband. Die Entstehung des Staats markiert bereits einen entscheidenden Wendepunkt in diesem Prozeß: Person und Verband stehen sich fast polar gegenüber, allen gemeinsamen Interessen zum Trotz. Und im demokratischen Staat erreicht die Entfremdung zwischen Person und Verband ihren Gipfelpunkt. Schon der Umstand, daß denkende Köpfe sich veranlaßt sahen den Begriff einer formalen Demokratie zu prägen, und die Öffentlichkeit diesen Begriff hinnehmen muß, zeigt zur Genüge, wie allgemein das Gefühl davon geworden ist, daß hier Person und Verband in einem ganz äußerlichen Verhältnis zu einander stehen. Ein helles Licht fällt auf diese Frage auch von der Seite der Religion. In primitiven Gemeinschaften ist die Religion noch ganz auf den Verband gerichtet, ja, man kann sagen, daß sie gradezu im Dienst des Verbands steht. Je weiter aber die Gemeinschaft in der Entwicklung fortschreitet, desto mehr beginnt die Religion sich vom Verband abzulösen. In dem Maß wie die Religionen sich mehr und mehr auf dieses Moment des Unerstzlichen und Einmaligen am Individuum besinnen und es vertiefen, legen sie eine immer größere Uninteressiertheit am Leben und Treiben des Verbands an den Tag.

Wir maßen uns nicht an das Problem von Person und Gemeinschaft in diesem Zusammenhang zu einer Lösung zu bringen. Wir wollen bloß auf die Dringlichkeit der Behandlung einer Frage aufmerksam machen, die grade von jenen Stellen besonders vernachlässigt wird, die eigens dazu berufen sind sich mit deren Beantwortung zu beschäftigen. Der Sozialismus, der es sich zur Aufgabe macht das Zusammenleben zwischen Verband und Person so zu gestalten, daß keine Kluft zwischen dem einen und der andern besteht, müßte der Frage vom gegenseitigen Verhalten zwischen beiden Teilen das intensivste Interesse widmen. Die Frage lautet: Wie soll der ursprüngliche Kontakt zwischen Verband und Person, der in primitiven Gemeinschaften noch lebendig und in den modernen bereits in die Brüche gegangen ist, wiederhergestellt werden, und zwar unter Wahrung alles dessen, was die Person im Verlauf der kulturellen Entwicklung erworben hat, und unter Peibehaltung der modernen Errungenschaften wie der Idee des Fortschritts überhaupt? Mit dem wirtschaftlichen Faktor allein ist es nicht getan: Eine möglichst vernünftige Produktion und eine möglichst gerechte Verteilung verbürgen noch lange nicht ein intim-harmonisches Zusammenleben zwischen Verband und Person; eine vernünftige und gerechte Bureaukratie bleibt immer noch Bureaukratie. Der Sozialismus scheint noch immer die Gesellschaft als leeren Raum aufzufassen, ganz im Sinn des alten Liberalismus. Allein, wenn der Liberalismus die Gesellschaft als bloßen Rahmen für sich frei auslebende Individuenatome (oder, wenn man will: Individuen-elektronen) auffassen durfte, weil er von vornherein vom Standpunkt des isolierten Individuums ausging, so darf es ganz gewiß der Sozialismus nicht tun, dessen Standpunkt ihm entgegengesetzt ist. Die oben formulierte Frage kann prägnanter gefaßt werden: Wie wird der Verband dem Individuum in all seiner Unerstzlichkeit, Einmaligkeit und Aufsichgestelltheit gerecht?

Wir schließen mit einer Problemstellung. Wenn diese zum weitem Forschen und Nachdenken in der gewünschten Richtung anregte, wäre der Zweck dieser Ausführungen erreicht.



## ERNST KALLAI · KUNST UND WIRKLICHKEIT



ENER schwere Existenzkampf, den die Kunst in Deutschland heute zu führen hat, ist nicht nur wirtschaftlicher Art. Die Kunst leidet unter einer Gleichgültigkeit des großen Publikums, die schon Massenpsychose ist, auch wenn sie von der mondänen "Elite" dieses Publikums und ihrem Fortschrittsdünkel als höchst bewußte Konsequenz einer geistigen Überlegenheit ausgespielt wird. Diese Ignoranten können sich allerdings jederzeit auf das Beispiel ernster schöpferischer Persönlichkeiten anderer Schaffensgebiete berufen, die sich der Kunst gegenüber ebenfalls ablehnend verhalten oder doch den Raum ihrer Funktionen im Sinn von Zweckgeboten der einen oder andern Art einengen möchten. Es gibt Anfeindungen, die so weit gehen der Kunst jeden Sinn und jedes Daseinsrecht überhaupt abzusprechen. Und immer ist es die Wirklichkeit, auf die alle Gegner der Kunst, die radikalen wie die gemäßigten, sich in gleicher Weise berufen, wenn sie ihr Aburteil fällen. Die Kunst, sagen sie, ist nicht mehr fähig den wirtschaftlichen oder den technischen oder den sozialen Forderungen der Wirklichkeit zu dienen.

In der Tat scheinen alle Vordergründe der Wirklichkeit gegen die Kunst zu sprechen. Was hat sie noch zu bedeuten, wenn Millionen Volksgenossen Not an Arbeit, an Brot, an Wohnung und Gesundheit leiden? Und wie soll man nun dieser geschundenen Menschenmasse gar noch zumuten sich mit "ausgefallenen" Kühnheiten der Phantasie abzugeben? Mit visionären oder konstruktiven Gebilden etwa, die außerhalb jeder vernünftigen Anschauung des Wirklichen stehen? Die Schöpfer dieser Irrationalitäten haben einen schier übermenschlichen Glauben an die bessere Zukunft nötig, die ihnen recht geben würde. Sonst müßten sie unter dem moralischen Druck ihrer Deplaciertheit in der Gegenwart einfach zugrunde gehen. Von dem hochkapitalistischen Amerika bis zum bolschewistischen Rußland wird die ganze Welt der Demokratien und Diktaturen, des Bürgertums und Antibürgertums von der profanen Dreifaltigkeit Rationalismus-Materialismus-Utilitarismus beherrscht. Die Gewalthaber und ideologischen Götzendiener dieser Dreifaltigkeit kommen sich weiß Gott wie fortschrittlich und dem Mittelalter weit überlegen vor, weil sie sogenannte exakte Erfahrungswissenschaften (mit dauernd wechselnden, also unsicheren Wahrheiten) und unglaublich leistungsfähige (auch mörderische) Maschinen haben und das erdumspannende Feld der Zivilisation so enorm tüchtig bearbeiten können. Als ob es im Mittelalter nicht auch eine ungeheure zivilisatorische Arbeit gegeben hätte, die das halbversumpfte und urwaldbedeckte Europa urbar machte, Burgen, Städte und Dörfer baute, Handelsverbindungen bis in den Fernen Osten schuf. Aber vereint mit diesem selbstverständlichen Aufbau der feudalen, bürgerlichen und bäuerlichen Realität und ihr übergeordnet gab es damals eine gewaltige religiös-geistige Realität mit ihren Wahrzeichen: den Kathedralen, Kirchen und Klöstern. Die Klöster selbst waren Heimstätten der Zivilisation und der Kultur. Sie waren Zellen des Ackerbaus, der Obst- und Weingärtnerie und des Handwerks und beherbergten alle Wissenschaften und Künste. Und wie war die Kunst des Mittelalters beschaffen! Für den symbolträchtigen visionären Raum ihrer Architektur, Malerei und Plastik war die Wirklichkeit nicht durch das greifbar und sichtbar Gegenständliche begrenzt wie für das aufgeklärte Philistrium unserer guten neuen Zeit, das

alle irrational treibenden abgründigen Gründe und alle utopisch-geistigen Verklärungen des Daseins als irrealer Phantasiegespinste ablehnt, sobald sie in der Kunst erscheinen. Den modernen Realkunstideologen schwebt offenbar ein künstlerischer Haushaltsplan vor, in dem jeder Pinselstrich, jeder Meißelschlag sofort und zu 100% als ökonomisches Kleingeld zweckvoll auszumünzen wäre. Alles, was darüber hinausgeht, müßte aus dem Organismus der Kunst einfach entfernt werden, wie ein Blinddarm etwa. Die Kunst hat ein fügsamer und billiger Handlanger der zunächstliegenden sozialen Tagespraxis und ihrer Notverordnungen zu sein. Eine Gebrauchskunst mit eingetragener Zweckverbands- oder auch Warenzeichen.

In der Kunst des Mittelalters hatte alles Göttliche wie Teuflische, alles lichtvoll Schöpferische und Erlösende wie dämonisch Dunkle und Zerstörende Heimatrecht. Das Irrationale war legal. Die profane Dreifaltigkeit Rationalismus-Materialismus-Utilitarismus hingegen dünkt sich nicht allein über die religiösen Erlebnisformen dieser Irrationalität erhaben sondern über jedes Erschauen und Gestalten schlechthin, das mit den verstandesgeregelten Mitteln der sinnlichen Wahrnehmung nicht zu erfassen ist. Je mehr die Zivilisation, auf deutsch: die Verbürgerung der Welt, im Zeichen dieser Dreifaltigkeit Macht über das Leben gewinnt, um so mehr drängt sie die irrationalen Kräfte ihrer Kunst in die modernen Formen eines Katakombendaseins letzter Reserve. In die Isoliertheit der Richtungen, der Romantik, der Anarchie. Aber auch der Fermente. Denn diese "weltfremden" Irrationalisten, die Urbilder der Tiefe und Utopien der Weite, nicht Abbilder einer perspektivischen Kurzsicht schaffen, sind die fermenthaft isolierten Ideenträger einer neuen (und nun geistigen) Kultur.

Es ist freilich eine sehr weite Sicht, auf die das Irrationale in der modernen Kunst seine notwendige Zuordnung auch zur breitesten Wirklichkeit erhält. Doch es wäre nicht das erstemal, daß die Kunst zunächst lange Strecken der Zeit allein zu gehen brauchte, um von der Gemeinschaft schließlich doch noch aufgenommen zu werden. Die Kunstgeschichte, zumal die bürgerliche, kennt genügend Beispiele einer solch späten sozialen Verarbeitung ursprünglich abseitsstehender "asozialer" Erscheinungen. Sie werden allmählich zur eingefleischten Gewohnheit, zur "zweiten Natur" der Gemeinschaft und damit zum anerkannten Faktor der Realität. Ist die Kunst einmal so weit, dann erhält sie akademischen Grad, dann gehört sie zu den zähesten Hindernissen der nun wieder über die Wirklichkeit hinaustreibenden schöpferischen Entwicklung von neuen Ideen und Formen.

**S**ELBST der ärgsten künstlerischen Ahnungslosigkeit kann es heute ersichtlich sein, wie sinnvoll der metaphysische Geist Rembrandts hinter den realistischen Vordergründen der holländischen Malerei leuchtet; welche höchste Bestätigung, gleichsam Verklärung, nicht allein der bürgerlichen Kunstgeschichte sondern des bürgerlichen Kulturbegriffs überhaupt er bedeutet. Dies, obwohl Rembrandts Jenseitsdämmerungen dem realitätsgierigen, auf Besitz, Macht, Fortschritt und Genuß gerichteten Bürgertum seiner Zeit als etwas Abträgliches und Problematisches erscheinen mußten, als chaotische Verdunkelung jeder vernünftigen weltfrohen Gemeinschaftsordnung; kurzum, als das selbe, was unsere heutigen Realkunstideologen den modernen irrationalen Strömungen in Malerei und Plastik vorwerfen.

Doch wir wollen zur Frage des Wirklichkeitswerts der Kunst von den vielen Fällen der Kunstgeschichte noch einen Fall beisteuern, der besonders nahe liegt. Es handelt sich um Cézanne. Es dürfte unbestritten sein, daß seine Kunst ein außerordentlich feiner und klarer Spiegel der großen Baugesetze der Natur ist. Ein Spiegel, dessen Reflexe in der ganzen Kunstentwicklung unserer Zeit als stilbestimmend nachzuweisen sind. Selbst in der neuen Zweckarchitektur. Selbst in der verschränkten räumlichen Spannung russischer Filmbilder. Wie hat sich nun dieser Cézanne zur politischen Wirklichkeit seiner Zeit verhalten? Sein Biograph Gasquet erzählt es. Cézanne ließ sich diese Wirklichkeit nicht im geringsten angehen und desertierte, als man ihn an die deutsch-französische Front von 1870 schicken wollte. Nur, um irgendwo in einer verborgenen Provinzecke hocken und auf seinen Leinwänden und Aquarellpapieren unbeholfen herumschmierern zu können. Er war nämlich damals noch keineswegs der epochale Erneuerer und große Meister, sondern er steckte noch ziemlich in Anfängen von einer gradezu grotesken Plumpheit. Um so verächtlicher, ja strafwürdiger muß seine Desertion in den Augen der Realkunstideologie erscheinen. Was aber, wenn unser Drückeberger Cézanne sich der weltpolitischen Realsituation würdig erwiesen hätte und auf dem Schlachtfeld kämpfend gefallen wäre, wie 40 und einige Jahre später Franz Marc im Weltkrieg? Die ganze Entwicklungsreihe über Kubismus, Neoplastizismus, Purismus, Suprematismus, Konstruktivismus zur modernen Architektur, zum neuen Bühnen- und Filmbild: diese großartige Kettenbrücke vom 19. ins 20. Jahrhundert, hängt an dem Pfeiler Cézanne. Was geschieht, wenn dieser Brückenbau unserer heutigen Gestaltung durch einen vorzeitigen Tod Cézannes unterbrochen, nicht einmal bis zum ersten Pfeiler gediehen wäre? Es ist hinterher, wenn alles fertig ist, leicht zu sagen, diese Brücke sei ein derart notwendiges Produkt der kunsthistorischen Entwicklung, daß sie auch ohne Cézanne entstanden wäre. Aber Cézanne hat im Weltreich der Kunst ebenso weitgehende und fundamentale Änderungen hervorgerufen wie Napoléon etwa in der Geschichte Europas (die man lange Zeit nicht erkannt hat, vielleicht auch heute noch nicht erkennt). Cézanne ist aus dem neuen Bild der Kunst einfach nicht fortzudenken. Natürlich war die Gesamttendenz dieser Entwicklung objektiv vorhanden. Ihre Verwirklichung im Lauf der letzten 30 Jahre ist zu einem historischen Massiv von solchem Ausmaß geworden, daß der Gedanke, diese ungeheure künstlerische Tatsachenmasse wäre durch einen frühzeitigen Tod Cézannes eventuell zunichte geworden, als eine Hirnkapriole erscheinen muß. Aber noch immer ist das, was man historische Notwendigkeit nennt, zuerst durch wenige, wenn nicht durch *einen* persönlichen Exponenten in die Welt getreten. Noch immer sind historische Lawinen durch kleine Steinchen ins Rollen geraten. "Klein" freilich nur dann, wenn man von dem zuletzt auch äußerlich gewaltigen Massenergebnis auf das im persönlichen Dasein der Anreger äußerlich punkthafte erste Erscheinen des Neuen zurückblickt.

Denn wer wollte die Größe der schöpferischen Zeugungs- und Fortwirkungskraft zahlenmäßig berechnen, die in einer einmaligen, persönlichen Geistesoffenbarung zu liegen vermag? Und wo bleibt das jedem sichtbare Erkennungszeichen, das solch epochal neues Schöpfertum in jedem Fall auch den Zeitgenossen signalisieren könnte, laut und bis zu den äußersten Folgen vorweg vernehmlich, in denen das Geistige einst seinen Eingang in die auch für Realisten wirksame Wirklichkeit erleben würde?





UCH die große Menge der Realisten hat schließlich ihre Kunstbedürfnisse. Wozu sonst der Hochbetrieb in Kino, Musikcafé und Radio? Wozu die Millionenaufgaben von illustrierten Wochenschriften und Magazinen? Dieser gewaltige Massenbetrieb ist doch nur dazu da, um Kunst, Literatur und praktische Weltanschauung mit philosophischem Idealeinschlag zu verzapfen. Freilich in entsprechend "volkstümlicher" Form, das heißt als vielfach verdünnten und getrühten Aufguß ursprünglich "exklusiver" und "sozial unbrauchbarer" Genialitäten. Afterkunst und Afterphilosophie sind das mehr oder minder abgegriffene Kleingeld, das in ungeheurem Kreislauf von Hand zu Hand geht, während die Golddeckung der großen geistigen Initiative nur wenigen zugänglich in schöpferischen Meisterwerken hohen Rangs verschlossen liegt.

Dieser Zustand ist bis zu einem gewissen Grad durch den Keil erklärbar, den die technisch-wirtschaftliche Revolutionierung des Lebens zwischen die nackten Existenznotwendigkeiten und die Voraussetzungen geistigen Schaffens getrieben hat. Vieles an dem Stumpsinn, womit die Massen des sogenannten gut bürgerlichen Publikums, aber auch des Proletariats, sich abpeisen lassen, geht auf das Sündenregister unserer Zivilisation, die aus dem Menschen einen gehetzten Arbeitssklaven oder einen geschobenen Schieber und getretenen Zerstampfer seines Nächsten gemacht hat. Auch die restlose Erfüllung einer ausschweifenden technifizierten Schlaraffenphantasie kann eine Tatsache nicht aus dem Weg schaffen, die zwischen geistiger Hochleistung und ihrer Aufnahme durch das große Publikum steht. Das ist die Notwendigkeit sich in schöpferische Arbeit mit Hingabe und strengster Sammlung einzuleben, den Weg in das Innere einer geistigen Welt zu erobern. Die Leidenschaft zu solcher Tiefe des geistigen Nacherlebens mag Gemeingut früherer Kulturen gewesen sein und damals gleichsam Naturgeschenk. Vielleicht gehen wir einer neuen Selbstverständlichkeit und Allgemeinverständlichkeit auch der schöpferischen Höchstleistung entgegen. Vielleicht fällt der Trennungsstrich zwischen Geist und Wirklichkeit noch einmal fort, und der Mensch erlebt nach dem Verlust des Paradieses eine neue Verklärung seines Erdenlebens: die technische. Die Gegenwart kennt jedenfalls keine anderen Wege zur Geistesmitte als den der besondern Geistesart und Hingabe. Diese Feststellung entstammt keinem Sektierersfimmel, sie hat weder pathetischen Geistesheldenkult noch Dandyzüchtereie zu bedeuten. Sie ist sachlich begründet, nichts mehr und nichts weniger. Sie weiß um die Grenzen, die einer unvermittelten, ungebrochenen Ausstrahlung des Schöpferischen in große Bewußtseinsbreiten im Weg stehen, und betrachtet die Vereinzelung des Schöpferischen hinter solchen Mauern beileibe nicht als eine Vorzugsstellung. Mehr schon als unfreiwillige Bürde, die weder moralisch noch materiell leicht zu tragen ist.

Die Zeiten haben sich geändert. Wo ist der vielgelästerte Künstlerhochmut geblieben? Es gibt ihn nicht mehr, höchstens eine verbissene, trotzig Selbstwehr. Und dies mit Recht. Das Spießbürgertum der guten alten Zeit, dem jeder Künstler mit eignen Wegen ein Narr und ein verächtlicher Taugenichts war, hat neuerdings zahlreiche Bundesgenossen in überklugen Technomanianken, snobistischen Amerikanbetern und fanatischen Utilitaristen gefunden... Der Hochmut ist in diesen Kreisen zu finden, zu denen nicht wenige modernistische Architekten und Architekturästheten gehören.

Die kunstfeindlichen, schrecklich überlegenen Allüren dieser Leute werden bestenfalls von einem sentimentalischen Sozialgewissen gestützt: durch den Einwand, daß die große Masse für die persönlichkeitsbedingten Schöpfungen von Dichtung, Kunst und Philosophie nichts übrig habe. Diese Geisteskritiker verkennen die Quellen, von denen die doch unleugbaren Kunstbedürfnisse der wirklichen Masse gespeist werden. Gäbe es keine Denker und Gestalter, denen geistiges Schaffen höchste Anspannung ihrer Lebensenergieen und Offenbarung letzter Dinge bedeutet, so würde eines schönen Tages der ganze volkstümliche Vertrieb von Geistesurrogaten aufhören. Die zahllosen Kunst- und Literaturmacher und Populärphilosophen mehr oder minder seichten Grades hätten keine Quellen mehr, von denen sie ihre, durch einen langverketteten Zwischenhandel immer mehr vermischten Spiritualitäten beziehen könnten. Dem Eingehen der großen Geisteszentralen würde in immer kürzeren Abständen das Erlöschen jeglichen Abglanzes folgen. Massenproduktion und Massenkonsum unserer Kunstsurrogate kämen in die gleiche Lage wie die absterbende europäische Volkskunst.

Auch die Massenkunstfabrikation ist auf ihre Art "fortschrittlich". Zumal in Deutschland, wo die Maschinen tausendkilometerweise die Tapetenstreifen von sich geben wie monströse Bandwürmer, mit Ornamentapplikationen nach "expressionistischem" oder "neoplastizistischem" Stil. Selbstverständlich haben auch die Linoleumfabriken ihren zeitgemäßen stilistischen Ehrgeiz und geben ihren Erzeugnissen heute nicht nur den Anschein persischer Teppiche sondern auch den Schmuck bunter Quadrate. Daß der Siegeszug der Bauhausgeometrie sogar die Bettwäsche der »modernen Dame von Geschmack« erfaßt hat, war in einer Wiener Frauenzeitschrift dokumentarisch zu beäugen. Was wollen denn unsere Realkunstpolitiker noch mehr erreichen? Wenn das nicht wahre Volkstümlichkeit ist!



WIE lange dauerte es, bis die Wirklichkeit bereit war sich im Naturalismus und Impressionismus zu erkennen? Heute kann man die Epigonen dieser Kunstrichtungen in Hunderttausenden von billigsten Farbendruckern in allen Kleinbürgerstuben genießen. Naturalismus und Impressionismus sind zur Massenoptik geworden und bestimmen nunmehr, was künstlerisch genommen als "wirklich" und "lebenswahr" zu bejahen und als "wirklichkeitsfremd" abzulehnen ist. Ihre Geltung ist wohl so rasch nicht umzustürzen. Denn diese Massenoptik ist dem Materialismus der modernen Lebenspraxis und ihrer Weltanschauung aufs engste angemessen. Der Materialismus vermag die Welt nur als eine Summe von Ursachen und Wirkungen, die Seele nur als eine Summe von Bewußtseinsinhalten zu begreifen. Bestenfalls als eine unbestimmbare, weil noch nicht restlos zeranalytierte Größe, mit einem vorläufig noch geduldeten Spielraum für "Stimmungen" und "Gefühle". Dieses diffuse, nebelhafte Zeug wäre sozusagen der Seelenrest, der das wirkliche Bild des menschlichen Psychophysikums mit Rückständen der Poesie und Mythologie verundeutlicht. Die Fortschritte der wissenschaftlichen und praktischen Vernunft werden auch hier den "Sachverhalt des Wirklichen" herausstellen.

Es ist klar, daß die Kunst dieser Geistesverfassung die Wirklichkeit nur als eine Summe von Netzhautreizen, nur als eine Flucht von Erscheinungen äußerster, geheimnisloser Aufgeschlossenheit, Vielfalt und Abwechslung sehen kann. Also naturalistisch-impressionistisch. Naturausschnitt, gesehen

durch ein Temperament: so ist das Massengut unseres künstlerischen Sehens bestellt, wie es rein zahlenmäßig Kunstschaffen, Kunstbetrieb und Kunstkritik auch heute noch beherrscht. Äußerlich-stilgemäß hat der Naturalismus-Impressionismus gewisse wohlfeile modische Wandlungen erfahren. Eine gewisse baugesetzliche Straffung à la Cézanne und Kubismus. Eine Art leidenschaftlicher Durchwühlung der Faktur und schwärmerischer Erleuchtung des Kolorits à la Expressionismus. Eine treuherzige Anbiederung an das Motiv je nachdem: empfindsam naturfromm à la Biedermeier bei dem Bürgertum, und, von der Bitternis des sozialen Elends erfüllt, als neue Armeuletemalerei bei den Malern des Proletkults. Subalterne, am Motiv klebende oder leicht anschmiegsame Deutungen der Wirklichkeit sind es, die der Materialismus bürgerlichen gleich wie antibürgerlichen Geistes von der Kunst verlangt. Zu einer Zeit, in der die chaotisch krisenhafte, technisch kühne, grelle, peitschende Phantastik der modernen Realität nach einem visionären oder konstruktiven Realismus großen Stiis förmlich schreit. Aber zu einem solchen Realismus gehört ein Schauen, das durch alle Aufschichtungen des Gesellschaftlichen und Zivilisierten hindurch zu den dämonisch-irrationalen Quellen des Daseins zu dringen vermag.

Grade den Tendenzkunstpolitikern sei es gesagt, daß ein sozialer Realismus des nur sentimental oder sachlichen Klebens an dem Stück Wirklichkeit vor seinen Augen unzulänglich bleiben muß, besonders was seinen dokumentarischen Wert und die aktivierenden Absichten seiner Tendenz angeht. Er läßt das Motiv in der Enge seiner Anschauung ersticken oder in dem Gefühlserguß seiner menschlichen Anteilnahme aufquellen wie einen zähen Brei, in dem Geist und Wille der Betrachtung versacken müssen, anstatt bewegt zu werden und der ganzen Weite von Schicksalsverknüpfungen räumlicher wie geistiger Art gegenwärtig zu sein, die in dem Motiv zusammenwirken, also wesentlich mitbestimmend zu seiner Wirklichkeit gehören. Ein realistisches Gemälde, das nicht den ganzen Lebensraum seines Motivs sichtbar, gleichsam röntgenisiert in der Fläche unterbringen kann, das die Hintergründe und inneren Spannungen dieses Motivs nicht mit der gleichen Schärfe für die Anschauung zu realisieren vermag wie seine Vordergrunde, ist nur ein Teilwerk, das in seiner kleinbürgerlich-gemütvollen perspektivischen Verkapselung so tut, als sei es ein Ganzes. Man sieht ein kunstvolles Gehäufte von äußeren Verkrustungen des Lebens, die den Spielraum des Schauens in die Weite und Tiefe, zum Gesamten der Wirklichkeit hin stofflich und gegenständlich verstopfen. Dabei wird unser Schauen grade durch die moderne Wirklichkeit und ihre kritische Erkenntnis mehr denn je zu einer Universalität im Verknüpfen und Deuten weitverzweigter Tatsachen als Erscheinungen einer Schicksalsgemeinschaft, einer Wesenseinheit angeregt. Die perspektivische Abstufung in Vorder-, Mittel- und Hintergrund hat ihren Sinn verloren. Alle Winkelperspektiven von ehemals zerscheller bei dem Anprall an eine Welt, in der selbst das Fernste und Entlegenste, das im Wesen zutiefst Versunkene und Verborgene sich unserm Lebensraum mit aller Kraft zur unmittelbaren Gegenwärtigkeit aufzwingt: durch unsere technische Organisation, durch unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsverbundenheit, durch die erweiterte und vertiefte Erkenntnis, die wir von unserer leibseelischen Beschaffenheit haben. Diese gleichexponierte Vordergrundigkeit aller Dimensionen des neuen Lebens- und Bewußtseinsraums bildhaft zu meistern mag für den Realismus gewiß ein schwer zu lösendes

Formproblem sein. Es hat jedenfalls noch keine schöpferische Lösung gefunden. Die Rückkehr der Malerei zum Gegenständlichen, die sogenannte neue Sachlichkeit, auch magischer Realismus genannt, ist eine Rückkehr zur altväterlichen Idylle. Ein Realismus, der unserm Leben gewachsen sein soll, kann die großartige visionäre Erweiterung der Bildformen durch die revolutionären Kunstrichtungen der letzten 30 Jahre nicht einfach ignorieren.



**A**BER die Malerei ist nicht unbedingt auf realistische Gestaltungsmittel angewiesen. Es steht ihr frei für die Gesamtheit des Wirklichen Gleichnisse zu schaffen, deren umfassende Deutungsweite eben in ihrer äußersten formalen Reduktion und Ungegenständlichkeit liegt. Freilich, diese Irrationalität der modernen Kunst ist es ja grade, die ihr von der Realkunstideologie materialistischer Weltanschauung als Abkehr von der Wirklichkeit vorgeworfen wird.

Seit ihrer Abkehr vom Impressionismus, seit 30 Jahren, sind die wesentlichsten Kräfte der Kunst bemüht von der Vielfalt malerischer Netzhautreize, vom Stofflichen und seinen Abwandlungen durch Licht und Luft zu dem verborgenen Kern dieser Abspaltungen und Verkleidungen vorzudringen. Der Weg ist durch Expressionismus und Kubismus von verschiedenen Seiten her in Angriff genommen worden. Seine letzten Ergebnisse gleichen einander in der völlig irrationalen Phantasia eine Verdichtung weniger Bild- oder Skulpturzeichen als gemeinsame Grundformel und Keimgestalt einer weitverzweigten Gesamtheit des Wirklichen zu erleben. Es genügt hier auf 3 Künstler hinzuweisen: Mondrian, Arp, Gabo.

Die Abkehr der Kunst vom Impressionismus wird durch analoge Wege der Wissenschaft bekräftigt. Man denke nur an die neuen Erkenntnisse der Biologie, die sich gegen die Darwinsche Abstammungs- und Entwicklungslehre richten. Diese neuen Erkenntnisse reden von einer innern Zielstrebigkeit und Ideenbestimmtheit jeglicher Naturgestalt und ihrer Entwicklung. Sie reden von einer Urform als Potenz, die, wie Dacqué sagt, »bei allem äußeren evolutionistischen Formenwechsel als das Lebendig-Beständige da ist«. Aber die materialistisch-impressionistische Kritik verhöhnt einen Künstler wie Hans Arp, weil er bestrebt ist organische Formen letzter elementarer Konzentration zu Bildern und Reliefs zu verarbeiten. Was lehrt die neue Psychologie? Sie hat mit dem materialistischen Vorurteil, die Seele sei lediglich eine Summe von Bewußtseinsinhalten, gründlich aufgeräumt. Sie erkennt die Seele wieder als etwas Ursprüngliches, Elementares, unbewußt Schöpferisches. Sie spricht von der kreatürlichen Leib-Seele-Einheit, die den Menschen mit Tier und Pflanze verbindet. Uralte Weisheiten kehren in neuer Form wieder. Die tiefenpsychologische Forschung steckt noch in den ersten Kinderschuhen, und schon haben wir ihr die (von Künstlern, Dichtern und Metaphysikern übrigens längst vorweggeföhlt) Erkenntnis zu verdanken, daß unsere realste Tagespraxis von Irrationalitäten des Unterbewußtseins durchstrahlt und schicksalsvoll mitbestimmt wird. Wir wissen, um nur eins zu sagen, daß Träume nichts weniger als Schäume sind. Welche bisher höchstens visionär geahnten Räume und Dimensionen unseres Lebens sind dabei ins wissenschaftliche und praktische Bewußtsein getreten, und was für neue Fragen, neue Abgründe lauern dann hinter ihnen als unsichtbare Regisseure unserer Wirklichkeit, die bewußt zu beherrschen wir uns dennoch immer wieder einbilden, obgleich sie uns immer wieder zu Schrek-

kenstata elementarster Bestialität hinreißen? Keine nur materialistische Erklärung des Weltkriegs rührt an die tiefsten Wurzeln solcher grauenvollen Entfesselung von Vernichtungs- und Selbstvernichtungstrieben der Menschheit. Die Gründe unseres Wesens sind zugleich dämonische Abgründe. Soll nun der Kunst lediglich gestattet sein die Welt einzig in ihrer Abgrenzung durch die Zivilisation zu deuten, also realistisch, oder darf sie nicht vielmehr auch eine Ebene der Betrachtung gewinnen, auf der die größere, weil in unendliche Beziehungen des Natur- und Weltgeschehens verstrickte, rätselhafte andere Seite erscheint? Ist es ganz und gar irrealistisch im Antlitz von Natur und Wirklichkeit die Züge eines "zweiten Gesichts", die Spuren einer übersinnlichen Beschaffenheit aufzudecken und den Hinweis auf diese Beschaffenheit mit religiöser Scheu vor dem Geheimnis zu gestalten, wie es etwa der Bildhauer Gerhart Marcks tut, oder mit einer metaphysischen Fabulierlust und Weisheit, wie sie von Paul Klee bekannt ist? Wir wissen von großen belebenden Rhythmen der Schöpfung gleich unserm Blutkreislauf. Wir wissen von erhabenen Harmonieen der Zahlengesetze im Mikro- und im Makrokosmos, in unseren Empfindungen für Raum- und Zeitmaß. Das Baugesetz der Welt wird von einem Wissenschaftler wie Einstein als göttliche Offenbarung erlebt. Die moderne Kunst enthält Werke, die aus dem gleichen Erlebnis geschaffen sind. Inwiefern sollen diese Kunstwerke denn mit der Wirklichkeit nichts zu schaffen haben? Und wären ihre Harmonieen nur durch die menschliche Seele bedingt: ist denn diese Seele nicht selber ein Wirksames, also ein Wirkliches?

Die Wissenschaft bestätigt es: Der Mensch, die Natur, sie leben zwar im perspektivisch darzustellenden, endlichen, körperlichen Raum. Aber in diesem Äußern ihres Lebens wirken verborgene, sich bis ins Grenzenlose sowohl der Chaotik als auch der Harmonie erstreckende Räume seelischer, biologischer, zahlengesetzlicher Funktionen, Determinationen. Und das äußere Erscheinen, äußere Gebaren der menschlichen oder sonstwie gearteten Wirklichkeit ist nur Ausdruck und Verkleidung dieser tiefern Beschaffenheit. Im körperlichen Lebensraum der tiefere, umfassendere irrationale Lebensraum. In der körperlichen Wirklichkeit die irrationale Wirklichkeit. Indem die moderne Kunst Visionen und Symbole dieser irrationalen Wirklichkeit schafft, streckt sie ihre Fühler nach einer neuen Lebensordnung aus, die das mörderische Wuchern der mechanistisch-quantitativen Kräfte in Wirtschaft und Technik zu meistern und den Menschen zur seelisch-geistigen Selbstbesinnung zu führen weiß. Diese antimaterialistische Tendenz der Kunst ist heute freilich nichts weniger als "volkstümlich". Sie widerspricht den gegenständlichen Interessen der "Wirklichkeit", wie sie von ihren Machthabern und gehorsamen Dienern heute verstanden wird. Aber die Gewißheit einer andern Zukunft läßt auch die verständnislosesten und böswilligsten Anfeindungen ertragen. Je härter jene veraltete Wirklichkeit, um so härter die neue Seele, die sie zu überwinden, von innen heraus umzugestalten berufen ist. Um so härter hat auch die Kunst dieser neuen Seele zu sein. Das Irrationale zu erkennen und zu formen ist keine empfindsame Gefühlsseligkeit, kein blaues Dunstgebläse. Es handelt sich um etwas durchaus plastisch Gegenwärtiges, das kernhart und kristallklar hinzustellen ist.

Künstler, werde hart!



# MANUEL UGARTE · ARGENTINIEN VOR DER ENTSCHEIDUNG



ARGENTINIEN befindet sich in einer schweren Krise, deren Ausgang nicht mehr eine bloße Frage der Parteien, ja nicht einmal der grundsätzlichen Anschauungen ist. Wir befinden uns, ohne Übertreibung, einem Problem der nationalen Lebensfähigkeit gegenüber. Wir müssen den Geist in die Höhe richten, damit die Debatten genügend Weite bekommen. Wir müssen zum Kern der Ideen gelangen, damit sich die Strömungen in einer durchsichtigen Atmosphäre teilen. Nur das Verständnis der Stunde, die wir durchleben, wird der öffentlichen Meinung erlauben das Panorama zu überblicken.

Der Sturz Hipolyto Irigoyens war unvermeidlich, und alle, die dazu beitrugen, haben der Gesamtheit gedient. Eine Regierung ohne Programm, in Verteidigungsstellung gedrängt, ohne schöpferischen Geist, eine Politik, die darauf beruhte das Uhrwerk der Zeit anzuhalten, um auf das finanzielle Wunder oder das parlamentarische Quorum zu warten, hatte nicht das Recht dem Land ihre Stumpfheit aufzuerlegen. Von diesem Gesichtspunkt und in ihrer ursprünglichen Auffassung ist die vom General José Uriburu begonnene Bewegung als berechtigt anzusehen. Um das Problem in seiner Gesamtheit zu verstehen, darf man nicht vergessen, daß die Radikale Partei in legaler Weise zur Macht gelangt war und den Beginn einer demokratischen Orientierung bezeichnete, indem sie das Nationaleigentum am Petroleum verteidigte, die Neutralität während des Weltkriegs bewahrte und das ungünstige Resultat bei den Wahlen hinnahm. Die berechtigten Vorwürfe würden ihre Wirksamkeit einbüßen, wenn wir andererseits auf eine politische Gruppe die Verantwortung für die Unzulänglichkeit eines Mannes, für die Verheerungen durch die Weltkrise und für die Folgen der schlechten Organisation des Landes abwälzten, die unabhängig von der Handlungsweise der Parteien und der Persönlichkeiten schon seit vielen Jahren die Krise vorbereiten halfen. Was dem gestürzten Regime mit Recht zum Vorwurf gemacht wurde, und was verschiedenartige Kräfte, unter denen anfangs wertvolle Elemente waren, dagegen vereinte, war weder der Respekt vor den Wahlergebnissen noch das Bestreben die sozialen Gegensätze auszugleichen noch die Zurückhaltung gegenüber dem nordamerikanischen Imperialismus. Was den Gegenstoß bewirkte, war die Eigenmächtigkeit des Mandatars, die Vetternwirtschaft in der Verwaltung, die Atmosphäre von Korruption, die das Land schwächte. Der Aufstand vom 6. September 1930 erfolgte zur Beseitigung dieser Mißstände und, nach dem feierlichen Versprechen ihres Führers, um die Herrschaft der Verfassung wiederherzustellen. Deswegen ist auch die gegenwärtige Verwirrung grenzenlos. Es kostet Mühe zu verstehen, daß aus einer freiheitlichen Bewegung eine andere Diktatur entstehen kann, herrischer als diejenige, die sie stürzen wollte.

Argentinien hatte ein dauerhaftes Gleichgewicht und ein ruhiges politisches Leben dadurch erlangt, daß es sich auf eine Gesetzmäßigkeit einigte, die die entgegengesetzten Bestrebungen der freien Abstimmung unterwarf. Die Vorgänge am 6. September eröffneten eine Ära von Gewalttätigkeit, deren Auswirkungen nicht voraussehen sind. Wenn die triumphierende Rebellion, anstatt alles Bestehende zu vernichten, sich mit irgendeiner der

vorhandenen Einrichtungen (Parlament, Oberster Gerichtshof usw.) verbunden und ihr die Macht für die Zeit übertragen hätte, die zur Vorbereitung der Neuwahlen unentbehrlich ist, befänden wir uns nicht in dieser zugespitzten Lage und beängstigenden Unsicherheit. Statt dessen ist der Präzedenzfall eingetreten, daß ein Mann, eine Gruppe einfach die Zügel der Regierung an sich nehmen und sagen kann: Ich will die Nation retten. Und wie edelmütig auch die Absichten sein mögen, wie geschickt auch die Reden ausfallen, wie ehrenwert auch die Personen und sogar die Beweggründe erscheinen mögen: das, was sich aufgetan hat, ist eine Ära des Ausnahmezustands und der Ungesetzlichkeit, offenkundiger als diejenige, die mit der bewaffneten Bewegung beseitigt werden sollte. Die Ungesetzmäßigkeit der Methoden verschärft sich, wenn man unter ihrem Schutz danach strebt die Grundsätze zu bestimmen, die in Zukunft für die politische Tätigkeit maßgebend sein werden, und dabei Ziele enthüllt, die am Anfang verborgen waren, etwa tückische Absichten auf Wahlrechtsänderung.

Man kennt diese Tendenz, da sie sich in zahlreichen Ländern gezeigt hat, und man kennt auch die Hilfsmittel, die herangeholt werden, um sie zum Erfolg zu bringen. Auch die Gegenströmungen, die daraus zu entstehen pflegen, sind wohl bekannt. Das mindeste, was man sagen kann, ist, daß der General Uriburu, wenn er sich auf diesen Weg treiben ließ, nicht den Willen der wesentlichen Vertreter der Öffentlichen Meinung richtig ausgelegt hat, die die Erhebung vom 6. September unterstützten, und daß er mit der willkürlichen Eröffnung einer Debatte, die nicht einem wirklichen Konflikt unseres Landes sondern der von einer Minderheit falsch verstandenen Lektüre entspringt, eine nicht wiedergutzumachende Unvorsichtigkeit begangen hat. Aber weil wir nun einmal in der Debatte stehen, müssen wir sie aufgreifen. Es ist nicht möglich, daß die willkürliche Gewalt, die die Rede erstickt und die Feder zur Unbeweglichkeit zwingt, so daß sie die argentinische Meinung hindert sich zu äußern, die Wirklichkeit verfälscht. Wir, die wir unsere Schriften frei zirkulieren lassen können, weil wir uns außerhalb unseres Landes befinden, haben die Pflicht die Situation aufzuzeigen: mit gemäßigten Ausdrücken, weil uns grade unsere Abwesenheit dazu verpflichtet, aber auch mit Festigkeit, da wir alle verantwortlich sein und die Folgen dessen tragen werden, was jetzt geschehen wird.

Der Parlamentarismus hat seit dem Krieg überall strenge Kritiken über sich ergehen lassen müssen. Es dürfen trotzdem nicht einem System die Schwächen der menschlichen Natur zur Last gelegt werden. Die Demokratie und die Gewaltherrschaft geben in gleicher Weise den Demagogen und den gewerbsmäßigen Politikern das Feld frei, mit dem einzigen Unterschied, daß sie unter der Demokratie von der Gesamtheit kontrolliert sind und bei der Gewaltherrschaft sich unter den allmächtigen Willen eines Mannes beugen müssen. Die Körperschaften, ob sie aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehen oder aus der Laune eines Staatschefs, können sich geneigt fühlen die Wiederwahl zu erstreben. Bei dieser Voraussetzung ist es erträglicher, daß eine Besorgnis die Wünsche der Majorität zu befriedigen entsteht, als daß den Befehlen eines Diktators gehorcht wird. Unvollkommenheiten werden nicht durch die Gegenwart des Gendarmen sondern durch Höherentwicklung behoben. Die Demokratie ist, wie die Welt selbst, weit entfernt von absoluter Vollkommenheit. Aber die Fehler, die

die Republik bei hellem Tageslicht begehrt, mögen sie sein wie sie wollen, werden immer erträglicher ausfallen als diejenigen, die im Dunkel das Hirn eines Tyrannen ausbrütet; zumal in unserm Amerika, wo nichts eine so tiefe Spur von Blut und Schande hinterlassen hat wie die persönliche Macht. Andererseits darf man die mehr oder weniger berechnete, aber jedenfalls gewissenhafte Besorgnis der Soziologen, die in Zeiten des Konflikts in einem von neuen Ausbrüchen bedrohten Europa der Staatsgewalt größere Machtvollkommenheit zu geben trachten, nicht mit den Ausflüchten derer verwechseln, die in einem fast volkleeren Amerika nur danach streben die Privilegien zu befestigen, indem sie die Ungerechtigkeit und die ursprüngliche Rückständigkeit aufrechterhalten. Wir wissen sehr wohl, daß bei uns die Klagen über die nachteiligen Folgen der Wahlfreiheit und über die Zeit, die durch das parlamentarische System verloren geht, weniger dem Streben nach einer wirksamen Regierung entspringen als dem Wunsch sich der Kontrolle durch die Demokratie zu entziehen; und daß die Redensarten von nationaler Bürgerschaft und Reinigung, wenn sie auch in apolitische Erklärungen eingehüllt sind, nur reaktionäre Vorstöße verbergen. Eine Regierung hätte apolitisch sein können, die, ohne das Gesetz zu durchbrechen, und indem sie allen Gruppen ihre Handlungsfreiheit ließ, sich darauf beschränkt hätte den Handel des Landes zu entwickeln, seine Reichtümer zu verwerten, die allgemeine Lebenskraft zu vermehren, ohne sich ängstlich um Personen, um soziale Klassen, um philosophische Richtungen zu kümmern. Apolitisch wäre dann abseits vom Bürgerkampf. Aber wenn wir uns gegenüber einer militärischen Regierung sehen, die entschieden in den Debatten Partei ergreift, die endgültige Wahrheiten verkündet, die sich gesalbt glaubt, um sich an Stelle des Willens der Mehrheiten zu setzen, dann heißt von apolitischer Geschäftsführung reden allzusehr auf die erzwungene Unterwürfigkeit derer vertrauen, die durch die Zensur neutralisiert sind.

Nun ist mehr als ein Jahr seit der Erhebung vom 6. September vergangen, ein Jahr, in dessen Verlauf für uns die verfassungsmäßigen Garantien aufgehoben worden sind, ein Jahr der Verbannungen, der summarischen Exekutionen, ein Jahr ohne unabhängige Zeitungen, ohne öffentliche Versammlungen, ja ohne Universitäten, da die Jugend die Attentate nicht billigen wollte, ein Jahr der Reden in den Kasernen und des Kommens und Gehens in den Klubs der Politikaster. Man kann eine Kampagne, die unternommen wurde, um das Zerfallende zu stützen, nicht als eine apolitische Bemühung bezeichnen das Vaterland zu retten.



AMIT das Streben das Land "in die Höhe zu richten" irgendeinen Sinn bekommt, müßte man zu allererst damit anfangen eine stärkere Regierungstätigkeit auszuüben, indem man frisch entschlossen das Werk der nationalen Rekonstruktion unternimmt. Über die kleinen Verantwortlichkeiten hinaus gibt es allgemeine Verantwortlichkeiten, die den Männern und den Parteien aufzubürden sind, die seit dem Beginn dieses Jahrhunderts regiert haben. Die Krise ist nicht das Ergebnis einiger Präsidentschaften. Sie kommt weiter und tiefer her, als Frucht eines empirischen Systems, das bei der überquellenden Lebenskraft Argentiniens diese Resultate zeitigen mußte.

Seit der Unabhängigkeitserklärung war unsere wirtschaftliche Organisation immer kolonial, abhängig von dem einen oder andern Land, aber immer



zum Meer orientiert. Niemand sah die Folgen der Überproduktion voraus. Niemand entwarf einen Plan für gemeinsame Exploitation. Indem wir den Schein für die Wirklichkeit hielten, betrachteten wir den Reichtum, den die Ausländer innerhalb des argentinischen Gebiets zur Entfaltung brachten, als den unsern. So sind wir allmählich auf dem Weg der Konzessionen zu einem Punkt gelangt, wo alles, was Prosperität verspricht, von Organisationen reguliert oder ausgeübt wird, die von fern her das Haupterträgnis aufsaugen. Jede unserer Lebensäußerungen pflegt eine Abgabe zu sein, die wir an andere Verbände zahlen. Sogar unsere Grundprodukte sind heute durch die Verarbeitungsindustriellen oder durch Aufkäufer gedrückt. Wenn wir den Schaden durch Versicherungen, Banken, Transporte hinzufügen, bleibt die Frage, was der entschwindende Reichtum für uns übrig läßt. Wenn wir die Straßenbahn besteigen, in ein Kino gehen, ein Kabeltelegramm abschicken, eine Platte hören, uns nach Europa einschiffen, zahlen wir an das Ausland höhere Abgaben als uns unser eigener Staat auferlegt. Der Absentismus verschlingt die größten Renten. Die Anleihen, die niemals dazu benutzt wurden die Schätze des Landesgebiets zur Verwertung zu bringen, zwingen uns unter lähmende Einflüsse. Kein Geschäftsmann würde für eine Privatunternehmung die Organisation wählen, die unserm Land auferlegt worden ist. Alles dies ist nicht das Werk eines Mannes oder einer Partei, es ist das Werk einer Oligarchie, ist das Werk einer führenden Klasse, die nicht immer zu führen verstand. Und grade gegen diese Unordnung haben wir aufzutreten, wenn wir Rettung für uns wollen. Die Gruppen, die sich auf der Höhe erhalten haben, haben nichts anderes getan als sich dem Stand der Dinge anzupassen und sich ihrer zu bedienen. Niemand hat die Notwendigkeit des ausländischen Kapitals oder seine Schaffenskraft bestritten. Hieran werden sich auch noch einige Zeit alle die halten müssen, die die Absicht haben zu regieren. Der Irrtum bestand nur darin ein Behelfsmittel in ein System umzuwandeln und eine vorübergehende Etappe im Aufstieg des Landes als die endgültige zu betrachten. Der Irrtum bestand darin den ursprünglichen Zweck der Darlehen bei ihrer Verwendung umzufälschen. Er bestand darin die Nation mit einer vorherrschenden Gruppe zu verwechseln, die freigebig gegen die Leute von außerhalb und abweisend gegen ihre Landsleute ist.

Die Nation kann nicht an demokratischer Sentimentalität kranken, wenn sie kaum begonnen hat zu eigenem Bewußtsein zu kommen. Sie ist krank durch Günstlings- und Latifundienwirtschaft, durch Unbeweglichkeit. Sie leidet an den Folgen falscher Anleitung. Damit ein Land gedeiht, muß man es zum Nutzen aller seiner Söhne organisieren und es demokratisieren: nicht wahltechnisch sondern volkswirtschaftlich. Das Problem unserer Gegenwart besteht nicht darin absterbende Hierarchien aufrechtzuerhalten sondern den Volksverband auf einen soliden demokratischen Baugrund mit nationalem Ziel zu setzen, um ein solidarisches Gebilde entstehen zu lassen, eine Gemeinschaft, in der alle verantwortlich sind.

Vor allem ist ein Rechnungsabschluß über die nationalen Reichtümer dringend erforderlich. Über die, die veräußert worden sind, damit man weiß, unter welchen Bedingungen dies geschehen ist, die Möglichkeiten der Wiederauslösung abwägt und bewirkt, daß diese möglichst wenig auf dem Gleichgewicht des Staates lastet. Über die, die noch der Volksgemeinschaft

gehören, um sie rationell zu verwerten, nach modernen Methoden, die das günstigste Erträgnis sichern. Und mit den Reichtümern müßte man die Renten, die gebotenen Gelegenheiten, die nationalen Aktiva in ihrem gegenwärtigen Wert und ihren Zukunftsaussichten inventarisieren und sie unseren Schulden und Verpflichtungen gegenüberstellen, um zum Schluß ein Aktionsprogramm auf lange Sicht aufzustellen, das uns erlauben würde uns stufenweise der völligen Befreiung zu nähern. Unser Volksverband müßte armselig sein, wenn seine ganze Sehnsucht sich darauf beschränkte immer weiter Blut und Gold vom Ausland zu erbitten, anstatt in seinem Innern, bei seinen Volksgenossen und in seinen Hilfsmitteln, die Entwicklung der Zukunft zu suchen. Man muß Schluß machen mit der beliebten Politik derer, die glauben den Zug zu führen, der sie davonträgt, und muß anfangen die Politik der Realitäten mit Mitteln zu treiben, die der Situation angemessen sind, so gewaltsam sie auch zu Anfang scheinen mögen. Der Staat ist es, der die Produktion, den Reichtum und die Arbeit unter einander zu ordnen hat. Nur eine Regierung, die wirklich im Namen des Volks sprechen kann, wird die Kraft haben dieses Werk zu unternehmen. Sie allein wird auch daran interessiert sein es zur Wirklichkeit zu machen. Sie allein wird imstande sein mächtige Interessen zu beseitigen, weil grade ihre Hoffnung sich mit der Entwicklung der Gesamtheit verbunden fühlt, zumal es keine soziale Reform ohne einen nationalen Plan gibt, der sie stützt.

Der verkennt den Ernst der Stunde, der da glaubt, daß die Frage zwischen "radikal" und "konservativ" steht, das heißt auf dem vorgeschriebenen Terrain der alten kreolischen Politik. Man kann Argentinien nicht verpflichten sich aus Furcht vor der Radikalen Partei für die Konservative zu erklären oder aus Haß gegen die Konservative Partei für die Radikale. Weder das unmittelbare Gestern noch das Heute kann sich in die Wirklichkeit des Morgen verwandeln. Die Erinnerungen sind allzu nah. Wenn es im Bewußtsein aller ist, daß die Erhebung vom 6. September gegen einen radikalen Präsidenten erfolgte, so hat doch auch niemand vergessen, daß die Konservative Partei vor 15 Jahren wegen Korruption, Betrügereien und Günstlingswirtschaft gestürzt wurde. Wenn die kampfhaften Widerstände eine neue Präsidentschaft der Anhänger Irigoyens schwierig machen, so ist eine konservative Regierung nur in Form einer Diktatur möglich. Wir brauchen nicht zwischen 2 Lösungen, die den Bürgerkrieg bedeuten, zu wählen. Heute dürfte nur eine Regierung der linken Parteien der Stimmung der Zeit entsprechen. Die größten, am festesten zusammenhängenden Kreise der Öffentlichen Meinung haben sich niemals dem Regiment Irigoyens gebeugt, sie haben sich ebensowenig der Clique zugerechnet, die gegenwärtig herrscht. Durch die jüngsten Ereignisse vermehrt, repräsentieren diese Kreise ansehnliche Wählermassen, die von nah oder fern von dem am besten vorgebildeten und lebensfähigen Teil der Nation begleitet werden. Ich spreche ununterschiedlich von allen Fraktionen der Linken und rechne zu ihnen die Gesinnungsfreunde und Wahlverwandten; ich spreche von fortschrittlicher Richtung im allgemeinen ohne Begrenzung und ohne Ausschluß. Nur die Zersplitterung der Linksparteien machte die Situation, in der wir uns befinden, möglich. Bei freien Wahlen würde, in der Hauptstadt wenigstens, das Neue Argentinien  $\frac{3}{4}$  der Wählermasse vereinigen. Der Mangel an Zusammenhang zwischen dem neuen Leben und der alten Politik derer, die sich für die Regierenden halten, weil sie im Augenblick die Oberherr-

schaft über ihre Rivalen erlangt haben, ist das, was von einigen als Zeichen der demokratischen Verwirrung ausgelegt worden ist. In Wirklichkeit ist der gegenwärtige Zustand ein nervöses Abwarten dessen, was da kommen soll. Die großen Massen, die sich immer in der Hauptstadt an modernem Denken anregen, und die arbeitsame Provinz, deren Aspiration nach lokaler Lebensmöglichkeit häufig durch einen illusorischen Föderalismus erstickt wurde, spüren schon den beschleunigten Rhythmus voraus, der ihnen gestatten wird die Probleme mit erhöhter Urteilskraft anzupacken.

Es ist klar, daß es schwer ist unvermittelt den Endgedanken der Parteien zur Herrschaft zu bringen. Aber es genügt entschlossen eine Tendenz hervorzukehren, es genügt, wenn man sie von heute an der Nation klar vor Augen stellt, indem man sie aus dem Versteck der theoretischen Lehren hervorholt, wohin sie die programmlosen Parteien verwiesen haben. Argentinien, das an der Spitze stehen sollte, ist von diesem Gesichtspunkt eins der rückständigsten Länder des Kontinents, da die Ehescheidung, das Wahlrecht der Frau, die Trennung von Kirche und Staat, schmerzlose Reformen, die seit mehreren Jahrzehnten von anderen Völkern vorgenommen wurden, und die in der neuen spanischen Verfassung enthalten sind, bei uns noch als gefährliche Experimente gelten. Die ungeordnete Lage spiegelt sich in der auswärtigen Politik, in der man noch nicht weiß, welches unsere Gesinnung ist. Gewiß, man braucht in der Außenpolitik nicht immer zu sagen, was man will, aber man muß es selber wissen. Bei uns aber hat man noch nicht einmal an den Weg gedacht, den man einschlagen soll. Es ist Zeit, daß eine Regierung kommt, für die keine Idee existiert, auf die sie nicht hinzielt, kein Problem, das sie nicht überwindet, und keine grundsätzliche Anschauung, die sie sich nicht berechtigt glaubt weiterzuverfolgen.



Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß zur Verwirklichung einiger Reformen viele Jahre nötig sind. Die Entwicklung ist langsam, wenn Persönlichkeiten in der Regierung auf einander folgen, die daran interessiert sind den Stand der Dinge beizubehalten, aber sie beschleunigt sich beträchtlich, wenn Männer zur Macht gelangen, die das Bestehende umzuwandeln geneigt sind. In kurzer Zeit kann sich die Physiognomie eines Landes verändern. Es ist nicht einmal unbedingt nötig die Verfassung abzuändern. Aber, wenn die unsere abgeändert wird, muß man sie großzügiger machen, indem man anachronistische Bestimmungen aufgibt wie die, die vorschreibt, daß der Präsident einem bestimmten religiösen Bekenntnis angehören muß. Die Befugnisse der Exekutive zu begrenzen, die der Legislative zu erweitern, die Bodenschätze und die Wasserkräfte zu nationalisieren, die Autonomie der Universität und der richterlichen Gewalt zu sichern: das sind Bestimmungen, die keine Widerstände hervorrufen können. Das sozialistische Minimalprogramm kann in kurzer Zeit überschritten sein, mit Hilfe von Methoden, die die klassische Langsamkeit der amtlichen Instanzen, unter denen man alle parasitären beseitigen muß, zur Nachgiebigkeit zwingen.

Eine Regierung, die sich von der Kammer, von den Ämtern und von der Straße durch die Vorkämpfer der äußersten Linken gestützt fühlt, würde schließlich die Idee der Kollektivität unter uns aufrichten, die bisher nur von der Idee der Kaste oder des Individuums verdrängt war. Argentinien besteht nicht aus Buenos Aires allein und nicht aus der Gruppe, die dort

herrscht, sondern aus den ungeheuren Territorien, die sich bis zu den Grenzen erstrecken. Sie alle haben sich entsprechend zu entwickeln, damit die Nation in die Höhe kommt. Statt etwa den Eingeborenen wegen des Umstands, daß er Indianer ist, zu verfolgen und auszuplündern, ist es notwendig ihn mit gleichen Rechten in die Gemeinschaft einzugliedern. In jedem Fall sind die Probleme nach nationalem Maßstab zu prüfen. Das zwingt auch dazu von Anfang an die fiskalische Aktion mit größerer Energie gegen die auszuüben, die mehr besitzen. Wenn man den Boden neu verteilt, wird sich der gemeinsame Reichtum erhöhen, denn die Viehzucht und der Ackerbau werden nur wirklich gedeihen, wenn sie sich in den Händen derer befinden, die sie ausüben, und nicht derer, die von weitem Nutzen daraus ziehen. So wird eine tiefgreifende Umwandlung zustande gebracht, die von neuen Wahrheiten eingegeben ist, indem sie über die individuellen Rechte hinaus das Kollektivrecht verkündet und statuiert.

Das Symbol des Staats soll nicht ein Lehnstuhl sein sondern eine Lokomotive. Die Geschäftsbeauftragten werden nicht ernannt, um auszuruhen, sondern um das Leben des Staats in Bewegung zu bringen. Ein Präsident darf heute schließlich nicht mehr sein als ein Arbeiter mit vielen Verantwortlichkeiten, denn in einer gut organisierten Gemeinschaft hat niemand das Recht müßig zu bleiben, und auf welchem Gebiet sich auch ein Bürger betätigt, er wird immer ein Arbeiter in der Werkstatt der Nation sein. Die "Staatsklügler", die Gleichgewicht mit Unbeweglichkeit verwechseln, haben ihre Zeit hinter sich. Unser Leben muß einen modernen Sinn bekommen.

Wenn entgegen dem offenkundigen Willen der Mehrheit am kommenden 8. November dem Land eine konservative Formel aufgezwungen werden sollte, mag sie auch vom Schutzbild der Legalität beschirmt sein oder aus einer jener verworrenen Koalitionen hervorgehen, die anfangs die öffentliche Meinung irreführen, so würde in Argentinien eine Ära der Unruhen und Revolten beginnen. Gegenüber der Drohung einer Befragung ohne verfassungsmäßige Garantien, ohne Presse- und Redefreiheit, die uns zwänge eine im voraus bestimmte Wahl gutzuheißen oder uns zwischen 2 geheimnisvoll auserwählten Männern zu entscheiden, gemäß dem Gutdünken einer Gruppe, die nicht mehr Anrecht darauf hat sich an der Macht zu halten als das, das sie sich selber zuteilt, muß man neue Namen verkünden, Kandidaten, die den Protest gegen die Oligarchie, gegen die Latifundienwirtschaft und gegen die Tendenz zur Gewaltherrschaft verkörpern. Die Gegenäußerung der Massen muß sich in einer Kampfkandidatur ausdrücken, die neue Ziele und Methoden mit sich bringt, indem sie ein für allemal mit dem Vorurteil für die prominenten Persönlichkeiten bricht. Grade diesen verdanken wir den gegenwärtigen Zustand. Die feierlichen und aufgeblasenen Politiker ohne Programm sind es, die das Schicksal des Landes gefährdet haben. In allen Schlichen des Komitees erfahren, aber ohne alle soziologischen Kenntnisse und dem Leben der Allgemeinheit fremd, haben sie oft die Leitung des Staats mit dem Glück der Politikaster verwechselt.

Erheben wir uns! Argentinien muß anfangen wie ein großes Land zu leben. Wir sind in unserer geschichtlichen Steuerung an die Stelle gelangt, wo die Wasser sich teilen. Es gibt Realitäten, die in Politik umgesetzt werden müssen. Nicht zu zügelnde Majoritäten verlangen eine soziale Gerechtigkeit, die mit Gesetzen und nicht mit Polizeimethoden gewährt werden

muß. Niemand hat etwas dagegen, daß eine Konservative Partei existiert und für ihre Interessen kämpft, aber sie muß dies stets in freiem Wahlkampf tun, in voller Öffentlichkeit und ohne sich in die Falten der Nationalfahne zu hüllen, auf die sie keinerlei Sonderrecht hat; denn diese gehört allen Argentinern. Aber ebenso muß für die neue Richtung in allen ihren Schattierungen, bis zu den extremsten, die weiteste Handlungsfreiheit bleiben. Die Wählermasse wird den Weg der Linken bis zu dem Punkt gehen, zu dem sie die Rechte treiben will. Es wird nicht an denen fehlen, die sagen, daß wir die Stabilität des Staats in Gefahr bringen. Viele verwechseln diese mit dem Zustand der Dinge, der sie begünstigt. Wenn wir Ideen in Gang bringen, verhelfen wir dem Land zu seiner Entwicklung; denn die beste Art dem Vaterland zu nützen besteht darin es zur Zukunft hin zu lenken.

Die argentinische Krise ist an ihrem gefährlichsten Punkt angelangt und erfordert eine klare und schleunige Lösung. Anstatt dabei zu verharren, was gestern schlecht gemacht wurde, ist es höchste Zeit daran zu denken, was jetzt gut gemacht werden muß. Die Ereignisse hängen nicht von den Personen ab, und es ist müßig ihren Gang durch Schliche und Tricks bestimmen zu wollen. Jede schwankende Lösung, die sich direkt oder indirekt mit dem verbindet, was wir für tot erklären müssen, wird das Entgegengesetzte dessen erzielen, was sie erstrebt. Wir leben im ernstesten Zeitpunkt unserer Geschichte. Das Land ist es müde zu treten, ohne weiterzukommen. Die Diktatur, die jetzt 13 Monate besteht, wird auf die eine oder andere Art stürzen. Aber unser Problem ist kein Problem der Personen sondern der Ideen. Entweder wir lassen uns in die Vergangenheit zurücktreiben, oder wir wenden uns entschlossen zur Zukunft hin. Von der Wahl des Weges wird es abhängen, ob uns Gutes oder Schlechtes erwartet.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Gerhard Kreyssig

Krisenverschärfung

Die Sommermonate, die erfahrungsgemäß mit der saisonmäßigen Belebung der

Wirtschaft häufig zugleich neue Voraussetzungen für eine Konjunkturbelebung schaffen, sind in diesem Jahr vorübergegangen, ohne Hoffnungen auf eine Besserung der Weltwirtschaftslage zu bringen. Dem Beobachter des gesamten Weltwirtschaftsraums wird es dabei immer deutlicher, daß das Schwergewicht der Krise sich unverkennbar nach Europa verlagert hat, während die Hauptkrisenherde der Welt im Jahr 1930 in den überseeischen Rohstoffländern lagen. Noch lassen sich weder für Deutschland noch für England und ebensowenig für Gesamteuropa die Wirkungen erkennen, die sich als Folgeerscheinung der Kreditkrise zweifellos einstellen werden. Wichtig ist jedoch die Feststellung, daß die Europastaaten, insbesondere soweit sie auf den Export hochwertiger indu-

strieller Fertigwaren angewiesen sind, mit immer größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, da sich die Absatzmärkte von Monat zu Monat weiter verengen. Mehrere Ursachen sind dafür entscheidend. Einmal drosseln die überseeischen Länder und auch die Rohstoffländer sehr stark ihre Einfuhren, wofür der allgemeine Rückgang des Welthandelsumsatzes Maßstab ist. Zum andern führen die Kreditkrise und die finanziellen Schwierigkeiten bei der Ausbalancierung der Staatsetats zu Einschränkungen, die eine Verengung der Inlandsmärkte bringen. Mit besonderer Deutlichkeit zeigen die Vorgänge der letzten Monate, in wie starker und enger Verkettung die Wirtschaft der einzelnen Länder unter einander steht, wobei man bloß daran zu denken braucht, daß die in Österreich durch den Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt ihren Ausgang nehmende Erschütterung des Kreditsystems nach ihrem Überspringen auf Deutschland auch die Kreditlage und teilweise die Währungen Italiens, Un-

garns, Rumäniens, Lettlands, Litauens in Mitleidenschaft gezogen hat und schließlich England veranlaßte vom Goldstandard einstweilen abzugehen.

Im 2. Quartal 1931 zeigte die Produktion als einer der Maßstäbe für die wirtschaftliche Lage gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs in Deutschland einen Rückgang um rund 15%. Etwa auf gleicher Höhe bewegt sich der Produktionsrückgang in Nordamerika, in den Vereinigten Staaten wie in Canada, Großbritannien erlitt einen Produktionsrückgang um etwa 20%, während Frankreich mit rund 10% Produktionsrückgang innerhalb Europas am günstigsten steht. Bei den wichtigsten Produktionsgütern sind die Produktionsrückgänge unterschiedlicher und schärfer. Die Roheisenproduktion zeigt für Deutschland einen Rückgang um fast 35%, für Amerika um 40%, für Großbritannien um fast 45%. In der Rohstahlproduktion sind die entsprechenden Zahlen für Deutschland 23%, für Amerika 37%, für Großbritannien 36%, während Frankreich in der Roheisen- und Rohstahlerzeugung nur um etwa 15% zurückgegangen ist. Daraus wird erkennbar, daß sich in Amerika der Rückgang der Wirtschaftskonjunktur weitaus am stärksten ausgewirkt hat, was naturgemäß nicht ohne Rückwirkung auf Europa bleibt. Der Rückgang des Außenhandels in allen Ländern, der sich in einer weitem sehr scharfen Minderung der Welthandelsumsätze widerspiegelt, betrug im 2. Quartal 1930 gegenüber dem Vorjahr in Amerika 36%; im gleichen Umfang ging die Einfuhr zurück. Deutschlands Einfuhrückgang beträgt 25%, Großbritanniens 20%. Deutschlands Situation innerhalb der Weltwirtschaft erscheint aber dadurch günstiger, daß seine Ausfuhr nur um 21% gesunken ist, während die Ausfuhr Großbritanniens weit schärfer, um 32%, und die Ausfuhr Frankreichs auch noch um 29% gesunken ist. Amerika steht mit einem Rückgang von 36% an der Spitze der wichtigsten kapitalistischen Länder.

Die Arbeitslosigkeit ist infolge der sich nur in engen Grenzen bewegenden saisonmäßigen Belegung, die sehr rasch wieder ins Stocken kam, in den Sommermonaten nur geringfügig zurückgegangen und jetzt wieder stark im Steigen begriffen. Abgesehen von der Verschärfung der Arbeitslosigkeit in Amerika zeigt sich die Verschlechterung am Arbeitsmarkt in sehr vielen Ländern, vor allem auf dem europäischen Kontinent, in einer starken Zunahme der Kurzarbeit.

**Arbeitsmarkt** Nach einer relativ kurzen Spanne einer leichten Entlastung am deutschen Arbeitsmarkt begann bereits Mitte Juli wieder ein Anschwellen der Arbeitslosenzahlen. Im Lauf des August ist die 4-Millionen-Grenze, hinter der man in den Monaten vorher ein wenig zurückgeblieben war, wieder überschritten worden. Am 31. August waren bei den Arbeitsämtern 4 195 000 Arbeitslose gemeldet; die Zunahme betrug in der 1. Hälfte des Monats 114 000, in der 2. Hälfte 91 000. Die Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich am 31. August auf 1 281 000, nachdem sie Ende Juli mit 1 205 000 ihren niedrigsten Stand erreicht hatte. Krisenunterstützte gab es Ende August 1 095 000, wobei bemerkenswert ist, daß sich deren Anzahl seit Januar 1931 von Monat zu Monat stark erhöht hat. Der Deutsche Städtetag schätzte die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen für Ende August auf 1 250 000. Hierbei ist besonders zu beachten, daß 850 000 Wohlfahrtserwerbslose auf Städte über 25 000 Einwohner entfallen. Es ergibt sich hieraus, daß die Mittel- und Großstädte diejenigen kommunalpolitischen Instanzen sind, die die schwersten Lasten zu tragen haben, weil mangels einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge der Kommunalhaushalt in starkem Maß durch die Wohlfahrtspflege belastet wird. Man muß bei der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beachten, daß durch die langanhaltende Arbeitslosigkeit eine immer stärkere Abwanderung in die Krisen- und Wohlfahrtspflege erfolgt. Die Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist also nicht entfernt mehr in dem Maß wie früher Maßstab für den Umfang der Arbeitslosigkeit. 2 Zahlenvergleiche verdeutlichen dies besonders eindringlich: Ende Januar 1931 waren in der Arbeitslosenversicherung 2 554 000, in der Krisenunterstützung 811 000 Unterstützungsempfänger. Die Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist dann nach einem kurzen weitem Ansteigen im Februar 1931 bis zum Juli von Monat zu Monat gefallen, während die Anzahl der Krisenunterstützten ununterbrochen stieg, so daß Ende August 1931 1 281 000 Hauptunterstützungsempfänger 1 095 000 Krisenunterstützten gegenüberstehen. Im Vorjahr waren die entsprechenden Zahlen: 1 506 000 Hauptunterstützungsempfänger und 441 000 Krisenunterstützte. Die damaligen Schätzungen lauteten auf 603 000 Wohlfahrtserwerbslose gegenüber 1 240 000 Ende

August dieses Jahres. Die Verschiebung innerhalb der 3 Kategorien der Unterstützungsempfänger zeigten eine von Monat zu Monat stärker werdende Abwanderung von der Reichsanstalt zur Krisen- und zur Wohlfahrtsunterstützung. Schätzungen über die Gestaltung der Arbeitsmarktverhältnisse in den kommenden Monaten sind naturgemäß schwierig, doch muß darauf hingewiesen werden, daß heute jede Zunahme der Arbeitslosenzahlen schwerer als im Vorjahr wiegt. Alle Statistiken über den Arbeitsmarkt zeigen, daß die saisonmäßige Arbeitslosigkeit dieses Jahr ganz außerordentlich höher ist als im Vorjahr. So wies der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Ende August 1931 62,4% vollarbeitslose Mitglieder in der Saisongruppe auf, gegenüber 38,1 % im August 1930. Auch die konjunkturelle Lage hat sich gegenüber dem Vorjahr so stark verschlechtert, daß in der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund erfaßten Konjunkturgruppe Ende August 27,8% arbeitslose Mitglieder gegen 18,2% im Vorjahr gezählt wurden. Bis zum 15. September war die Anzahl der insgesamt verfügbaren Arbeitsuchenden auf 4 324 000 weiter angestiegen. Die seit Anfang Juli einsetzende Arbeitsmarktverschlechterung hat also eine Zunahme um 371 000 gebracht, dergegenüber die Zunahme im Vorjahr mit 342 000 um eine Kleinigkeit geringer war. Für die Beurteilung der ganzen Schwere dieser Entwicklung ist aber zu beachten, daß der Ausgangspunkt um 1,3 Millionen höher liegt als im Vorjahr. Für den kommenden Winter rechnet man mit einem Arbeitslosenheer von 6 und sogar 7 Millionen.

**Deutschland:** Durch das Reparationsfrei-Kreditkrisen und Produktions-schrumpfung Jahr werden die deutschen Staatsfinanzen im laufenden Rechnungsjahr um 1,2 Milliarden Mark entlastet, die jedoch nicht, wie vorgesehen, nur zur Abdeckung der kurzfristigen Verschuldung verwendet werden können, sondern zum Teil die durch die schlechte Wirtschaftslage bedingten Steuerrückgänge auf der einen Seite und die erhöhten Anforderungen durch die steigende Arbeitslosigkeit auf der andern Seite ausgleichen müssen. Die Kreditkrisen hat dazu geführt, daß die deutsche Wirtschaft, die bis zum Ende des Jahres 1930 schätzungsweise rund 10,3 Milliarden kurzfristiger Auslandskredite aufgenommen hatte, von Januar bis Mitte 1931 fast 3 Milliarden verloren hat, und zwar 1 Milliarde Aus-

landsguthaben der Banken (wovon die Darmstädter und Nationalbank in besonders starkem Maß betroffen wurde) und rund 2 Milliarden Guthaben der Reichsbank. Deren Gold- und Devisenbestand hatte Mitte August 1930 2,9 Milliarden, Ende 1930 2,7 Milliarden, am 15. August 1931 noch 1,7 Milliarden betragen. Der Wechselbestand der Reichsbank belief sich Mitte August 1931 auf 3,1 Milliarden, gegen 1,4 Milliarden im Jahr 1930. Von Mitte Juni bis Mitte August 1931 hat er sich um fast 1,1 Milliarden erhöht, woraus sich ergibt, daß die gekündigten Auslandsguthaben in erheblichem Maß durch das Eintreten der Reichsbank ersetzt worden sind. Wie stark das Vertrauen zu den deutschen Banken und zur deutschen Kreditwirtschaft erschüttert worden ist, geht aus 2 Zahlenvergleichen hervor: Die Kreditoren bei den deutschen Kreditbanken sind in den Monaten Mai, Juni und Juli um über 2½ Milliarden Mark zurückgegangen. Der Spareinlagenbestand der deutschen Sparkassen zeigte in der gleichen Zeit zum erstenmal seit der Stabilisierung der Währung keinen Zugang sondern erhebliche Abzüge; im Juni und Juli haben sich die Spareinlagen um 400 Millionen Mark verringert.

Der Umfang der deutschen Produktion wird im 1. Halbjahr 1931 auf 8 Milliarden Mark, gegen 13 Milliarden 1929, geschätzt. In den ersten 6 Monaten dieses Jahres betragen infolge dieser Produktionsdrosselung die gezahlten Löhne und Gehälter etwa 2½ Milliarden weniger als im Jahr 1929. Das gesamte Einkommen zeigt weiter sehr scharf sinkende Tendenzen. Gegen 1930 war das Arbeitseinkommen im 2. Vierteljahr 1931 um 1¼ Milliarden Mark verringert. Die Dauer der Krise und der Arbeitslosigkeit führt dabei zu sehr wichtigen Umschichtungen im Konsum, weil das vorhandene Arbeitseinkommen immer mehr beschränkt wird, um den Arbeitslosen das Existenzminimum zu sichern.

Die Steinkohlenförderung ist im 2. Quartal 1931 um 8% niedriger geworden als im 1. Quartal. Im Juni lag sie noch um 10% unter dem tiefsten Stand der Produktion im Jahr 1924. Die Rohstahlproduktion hat sich gegenüber dem Vorquartal nur geringfügig verändert. Auch die Roheisenerzeugung, die im 1. Quartal 1931 gegenüber dem letzten von 1930 noch um 12½% gesunken war, ging im 2. Quartal nur um 2½% zurück. Auch bei einer Belebung der Gesamtwirtschaft wird mit einer großen Investitionstätigkeit auf absehbare Zeit nicht gerechnet

werden können, weil der deutsche Produktionsapparat viel zu stark übersetzt ist, als daß er selbst in günstigen Zeiten auch nur annähernd voll ausgenutzt werden könnte. Für die deutschen Verhältnisse wird ebenso wie für Amerika eine wichtige Aufgabe darin bestehen durch eine Atempause in der rein technischen, dafür durch die Inangriffnahme einer wirtschaftlichen Rationalisierung Produktionsvermögen und Absatzmöglichkeiten einigermaßen einander anzupassen.

**England** Der diesjährige Staatshaushalt Englands zeigte auf Grund der verschlechterten wirtschaftlichen Lage ein erhebliches Defizit, das auf rund 75 Millionen Pfund Sterling für das laufende Finanzjahr veranschlagt wird. Philip Snowden gab in seiner Etatrede über das Nachtragsbudget an, daß von diesem Defizit 25 Millionen Pfund auf Mindereinnahmen entfallen, 4 Millionen Pfund auf Rückgang bei Zöllen und Akzisen; 30 Millionen Pfund fehlen als Folge der Suspendierung der Kriegsschuldenzahlung nach dem Hooverplan. Die Leistung Englands an Amerika für Zinsenzahlungen ermäßigt sich demgegenüber um 13½ Millionen Pfund. Die Deckung des Etats erfolgt durch Einsparungen in Höhe von 22 Millionen Pfund und durch Erhebung neuer Steuern, die 39 Millionen Pfund erbringen sollen (Erhöhung des Einkommensteuersatzes um 6 Pence auf 5 Shilling pro Pfund). Das steuerfreie Einkommen wird verringert. Neben einer Sondersteuer auf größere Einkommen wurden die indirekten Steuern für Bier, Tabak, Benzin sowie die Lustbarkeitssteuern erhöht. Für das Etatsjahr 1932-1933 wird das Defizit auf 170 Millionen Pfund geschätzt, das auf folgende Weise ausgeglichen werden soll: Ersparnisse 70 Millionen Pfund, Herabsetzung des Schuldendienstes 20, neue Steuern 81,5, so daß sich ein rechnerischer Überschuß von 1,5 Millionen Pfund ergibt.

Im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen erlebte England den einer Meuterei gleichkommenden Streik der Mannschaften der Atlantischen Flotte, der mit dem Abbruch der Nordseemanöver und Zugeständnissen an die Matrosen zwar rasch beigelegt wurde, dem Ansehen Englands aber einen Stoß versetzte, der den Pfundsturz noch beschleunigte.

Die Labour Party trat gegen die Finanzpläne des neuen Kabinetts in schärfsten Kampf, weil einer der wichtigsten Posten der Sparmaßnahmen die Herabsetzung der Leistung der Arbeitslosenversiche-

rung war. Die englischen Erwerbslosen bekamen bisher 17 Shilling pro Woche und erhalten jetzt nur noch 15 Shilling. Die Labour Party verlangte, daß die jetzt gültigen Unterstützungssätze aufrechterhalten, und die besitzenden Klassen stärker besteuert werden sollten.

Interessant ist, daß auch der englische Budgetplan die Idee verfolgt die Kapitalbildung zu fördern, was dadurch erreicht werden soll, daß der Einkommensteuersatz für die Industrie nicht angerechnet wird, weil man ihr eine Erhöhung der Abschreibungssumme zugestehen will, durch die praktisch die Mehrleistung aus dem erhöhten Steuersatz an die Industrie zurückvergütet wird.

**Währungskrise** Großbritannien hat in den letzten Monaten die stärkste Erschütterung seines Kreditsystems und der Pfundwährung seit den Nachkriegsjahren erlebt. Noch Mitte Mai war die Geldflüssigkeit so stark, daß die Bank von England ihren Diskontsatz auf 2½% ermäßigen konnte. Im Zusammenhang mit der Kreditkrise, die Deutschland durchmachte, erfolgte dann in London eine überaus starke Abziehung von Auslandskrediten, die England zu einem erheblichen Teil kurzfristig nach Deutschland weitergegeben hatte. England versuchte der Gefährdung des Pfundkurses durch große Goldbewegungen zu begegnen, mußte aber, um zu große Goldabzüge zu vermeiden, am 23. Juli den Diskontsatz auf 3½% erhöhen und am 30. Juli eine nochmalige Erhöhung um 1%, also auf 4½% vornehmen. Schließlich mußte es noch Anfang August einen Bereitschaftskredit von 50 Millionen Pfund in Anspruch nehmen, den französische und amerikanische Banken gaben. Da auch diese Kreditsumme nicht ausreichte, gelang es unmittelbar nach dem Rücktritt der Labourregierung der neugebildeten Nationalregierung einen weiteren Kredit in der Höhe von 80 Millionen Pfund zu bekommen, an dem wiederum in der Hauptsache Frankreich beteiligt war. Sehr bald aber begannen erneut Kreditkündigungen, die zu neuen großen Goldverlusten führten. Insgesamt verlor die Bank von England von Anfang Juni bis zum 19. September, also bis zum letzten Wochentag vor der Aufhebung der Goldeinlöschungspflicht, allein für 660 Millionen Mark Gold. Der Gesamtbetrag an Auslandskrediten, der während dieser Zeit aus England abgerufen wurde, wird auf 200 Millionen Pfund, also etwa 4 Milliarden Mark geschätzt. Ebensowenig wie Deutschland



vor wenigen Monaten in der Lage war so stoßartig erfolgenden Abrufungen kurzfristiger ausländischer Kredite begegnen zu können, zeigte sich England dieser Situation gewachsen. Die Regierung hob nun kurzerhand die Goldeinlösungspflicht am 21. September zunächst für 6 Monate auf, um der Bank von England den ihr verbleibenden Goldvorrat zu erhalten. Gleichzeitig wurde die Diskontrate auf 6% erhöht. Mit der Preisgabe des Goldstandards stellt Großbritannien seinen gesamten Handelsapparat und sein Kreditwesen im Grunde genommen auf die Basis des Vertrauens, das grade in diesem Augenblick weniger denn je vorhanden ist. Die englische Währungskrise muß in einem Zeitpunkt, da der Weltmarkt unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise schon erschreckend zusammengeschrumpt ist, verhängnisvolle Wirkungen nach sich ziehen.

Es ist zweifellos richtig, daß die Aufhebung der Goldeinlösungsverpflichtung der Bank von England in London selbst ruhig aufgenommen worden ist. Um so schärfer war die Nervosität der Kapitalisten in der Welt, mit dem Ergebnis, daß das englische Pfund an allen Börsen außerordentlich stark im Kurs sank. In Deutschland hatte das englische Pfund auf der Goldparität einen Gegenwert von 20,43 Mark. Man zahlte jedoch für das Pfund am 21. September, also am Tag der Aufhebung des Goldstandards durch das englische Notgesetz, 19,25 Mark, am 22. September 18 Mark, am 23. 17,60, am 25. 15,25 Mark und in den folgenden Tagen wieder eine Kleinigkeit mehr. Ganz ähnlich war das Schicksal der englischen Währung in der ganzen Welt, mit der weitern Folge, daß sich, nachdem automatisch der Goldstandard auch für die indische Währung aufgehoben worden war, sehr rasch einige europäischen Staaten veranlaßt sahen auch den Goldstandard preiszugeben, so insbesondere Norwegen, Schweden und Dänemark. Ob aus der Währungskrise des Empire eine Währungskatastrophe für Europa wird, muß abgewartet werden. Frankreich wird wahrscheinlich auch für diese Frage entscheidend sein.

**Totenliste** Am 19. Mai erschob sich in Berlin der ehemalige Besitzer des Konfektionshauses V. Manheimer, *Adolf Manheimer*, im Alter von 48 Jahren. Vor dem Krieg war seine Firma ein weithin bekanntes Weltunternehmen; jetzt stehen die großen Geschäftsräume am Hausvogteiplatz in Berlin seit Jahren leer.

Am 9. Juli starb am Herzschlag in einem Sanatorium am Bodensee der Generalkonsul *Friedrich Neuerbourg*, Vorstandsmitglied der Kommerz- und Privatbank, im Alter von 51 Jahren. Er hatte vor allem die Geschäfte der Bank mit dem Ausland besorgt, da er die ausländischen Verhältnisse durch längern Aufenthalt in London in besonderer Weise kannte.

Am 26. August starb in Münster der Präsident des Verbands Deutscher Waren- und Kaufhäuser *Theodor Althoff*, in seinem 73. Lebensjahr. Er hatte sich aus kleinen Verhältnissen allmählich heraufgearbeitet, bis er 1900 das erste moderne Kaufhaus in Essen gründen konnte, dem nun bald eine Anzahl anderer Warenhäuser in verschiedenen Städten folgte. 1917 wurde mit Mitwirkung Althoffs die Kommanditgesellschaft Rudolph Karstadt gegründet. Den Verband der Warenhäuser leitete Althoff von seiner Gründung an mit; 1923 wurde er zum Leiter bestellt. Er hat sich stets in hervorragender Weise für das Warenhauswesen eingesetzt.

**Kurze Chronik** Bei seinem Besuch in England hatte der Reichskanzler Heinrich Brüning am 8. Juni eine längere Unterredung mit dem frühern Berliner Botschafter Edgar Vincent Viscount d'Abernon. Dieser hatte schon einige Zeit zuvor in einem Brief an die Times vorgeschlagen, die führenden Zentralnotenbanken sollten gemeinsam eine *Inflation* ins Werk setzen. Weshalb die englische Wirtschaft seit längerem schon eine Weltinflation wünscht, hat auch André Siegfried in seinem Buch über die englische Krise klargelegt. Der Reichskanzler hat sich indessen mittlerweile strikt gegen jede inflatorische Maßnahme ausgesprochen. ◊ Die französische Zahlungsbilanz verdeutlicht eindringlich, daß *Frankreich* das Kapitalbecken Europas ist, da, wie der Handelsminister Flandin neulich überzeugend ausführte, das Gold eben zu dem Ort der größten Sicherheit strebt, die nur durch eine gesunde Wirtschaft gegeben ist. ◊ Die Weltfirmen der Bleistiftindustrie haben sich zu einem *Bleistifttrust* zusammengeschlossen. Dieser Konzern umfaßt außer den Werken in Stein, Geroldsgrün, Nürnberg und Budweis auch Fabriken in Polen, Rumänien, den Vereinigten Staaten und Brasilien. ◊ Am 23. September wurde *Robert Bosch* 70 Jahre alt. Er ist einer der Führenden in der Automobilindustrie, und nicht nur in Deutschland sondern in der ganzen Welt. Diesen großen Erfolg hat er allein seiner Persönlichkeit und seinem Unternehmungsgeist

zu danken. Er war der Sohn eines Landwirts, besuchte zunächst nur eine Realschule, um erst nach eignen Studien die Technische Hochschule in Stuttgart zu beziehen, die ihn später zum Ehrendoktor ernannte. Auch in Amerika erweiterte Bosch seine technischen Kenntnisse. Aus einer kleinen Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik erwuchs langsam das gewaltige Boschwerk. Seine Bedeutung verdankt es vor allem der Einführung des von Daimler angeregten Hochspannungsmagneten, der sich zwar langsam durchsetzte, schließlich aber die Welt eroberte. Nach dem Krieg führte Bosch wieder als erster die elektrische Beleuchtung und die elektrischen Anlaufvorrichtungen für Automobile ein. In der letzten Zeit arbeiten die Werke an der Schaffung zuverlässiger Brennstoffpumpen für Dieselmotoren. Neben seinen industriellen Leistungen hat aber Bosch seinen Namen vor allem durch sein soziales Wirken. Bereits am Anfang des Jahrhunderts führte er in seinen Werken den Achtstundentag für seine Arbeiter ein, er schloß mit ihnen Tarifverträge und sorgte für eine mustergültige Verfassung der Arbeitsstätten. Viele sozialen Institutionen danken ihm ihre Existenz. Mehr noch als in seinen wirtschaftlichen Unternehmungen sah und sieht Bosch seine Lebensaufgabe in dem Wirken für die Allgemeinheit. Zu seinem 70. Geburtstag ehrte der Reichspräsident den »Mann rastloser Arbeit und tätigen Erfindungsgeistes« durch die Verleihung des Adlerschildes des Reichs.

**Literatur** Prosperity, Wunderglaube und Wirklichkeit im amerikanischen Wirtschaftsleben nennt *Moritz Julius Bonn* sein neues Buch, das er der Deutung der amerikanischen Krise gewidmet hat /Berlin, S. Fischer/. Bonn sieht die Europäisierung Amerikas sich vollziehen und erblickt den Sinn der Krise darin, daß Amerika reinsten Kapitalismus wie Westeuropa darstellt. Die gerühmte Klassenlosigkeit Amerikas schwindet, die sozialen Begriffe werten sich um. Bonn weist auf vieles hin, was wir heute in Amerika sich vollziehen sehen: die wachsende Gewinnung der Öffentlichen Meinung für die Notwendigkeit einer Erwerbslosenfürsorge ebenso wie den Beschluß der amerikanischen Gewerkschaften jeden Versuch eines weitem Lohnabbaus mit Streik zu beantworten. Freilich kann nicht anerkannt werden, daß Amerika der berufene »Führer zur weltwirtschaftlichen Solidarität« sei, nachdem es die weltwirtschaft-

lichen Bindungen stark gestört hat und auch in der Reparationsfrage einer raschern Gesundung hemmend entgegensteht. ◊ Ein bezeichnendes Stück dieses amerikanischen Führertums liefert *Henry Ford* mit seinem neuen Buch *Und trotzdem vorwärts!*, das unter (wahrscheinlich sehr erheblicher) Mitwirkung Samuel Crowthers zustande gekommen ist und in deutscher Übersetzung vorliegt /Leipzig, Paul List/. Das "Programm Ford" ist mit seinen sozialen Begleiterscheinungen zu bekannt, als daß es die »durch die Not erschütterten Angestellten und Arbeiter« noch gewinnen könnte. Es sei dazu lediglich ein Satz aus dem Kapitel Lohnfrage zitiert: »Bei Festsetzung unserer Lohnraten kümmern wir uns überhaupt nicht um die Kosten der Lebenshaltung.« Ein weiterer aus dem Kapitel Arbeitslosigkeit oder Muße: »Für äußerste Armut gibt es überhaupt keine Entschuldigung.« Das sagt Ford als hemmungsloser Vertreter des privaten Kapitalismus, der grade zur selben Zeit rund 20 Millionen Menschen keine Arbeit zu geben vermag. ◊ Die wirkliche Wirtschaft will demgegenüber *Ludwig Reiners* durch Zwiegespräche zwischen einem Nationalökonom und einem (allerdings oft überraschend klug fragenden) Kaufmann dem Laien nahebringen /München, C. H. Beck/. Es soll nicht geleugnet werden, daß dabei manches Wissenswerte über den Wirtschaftsapparat vermittelt wird. Aber das Ganze ist eine Verteidigung des Kapitalismus. Reiners will die Arbeitslosigkeit durch das Rezept niedrigerer Löhne beseitigen, deren »Valorisation durch den Staat« Hauptschuld an der Arbeitslosigkeit zugemessen wird. Andere Fragen wie die Verteilung des Volkseinkommens werden schief behandelt. Mit Statistik kann man eben manches beweisen, was mit »wirklicher« Wirtschaft nichts zu tun hat. ◊ Die Wirtschaftskrise hat eine Fülle von überwiegend aktueller Literatur gezeitigt, in der zu Ursachen, Wirkungen, Überwindung der Krise Stellung genommen wird. So in einer Broschüre *Emil Lederers Wege aus der Krise* /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Der Verfasser meint, daß der kapitalistische Apparat versage, und hält Krisenüberwindung mit den bisher ausreichenden Methoden für nicht mehr möglich. Er verlangt eine gesellschaftliche Kontrolle der Produktivkräfte. ◊ Schließlich sei vermerkt, daß *Hermann Levy* seinen Leitfaden *Die Grundlagen der Weltwirtschaft* /Leipzig, B. G. Teubner/ in 2. Auflage herausgebracht hat; er bietet sachlich viel brauchbares Material, ohne in der Konzeption zu befriedigen.

Kommunalsozialismus / Bruno Neumann

**Notverordnungen und Kommunen**

Durch die 2. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 wurde eine vollständige Deckung des Fehlbetrags im Reichshaushalt angestrebt, dagegen wurden Länder und Gemeinden zum großen Teil ihrem Schicksal überlassen. Bei der jetzigen Finanzlage ist das besonders verhängnisvoll, weil die Hälfte des Gesamtfehlbetrags von rund 2,5 Milliarden Mark auf Länder und Gemeinden entfällt, wobei die Gemeinden am schwersten betroffen werden. Sie haben die größten Ausfälle bei den eignen Steuern, und sie müssen außerdem den Hauptteil der Kosten für die Arbeitslosenunterstützung tragen. Die Notverordnung will den Ausgleich der Fehlbeträge durch Einnahmeerhöhungen und Ausgabensenkungen herbeiführen. Dabei werden die Gemeinden an den neuen Einnahmequellen nur in geringem Umfang beteiligt. Während insgesamt 608 Millionen Mehreinnahmen beschafft werden, entfallen auf Länder und Gemeinden zusammen nur 95 Millionen, und zwar 35 Millionen aus der Umstellung der Umsatzsteuer von den Vierteljahrszahlungen auf die Monatszahlungen und 60 Millionen aus der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen. Von der Krisensteuer erhalten die Gemeinden nichts. Bei den Ausgabensenkungen sollen die Ersparnisse aus der Gehaltskürzung in den Landes- und Gemeindeverwaltungen in erster Linie den Gemeinden zugute kommen. Durch diese Maßnahmen wird von den Fehlbeträgen bei Ländern und Gemeinden von insgesamt 1220 Millionen nur ein Betrag von 312 Millionen abgedeckt. Das ungedeckte Defizit von nahezu 1 Milliarde geht vor allem zu Lasten der Gemeinden, die durch diesen Fehlbetrag unter den stärksten Druck gestellt werden und nun Einsparungen vornehmen müssen, die sonst nicht durchgesetzt worden wären.

Die Notverordnung sieht zwar besondere Hilfsmaßnahmen zugunsten der Gemeinden auf dem Gebiet der Wohlfahrtslasten vor; sie sind aber völlig unzulänglich. Es handelt sich 1. um die Verwendung des größten Teils der Ersparnisse aus der Gehaltskürzung von Ländern und Gemeinden zugunsten der Kommunen und 2. um eine besondere Subvention aus den Mitteln, die bisher bei den Lohnsteuererstattungen ausgezahlt wurden. Die Ersparnis aus der Gehaltskürzung innerhalb der Gemeindeverwal-

lung verbleibt den Gemeinden ganz, außerdem erhalten sie die Hälfte der Gehaltersparnis bei den Ländern, soweit in den Ländern die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen am 31. März 1931 höher war als 5% der Einwohner. Die Aufhebung der Lohnsteuererstattungen bringt 60 Millionen Mark, die den Bezirksfürsorgeverbänden zur Finanzierung der Wohlfahrtspflege überwiesen werden. An den Sonderüberweisungen aus den Lohnsteuererstattungen werden nur die in 5 Gruppen eingeteilten städtischen Bezirksfürsorgeverbände beteiligt, die eine über 75% des Reichsdurchschnitts der einzelnen Gruppen hinausgehende Wohlfahrtserwerbslosigkeit haben. Die ländlichen Bezirksfürsorgeverbände erhalten einen Anteil nur, wenn die Wohlfahrtserwerbslosigkeit über 75% des Reichsdurchschnitts aller ländlichen Verbände hinausgeht. Durch alle Maßnahmen wird im besten Fall eine Deckung für 267 Millionen beschafft, während der Fehlbedarf bei der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge allein nach den Angaben der Regierung 350 Millionen beträgt. Dabei sind also nicht die Steuerausfälle berücksichtigt, die in mehrere Hundert Millionen gehen.

Die Deckung des durch die Notverordnung ungedeckten Fehlbetrags muß nach der Ansicht der Reichsregierung der eignen Kraft und Initiative der Gemeinden überlassen bleiben. Damit sich diese Initiative in der gewünschten Richtung bewegt, wird durch die Notverordnung die Staatsaufsicht verschärft, und die Verteilung der Lohnsteuererstattungen an Bedingungen geknüpft. Die Staatsaufsicht wird auf Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung sowie auf die Kassenlage, die Vermögensverwaltung und das Schuldenwesen der Gemeinden erstreckt. Der Staatsaufsicht wird die Aufgabe der Ausgabensenkung in den Gemeinden übertragen; wo Fehlbeträge entstehen, muß die Aufsichtsbehörde den Ausgleich durch Ausgabensenkung herbeiführen. Erst wenn dieser Weg nicht zu dem gewünschten Ergebnis führt, sind Einnahmeerhöhungen vorzunehmen, wobei vorgeschrieben ist, daß alle erforderlichen und zulässigen Maßnahmen ergriffen, insbesondere die gesetzlich zugelassenen oder vorgeschriebenen Steuern sämtlich und in vollem Umfang ausgenutzt werden. Wenn die Aufsichtsbehörden also trotz dem verschärften Gehaltsabbau, der Senkung der Wohlfahrtsleistungen und der Drosselung aller übrigen Ausgaben mit den Fehlbeträgen nicht fertig werden, müssen Bür-

gersteuer und Biersteuer, Werktarife und Grundsteuer in vollem Umfang angespannt werden. Die Einsetzung von Staatskommissaren ist auch für den Fall vorgesehen, daß eine Gemeinde die erforderlichen Beschlüsse verweigert. Durch die 3. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Förderung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 werden die Bestimmungen der 2. Notverordnung, soweit sie die Gemeinden betreffen, ergänzt und erweitert. Die neue Verordnung bestimmt im einzelnen folgendes: Die Gemeinden sind verpflichtet die Dienstbezüge ihrer Beamten und Angestellten auf Dienstvertrag herabzusetzen, soweit sie höher liegen als die Dienstbezüge der gleichzubewertenden Reichsbeamten. Zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden wird der bisherige Reichszuschuß von 60 Millionen (aus Lohnsteuererstattung) auf 150 Millionen heraufgesetzt. Für besondere Fälle wird darüber hinaus ein Betrag von 80 Millionen bereitgestellt. Diese Sonderzuweisung von insgesamt 230 Millionen Mark dürfte, wie sich aus dem folgenden Abschnitt ergibt, bei weitem nicht ausreichen, um den Fehlbetrag der Gemeinden zu decken. Die Aufnahme von Anleihen und Darlehen durch Gemeinden bedürfen fortan der Genehmigung der Landesregierung. Der Genehmigung unterliegt nicht die Aufnahme von Kassenkrediten, die nicht mehr als  $\frac{1}{4}$  des ordentlichen Einnahmesolls betragen und nicht mittelbar oder unmittelbar im Ausland aufgelegt werden. Die Bestimmungen über die Umschuldung der kurzfristigen Gemeindefschulden entsprechen den Plänen, die weiter unten, im Abschnitt Finanznot, dargelegt werden. Zur Entlastung der Ausgabenseite des Gemeindeetats wird eine Sperre für Neubauten von Verwaltungsgebäuden bis zum 31. März 1934 verordnet. Ausnahmen davon bedürfen der Zustimmung der Landesregierung. Die Landesregierungen werden außerdem ermächtigt vorzuschreiben, daß und in welcher Weise persönliche und sonstige Ausgaben der Gemeinden herabgesetzt werden. Mit dieser Bestimmung können die Länder praktisch alle Ausgaben der Gemeinden nach ihrem Belieben kürzen.

**Finanznot** Die Finanzlage der Gemeinden hat sich in Deutschland von Monat zu Monat erheblich verschlechtert. Wachsende Wohlfahrtslasten und sinkende Steuer-

einnahmen wirken sich katastrophal auf die Gemeindeetats aus. Ein Fehlbetrag von fast 1 Milliarde droht den Gemeinden. Da keine Möglichkeit besteht ihn auf Kredite abzuwälzen, andererseits die Erschließung neuer ordentlicher Einnahmen so gut wie ausgeschlossen ist, stehen viele Gemeinden vor dem finanziellen Zusammenbruch. In dieser Lage sind Maßnahmen zur Ausgleichung der Gemeindeetats, die in der Notverordnung der preußischen Regierung vom 12. September 1931 enthalten sind wie auch vom Deutschen Städtetag vorgeschlagen werden, von der größten innenpolitischen Bedeutung. Die von ihnen Betroffenen fühlen sich als hilflose Objekte von Maßnahmen, die sie mit schweren Opfern belasten, ohne ihnen zugleich eine Verbesserung ihrer Lage in Aussicht zu stellen. Der Lebens- und Kulturstandard, den die Gemeindepolitik bisher ermöglicht hatte, wird mit einemmal rücksichtslos herabgesetzt.

Daß die Gemeinden in dieser Situation kaum anders handeln können, ist gewiß. Fraglich ist nur, ob es hat so weit kommen müssen, ob die Gemeinden wirklich zwangsläufig in diese schwierige Lage gekommen sind. Hätte eine weiterblickende Politik nicht schon viel früher mit den kommenden Ereignissen rechnen und sich dementsprechend einrichten müssen? Und hätten nicht in einem früheren Zeitpunkt zwar auch unpopuläre, aber wesentlich geringfügigere Maßnahmen verhindert, daß es zu einer solchen Zwangslage kam, in der selbst von außerordentlich harten Eingriffen eine völlige Überwindung der Finanznot kaum erwartet werden kann? Es ist die Trägheit unserer Innenpolitik, die Jahre hindurch entscheidende Reformen verhindert und es dahin gebracht hat, daß wir jetzt ratlos vor den Schwierigkeiten stehen und uns nur noch durch brutale Maßnahmen retten können. Der Fluch dieser kurzsichtigen Politik, die alle notwendigen Schritte auf wirtschafts-, finanz- und außenpolitischem Gebiet versäumt hat, fällt auf die breiten Massen. Sie büßen wieder einmal für eine schlechte Führung.

Das Defizit, das ausgeglichen werden muß, ergibt sich aus folgender Rechnung. Auf 260 Millionen Mark beläuft sich der bisher ungedeckte Fehlbetrag des Jahres 1930. Die Unterstützung der Wohlfahrts-erwerbslosen und der Gemeindeanteil an der Krisenunterstützung erfordern Mehraufwendungen von insgesamt 770 Millionen, dazu kommen 150 Millionen für sonstige Mehrausgaben. Zu dieser Mehr-

belastung von rund 1200 Millionen treten noch Steuerausfälle und Rückgänge bei den Werkserträgen von insgesamt 750 Millionen. Diesem Gesamtausfall von fast 2 Milliarden steht eine Entlastung aus Spar- und Abbaumaßnahmen von 645 Millionen, aus den Notverordnungssteuern von 350 Millionen und aus Sonderzuweisungen vom Reich (Lohnsteuererstattung) und von den Ländern (Gehaltskürzung) von 130 Millionen, insgesamt von knapp 1200 Millionen gegenüber. Der verbleibende Fehlbetrag von rund 800 Millionen Mark wird automatisch ansteigen, sofern sich die Anzahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den Wintermonaten vermehrt.

Abbaumaßnahmen, organisatorische Veränderungen, Verminderung der gemeindlichen Fürsorgepflicht und Zuwendungen aus Reichsmitteln sollen den Ausgleich herbeiführen.

Der Ausgabenabbau soll sich auf sämtliche Gebiete der Kommunalverwaltung erstrecken. Bei der Schulverwaltung, die 20% des gemeindlichen Zuschußbedarfs in Anspruch nimmt, werden die Personalausgaben, die jetzt 70% der gesamten Schulausgaben betragen, stark gekürzt. Bei der Kürzung der Sachausgaben sind Einschränkungen des Berufsschulwesens und bei den Höheren Schulen vorgesehen. In der Bauverwaltung, in der der Straßenbau allein 12% des gemeindlichen Zuschußbedarfs erfordert, wird der Bau neuer Anlagen überhaupt eingestellt werden. Die Kürzung der Unterhaltungskosten, die ebenfalls vorgesehen ist, wird Substanzverluste mit sich bringen. Die Wohnungswirtschaft wird bis auf den Bau von Kleinstwohnungen eingeschränkt werden. Die Zuschüsse an die Theater und an die gemeinnützigen Anstalten müssen erheblich vermindert werden, und von der Wohlfahrtspflege, die mehr als  $\frac{1}{3}$  des gesamten Zuschußbedarfs kostet, werden ebenfalls erhebliche Abstriche vorgenommen. Gedacht ist an die Abschaffung der gehobenen Fürsorge für die Klein- und Sozialrentner, Anrechnung von Aufwertungsbezügen auf die Fürsorgeunterstützung, Heranziehung der unterhaltspflichtigen Kinder zur Erstattung, Erweiterung der gesetzlichen Unterhaltspflicht und an eine Herabsetzung der Lohnpfändungsgrenze. Weitere Abbaumaßnahmen sind auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zu erwarten. In allen öffentlichen Verwaltungen sollen die Personalausgaben durch eine Einstellungs- und Beförderungssperre gekürzt werden. Von diesen Maßnahmen

werden Ersparnisse durch Ausgabenabbau von rund 250 Millionen Mark, durch Minderaufwand in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge von rund 45 Millionen und durch Minderaufwand in der sonstigen Fürsorge von rund 30 Millionen Mark erwartet.

Zu dem Gesamtbetrag von 325 Millionen kommt ein Betrag von 85 Millionen durch Aufhebung des Gemeindefünftels der Krisenfürsorge als Folge der vom Reich vorgenommenen Einschränkungen. Es bleibt also ein Fehlbetrag von rund 400 Millionen, dessen Deckung nach den Forderungen der Gemeinden aus Reichsmitteln erfolgen soll. Dieser Punkt ist jedoch noch völlig ungeklärt.

Die vom Deutschen Städtetag vorgeschlagenen Maßnahmen sind auch im wesentlichen in der preußischen Sparverordnung vom 12. September 1931 und in der Durchführungsvverordnung dazu vom 16. September 1931 enthalten. Die Sparverordnung ermächtigt die Verwaltungsorgane der Gemeinden und Gemeindeverbände alle Maßnahmen zu treffen, die zum Ausgleich der Haushalte erforderlich sind.

Zu einem der brennendsten Probleme der kommunalen Finanzpolitik ist die Umschuldung der kurzfristigen Kommunkredite geworden. Es handelt sich um einen Gesamtbetrag von rund 1,7 Milliarden, der in der jetzigen Situation unmöglich zurückgezahlt oder auf Grund von freien Vereinbarungen prolongiert werden kann. Deshalb schwebten schon seit langem Verhandlungen über die Umschuldung der Kurzkredite. Man kam zu folgender Lösung: Den Gläubigern der Gemeinden soll ein Anleihepapier angeboten werden, das mit einer kurzen, vielleicht 5- bis 6jährigen Laufzeit ausgestattet wird. Die Gläubiger sollen eine erhöhte Sicherheit dadurch erhalten, daß für die Zins- und Tilgungsraten die Steuerüberweisungen an die Länder bereitgestellt werden. Der Vorschlag sieht vor, daß beim Reichsfinanzministerium für Länder und Gemeinden eine Umschuldungsstelle errichtet wird, die ihre Tätigkeit auf gemeinsamen Antrag des Gläubigers und Schuldners ausübt. Die Umschuldung soll durch Hergabe von Obligationen oder durch Festsetzung von Tilgungsraten erfolgen können. Um die Umschuldung zu erreichen, muß sich der Schuldner unter anderm verpflichten, daß mindestens die Hälfte der Zinsen für die umzuschuldenden Beträge durch Ausgabensenkung sichergestellt wird. Er wird ferner verpflichtet zur Sicherung besondere Abgaben oder Zuschläge auf

die Werks- und Verkehrstarife zu erheben und treuhänderisch abzutreten. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt für Verzinsung und Tilgung der Obligationen Garantien zu übernehmen. Das Land soll dem Reich gegenüber für  $\frac{1}{3}$  des garantierten Betrags haften.

**Kreditwesen** Die Kreditkrise hat den öffentlichen Banken und Sparkassen einen schweren Schlag versetzt. Symptomatisch ist der Fall der *Landesbank der Rheinprovinz* in Düsseldorf. Dieses Institut, das 1888 aus der 1847 errichteten Rheinischen Provinzialhilfskasse hervorgegangen ist, und das als Girozentrale für 186 Sparkassen der Rheinprovinzen Liquiditätsrückhalt bedeutet, ist durch eine offenbar allzu großzügige Kreditgewährung an die Kommunen in eine völlige Stockung geraten. Durch ihre formal kurzfristigen Kommunalkredite, die in Wirklichkeit bis auf weiteres als langfristig gelten müssen, ist die Bank ein Opfer der Liquiditätskrise geworden. Während die Hilfsaktion des Reichs bei den Privatbanken sofort durchgeführt wurde, hat man im Fall der Landesbank die staatliche Hilfe, auf die nicht verzichtet werden kann, sehr lange hinausgezögert. Jetzt haben Reich und Preußen zusammen einen 5jährigen Schatzanweisungskredit von insgesamt 250 Millionen gegeben. Außerdem soll ein Reichs- und Staatskommissar eingesetzt werden. Es ist die Frage, ob die Summe von 250 Millionen ausreicht, da die von der Bank aufgenommenen kurzfristigen Kredite rund 500 Millionen betragen. Man denkt daran den Gläubigern zunächst eine Abschlagszahlung von 50% zu leisten und sie für den Rest zum Stillhalten zu bewegen. Es steht fest, daß die Landesbank weitergeführt werden soll.

Im Zusammenhang mit der Beendigung der Bankfeiertage wurde am 5. August eine Notverordnung über die Spar- und Girokassen sowie die kommunalen Kreditinstitute erlassen. Damit sich die öffentlichen Spar- und Kreditinstitute flüssig halten, können sie bis auf weiteres Reichsbankkredite durch Abgabe von wechselfähigen Erklärungen in Anspruch nehmen. Die Reichsregierung wird ermächtigt bei den genannten Instituten diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zu einer zweckmäßigen Gestaltung der Organisation notwendig erscheinen. Die Reichsregierung kann Satzungen ändern oder neue Satzungen einführen und Einrichtungen und Anstalten aufheben, zusammenlegen und

neu begründen. Den genannten Anstalten wird bis auf weiteres untersagt Anleihen, Darlehen und Kassenkredite an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere öffentlichrechtliche Anstalten unmittelbar oder mittelbar zu gewähren. Dieses Verbot der Kreditgewährung an die Gemeinden dürfte im Augenblick keine große Bedeutung haben, da die Sparkassen jetzt nicht in der Lage sind erhebliche Kredite zu geben.

Der Preußische Landtag verabschiedete am 29. Mai das Gesetz über die Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie die Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen und von anderen Sicherheiten durch Gemeinden und Gemeindeverbände. Dieses *Kommunalkreditgesetz* dient der Durchführung der zwischen dem Reich und den Ländern vereinbarten »Richtlinien für das Schuldenwesen der Gemeinden«. Die Richtlinien sehen vor, daß die im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden errichteten Kreditbegutachtungsausschüsse in das Verfahren der Anleiheaufnahme verantwortlich eingebaut werden. Darüber hinaus enthalten die Richtlinien neue Grundsätze für die Anleiheaufnahme. Das preußische Gesetz verleiht einigen dieser Grundsätze die Rechtskraft, und zwar handelt es sich dabei um Erweiterungen der staatsbehördlichen Genehmigung bei Krediten und Kredithilfsgeschäften der Kommunen. Sie verengen naturgemäß die Grundlagen der finanziellen Selbstverwaltung der Gemeinden: bis zum 31. März 1933, an dem das Gesetz außer Kraft tritt.

**Berlin**

Am 14. April wählte die Berliner Stadtverordnetenversammlung einen neuen *Magistrat*. Damit wurde die 2jährige Übergangszeit beendet, die nach dem Rücktritt des ehemaligen Berliner Oberbürgermeisters Gustav Böß einsetzte. Oberbürgermeister wurde der ehemalige Danziger Senatspräsident Heinrich Sahn. Bürgermeister wurden der ehemalige Stellvertretende Kämmerer Friedrich Lange und der bisherige Vizepräsident beim Deutschen Städtetag Fritz Elsas. Stadtkämmerer wurde der ehemalige Kämmerer Frankfurts Bruno Asch. Da Ernst Reuter ausgeschieden ist, um Oberbürgermeister von Magdeburg zu werden, wählte die Berliner Stadtverordnetenversammlung am 18. Juni den bisherigen Kämmerer Magdeburgs Harald Heuer zum besoldeten Stadtrat; unbesoldeter Stadtrat wurde der bisherige

Stellvertretende Leiter des Verkehrsdezernats Martin Katz. Der Magistrat Berlins besteht nunmehr aus dem Oberbürgermeister Heinrich Sahm (der Deutschen Volkspartei nahestehend), den Bürgermeistern Friedrich Lange (Sozialdemokrat) und Fritz Elsas (Deutsche Staatspartei), dem Kämmerer Bruno Asch (Sozialdemokrat), den Stadträten Emil Wutzky (Sozialdemokrat) und Franz Czeminski (Sozialdemokrat), dem Stadtschulrat Jens Nydahl (Sozialdemokrat), dem Stadtmedizinalrat Wilhelm von Drygalski (Deutsche Staatspartei), den Stadträten Hermann Hahn (parteilos), Leonhard Adler (Zentrum), Martin Wagner (parteilos) und Harald Heuer (Sozialdemokrat). Unbesoldete Stadträte sind Willy Ahrens (Sozialdemokrat), Otto Ortmann (Sozialdemokrat), Martin Katz (Deutsche Staatspartei), Hermann Jursch (Deutsche Volkspartei), Emil Kinscher (Wirtschaftspartei) und Albert Lingweiler (Deutschnationale Volkspartei). Von den 18 Magistratsmitgliedern stellt die Sozialdemokratie also 8.

Der Haushaltsplan für das Etatjahr 1931-1932 schließt in den Einnahmen mit 1298 und in den Ausgaben mit 1390 Millionen Mark ab. Der Haushaltsplan wird von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise außerordentlich stark bestimmt. Der Rückgang der Steuererträge kann nur zum Teil durch die restlose Inanspruchnahme der durch die Notverordnung den Gemeinden gegebenen Besteuerungsmöglichkeiten ausgeglichen werden. Berlin sieht einen Zuschlag zur Bürgersteuer von 200% vor. Von den Steuererträgen der Stadt werden durch den ungerechten Finanzausgleich Millionenbeträge aus dem Berliner Etat herausgenommen und an Staat und Reich abgeführt. Dadurch wird die Balancierung des Berliner Budgets verhindert. Ebenfalls durch das Anschwellen der Wohlfahrtslasten. Während bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 1931 46 Millionen Mark eingesetzt wurden, belaufen sich die Wohlfahrtslasten im Etat 1931 auf 158 Millionen Mark. Sie betragen mehr als  $\frac{1}{10}$  des gesamten Ausgabenbedarfs. Um diese Ausgaben leisten zu können, mußten in allen anderen Teilen des Haushaltsplans starke Kürzungen vorgenommen werden. Die Posten für die Neubauten der Kämmererverwaltung wurden zum Beispiel von 16 auf 1,2 Millionen Mark gedrosselt. Außerdem wurde eine Personaleinstellungssperre beschlossen, und ebenso sind die Ausgaben im Außerordentlichen Haushalt wesentlich eingeschränkt worden. Zur

Erhöhung der Einnahmen hat der Magistrat beschlossen das Wassergeld vom 1. Juli ab von 20 auf 25 Pfennig pro Kubikmeter zu erhöhen. Trotz diesen Maßnahmen ist der Etat nicht ins Gleichgewicht gebracht worden; er schließt mit einem Defizit von 92 Millionen ab, wozu noch das Defizit aus den Vorjahren von ungefähr 100 Millionen hinzukommt. Diese Tatsache zeigt die außerordentliche Not der Gemeinden. Noch nicht einmal der finanzkräftigen und über verhältnismäßig gute Einnahmemöglichkeiten verfügenden Stadt Berlin gelingt es einen ausgeglichenen Etat aufzustellen. Wegen der dauernden Rückgänge bei den Steuereinnahmen ist die Stadt wiederholt in Kassenschwierigkeiten gekommen. So mußte Anfang September ein Kredit von 10 Millionen Mark aufgenommen werden, und Mitte September ein weiterer Überbrückungskredit von 20 Millionen. Jetzt besteht noch ein ungedeckter Fehlbetrag aus den Vorjahren in Höhe von 65 Millionen Mark. Nach Durchführung aller Sparmaßnahmen wird auch das laufende Rechnungsjahr mit einem Defizit abschließen. Man rechnet damit, daß am Jahresende für einen Betrag von rund 100 Millionen Mark trotz einschneidenden Maßnahmen jede Deckung fehlen wird.

Durch die Umwandlung der Berliner Elektrischen Werke in die Berliner Kraft- und Lichtgesellschaft hat sich die Stadt weitgehend von ihren Werken getrennt. Sie war durch die großen Finanzschwierigkeiten in eine Zwangslage geraten. Es dürfte jetzt feststehen, daß die stark erhöhte und Konsolidierung verlangende schwebende Schuld, besonders durch den Aufwand für den Untergrundbahnbau, wenigstens zum Teil hätte vermieden werden können. Der Untergrundbahnbau stellt zweifellos eine wichtige und für die großen Massen der städtischen Bevölkerung günstige Verkehrsverbesserung dar; es ist aber nicht zu bestreiten, daß dabei allzu sehr die Ökonomie außer acht gelassen wurde. Um die Ausbreitung der Verkehrsbetriebe halten zu können, mußte man jetzt wichtige Versorgungsbetriebe aufgeben. Ein unter Führung der Preussischen Staatsbank und der Reichskreditgesellschaft stehendes Bankenkonsortium räumte der Stadt einen Zwischenkredit von 75 Millionen Mark zu einem Zinsfuß von  $7\frac{1}{2}$  % ein, und die Stadt willigte in einen Verkauf ihrer Elektrizitätswerke. Der gesamte Kaufpreis betrug 560 Millionen Mark. Die Beteiligung der Stadt an der neugegründeten

Gesellschaft, deren Gesamtkapital 240 Millionen Mark beträgt, beläuft sich auf 38 Millionen 2stimmige, und 4 Millionen 1stimmige Aktien, die zusammen 25% der Gesamtstimmen repräsentieren, und die der Stadt den ausschlaggebenden Einfluß auf die Festsetzung der Tarife sichern. Nach 25 Jahren soll die Stadt Gelegenheit haben alle Aktien zu kaufen und dadurch wieder in den vollen Besitz der Gesellschaft zu kommen.

#### Informationsmittel

Vom 26. Jahrgang des *Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte* /Jena, Gustav Fischer/ liegen die ersten beiden Lieferungen vor. Es handelt sich hierbei um ein statistisches Nachschlagebuch, das mehr und mehr zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel für alle Kommunalpolitiker und städtischen Verwaltungsbeamten geworden ist. In den vorliegenden Lieferungen ist die Berichterstattung des Jahrbuchs auf die Mittelstädte von 20 000 bis 50 000 Einwohner ausgedehnt worden. Die 1. Lieferung enthält die folgenden Aufsätze: Stand und Bewegung der Bevölkerung, Fläche, Grundeigentum und Grundstückswesen, Förderung des Wohnungsbaues, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, städtisches Anschlagswesen, Sportstatistik, Stadtparkassen und Stadtbanken, Kraftfahrzeuge in den deutschen Großstädten. Die 2. Lieferung enthält Beiträge über Verkehrsbetriebe, Theater und Orchester, Büchereien und Lesehallen, öffentliche Fürsorge, Finanzübersicht nach den Voranschlägen für 1930, die Steuereinnahmen der Gemeinden im Rechnungsjahr 1929, Statistik der Reichsteuern 1928, Fremdenverkehr in den Jahren 1928 bis 1930, Binnenhäfen, Gesundheits- und Unterrichtswesen, Bevölkerungsbewegung 1930. Der Preis von 30 Mark für den ganzen Jahrgang erscheint angesichts des außerordentlich reichhaltigen Materials angemessen. Die *Krisenfürsorge* des Reichs und der Gemeinden haben Hans Kühne und Erwin Rawicz sozialpolitisch und rechtlich dargestellt und erläutert /Berlin, Carl Heymann/. Die Arbeit gibt einen vollständigen Überblick über die Entwicklung der Krisenunterstützung bis zum Herbst 1930, umreißt die Stellung der Krisenunterstützung im System des Arbeitslosenschutzes und gibt eine ausführliche Darstellung über das geltende Recht der Krisenfürsorge. In dieser Ausführlichkeit ist sie die beste und eingehendste Darstellung, die die Krisenfürsorge bisher gefunden hat.

**Totenliste** Am 26. Januar starb in Berlin der Stadtälteste *Rudolf Reusch*, im Alter von 80 Jahren. Von 1908 bis 1919 hatte er dem Berliner Magistrat angehört. Als unbesoldeter Stadtrat hatte er zuerst das Dezernat der Armenverwaltung inne; während des Kriegs übernahm er dann die Nahrungs- und Futtermittelversorgung der Stadt. Es wurde ihm als Dank für seine kommunale Tätigkeit die Würde des Stadtältesten zuteil.

Am 1. April machte der frühere Präsident der Tilsiter Handelskammer *Kurt Immisch* seinem Leben ein Ende; es waren vornehmlich wirtschaftliche Schwierigkeiten, hervorgerufen durch die neue Grenzziehung im Memelland, die seinen Entschluß bewirkten. Immisch hat im öffentlichen Leben des Ostens eine hervorragende Rolle gespielt. Er gehörte dem Verkehrsverband Nordostpreußens als Vorsitzender an, dem Preussischen Staatsrat als stellvertretendes Mitglied, war außerdem Mitglied der Tilsiter Stadtverordnetenversammlung. Er galt als einer der besten Kenner der Wirtschaft des Memellands.

Am 7. Mai starb in Hamburg *Carl Johann Cohn*, 74 Jahre alt. Er war einer der bekanntesten Hamburger Senatoren. Bis 1929 war er Präses der Finanzdeputation. Er hat sich um Hamburgs Finanzen große Verdienste erworben, da er sie aus dem Chaos der Inflation in einigermaßen stabile Verhältnisse führen half.

**Kurze Chronik** Von den öffentlichrechtlichen *Zweckverbänden*, die von kleinen Gemeinden zur Erfüllung von gemeinsamen Aufgaben, zum Beispiel auf dem Gebiet des Schulwesens, Fürsorgewesens und Wegebau, von größeren Gemeinden zur Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben (Elektrizitäts- und Wasserversorgung) gebildet werden, wurden Ende März 1929 rund 14 000 gezählt. Ihre Anzahl geht wegen der Auflösung der Gutsbezirke zurück. Die Gesamtverschuldung der Zweckverbände, an der nur verhältnismäßig wenige beteiligt sind, betrug 1929 330 Millionen Mark. ◊ Die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 enthält die Ermächtigung für den Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen Bürgschaften für Darlehensverpflichtungen zur Förderung des *Kleinwohnungsbaus* zu übernehmen. Die für die Bürgschaftsverpflichtungen des Reichs erforderlichen Aufwendungen müssen nach den Bestimmungen der Notverordnung dem Reich von den Län-



dern, für deren Gebietsbereich die Darlehen gewährt werden, aus dem Wohnungsbauanteil der Gebäudeentschuldungssteuer ersetzt werden. Diese Bestimmung macht die Reichsbürgschaften in großem Umfang hinfällig. Solange das Reich aus den Bürgschaften keine Belastungen auf sich nehmen will sondern das Risiko in voller Höhe auf Länder und Gemeinden abwälzt, ist eine praktische Hilfe für den Wohnungsbau nicht zu erwarten. Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt die allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Übernahme von Reichsbürgschaften und das Vertragsmuster für den Bürgschaftsvertrag fertiggestellt. ◊ In der Notverordnung vom 5. Juni 1931 werden die *Enteignungen* auf dem Gebiet des Städtebaus zum erstenmal einer reichsgesetzlichen Regelung unterworfen. Die Bestimmungen der Notverordnung sehen Richtlinien für die Entschädigungspflicht und den Rechtsweg vor. Sie stellen den ersten Schritt zu einem Reichsrahmengesetz auf dem Gebiet des Städtebaus dar.

## Literatur

Unter dem Titel *Die Entwicklung der Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik* in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei nach dem Kriege ist als 36. Band der Schriften des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik /Berlin, Deutscher Kommunalverlag/ eine Sammlung von Vorträgen erschienen, die einen guten Überblick über die wichtigsten Daten und Probleme der Kommunalpolitik in den genannten Ländern geben. Die Darstellung der deutschen Kommunalpolitik seit dem Krieg läßt allerdings ein Eingehen auf die entscheidenden Fragen des Finanz- und Lastenausgleichs sowie auf die Verwaltungsorganisation und die Haushaltsführung vermissen. Sie ist kennzeichnend für die Haltung des Deutschen Städtetags, der sich allzusehr von opportunistischen Gesichtspunkten leiten läßt. In dieser Haltung des Deutschen Städtetags, der einen entscheidenden Einfluß auf die deutsche Kommunalpolitik hat, dürfte nicht zu allerletzt eine Ursache der jetzigen schweren Krise der Gemeindepolitik liegen. ◊ Einen Beitrag zur Geschichte und Lehre vom städtischen Haushaltswesen lieferte *Otto Latendorf* mit seiner Untersuchung über die Entwicklung der städtischen Kassenorganisation Berlins von der Einführung der Stadthauptkasse 1809 bis 1843 /Berlin, Kommissionsverlag Gsellius/.

## WISSENSCHAFT

## Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

Söderblom † Am 12. Juli starb im akademischen Krankenhaus in Upsala an einer Darmoperation der Primas der Evangelischlutherischen Kirche Schwedens, der Erzbischof Nathan Söderblom, im Alter von 65 Jahren. Er war zunächst Seemannspastor in Dünkirchen, Calais und Boulogne, dann Pfarrer der schwedischen Gemeinde in Paris. Von 1912 bis 1914 wirkte er als Professor für Religionsgeschichte in Leipzig; dann übernahm er das Erzbistum der schwedischen Staatskirche mit dem Sitz in Upsala. Während des Weltkriegs leitete er, von deutscher Seite durch Adolf Deißmann unterstützt, eine Versöhnung zwischen den christlichen Kirchen ein. Söderblom gehörte zu den bekanntesten Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche, nicht nur Schwedens sondern der ganzen Welt. Als Vorkämpfer der kirchlichen Einigungsbestrebungen berief er 1925 die berühmte Konferenz für Praktisches Christentum nach Stockholm ein, die den äußern Glanzpunkt seines Wirkens brachte. Vertreter aller christlichen Kirchen kamen zur Beratung der großen internationalen und sozialethischen Fragen dort zusammen. Die Frucht der Tagung war insbesondere die Gründung des Sozialethischen Instituts in Genf. Die Gestalt Söderbloms war eine der markantesten in der sogenannten ökumenischen Bewegung. Berühmt wurde sein religionsgeschichtliches Werk *Das Werden des Gottesglaubens* /1916/. Der Gottesglaube wird hier auf die 3 Elemente: Mana- (Macht-) -glaube, Animismus und den Gedanken an die Urhebergötter zurückgeführt. Mit der Glut der Überzeugung wirkte Söderblom für die Sache des Völkerfriedens; 1930 wurde ihm der Friedensnobelpreis zuerkannt. Er war Ehrendoktor mehrerer deutscher Universitäten, so auch der Juristischen Fakultät der Universität Berlin. Ein umfassender Geist, eine große Persönlichkeit ging dahin.

## Paulus

Eine Reihe wichtiger Arbeiten ist in der letzten Zeit über den Apostel Paulus erschienen. Einige seien herausgehoben: Der Breslauer Neutestamentler *Ernst Lohmeyer* behandelt die Grundlagen der paulinischen Theologie /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Lohmeyer hat eine stark systematische Ader und ist philosophisch an der Dialektik Richard Högnigswalds geschult. Sein Interesse konzentriert sich vornehmlich auf das Verhältnis von Chri-

stus und Gesetz. Er sucht zu zeigen, wie die pharisäische Gesetzesauffassung einen Zwiespalt in sich trage: Einerseits ist sie nach ihm ein Eifern um die Reinheit des Volks, andererseits durchbricht sie mit diesem ethischen Rigorismus die völkische Naturgegebenheit und kommt entsprechend auch zur Weltmission. (Daß das Pharisäertum grundsätzlich anders aufgefaßt werden kann und muß als es im populären Bewußtsein geschieht, ist hier in dem Artikel Seligmanns über die Pharisäer, 1924 Seite 568 und folgende, gezeigt worden.) In immer neuen Anläufen versucht Lohmeyer die Dialektik des Gesetzesbegriffs zu entfalten: Die konkrete Gegebenheit des Gesetzes macht das Gesetz selbst zur tragenden Kraft des Volks; aber ebenso schließt seine starre Gegebenheit die Erfüllung aus. Aus dieser Dialektik heraus sei Paulus zu Christus als der Aufhebung und Erfüllung des Gesetzes gelangt. Das Heil wurde jetzt in einer Sphäre aufgesucht, die dem Verhältnis von Gesetz und Geschichte entrückt ist. Selbst die Faktizität der Auferstehung soll solche reine Transzendenz des Heils bekunden; dieses Faktum sei Aufhebung und Ende der Geschichte. Die Christusgemeinschaft aber sei »streng eschatologisch« gedacht; das heißt, sie sei vor der Welt Zeichen des Weltendes und die gottgesetzte Mitte der Welt. »Soweit die Gemeinde immer der geschichtliche Verband der im Glauben Geeinten ist, bleibt der Geist die Norm, auf die jeder sich richtet . . . , sofern sie der "Leib Christi" ist, ist sie selbst die notwendige und angemessene Wirklichkeit seines Wesens.« Das historische Verdienst der Lohmeyerschen Arbeit ist es zweifelsohne das Gesetzesverständnis bei Paulus von den geläufigen reformatorischen Eintragungen gereinigt zu haben. Deutlich tritt der Unterschied zwischen der individuellen religiösen Erschütterung Luthers und der weltgeschichtlichen Konstruktion des Paulus hervor. Eine andere Frage ist, ob und in welchem Maß die idealistische Dialektik Hönigswalds das Verständnis förderte und hemmte. Um Lohmeyer zu würdigen, muß man sich diesen Begriffsapparat oder vielmehr diesen lebendigen Denkrhythmus schon in irgendeinem Maß angeeignet haben. Dann rollt der Gedankengang Lohmeyers in gradezu dramatischer Lebendigkeit und mit hinreißender Eindringlichkeit ab. Die sachliche Schwierigkeit besteht in der Zweideutigkeit, in der hier der Gedankenbau des Apostels schillern muß. Bald wird der deutliche Abstand dieses Realismus des konkreten Gesetzes und des

konkreten Erlösungswunders von aller modernen Dialektik zwischen »Erlebnis« und »Geltung« abgegrenzt; die moderne Auffassung weiß von einer Lebendigkeit der »Idee« selber, sie gestaltet sich, indem sie gedacht wird, sie normiert das Erlebnis, aber sie gewinnt auch erst im Erlebnis Gestalt. Auf der andern Seite wird der paulinische »Realismus« auch wieder an eben diesem Idealismus gemessen. An allen entscheidenden Stellen des Buchs wird dieser Zwiespalt offenbar. Aber man wird sich sehr hüten müssen daraus dem Verfasser ohne weiteres einen Vorwurf zu machen. Grade hier bricht die Problematik der Gegenwartssituation auf. Denn dieses Schillern zeigt, daß der Verfasser es ebenso verschmäht seinen Gegenstand unproblematisch auf ein eignes absolut starres Kategorieensystem zu beziehen, als er es auch umgekehrt weit von sich weist historische Theologie zum Ersatz der systematischen machen zu wollen. Das paulinische Denken stellt die idealistische Dialektik ebenso in Frage wie umgekehrt. Und diese doppelte Fragwürdigkeit bezeugt nicht nur das lebendige Ringen mit dem Gegenstand, sondern sie ist die grundsätzliche Befreiung von den dogmatischen Fesseln, die heute wieder die Exegese allzu leicht um ihren Ernst und ihren Sinn bringen.

Ganz anders geartet ist das große Werk *Albert Schweitzers Die Mystik des Apostels Paulus* /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Mit Recht hat die bisher vorliegende Kritik es dem Verfasser nicht zum entscheidenden Vorwurf gemacht, daß er es wagte sein Werk ohne Auseinandersetzung mit dem neuesten Stand der Forschung herauszubringen. Sie hat den eminenten positiven Gehalt dieses großzügigen und energischen Werks richtig erkannt. Entgegen der religionsgeschichtlichen Strömung der letzten Jahrzehnte will Schweitzer Paulus vom Judentum und von der jüdischen Urgemeinde her verstehen. Die Tat des Paulus sei gewesen die eschatologische Erwartung des wiederkommenen Messias in eine Gegenwartsmystik umzuschmelzen; Das Erwartete ist schon latent gegenwärtig, die Gemeinde ist in Christo. Das besondere Verdienst Schweitzers ist diesen Übergang in immer neuen Wendungen des Gedankens zu belegen. So gestaltet Schweitzer ein außerordentlich eindrückliches Bild der geschichtlichen Entwicklung von der eschatologischen Verkündung Jesus' bis zur paulinischen Christumystik. Besonders unterstrichen wird dabei der »Objektivismus« der paulinischen Erlösungslehre; es sei nicht eigentlich der Glaube, der den Zu-

gang zu Christus gewinne, sondern das objektive Geschehnis der sakramentalen Einung, die freilich nicht ohne Glauben zustande komme, sei das Entscheidende. Auch hier wird wieder eine Abgrenzung gegen die reformatorische Paulusinterpretation vollzogen. Die Lehre von der Rechtfertigung aus dem Glauben rückt zugunsten der Christumystik in den Hintergrund. Die ebenso flüssige wie lebendige Darstellung macht dieses Buch zu einem Werk, das weit über den Kreis der Fachgenossen hinaus wirken wird.

Schließlich das Buch des Neutestamentlers an der Pariser Sorbonne *Maurice Goguel* *Parousie et résurrection* /Paris, Félix Alcan/. Das Thema ist durchaus dem Thema Schweitzers ähnlich. Hier sei besonders die Reihe von 3 Vorträgen über den Paulinismus und den Johannesischen Glauben herausgehoben. Goguels Absicht ist die beiden Theologien als Ausdruck verschiedenartiger religiöser Erfahrung zu verstehen. Es seien hier nur die Grundlinien angedeutet. Für Paulus steht im Vordergrund die Verfallenheit der Welt und trotz der »mystischen« Gegenwart Christi die Hoffnung auf die Fülle der Zeiten; für Johannes ist mit dem Erscheinen Christi das Gericht, die Krisis, da, und die Christugemeinschaft enthebt der Sorge um Tod und Weltende. Historisch von besonderem Interesse ist die Tendenz zur Differenzierung der Typen neutestamentlicher Frömmigkeit. Systematisch ist von besonderem Belang die hier aufgestellte Frage nach dem Gewicht der religiösen Erfahrung. Allgemein gesehen ist es die Haltung, die man aus der "liberalen" Theologie kennt. Aber im Gegensatz zu deren allgemeiner Tendenz die Theologie zugunsten der Erfahrung auszuschalten weiß Goguel, daß die Erfahrung sich nur in der Form der Theologie bewußt werden kann, daß also die Theologie selber zur Erfüllung gewissermaßen dieser Erfahrung gehört. So entrollt sich hier eine Dialektik von Erlebnis und Deutung, die einer besonderen Aufmerksamkeit wert ist. Natürlich kann bei solcher Themenstellung auf die psychologische Einfühlung nicht verzichtet werden. Aber das Wissen um ihre Notwendigkeit und ihre Gefahren sichert hier gegen ein nominalistisches Spiel.

Kulturgestaltung und Religion Von *Bernhard Groethuysens* großem Werk *Die Entstehung der bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich* /Halle, Max Niemeyer/ erschien jetzt der 2. Band: *Die Soziallehren der katholischen Kirche und das Bürgertum*. Wieder über-

wältigt die Fülle der herangezogenen Quellen und die Genialität ihrer Auswertung. Der Verfasser zeigt, wie Jansenismus und Jesuiten zunächst dem Bürger entgegenkommen. Rechnete etwa Bossuet nur mit den dramatischen Gegensätzen zwischen Macht und Elend, mit dem Schicksal der Fürsten und dem Geschick der Masse, so wird jetzt dem neuen Stand Rechnung getragen. Seine Arbeit wird positiv gewertet. Zwischen jenen beiden Extremen hat er sein Daseinsrecht. Der Jansenismus ruft zur Disziplinierung des persönlichen Lebens auf, die Jesuiten machen den Bürger zum Träger der Ordnung: »Man dient Gott, wenn man nach allen Regeln der Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit seinen Besitz verwaltet.« So weit reicht der kirchliche Einfluß. Aber nun zeigt Groethuysen, daß der so heraufbeschworene Erwerbsgeist nicht mehr zu zügeln war. Die Drohungen mit dem Jenseits verschlagen nicht. Dem Verbot der Zinsen entgegnet das Bürgertum, daß der Handel allen Schichten Gedeihen und Wohlstand bringe, während der Klerus die allgemeine Verarmung wolle. In außerordentlicher Eindringlichkeit wird dargetan, wie der Klerus die Denkart des Bürgertums nicht mehr versteht und sie deshalb auch mit seinen traditionalistischen Maximen nicht mehr treffen kann. Was hier in mustergültiger Weise für Frankreich nachgewiesen ist, sollte auch einmal an der deutschen Aufklärung untersucht werden. Hat die deutsche Aufklärungstheologie den Geist des Bürgertums nicht durchdrungen? Wenn dem so ist, dann liegt der entscheidende Bruch zwischen Kirche und Gesellschaft hier erst an der Stelle, wo die Kirche vor dem Sozialismus ratlos umkehrte. Die Arbeit Groethuysens zeigt an der französischen Entwicklung das parallele Phänomen auf, und dies mit einer soziologischen Meisterschaft, die weite theologische und pädagogische Perspektiven eröffnet.

»Zur Revision der Reformation« schrieb *Willy Hellpach* eine »Panthéodizee« Zwischen Wittenberg und Rom /Berlin, S. Fischer/. Der Titel läßt nicht eigentlich errahnen, worum es dem Verfasser geht. Es handelt sich viel weniger um »Rom« als um den modernen Willen zur Weltheiligung und gläubigen Gestaltung. Dazu konnte der Verfasser freilich gewisse Impulse dem Katholizismus entnehmen. Aber er baut eine Metaphysik auf, die mit dem Katholizismus nichts zu tun hat, zu deren freier Gestaltung wohl aber in der Reformation die Möglichkeit eröffnet war. Es ist in hohem Maß begrüßenswert, daß hier ein "Laie" in so ernsthafte

theologische Auseinandersetzung eintritt, und man entdeckt mit Genugtuung, wie hier die freie Reflexion des Gebildeten mit vielen Impulsen der protestantischen Gegenwartstheologie zusammentrifft, natürlich nicht mit der dialektischen Repristinisation sondern mit den Gegenschlägen, die sie auszulösen begann, mit Heinrich Scholz' Eintreten für den Pelagianismus gegen die dogmatische Auswälzung der Prädestinationslehre, mit Pau! Tillichs Kampf für Lessing und das 18. Ja!rhundert, mit dem religiösen Sozialismus der Bejahung des Evangelischen als Weltbewegung. Kaum eine religiöse und ethische Frage der Zeit, zu der der Verfasser nicht Stellung nähme. So muß hier der allgemeine Hinweis genügen, daß seine Ausführungen überall zum Nachdenken und zur Auseinandersetzung anreizen. Das Werk ist ein lebendiges Dokument für die Fragen und Ansprüche, die der moderne, sich christlich wissende Mensch an die Kirchen stellt.

Der Züricher Romanist *Theophil Spoerri* setzt sich mit dem »Heidentum in der Kultur unserer Zeit« in einer Arbeit auseinander, betitelt *Die Götter des Abendlandes* /Berlin, Furcheverlag/. »Dies sind die Götter des Abendlandes: der Logos, der Eros, der Geist, das Leben, die Schönheit, das Blut, der Instinkt, die Maschine, die Masse, das unpersönliche "Man" . . . Es entsteht ein Pandämonium von Göttern, Götzen und Genien.« Der Verfasser führt dieses »Pandämonium« an der Literatur der Gegenwart und an den sie tragenden Schöpfungen vor. Unbestreitbar ist die Feinspürigkeit seiner Analyse. Der Literarkritiker nimmt ein lebendiges Gespräch mit dem Künstler als Menschen und als Exponent des Gesamtlebens auf. Dem oben genannten Pandämonium stellt er dabei den christlichen Schöpfungsglauben entgegen. Hier soll gegenüber der Flucht zu den »Götzen« die echte Sachlichkeit, ja Nüchternheit gewonnen werden, die weiß, daß das »Paradies« verloren ist. Die Kunst erscheint als Flucht aus der Wirklichkeit, besonders auch, wenn sie sich auf die mitschwebenden Stimmungen konzentriert und komplementär zur Alltagswelt die sonst unbeachtlichen Nebenumstände zum eigentlichen Gegenstand macht. Spoerri exemplifiziert an Hermann Hesse: »Das, was meine Augen hier im Dorfe sehen, das sehen nun wieder die meisten Dorfleute nicht . . . , keiner sieht, wie sanft und warm das verschossene Rosa jenes Giebels zwischen dem wehenden Grün der Mimosen lächelt.« Aber die positive Stellung Spoerri gibt nun doch zu allerlei Bedenken

Anlaß. Wir werden versichert, daß das Ende der Welt nahe sei. Spoerri erschließt es aus der problemlosen Behäbigkeit, in die unsere Zeit hineingleitet. An Stelle der bekannten Eiszeiten, die alles Leben vernichten, tritt hier die Etappe der sozialistischen Gesellschaft als Schreckgespenst. Dann muß das Ende kommen. Diese Konstruktion ist verzweifelt ungegenwärtig; denn sie erhebt sich snobistisch über die Aufgabe der Formung einer chaotischen Wirklichkeit. Sie ist auch an sich selbst verzweifelt; denn so gut wie den christlichen Schöpfergott empfiehlt sie Nietzsche, Heidegger, Shestow oder Grisebach. Alles wird liebend umarmt, was irgend dem eignen Dogmatismus als Vorspann dienen könnte, und plötzlich ist auf jede Auseinandersetzung verzichtet. Darin liegt die Schwäche dieser Arbeit. Sie sinkt auf das Niveau jener Apologetik hinab, die überall nach Bundestruppen für ihr Dogma ausschaut und sich ihnen ausliefert. Das geschieht auch in diesem Fall. Statt des christlichen Dogmas hätte der Verfasser auch Schillers Ideal und das Leben herbeiziehen können, ohne daß seine Kritik um einen Strich anders ausgefallen wäre. Das heißt, das Dogma ist hier nur zufällig vorgeschobene Form. Der christliche Gehalt wird nicht in lebendiger Auseinandersetzung neugeformt. Aber eben weil er scheinbar absolut dasteht, steht nur die leere Worthülse da. Damit soll die gläubige Intention Spoerri nicht bestritten werden. Er kann aber schließlich nur eine dogmatistische Ornamentik bieten, die das Pandämonium freilich nicht uninteressant bereichert.

Veranstaltungen Noch nachträglich sei ausdrücklich auf den *Evangelisch-Sozialen Kongreß* hingewiesen, der Anfang Juni 1930 in Breslau tagte. Über das Eigentum in seinen Beziehungen zu Evangelium und Gesellschaft referierten Heinrich Weinel /Jena/ als Theologe und Hans Keßler /Leipzig/ als Nationalökonom. Weinel bejahte, daß das Christentum für Kultur- und Wirtschaftsleben geltende Grundsätze aufzustellen habe, und suchte das Privateigentum an den Produktionsmitteln als elementares Bedürfnis nachzuweisen. Er bejahte aber prinzipiell die staatliche Beschränkung des Privateigentums und hob insbesondere die Mannigfaltigkeit der Eigentumsarten im privaten Recht hervor. Der Pfarrer Paul Piechowski /Berlin/ referierte über Arbeiterschaft, Religion und Kirche und wiederholte eindrucksvoll die in seinem Buch über den

proletarischen Glauben /Berlin, Furcher-Verlag/ niedergelegten Beobachtungen. Er schloß mit dem Hinweis auf die seelischen Konflikte des sozialistischen Pfarrers. »Die religiösen Sozialisten sind das Feld, auf dem die Schlacht geschlagen wird um die Frage, ob es möglich ist Sozialismus und Christentum in einen sinnvollen Einklang zu bringen.« Der Evangelisch-Soziale Kongreß dieses Jahres fand Pfingsten in Duisburg statt. Das Hauptreferat der Tagung hatte Otto Piper /Münster/: über Demokratie in Kirche, Staat und Wirtschaft.

Ende August tagte in Nürnberg der *Deutsche Katholikentag*. Es wurde die Stellung des gläubigen Menschen zu den radikalen Strömungen und Bewegungen der Gegenwart behandelt.

Vom 4. bis zum 6. September tagte in Passau die *Görresgesellschaft*. Unter anderem sprachen Hans Karlinger /Aachen/ über deutschösterreichisches Barock, Günther Müller /Münster/ über katholische Dichtung im Geistesleben der Gegenwart.

**Totenliste** Anfang Dezember 1930 starb der französische reformierte Theologe *Emile Doumergue*, seit 1880 Professor an der Theologischen Fakultät in Montauban. Er war der beste Kenner Calvins, über den er eine 7bändige monumentale biographische Arbeit schrieb.

Anfang Januar 1931 starb in Karlsruhe der älteste der Orientalisten, *Theodor Nöldeke*, in seinem 95. Lebensjahr. Er wurde in Harburg geboren, lehrte in Göttingen, Kiel und Straßburg und lebte seit 1906 in Karlsruhe. Nöldeke war einer der Bahnbrecher der Orientalistik. Sein erstes Werk war eine Geschichte des Korans /1860/. Arabische, griechische, mandäische und iranische Philologie hat er durch viele Beiträge gefördert. Auch über das Alte Testament hat er gearbeitet.

Am 19. Januar starb der Greifswalder Ordinarius für Öffentliches Recht und Kirchenrecht *Günther Holstein*, im Alter von nur 39 Jahren. Theologisch bedeutend war seine Schrift über die Staatsphilosophie Schleiermachers /1922/; sie erwies die Originalität Schleiermachers gegenüber dem Idealismus an dem organischen Staatsgedanken einerseits und an der in seiner Zeit einzigartigen methodischen Berücksichtigung der positiven Tatbestände und der historischen Relativität andererseits. Holsteins Grundlagen des evangelischen Kirchenrechts /1928/ sind durch theologische Gesichtspunkte gekennzeichnet.

Ende Januar starb in Salzburg der ehemalige Theologieprofessor der Universität Prag *August Rohling*, im Alter von 92 Jahren. In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts machte er durch eine Broschüre von sich reden, in der er nachzuweisen suchte, daß der Talmud und die spätere rabbinische Literatur den Ritualmord verherrlichen. Diese Schrift spielte eine große Rolle in dem berühmten Ritualmordprozeß von Tisza Eszlar (den Arnold Zweig dramatisiert hat) und wurde immer wieder zitiert, bis Theodor Nöldeke (der jetzt im selben Monat starb) feststellte, daß Rohlings Zitate nicht dem Urtext sondern einem Pamphlet aus dem 17. Jahrhundert entnommen waren. Auf diese Enthüllung hin legte Rohling seine Professur nieder, und seine Schriften wurden auf den Index gesetzt.

**Kurze Chronik** Nach jahrelangen Verhandlungen kam es am 13. Juni zu dem Vertrag zwischen

*Preußen und den Evangelischen Landeskirchen* (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 590 und folgende). Er enthält vor allem eine finanzielle Regelung der Dotation der Kirchen. Der Staat kann aus »staatspolitischen« Gründen gegen die Ernennung der obersten Kirchenbeamten Einspruch erheben. Im Streitfall soll eine besonders zu bestellende Kommission die strittigen Tatsachen feststellen. Bei den Kirchen ist vor der Ernennung theologischer Professoren eine gutachtliche Äußerung einzuholen. ◊ In Holland wurde ein *Kirchlicher Rat für Praktisches Christentum* begründet; Vorsitzender ist der frühere holländische Minister für Wohlfahrt Slotemaker de Bruine. Die Zusammenarbeit zwischen den Kirchen soll in ihm gefördert, Fragen des sozialetischen Lebens und solche, bei denen kirchliche und staatliche Arbeit sich begegnen, sollen behandelt werden. ◊ Von der British and Foreign Bible Society wurden im vorigen Jahr ungefähr 12 Millionen *Bibel-exemplare* in 644 Sprachen vertrieben. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Tätigkeit der Württembergischen Bibelanstalt in Stuttgart wieder aufmerksam gemacht. Sie bringt immer wieder neue Bibelausgaben heraus, die freilich nicht wissenschaftlichen sondern ausschließlich kirchlichen Zwecken dienen, aber mit solcher Liebe hergestellt sind, daß man ihre altertümlich anmutende Art ganz natürlich findet. Das gilt insbesondere von der Rudolf-Schäfer-Bilderbibel, die nicht nur das Alte und das Neue Testament sondern auch die Apo-

kryphen enthält, mit Landkarten versehen und ganz für den Gebrauch in evangelischen Familien zugeschnitten ist. Die Zeichnungen sollen hier nicht auf ihren ästhetischen Wert hin beurteilt werden; Schäfer hatte ja keine künstlerischen Ziele sondern wollte nur, nach dem Geleitwort, »in aller Demut« ein »Herold des Ewigen« sein, das heißt die Worte der Heiligen Schrift durch Bilder verdeutlichen. Es ist ein großes, schweres Buch. Format und Druck fordern dazu heraus sich so recht darin zu vertiefen. So erfüllt es vortrefflich seine Funktion in den Kreisen, für die es bestimmt ist.

◇ Der Pfarrer *Günther Dehn* wurde nach Heidelberg und nach Halle berufen. Er folgte der Aufforderung aus Halle, lehnte die aus Heidelberg ab, nachdem dort die Theologische Fakultät, mit Ausnahme des Neutestamentlers Martin Dibelius, und der Senat gegen ihn Stellung genommen hatten. Den Anlaß bot ein Angriff Gottfried Traubs gegen den Pazifismus Dehns. ◇ Der Pfarrer *Emil Fuchs* in Eisenach geht als Professor für Religionskunde an die Pädagogische Akademie in Kiel. Es sei an seine Predigten eines religiösen Sozialisten erinnert, die 1928 im Druck erschienen /Götha, Leopold Klotz/. Ferner veröffentlichte er Arbeiten über Schleiermacher, Fichte und Schelling, über die Kraft des Sozialismus und über Volksbildung und Lebensgemeinschaft.

**Literatur** Das 1. Heft des 20. Bands der Zeitschrift *Logos* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ bringt eine Arbeit *Leo Schestows* über den Gefesselten Prometheus. In ebenso geistreicher wie leidenschaftlicher Weise kämpft Schestow gegen den Gedanken des Denkgesetzes und des Denksystems. Er sucht einen Durchbruch durch die Denkformen zu erkenntnistranszendenter »Freiheit«. Der Aufsatz, der Hauptgedanken seines Werks *Auf Hiobs Wage* (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 580) zusammenfaßt, ist wichtig durch die leidenschaftliche Antinomik, in der das religiöse Bewußtsein seinen Ausdruck sucht. ◇ Die *Theologische Rundschau* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ brachte in ihrem 2. Jahrgang eine außerordentlich scharfsinnige Abhandlung *Karl Löwiths* über die Grundzüge der Entwicklung der Phänomenologie zur Philosophie und ihr Verhältnis zur protestantischen Theologie. Eine systematische Fortsetzung fand diese Abhandlung in einem Aufsatz *Löwiths* in der Zeitschrift für Theologie und Kirche /Tübingen, J. C. B. Mohr/.

### Hygiene / Lisbeth Berndt

**Grotjahn †** Am 4. September erlag, unerwartet für seine Umgebung, im Alter von 61 Jahren, Alfred Grotjahn einer akuten Verschlimmerung eines Gallenleidens. Er war am 25. November 1869 in Schladden am Harz geboren, war Sohn und Enkel eines Arztes und wollte selbst Arzt werden. In Kiel, Leipzig und Berlin studierte er Medizin, er beschäftigte sich aber gleichzeitig mit soziologischen Studien bei Ferdinand Tönnies in Kiel und mit volkswirtschaftlichen Fragen bei Gustav Schmoller in Berlin. Diese Lehrjahre gaben seinem spätern Wirken die Richtung: Schon damals kristallisierte sich aus seinen Überlegungen für ihn die Notwendigkeit heraus eine Verbindung zwischen Medizin und Sozialwissenschaften zu schaffen. Im Jahr 1896 ließ er sich als Arzt nieder, und er wirkte 20 Jahre lang als *medicus practicus* im Berliner Südosten. In dieser Zeit konnte er tiefe Einblicke in das tägliche Leben des arbeitenden Volkes tun. Erst im Jahr 1912 berief Carl Flügge ihn als Privatdozenten und als Leiter der neugeschaffenen Abteilung für Soziale Hygiene an das Hygienische Institut der Berliner Universität. Von 1915 bis 1920 leitete er die von ihm begründete Sozialhygienische Abteilung am Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin. Endlich erhielt er 1920 eine ordentliche Professur für Sozialhygiene an der Berliner Universität, und damit erreichte er es, daß sein eigentliches Aufbauwerk als ebenbürtiges Fach neben die anderen Disziplinen der Medizin gestellt wurde. Denn es ist das große Verdienst Grotjahns, daß er den Zusammenhängen zwischen Krankheit und sozialer Lage nachging, daß er die sozialen Krankheitsursachen in den Vordergrund der Betrachtung rückte und das Gebiet der Hygiene ungeheuer erweiterte.

Die literarische Arbeit Grotjahns war ungemein fruchtbar. Zu seinen Hauptwerken (von denen er die meisten neben der Ausübung seiner Tätigkeit als praktischer Arzt schrieb) gehören *Alkoholismus nach Wesen, Wirkung und Verbreitung* /1898/, *Wandlungen in der Volksernährung* /1902/, *Alkohol und Arbeitsstätte* /1903/, *Soziale Hygiene und Entartungsproblem* /1904/, *Krankenhauswesen und Heilstättenbewegung im Lichte der Sozialen Hygiene* /1908/, *Geburtenrückgang und Geburtenregelung im Lichte der Sozialen Hygiene* /1914/, *Die Hygiene der menschlichen Fortpflanzung* /1926/; dann

das mit Ignaz Kaup zusammen herausgegebene Handwörterbuch der Medizin und die 1912 veröffentlichte Soziale Pathologie, ein Werk, das heute bereits in 3. Auflage vorliegt. Einen starken Einfluß übte Grotjahn als Lehrer auf Studierende und Ärzte aus. Seine Wirkung ging nicht nur von der Materie aus, die er lehrte, sondern von der Art, wie er es tat. Er hat einen großen Kreis von Schülern um sich gesammelt, von denen ihm die meisten treu blieben, obgleich er, besonders in der letzten Zeit, seine Forderungen immer dogmatischer und unnachgiebiger vertrat, die Sozialhygiene immer mehr als Zentralisationspunkt der Medizin angesehen wissen wollte und den Kontakt mit dem rein Menschlichen mehr und mehr verlor. Der großen Öffentlichkeit wurde er besonders durch seine "Fortpflanzungsregel" bekannt: Zur Bestandhaltung der Volkszahl ist die Aufzucht von mindestens 3 Kindern in jeder fruchtbaren Ehe über das 5. Lebensjahr hinaus notwendig. Weniger begründet, ja bedauerlich war seine Stellung zum Abtreibungsparagraphen; er war für dessen Beibehaltung, allerdings bei weitgehender Strafmilderung. Seit seiner Studienzeit war Grotjahn Sozialist. Er stand den Mitgliedern des sozialistischen Studentenvereins nahe, der damals im geheimen in Berlin bestand und sich dann um den 1895 begründeten Sozialistischen Akademiker (den Vorläufer der Sozialistischen Monatshefte) konzentrierte. Nach dem Krieg vertrat er 4 Jahre lang, von 1920 bis 1924, die Sozialdemokratische Partei als Abgeordneter im Reichstag. Grotjahn war einer derjenigen, die ihr Lebensziel von Anfang an klar erkennen und diesem Ziel unbeirrt entgegenstreben.

Epstein † In München, wo er seit 1894 als Arzt lebte und wirkte, starb am 13. September Mieczyslaw Epstein, kurz vor Vollendung seines 64. Lebensjahrs. Er war von Jugend auf ein überzeugter Sozialist, der Sozialismus war ihm Herzenssache und Weltanschauung, und diese führte ihn dazu Probleme der Sozialen Hygiene zu studieren, deren Umsetzung in die praktische Wirklichkeit zum Wohl der Arbeiterklasse er in bewundernswerter Schaffenskraft und nie ermüdender Tätigkeit zu seiner eigentlichen Lebensarbeit machte. In vielen Vorträgen, Artikeln und größeren Monographien behandelte er immer wieder Fragen dieses Gebiets, die Zusammenhänge zwischen Arbeitsform, Arbeitsdauer und Krank-

heitsentstehung, so die Erwerbstätigkeit der Frau und ihre gesundheitliche Bedeutung, die Gewerbehygiene als Aufgabe der Krankenkassen, die Krankheiten der Bäcker und Schneider, den Arbeiterschutz mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene, den Einfluß der Berufsarbeit auf die Entwicklung der Lehrlinge; bis zuletzt beschäftigte er sich mit der Frage des Einflusses der Arbeiterbewegung auf die Entwicklung der Sozialen Hygiene. Er war Mitarbeiter an dem Weylschen Handbuch der Arbeiterkrankheiten und an der von Zadek herausgegebenen Arbeitergesundheitsbibliothek. Er begründete in München die Kommission für Soziale Hygiene, auf deren Betreiben die Entstehung der Zentrale für Säuglingsfürsorge und die Schaffung der Stelle eines Landesgewerbearztes zurückzuführen sind. Durch seine Initiative und anspornende Tätigkeit gelang die Bildung der Münchener Arbeitersamariterkolonne. Schon früh vertrat er die Forderung des Achtstundentags und der Freien Arztwahl, in letzter Zeit verfocht er auch den Gedanken der Sozialisierung der Heilkunde. Als Student in Berlin hatte sich Epstein mit Alfred Blaschko und Ignaz Zadek (die beide nun auch tot sind) sowie anderen Gleichgesinnten zusammengetan, um sich im Sozialismus zu vertiefen und auch die besondere Aufgabe der Akademiker in der Bewegung herauszuarbeiten. Das führte ihn dann auch zu dem oben genannten illegalen sozialistischen Studentenverein, der 1892 in Berlin gegründet wurde. Er nahm mit Eifer an dessen Debatten teil, und seine warme Menschlichkeit, die überhaupt den hervorstechenden Charakterzug an ihm bildete, bewirkte es, daß, obgleich er nur kurze Zeit dabilieb und bald von Berlin wegzog, er von denen, die damals diese Vereinigung bildeten, nie mehr vergessen wurde. Von München aus wirkte und schrieb er dann für den Sozialistischen Akademiker, der 1895 zu erscheinen begann, später ebenso für die Sozialistischen Monatshefte; und wenn seine Mitarbeit auch nur gering sein konnte, so war sie doch wertvoll, und stets blieb Epstein ein treuer Freund der Zeitschrift. In München gründete er zusammen mit anderen eine Ortsgruppe des Vereins Sozialistischer Ärzte.

Die Trauer um seinen Tod war in der Münchener Arbeiterschaft allgemein; man wird ihn dort noch lange vermissen. Aber auch in Berlin werden diejenigen, die ihn gekannt haben, ihm ein dauerndes Gedenken bewahren.

**Abtreibung** Je länger die endgültige Lösung der Frage des § 218 des Strafgesetzbuchs,

ob Streichung, Milderung oder Beibehaltung, hinausgezögert wird, um so mehr wächst die Zahl der Schriften, die sich mit diesem für das Einzelindividuum und für die Gesamtheit so lebenswichtigen Problem befassen. Emil Höllein hat die 3. und verbesserte Auflage seines Buchs Gebärzwang und kein Ende /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/ nicht mehr erlebt. Dieses Buch sollte bei seinem ersten Erscheinen im Jahr 1927 unter dem Titel Gegen den Gebärzwang auf Veranlassung des Bayrischen Landesjugendamts München in die Reihe der Schmutz- und Schundschriften aufgenommen werden. Doch sowohl die Prüfstelle Berlin als auch die Oberprüfstelle Leipzig lehnten diesen Antrag ab. Höllein gliedert sein Buch in 3 Teile und einen Anhang, der sich begrüßenswerterweise mit der geschlechtlichen Aufklärung der Kinder beschäftigt. Der 2. Teil behandelt, vielleicht etwas zu ausführlich, die Anatomie, Biologie, Physiologie der menschlichen Fortpflanzung und die verschiedenen Empfängnisverhütungsmethoden. Im 3. Teil wird über den künstlichen Abort und die Stellung des deutschen Strafgesetzbuchs dazu gesprochen. Der 1., wertvollste Teil gibt an der Hand von ausführlichen, weitestgehenden Statistiken ein sehr eindrucksvolles und erschütterndes Bild von dem Elend der wirtschaftlich schlechtgestellten kinderreichen Familien, denen gegenüber Staat und Gesellschaft wohl Forderungen stellen, aber die dringendsten Pflichten nicht erfüllen können. Auf Grund seiner Überzeugung und der Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeit fordert Höllein Gebärfreiheit und damit Streichung des § 218, aber weitestgehende Verbreitung und Benutzung der hygienisch einwandfreien Vorbeugungsmittel. Selbst wenn man mit der Ideologie des Verfassers nicht übereinstimmt, auch nicht mit manchen seiner Schlußfolgerungen, die er aus dem zusammengestellten Material zieht, so kann man sich doch der Berechtigung vieler seiner Forderungen nicht entziehen und muß den sittlichen Wert des Buchs anerkennen, das aus wirklichem Mitgefühl und helfen wollen dem Verständnis für das arbeitende Volk heraus geschrieben ist.

Zur selben Schlußfolgerung wie Höllein kommt Käte Frankenthal in ihrer Broschüre § 218 streichen — nicht ändern! /Berlin, E. Laub/. Sie stellt sich damit, so führt sie aus, in bewußten Gegen-

satz zu der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die ihren Antrag aus dem Jahr 1929 auf Streichung des Paragraphen fallengelassen hat und einen weniger weitgehenden Antrag auf Neuformulierung der §§ 253 und 254 des neuen Strafgesetzbuchs zur Vorlage für die Herbstsession des Reichstags in Vorbereitung gebracht hat. Nach gewissenhaftester Prüfung des Für und Wider kann sich Frankenthal zu keinem Kompromiß in irgendeiner Form entschließen. Dagegen stellt sie in den Vordergrund die Forderung des Rechts auf Mutterschaft für jede Frau, verheiratet oder unverheiratet, die Fürsorge für Schwangere und Kind, den Kampf gegen den Pfluschabort in jeder Form und besonders den Kampf gegen den § 184, der die Volksaufklärung über Verhütung ungewollter Schwangerschaft hindert.

In der Schrift Mutter oder Embryo? /Berlin, Carl Heymann/ bespricht der Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin Julius Wolf kurz, aber eindringlich das Wesentlichste, was zu dieser Frage gesagt werden kann. Auf Grund eines geschichtlichen Überblicks kommt der angesehene Nationalökonom zu der Einsicht, »daß auch nicht die Rede davon sein kann, daß die Bestrafung der Abtreibung im deutschen Volks- und Rechtsempfinden wurzelt. Es liegt nicht die geringste Übertreibung in der Feststellung, daß sie von Kirche und Staat künstlich in das selbe hineingetragen worden ist.« Angesichts der bekannten und schon oft zitierten Zahlen: »von den über 1 Million abtreibenden Frauen werden nicht mehr als 3000 bis 5000 dem Strafrichter überliefert«, spricht Wolf von einem solchen Bankrott der Strafrechtspflege, wie er sonst nirgends in der Kriminalistik zu verzeichnen ist. »So ist es denn nicht zu irraß, wenn ich sage, daß die Rechtsübung in dieser Materie der ethischen Forderung, das heißt dem Rechtsempfinden, ins Gesicht schlägt und dazu verhilft die Krise der Rechtspflege zu verschärfen, in der wir heute stehen.« Nach Prüfung auch anderer Nachteile des Paragraphen kommt Julius Wolf zu seinem Antrag auf dessen Änderung, derart, daß unbefugte Unterbrechung der Schwangerschaft und Beihilfe dazu bestraft werden sollen. »Dem in den ersten 3 Monaten der Schwangerschaft zu stellenden Antrag der Schwangeren ist jedoch stattzugeben: a) bei reduzierter Gebärfähigkeit und eugenisch unerwünschtem Nachwuchs, b) bei wirtschaftlicher Bedrängnis.«



Sehr zu begrüßen ist die Aussprache, die der Herausgeber der Kommenden Gemeinde, I. W. Hauer, im Anschluß an den Stuttgarter Ärzteprozeß von Friedrich Wolf und Martha Kienle angeregt hat, und deren Ergebnisse er in dem 1. Beiheft der Kommenden Gemeinde Der Freie Dienst /Leipzig, C. L. Hirschfeld/ veröffentlicht hat. Hier sollten »verantwortungsbewußte Männer und Frauen der verschiedensten Bereiche zu freiem Wort kommen. Daß sie sich in einem Heft vereinigen, ist ein Beweis dafür, daß bei gutem Willen ein gemeinsames Ringen um das Richtige in unserm Volk noch möglich ist.« Für eine glatte Streichung des Paragraphen werden kaum Stimmen laut. Frank Thieß weist mit starken Worten, ähnlich wie es Höllein tut, darauf hin, daß »das Grundrecht der Menschen Kinder in die Welt zu setzen, welche sich redlich nähren können, praktisch unausübbar geworden ist . . . Solange dem Staate die finanziellen und Machtmittel fehlen seine Söhne und Töchter zu erziehen oder ihnen Arbeit und Land anzuweisen, aus dem sie sich kraft eigener Befähigung ernähren können, ist die Postulierung des Gebärzwanges nicht nur eine Ungerechtigkeit sondern mit einer unaufhörlichen Vergiftung des eignen kulturellen Körpers identisch.« Vilma Kopp erklärt in ihren warmherzigen und verständnisvollen Ausführungen, daß, trotz allen Bedenken, die sie hat, sie jene Auffassung versteht, die von der Beibehaltung der Strafbestimmung mehr Schaden als Nutzen erwartet. Einen ganz entgegengesetzten Standpunkt vertritt Nikolaus Ehlen auf Grund seiner religiösen Überzeugung und Weltanschauung. »Die katholische Kirche im besonderen, die dem Gewissen des Menschen in der Notwehr die praktische Entscheidung über sein Verhalten überläßt, verwirft grade aus Ehrfurcht vor der überzeitlich-räumlichen Wirklichkeit des Menschen und aus Gehorsam gegen das Geheimnis des Schöpfers ganz eindeutig und klar die Tötung des keimenden Lebens . . . Die Abtreibung ist eine unmögliche Sache. Keine Not macht sie statthaft.« Sehr strenge Forderungen stellt Gisela Mauermayer-Schmidt. Sie will zwar, daß die Frau, an der ein Eingriff vorgenommen wird, straffrei bleibe, daß aber der Mann oder Geliebte, der die Frau entweder zu dem Schritt veranlaßt oder mindestens nicht davon zurückhält, schwer bestraft werde. »Am schwersten aber sind zu bestrafen die Ärzte, Hebammen, Barbieri usw., die

den Eingriff vornehmen. Und zwar nach dem Grundsatz "Noblesse oblige" am schwersten die Ärzte (mit Zuchthaus und Entzug der Approbation), dann die beiden anderen Kategorieen.« Denn »wenn der Ärztestand einmal auf der Stufe der Entartung ankommt, daß eine größere Zahl seiner Vertreter um schnödes Gold ihre heiligste Berufspflicht: Dienst am Leben, Rettung von Leben, verraten, dann sind wir ein armseliges Volk geworden«. Diese Begründung würdigt den ganzen Ärztestand um einer ganz geringen Zahl ihrer am wenigsten wertvollen Mitglieder willen herab. Ein Anhänger des § 218 in seiner jetzigen Form ist Johannes Müller, der darin »das letzte Bo'lwerk gegen die Seuche völkischen Selbstmords« sieht. Aus seinen Äußerungen spricht ein absolutes Nichtverstehen oder Mißverstehen des gegensätzlichen Standpunkts, den er mit dem Odium des Egoismus, der persönlichen Willkür, der individualistischen selbstischen Wünsche belegt. Von den Mitarbeitern des interessanten Buchs, in dem sehr viel Wertvolles und Verständnisvolles über die zur Diskussion stehende Frage geschrieben ist setzt sich eine große Zahl ein für eine Beibehaltung des Strafparagraphen in geänderter und zum Teil sehr abgemilderter Form; Freigabe des Aborts innerhalb der ersten 3 Monate der Schwangerschaft bei Vornahme der Unterbrechung durch einen approbierten Arzt, eventuell nach einem Konsilium mehrerer Ärzte und in eigens dazu bestimmten Kliniken; mehr oder weniger großzügige Erweiterung der Indikationen auf das sozialmedizinische, soziale, eugenische Gebiet, bei Jugendlichen, Notzucht, Inzest; Herabsetzung der Strafe und des Strafmaßes; dabei natürlich strenge Bestrafung des Puschaborts. Von üen vielen Gründen, die als notwendig für die Beibehaltung des Paragraphen in irgendeiner Form angegeben werden, ist sicherlich einer der stichhaltigsten der, daß die Strafbestimmung der Frau einen nicht zu unterschätzenden Schutz und Rückhalt gegenüber der sonst frei waltenden Willkür des Mannes gibt. Einheitlichkeit der Anschauungen besteht allgemein darüber, daß der Abort als solcher nach Möglichkeit verhindert und überflüssig gemacht werden sollte. Denn für die Frau ist er in biologischer und seelischer Beziehung immer ein schwerwiegender Eingriff. Die ganz rigorose Auffassung; daß man überhaupt nicht unterbrechen dürfe und enthaltsam leben solle, steht kaum mehr zur Diskus-

sion, Von den ideellen Forderungen des »liebervollen Umbaus der Lebensbedingungen«, der »ehrlichen Entschlußbereitschaft zu einem neuen sittlichen Leben«, wie es Hermann Muckermann ausdrückt, der rücksichts- und verständnisvolleren Haltung des Mannes gegenüber der Frau kann man wohl vorläufig noch weniger Hilfe erwarten als von anderen Mitteln: Wohnheimstättengesetzen, Elternschaftsversicherung, weitgehenden Steuererleichterungen für kinderreiche Familien, Ausbau der Mutterschaftsfürsorge, der Eheberatungsstellen, Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern, und besonders dem auch von Frankenthal geforderten Kampf gegen den § 184 und für die Anwendung zweckmäßiger und geeigneter Präventivmittel.

Je mehr man mit der realen Wirklichkeit des täglichen Lebens in Berührung kommt, je mehr man sich auch in die Literatur über den § 218 vertieft, um so mehr drängt sich einem die Frage auf, ob alle Gründe, die für die Beibehaltung des Paragraphen, selbst in seiner abgemildertsten Form, sprechen, einen tiefinnersten Nachteil rechtfertigen können. Besteht hier überhaupt die Berechtigung zu strafen? Es ist eine religiöse, sittliche Überzeugung, die abgeurteilt wird. Darin kann aber nicht ein Mensch über den andern zu Gericht sitzen und noch dazu eine Strafnorm aufstellen, die jeden nach gleichem Maß richtet. Dem Gesetzgeber und Richter wird hier mehr zugemutet als er zu leisten imstande ist.

#### Arzt und Politik

Die wirtschaftliche Notlage der letzten Monate in Deutschland konnte nicht ohne Einfluß auch auf das wissenschaftliche Leben bleiben. Eine Reihe von medizinischen Tagungen und Kongressen, die für den Herbst in Aussicht genommen war, wurde abgesagt, die Teilnahme an internationalen Kongressen, zum Beispiel dem Zahnärztekongreß in Paris oder dem Radiologenkongreß in Paris, wurde auf nur wenige Delegierte beschränkt. Solche Notmaßnahmen waren unumgänglich. Was soll man aber zu jener Verquickung mit polemischer Tendenzpolitik sagen, die geeignet ist die endlich wieder angebahnten Beziehungen zwischen der deutschen und der internationalen Wissenschaft zu stören? Im Annoncenteil der Ärztlichen Mitteilungen vom 25. Juli 1931 las man eine, über die ganze Seite gehende »Erklärung der Elektrizitätsgesellschaft Sanitas Berlin«; sie »betrifft Röntgenkongreß und Ausstellung Paris«. In dieser Erklärung teilt

die Sanitas ihren Entschluß mit ihre »schon damals nur mit Widerwillen gegebene Zusage zur Beteiligung an der Ausstellung« nicht aufrechtzuerhalten: »In dieser Stunde nach Paris zu gehen, wo Frankreich das militärisch, politisch und wirtschaftlich wehrlose Deutschland mit Füßen tritt, halten wir als deutsche Industriefirma mit unseren Gefühlen für unvereinbar. Wir haben unsere Wagons, die heute bereits über die französische Grenze rollen, soeben telegraphisch zurückgerufen und sagen es jedem, der es wissen will, daß wir als eine der ältesten deutschen Röntgenfabriken dieser Ausstellung, in der wir mit an erster Stelle stehen sollten, demonstrativ fernbleiben.« Es ist sehr zu bedauern, daß die Ärztlichen Mitteilungen, das Organ des Hartmannbunds, der größten Standesvereinigung der Ärzte Deutschlands, eine Anzeige aufgenommen haben, die ein solches Maß politischer Unwissenheit zeigt, von der Anmaßung und Taktlosigkeit ganz zu schweigen. Denn es sollte auch nicht einmal der Schein erweckt werden, als ob Vertreter deutscher Wissenschaft einer Entfremdungspolitik zustimmen, in einer Zeit, wo alles darauf ankommt den Verständigungswillen in Frankreich und Deutschland zu stärken. Soll die deutsche Wissenschaft 1931 wieder bloßgestellt werden wie 1914 durch die berichtigte Erklärung der Dreiundneunzig? Erfreulicherweise ist jene Kundgebung der Sanitas nicht ohne Erwidern aus ärztlichen Kreisen geblieben. Der Vorstand der Deutschen Röntgengesellschaft, auf den sich die Sanitas beruft, erklärte, daß die Deutsche Röntgengesellschaft den Ausführungen der Sanitasgesellschaft vollkommen fernstehe und eine derartige Auffassung, die die politischen Ereignisse mit der wissenschaftlichen Arbeit verquickte, weit ablehnen müsse. Das ist allerdings viel zu milde ausgedrückt. Immerhin, die Deutsche Röntgengesellschaft rückt von jenem falschen Nationalismus ab (freilich nur formal, in der Sache allzu neutral).

Veranstaltungen Der 43. Kongreß für Innere Medizin fand unter dem Vorsitz Gustav von Bergmanns vom 13. bis zum 16. April in Wiesbaden statt. Das erste Hauptthema behandelte das interessante Problem der Neuroregulation. Kurt Goldstein führte in seinem Referat aus, auf Grund neuerer Versuche habe sich die Ansicht als unrichtig herausgestellt, daß die gegensätzliche antagonistische Beeinflussung

sung der beiden nervösen Regulatoren Sympathikus und Parasympathikus als Regulatoren vegetativer Leistungen dienen; man müsse vielmehr von »einem Kreislauf vegetativer Steuerung, in dem kein Ende ist«, sprechen. Auch die bisherige Reflextheorie, nach der die Reflexe die Grundvorgänge sind, aus denen sich das Geschehen im Organismus aufbaut, lehnt er, besonders auf Grund von Studien an Hirnverletzten, als falsch ab; auch die Reflexe können erst durch den Zusammenhang mit dem Gesamtgeschehen verständlich werden. Goldstein ging dann auf die Frage nach dem Wesen des Gesamtorganismus ein, dem Kernpunkt aller biologischen Erkenntnis, die Frage, wie aus den Einzelercheinungen das Bild vom Ganzen entsteht. Der normale Organismus ist in einem mittlern Gleichgewichtszustand, in dem sich alle Vorgänge um relativ konstante Mittelwerte gruppieren. Gesundheit ist geordneter Zustand, geordnetes Verhalten der Konstanten, Krankheit ist nicht Abweichung von der Norm sondern ungeordnetes Verhalten. Schon normale Reize können zu "Katastrophenreaktionen" mit der Unfähigkeit zu geordneten Leistungen führen. Wichtig ist nun, daß dem veränderten Wesen durch Auseinandersetzung mit der Umwelt ein adäquates Milieu, sowohl durch medikamentöse Darreichungen als auch durch Verordnungen über Lebensweise usw., wiedergeschaffen, und der mittlere konstante Gleichgewichtszustand wiederhergestellt wird. Die Pflicht des Arztes muß es sein dem Kranken das Milieu zu schaffen, in dem er trotz irgendeinem Defekt wieder ein geordnetes Verhalten der Konstanten hat. Zu dem Thema der Neuroregulation hielt dann noch Viktor von Weizsäcker einen bedeutenden Vortrag, in dem er zum Schluß die Lehre von den Funktionsstrukturen aufstellte: Das Regulationsproblem ist nur funktionsanalytisch, nicht lokalistisch lösbar. Am 2. Tag des Kongresses wurde das Cholesterinproblem, am 3. die Angina pectoris behandelt.

Die 22. Tagung der *Deutschen Gynäkologischen Gesellschaft* fand vom 26. bis zum 30. Mai in Frankfurt statt. Ein weit über die Grenze des fachgynäkologischen Gebiets hinausgehendes Interesse erweckte die Erörterung des 2. Hauptthemas: Sterilisierung und Konzeptionsverhütung. Das Hauptreferat dazu hielt Ludwig Fraenkel /Breslau/. Er führte unter anderm aus, daß bei der eventuellen Sterilisierung Schwachsinniger die Zustimmung (wenigstens nicht die Ablehnung) des Vormunds respektive Vor-

mundschaftsgerichts und das Konsilium von 2 Ärzten notwendig sein müsse, von denen der eine ein Psychiater sein soll. Zwangs- und Strafterilisierung seien abzulehnen, ebenso Zwangskastration; Strafkastriation (besser Schutzkastriation) sei erwägenswert. Die Frage der Konzeptionsverhütung behandelte Fraenkel in methodischer Beziehung (er warnte vor allen intrauterinen Schutzmaßnahmen als zu gefahrbringend), erörterte die rechtlichen Grundlagen und sprach über die sozialen Einrichtungen zum Zweck der Schwangerschaftsverhütung, die in manchen anderen Ländern schon bedeutend besser ausgebaut sind als in Deutschland. So bestehen in England viele Birth Control Clinics, die jedem, der sie aufsucht, unentgeltlich Rat erteilen; in den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Zahl der Verhütungskliniken von 1 im Jahr 1923 auf 21 in der Jetztzeit gestiegen. Zu dem Thema waren außer dem Hauptreferat noch 17 Vorträge angemeldet, an der Diskussion beteiligten sich 25 Redner. Zu einer einheitlichen Auffassung gelangten die Redner nicht, auch richtunggebende Grundsätze wurden nicht aufgestellt. Trotzdem bleibt ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis: Eine Frage, die heute im Brennpunkt des Interesses so vieler Menschen steht, ist endlich einmal auch in aller Öffentlichkeit vor dem Forum der Gynäkologen sachlich besprochen, ein fühlbarer Kontakt zwischen der täglichen Lebensnot und der Arbeit der Wissenschaft ist hergestellt worden.

#### Totenliste

Am 7. Januar machte *Richard Hornung* im Alter von 38 Jahren seinem Leben freiwillig ein Ende. Seit dem Jahr 1919 war er Assistent Walter Stoeckels, zuerst in Kiel, dann in Leipzig, wo er sich habilitierte, zuletzt in Berlin. Dort wurde er stellvertretender Direktor der Universitätsfrauenklinik, und er erhielt ein Extraordinariat an der Universität. Er veröffentlichte wertvolle Untersuchungen über die Frage des Wochenbettfiebers. In der letzten Zeit wandte er sein Interesse auch der Sportmedizin zu, über die er besondere Vorlesungen hielt. Am 22. Januar starb der Direktor der Innern Abteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses in Berlin *Leopold Kuttner*, in seinem 65. Lebensjahr. Sein Spezialgebiet, auf dem er nicht nur als Wissenschaftler sondern auch als Arzt Großes geleistet hat, waren die Erkrankungen des Magens und Darms und hier besonders die Grenzgebiete zwischen der Chirurgie und der Innern Medizin.

Am 4. Februar starb in Berlin, im Alter von 46 Jahren, *Paul Trendelenburg*, nachdem er nur wenige Jahre erst auf dem Lehrstuhl der Pharmakologie in Berlin gewirkt hatte. In seinen Arbeiten nahm er zu den verschiedensten Fragen der Pharmakologie und Physiologie Stellung. Ein großes Werk schrieb er über die Hormone, ein anderes über die Grundlagen der Arzneiverordnungen.

Im April starb in Washington, 81 Jahre alt, der Deutschamerikaner *Georg Kober*, einer der am höchsten geschätzten Wohlfahrtsärzte Amerikas. Er stiftete das Koberstipendium für besondere Leistungen auf dem Gebiet der Tuberkulose, deren Erforschung und Bekämpfung er sich selbst als Lebensziel gesetzt hatte.

Im Alter von 65 Jahren starb in Moskau am 28. April *Sergej Golowin*, früher Ordinarius für Augenheilkunde in Odessa, zuletzt Direktor der Augenpoliklinik an der 1. Moskauer Universität. Er war einer der bedeutendsten Ophthalmologen Rußlands. Besonders bekannt war seine Arbeit über die Blindheit in Rußland.

Am 12. Mai starb, 81 Jahre alt, der frühere langjährige Direktor der Breslauer Frauenklinik *Otto Küstner*, einer der bedeutendsten Gynäkologen seiner Zeit. Er hat eine größere Anzahl neuer Operationsmethoden angegeben, zahlreiche Arbeiten über die verschiedensten Bereiche der Frauenheilkunde veröffentlicht; mit am bekanntesten ist sein Lehrbuch der Gynäkologie.

**Kurze Chronik** Von der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin wurden folgende *Preisaufgaben* gestellt: 1. »Die Rolle der Leber bei den allergischen Reaktionen.« 2. »Die Geschichte der Medizinischen Fakultät der Friedrich-Wilhelm-Universität bis zur Begründung des Kaiserreichs.«  $\diamond$  Die Ursachen des *Geburtenrückgangs* lautete der Titel eines Preisausschreibens des Carnegieinstituts. Den 1. Preis erhielt Roderich von Ungern-Sternberg für seine Arbeit über die Ursachen des *Geburtenrückgangs* im europäischen Kulturkreis.  $\diamond$  Nach Mitteilungen der Hygieneabteilung des Völkerbunds in Genf über die *Typhuserkrankungen* in den Jahren 1929-1930 sind die Erkrankungen mit tödlichem Ausgang besonders in den europäischen Ländern seit dem Krieg erheblich zurückgegangen, was auf die Besserung der Trinkwasserversorgung und auf die Impfungen zurückgeführt wird. Auf 100 000 Einwohner kommen im Jahr 1929-1930 in Deutschland 1,0 (vor dem Krieg 3,7), in Eng-

land 0,9 (5,0), in Schweden 0,9 (3,7) und in Spanien 19,4 (23,6).  $\diamond$  Die Union Nationale des Associations de Tourisme hat in Frankreich einen ärztlichen *Hilfsdienst auf den Straßen* eingerichtet, der besonders bei Automobilunfällen die erste Hilfe leisten soll.  $\diamond$  Julius Rosenwald aus Chicago stiftete der Stadt Berlin 1 Million Dollars zum Bau einer *Zahnklinik für Kinder* im Alter von 3 bis 16 Jahren; sie wird auf dem Gelände des Rudolf-Virchow-Krankenhauses erbaut werden.  $\diamond$  Als Nachfolger Leopold Kuttners wurde *Leo Lichtwitz* zum Direktor der Innern Abteilung des Städtischen Rudolf-Virchow-Krankenhauses in Berlin gewählt. Er hat zahlreiche Arbeiten und größere Werke veröffentlicht, unter anderem über krankhafte Störungen der inneren Sekretion, über Stoffwechselkrankheiten, über Bildung der Harn- und Gallensteine, über Forschungsergebnisse aus dem Gebiet der Physiologischen und Pathologischen Chemie. Seine Praxis der Nierenkrankheiten ist bereits in mehreren Auflagen erschienen. Zuletzt wirkte er als Direktor der Innern Abteilung an dem Städtischen Krankenhaus in Altona.

#### Literatur

Das Süddeutsche Verlagshaus in Stuttgart veröffentlicht schon seit längerer Zeit eine Reihe medizinischer und hygienischer Schriften. Innerhalb dieser Reihe erschien von *Friedrich Wolf* Der schwache Punkt der Frau: die wichtigsten Frauenleiden, ihr Wesen, ihre Verhütung, ihre Behandlung, die Frau im Daseinskampf gesund-künftig-schön. Der Verfasser bespricht kurz die normale Anatomie und die biologischen Vorgänge des weiblichen Organismus und die häufigsten Frauenkrankheiten. Er deckt die Schäden auf, die besonders den vielen berufstätigen Frauen (im Jahr 1927 schon 11,5 Millionen) drohen, und die bei nicht frühzeitiger und richtiger Behandlung zu schweren und chronischen Leiden führen können. Als Gegengewicht gegen die unnatürliche, aufgezwungene Lebensweise und als Vorbeugung gegen Krankheiten, empfiehlt er richtig angewandte Hygiene, Waschungen, Bäder, Massage, planmäßige Gymnastik und eine bestimmte Ernährungsweise. Ob diese letzte, die aus vegetarischer, gewürzarmen, salzarmen, zum großen Teil auch roher Kost besteht, wirklich den durchgreifenden prophylaktischen und therapeutischen Erfolg hat, den der Verfasser ihr zuschreibt, ist bisher wohl weder durch die Wissenschaft noch durch die Praxis erwiesen.

## KUNST

## Vortragskunst / Felix Stössinger

Tonfilmpropa-  
ganda

Der erste russische Tonfilm,  
*Der Weg ins Leben*, gleicht  
in jeder Hinsicht dem, was

wir in den letzten Jahren an russischer Filmkunst kennengelernt haben. Wo diese Filmkunst groß ist, schöpft sie aus den selben Kräften des russischen Lebens, aus denen Theater, Oper, Tanz, Dichtung entstanden. Aber sie zeigt den Bruch im Schaffen durch einen vorgeschriebenen Inhalt. Von allen russischen Filmen war keiner stärker als Eisensteins Potemkin, weil er eine herrliche revolutionäre Aktion nur ihren eignen Kräften gemäß darstellte. In die Potemkinaktion den Bolschewismus hineinzubringen wäre auch lächerlich genug gewesen, denn zur Zeit des Odessaer Aufstands waren die Bolschewisten eine bloße Gruppe der russischen Sozialdemokratie, die außerdem diesen Matrosenaufstand, von dem sie später durch den Film gründlich profitierte, rundweg abgelehnt hatte. Die Einführung bolschewistischer Tendenzen in den russischen Film zwingt die Handlung zu kleinbürgerlichen Sentimentalitäten, zu Schwarz-Weiß-Kontrasten der seelischen Darstellung, wie sie auch im ältesten Schmöcker und im teuersten Hollywoodfilm nicht lebensfremder ist. Ganz genau so ist es aber nun auch mit dem Film *Der Weg ins Leben*. Aus der gewaltigen Tragödie der Besprisornje, der verwahrlosten Kinder, ist ein Zigeunerfilm geworden, der dort, wo schauerliche Realitäten zugrunde liegen, humoristische Lichter aufsetzt, und dort, wo der Bolschewismus am gründlichsten gescheitert ist, eine hinreißende Idee, die der Freiheit und des Selbstschaffens, vorsteckt, die dem Bolschewismus wesensfremd ist, und die er daher auch niemals nennenswert anwenden konnte. Der Film beginnt mit einem Vorspruch des Regisseurs Nikolaj Ekk, der den Hörern mit Bonhomie versichert, daß die verwahrlosten Kinder als »Erbe des Krieges und Bürgerkriegs« anzusehen sind und es ihrer »einige Tausend gab«. Im Nachspruch versichert er, daß sein Film eine historische Darstellung ist, die vor Jahren eine Reportage gewesen wäre. Diese Mitteilungen nimmt das Publikum gutgläubig auf, und der übliche Kreis von intellektuellen Ignoranten setzt sich solchen Veranstaltungen als Ehrenkomitee an die Spitze. Es ist von bolschewistischer Seite wiederholt zugegeben worden, daß die Zahl der ver-

wahrlosten Kinder nicht »einige Tausend« beträgt sondern zwischen 7 und 9 Millionen. Selbst Lenins Witwe, Krupskaja, hat ihrer Partei ins Gewissen gerufen, daß nicht die Vergangenheit, sondern die Gegenwart das Verwahrlostentum produziere. Von einer Liquidation der Verwahrlosten ist selbstverständlich keine Rede. Als es ihrer schon Millionen gab, wurde ihre Existenz überhaupt bestritten. Ihre Liquidation wird seit mindestens 5 Jahren angekündigt, aber immer wieder, zuletzt im März dieses Jahres, von der russischen Presse gefordert. Verschwunden sind diese Kinder zum Teil dadurch aus dem russischen Leben, daß sie selbst den Kinderschuhen entwachsen. Was bis 1928 zur 9-Millionen-Armee der verwahrlosten Kinder zählte, gehört heute zur 100-Millionen-Armee der verwahrlosten Erwachsenen, kann also nicht gesondert registriert werden. Daß heute noch einige Hunderttausend Kinder in diesem Zustand existieren, das heißt also seit 1929 vom System neu produziert worden sind, ergibt sich aus dem Eifer, mit dem die bolschewistische Presse die Liquidation teils behauptet teils fordert. Unter allen Versuchen der Regierung der verwahrlosten Kinder Herr zu werden spielen jedenfalls die freihheitlichen Werkkolonien, die dieser Film verherrlicht, die allergeringste, unwesentlichste Rolle. Für das Gipfeljahr 1927 wird offiziell die Zahl der Werkkolonien (großsprecherisch meist Kommunen genannt) auf 594 mit 43 223 Kindern angegeben. Danach haben diese Kolonien also, die Wahrheit dieser Angabe vorausgesetzt, nur 5% der Kinder erfaßt. Die Idee die Kinder in völliger Freiheit zur Arbeit zu erziehen ist aber nachweisbar überhaupt nur in ganz wenigen Kommunen, die ungestört vom Funktionärregime Privatinitiative entwickelten, realisiert worden. So sollen eine Kinderkommune in Pjatigorsk und eine landwirtschaftliche Kolonie bei Moskau nach diesem System gearbeitet haben. Der Film tut aber so, als ob es sich hier schlechthin um das Prinzip handelte, nach dem einige Tausend Kinder gerettet wurden, also alle. Die filmische Darstellung macht aus den Besprisornje eine relativ harmlose Zigeunerhorde. Sie akzentuiert das Starke, das in den Kindern selbstverständlich steckt, sentimental, heroisiert die Kinder durch Kontrastierung zweier Truppen, von denen die eine nur stehen, die andere nur schaffen will. Sie zeigt die Ursprünge des Besprisornitums

an einem Einzelfall (trunksüchtiger Vater), der mit den wirklichen Ursachen nichts zu tun hat. Sie stellt ferner eine Truppe zusammen, die mehr pittoresk als realistisch ist. Im Verhältnis zur Wirklichkeit sind die Besprisonne dieses Films Salontirler. Die Abbiegungen der Handlung in eine sentimentale Aufbauromantik sind zahllos. Aus dem Singen, Schreien, Handeln der Kinder ergeben sich zahlreiche Tonbildungen. Motive aus anderen Russenfilmen werden mit einer etwas peinlichen Routine wiederholt. So schließt der Film mit dem unvergeßlichen Potemkinmotiv der Hafeneinfahrt der Leiche eines Geopferten. Hier ist es eine Lokomotiveneinfahrt. Daß von dem Film als Ganzes trotzdem auf das Publikum ein Strom von Begeisterung übergeht, ist selbstverständlich; sind doch die Ideen, die der Film darstellt, ewig groß und schön: die Befreiung des Kindes durch Selbstverantwortung und freie Arbeit. Wer aber weiß, daß der Bolschewismus, seinem Wesen und seinen Leistungen nach das Gegenteil, grade dies niemals herbeiführen wird, der erst empfindet die Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und Propaganda nicht nur als dokumentarische sondern auch als künstlerische Unwahrheit.

#### Kleinkunst

Mit deutschen und ausländischen Meistern der Kleinkunst hat sich die Rundschau Vortragskunst wegen des Vorrangs der prinzipiellen Hauptfragen noch wenig befaßt. Eine Reihe Porträts der besten Künstler dieses Fachs soll allmählich erscheinen. Manche verdienen auch für die Allgemeinheit erst entdeckt zu werden, so etwa der jüdisch-amerikanische Jazzsänger Harry Richman, in Deutschland nur durch 5 Brunswickplatten bekannt, aber nicht bekannt genug. Wirklich populär ist dagegen *Sophie Tucker*, die am 7. April auch im Berliner Rundfunk bei einem Interview einige ihrer herrlichen, tragisch wehmütigen Lieder sang. Dabei widerfuhr dem Rundfunkansager eine peinliche Richtigstellung, über die er sich aber nicht zu grämen braucht, da sie gewiß kaum beachtet wurde. Nachdem er nämlich den Hörern Tucker wiederholt als die Meisterin des englischen Songs vorgestellt hatte, sollte die Künstlerin zu den Hörern einige deutsche Worte sprechen. Sie tat das mit der Entschuldigung, daß sie nicht deutsch sondern nur jiddisch könne, wobei sich doch ihre eben noch als "ur-amerikanisch" gerühmte Songkunst als eine ureuropäisch-jüdische Kunst ent-

puppte. Gewiß nicht die einzige europäische Kunst, die bei der Heimkehr aus Amerika zu uns mit einem angelsächsischen Ursprungsetikett erscheint.

Das *Cabaret der Komiker* in Berlin versteht nun schon seit Jahren immer mit den selben wenigen Künstlern heitere Monatsprogramme zu bestreiten. Es hat eine Reihe Mitwirkender, deren echte *vis comica* gelegentlich auch einen allzu familiären Kurfürstendamnton verzeihlich macht. Im Juliprogramm war Max Ehrlich als Familienvater, der mit Frau und Kind einmal pünktlich in die Oper kommen möchte, von unwiderstehlicher Einfallsfülle. Obwohl Frau und Kind nur durch die Luft neben ihm repräsentiert werden, kennt man beide durch seine Gespräche mit ihnen, und auch die Bekannten, mit denen er, über die Sitzreihen hinweg, im Stil von Peter Panters Herrn Wendriner plaudert.

Im Gegensatz zu dem ganz internationalisierten und dadurch oft charakterarmen Cabaret schöpft das von Maxim Sakaschansky gebildete jüdische Cabaret *Kaftan*, das am 4. Oktober in Berlin wiedereröffnet wurde, mit Musik, Tanz, Kleindrama und Conference aus der noch kaum entdeckten Einheit des östlichen Judentums eine wahre Fülle unverbrauchter Stoffe, Rhythmen und Erlebnisse. Was dieses stille, von Mystik und Chaos genährte Judentum besitzt, weiß die Welt, seit zahlreiche jiddische Chansons durch Tucker, Meller und andere weltberühmt wurden. Die Solisten des Kaftan haben noch kein großes Maß, aber eine große Gemeinsamkeit erhebt sie über den Berliner Durchschnitt. Stets ist etwas sehr Menschliches der Inhalt dieser Chansons, Sketches, Anekdoten. Das Leid und Gott sind diesem gar nicht rationalistischen Humor nahe.

Die beiden großen Berliner *Variétés*, Scala und Wintergarten, bringen in ihren Programmen auch einige Nummern Sprechkunst. In der Scala würde der spanische Zauberer Frackson, obgleich er ganz ungläubhafte Kunststücke macht, nur halb so stark wirken, wenn er dabei nicht auf eine so natürliche Art plauderte. Im Wintergarten überraschte der Bauchredner Emil Blume durch das unsichtbare Sprechen von 5 Stimmen. Seine Puppen arbeiten so lebendig, daß der Zuhörer kein Auge von ihnen wendet: als wären sie das Wunder, und nicht er. Im Septemberprogramm bringen Meller und Wagner 1000 Worte Unsinn mit einem Humor der Improvisation, in dem Pallenberg und Bois auf einmal vorkommen, und außerdem noch der Humor

eines typisch österreichischen Judentums Einfälle der verschiedensten Art, wie man einen Chansonvortrag stören kann, beisteuert. Freilich, die echt jüdische Kleinkunst, wie die oben erwähnte des Kaftan, ist ganz anderer Art als dieses Jargonspiel, das im Cabaret- und Operettenbetrieb an Stelle des wirklich jüdischen Humors eine scheinjüdische Schnoddrigkeit setzt. In der Scala gastiert ferner Bernard Ettö mit einem Orchester, das durch Einführung verschiedenartigster Rumbainstrumente und Spieltricks aus dem denaturierten Jazz eine Bühnenschau macht. Ettö leitet das Orchester nicht solistisch sondern als Dirigent mit einer rhythmischen Faszination, die selbst, wenn die Musik aussetzt, den Zuschauer elektrisiert.

#### Jubiläen

Am 10. Mai feierte der Gau Berlin des *Deutschen Arbeitersängerbunds* den Jahrestag seines 40jährigen Bestehens. Mit 11 Chören wurde der Gau gegründet, heute umfaßt er 250 Chöre mit 12 000 singenden Mitgliedern. Für die Arbeiterkulturbewegung hat er Unmeßbares geleistet. Nur wer die Hindernisse kennt, die bei diesem Aufstieg überwunden werden mußten, kann die Arbeit würdigen, die ungezählte Tausende von Helfern in diesen 4 Jahrzehnten geleistet haben. Einen großen Schritt vorwärts bedeutet die allmähliche Eroberung der klassischen Kunstmusik durch die Arbeiterchöre. Hier war die Arbeit Ernst Zanders bahnbrechend. Es war kein geringer Triumph, daß Zander zur Feier dieses Tages eine Reihe Berliner Arbeiterchöre zu einer musterhaften und zwingenden Aufführung von Händels Belsazar vereinigen konnte. Der von ihm geschaffene Klangkörper zeigte, was für Leistungen diese unverdrossene Arbeit schließlich hervorgebracht hat. Die Konzerte des *Gewandhauses* in Leipzig, die aus der Geschichte der deutschen Musik nicht wegzudenken sind, werden im Herbst den Tag ihres 150jährigen Bestehens feiern. Aber grade in diesem Jahr war ihre Fortführung wirtschaftlich in Frage gestellt, bis die Zusammenarbeit mit der Mitteldeutschen Rundfunkaktiengesellschaft eine neue finanzielle Basis schuf. Die *Gewandhauskonzerte* spielen durch ihre Mitwirkung bei Veranstaltungen der Leipziger Arbeiter auch in der sozialistischen Kulturbewegung eine Rolle. Das letzte Konzert seines Lebens dirigierte Arthur Nikisch mit dem *Gewandhausorchester* zur Feier des Leipziger Parteitags von 1921.

Am 28. Juni feierte man in Berlin den 100. Geburtstag *Joseph Joachims*. 4 Veranstaltungen ehrten die Erinnerung an den großen Künstler, der Beethovens letzte Quartette für Deutschland schlechthin entdeckt hat. Seine Schüler, vor allem das Wendling-, Havemann- und Klinglerquartett, zeugten für die Verehrung des Meisters, an den alle, die seine Quartettabende wie religiöse Feiern erlebten, als an Großes zurückdenken.

Am 2. August jährte sich zum 10. Mal der Todestag *Enrico Carusos*, den die Welt von seinem 14. Lebensjahr an bis zu seinem 48., in dem er starb, als ein Wunder des Gesangs vergöttert hatte. Er war ein Sänger, der außerhalb des Begriffs der Gesangskunst ein selbständiges Dasein führte. Im Heroischen wie im Lyrischen, als Held wie als Naturjunge, als Volkssänger wie als Künstler einer fast dekadenten, barocken Schwermut war Caruso immer zugleich er selbst. Es war, wie Arrigo Boito sagte, ein instinktiver Adel, der an ihm so bestrickte. So sehr auch das Inkommensurable seiner Persönlichkeit ihre Größe ausmachte, darf man aber doch nie übersehen, daß sie selbst nur durch das Mittel einer vollendeten Gesangskunst zum Ausdruck kam. In einer Untersuchung der Stimme Carusos und ihres Verhältnisses zum Stauprinzip hat der Gesangspädagoge George Arnim Carusos Methode überzeugend analysiert (Berlin, Verlag der Gesellschaft für Stimmkultur). Caruso versagte als Sänger niemals technisch, aber auch niemals in der Gestaltung des Kolorits. Je nach dem Charakter der Rolle konnte er in der gleichen Tonlage dunkel baritonale oder lyrisch hell singen. Auch guten Kennern passiert es oft, daß sie nach einer Schallplatte einen Sänger geringern Grads mit Caruso verwechseln. Hört man aber Caruso danach, dann ist der Unterschied immer immens. Es ist, als ob seine Stimme in allen Stimmen spukte, nicht nur in den Sängern, die ihn bewußt imitieren wie Alfred Piccaver, sondern auch in denen, die Carusos Naturalismus des Vortrags weiterführen. Es ist nicht wahr, daß Caruso durch die Schallplatte weltberühmt wurde. Eher ist es die Schallplatte durch ihn geworden. Vor 10 Jahren, am 5. September 1921, erlag *Josef Mann* auf der Bühne des Berliner Opernhauses in der Pause vor dem Nilakt in Aida einem Herzschlag. Was die deutsche Opernbühne verlor, ist damals hier dargelegt worden (siehe die Rundschau Bühnenkunst, 1921 II Seite 854 und folgende). Die 10 Jahre,

die jetzt verfließen sind, haben gezeigt, daß noch weit mehr damals zugrunde ging als ein einzelner unvergleichlicher Künstler. In Mann wirkte ein schöpferisches Prinzip, das das Wesen des Opernsängers auf eine neue Weise in eine höhere Sphäre hob. Und ehe es noch weiterwirkend eine ganze Generation gestalten konnte, traf seinen Träger der Tod. Das Entscheidende war noch gar nicht begriffen worden, und nun senkte sich wieder die Öde der Routine auf die Oper, und man spricht dauernd über ihre "Krise", ohne zu wissen, wo der Punkt des neuen Schaffens zu suchen ist. So führt uns dieser Gedenktag nicht in die Vergangenheit sondern viel mehr noch zur Besinnung auf das, was die Zukunft erfordert. Doch darum ist die Erinnerung an das, was damals war, nicht blasser geworden. Mann war ein Künstler, der in dieser Welt nur lebte, um eine andere zu eröffnen. Die wenigen Jahre seines Berliner Wirkens sind durch ihn die schönsten und bedeutendsten Jahre der Berliner Operngeschichte dieses Jahrhunderts geworden. Wenn man seinen Florestan hörte und von dem ersten Gesangston des 2. Akts auf tiefste ergriffen, dann in die höchste Höhe der Hoffnung und Freiheit getragen wurde, fühlte man plötzlich die einfache Wahrheit der so oft gehörten gesprochenen Worte des Dialogs: »Der Mensch hat eine Stimme ... Ja, sie dringt in die Tiefe des Herzens.«

Auch Lebenden galten einige Ehrenfeiern. Am 21. April wurde *Leo Blech* 60 Jahre alt. Viele Ehrungen zeigten ihm, daß Berlin weiß, was es an ihm besitzt. Blech hat vor vielen deutschen Dirigenten eine Gabe voraus: den Sinn für echte und große Stimmen. Derer hat er für die Berliner Oper mehr als andere entdeckt. So danken wir ihm nicht nur seinen Verdi, den er auch früher als andere vom Orchester aus gestaltet hat, sondern auch manchen großen Gesangsabend, der uns durch ihn vermittelt wurde.

Am 15. Mai wurde *Marie Lehmann* 80 Jahre alt. Die Berliner Konzertbesucher kennen die vom Ruhm eines großen Zeitalters umwitterte Künstlerin nur als bescheidene Besucherin der Konzerte ihrer Schwester Lilli, die einige Jahrzehnte länger sang. Marie Lehmann sang seit 4 Jahrzehnten nicht mehr, ohne daß deswegen der Nachruhm ihrer Kunst erlöschen wäre. Melanie Kurt schrieb in der Vossischen Zeitung vom 16. Mai 1931 der bescheidenen Meisterin ein Glückwunschblatt, das die unendliche Melodie ihrer Koloraturen rühmt.

Ihren 70. Geburtstag beging am 15. Juni *Ernestine Schumann-Heink*. Eine Altistin großen Formats, eine Koloratursängerin von gebietender Gewalt, eine Gestalterin, die aus ihrem Innern schöpfte, daher ihr Äußeres vergessen ließ. Sie war eine Naturkraft, wie es deren stets nur wenige auf der Opernbühne gab.

Am 10. August wurde *Oscar Fried* 60 Jahre alt. In diesem Dirigenten steckt ein echter improvisatorischer Künstler, dem systematische Aufbauarbeit nicht liegt, wohl aber ungebundenes Schaffen, das indessen stets dem Neuen dient. Als Kind lernte er noch in einer Stadtpfeiferei Blasinstrumente, während er bis spät in die Nacht in Dorfschenken zum Tanz aufspielen mußte. Eruptiv wie sein Dirigieren war auch sein Leben, dessen Buntheit das unserer führenden Musiker weitaus überbietet. Für Berlin war Frieds große Zeit, als er von 1907 bis 1910 die Gesellschaft der Musikfreunde leitete und mit echter Universalität das unentdeckte Alte und Neue mit starker Geste herausbrachte: Berlioz, Verdi, Skrjabin, Rachmaninow, Mahler, Pfitzner, Busoni, Schönberg.

Am 21. September wurde *Werner Alberti* 70 Jahre alt. Ein Tenor, von Figur zu klein, um von der seriösen Bühne geduldet zu werden, seinem Wesen und seiner Kunst nach ein echter Parade-sänger der Stagione, leidenschaftlich der italienischen Oper ergeben. An Stelle starker Figuren setzte er die Überzeugung, daß ein glanzvoll geschmettertes, an die Rampe gelegtes hohes A einen Theaterabend wert ist. Das Publikum um 1900 jubelte seiner schlagenden Stretta zu, die tatsächlich unwiderstehlich war.

**Totenliste** Am 26. August starb in Berlin *Heinrich Grünfeld*, ein geborener Prager, im Alter von 76 Jahren. Durch den Tod dieses populären Cellisten verlor man weniger ein Stück Kunst als ein Stück altes Berlin. Grünfeld lebte ganz in der Gesellschaft seiner Zeit, er war von der Hofgesellschaft bis zur demokratischen auf eine durchaus echte und sympathische Weise mit aller Welt befreundet, die ihn mochte, und die er mochte. Deswegen übersah man gern, daß Grünfeld weder als Solist noch als Kammermusiker den Ansprüchen genügte, die man sonst in Berlin an Konzertierende stellt. Besonders in den letzten Jahren ließ infolge der Krankheit sein Vermögen nach. Aus guter Tradition her kannte er den Stil und die Vortragsart wohl aller Werke der Kammermusik.



**Kurze Chronik** Der neue französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, der Deutschland und Frankreich wirtschaftlich zusammenbringen will, hat die Bedeutung des *Tonfilms* für die deutsch-französische Gemeinschaft rechtzeitig erkannt. Als Unterstaatssekretär der Schönen Künste hat er am 4. Juni 1929 auf dem Internationalen Filmkongreß in Paris die Gefahr der amerikanischen Filmhegemonie betont und die Notwendigkeit einer engeren Internationalität des Films unterstrichen, wie sie grade Deutschland und Frankreich zusammen erfüllen können. ◊ Auf dem Gebiet der *Schallplatte* kündigen 2 neue Erfindungen die Überwindung von Mängeln an, auf deren Abstellung längst gewartet wird. Die Victor Company hat eine Schallplatte hergestellt, die 30 Minuten läuft (bisher 4). Das wird durch Verdopplung der Rillenlänge und durch Herabsetzung der Umdrehungszahl erreicht. Bisher wurde die Originaltonhöhe durch 78 Umdrehungen in der Minute erzielt, fortan genügen 33. Ferner soll die so oft angekündigte Nadel von relativ unbegrenzter Dauer nunmehr geschaffen worden sein. ◊ Die *Hörgemeinschaften* gewinnen immer mehr Anklang. Das Programm der Deutschen Welle bereitet Sendungen vor, die ihnen als Unterlage dienen und dementsprechend weltanschaulich stärker als sonst akzentuiert sind. ◊ Nachdem die Berliner Funkstunde 7 *Symphonien Ferdinands Bruckners* in der vorigen Spielzeit aufgeführt hat, bot Ernst Praetorius diesen Sommer alle 9, die im Lauf von 3 Wochen in der Herderkirche Weimars aufgeführt wurden. Bruckners Musik ist räumlich einer Kirche durchaus homogen, nur dürfte ein katholisches Barock ihrem Wesen mehr entsprechen als ein durch den Protestantismus rationalisierter Kirchenstil. ◊ Der *Nordische Rundfunk* berichtete über sein 6. Jahr in einem Almanach, der unter der Leitung des Intendanten Hans Bodenstedt die Form eines journalistisch lebendigen, auf leichte und populäre Weise referierenden und orientierenden Magazins hat. Alle Stoffe sind revuehaft aufgelöst und teilen dem Leser ihr Wesentliches mit. Man empfängt ein Bild vom Leben und Treiben, aus dem ein Rundfunkjahr hervorgegangen ist. Wie der Sender selbst betont das Jahrbuch die regionale und die allgemeine Aufgabe des Senders, der auch der Weltwirtschaft stets das richtige Verständnis entgegenbringt.

## KULTUR

### Innenkolonisation / Otto Karatz

**Siedlungspolitische Wende** Bis zum Sommer dieses Jahres zeigte die ländliche Siedlung in Deutschland seit Erlaß des Reichssiedlungsgesetzes sowohl in ihrem zahlenmäßigen Ergebnis wie in der innern wirtschaftlichen Struktur und Festigkeit der errichteten Stellen eine ständig fortschreitende Entwicklung. Die Abteilung Der Ländliche Siedlungsbau auf der Deutschen Bauausstellung (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 606 und folgende) gab ein Spiegelbild der hierbei erreichten Leistung und begann gleichzeitig technische Probleme des Siedlungsbaus anzuschneiden, die bis dahin mit Fug und Recht wichtigerer betriebswirtschaftlicher und verfahrenstechnischer Aufgaben wegen unbeachtet gelassen worden waren. Und dennoch beginnt mit diesem Zeitpunkt nicht der neue Abschnitt der ländlichen Siedlung, den man jetzt eigentlich erwarten durfte, die Verwirklichung des 100 000-Stellen-Programms in den nächsten 10 Jahren auf der inzwischen erklimmenen technischen und wirtschaftlichen Intensitätsstufe der Siedlung. Der gewaltige Kriseneinbruch dieses Jahres hat auch in der ländlichen Siedlung weitgreifende Rückwirkungen. Die überaus starke Kapitalverknappung in Deutschland wirkt sich in der ländlichen Siedlung von 2 Seiten her aus. Einmal wird das Kapitalvolumen, das der Siedler zur Anzahlung und Ausstattung seiner Stelle verwendet, immer geringer, oder, anders ausgedrückt, der Kreis der Siedleranwärter, die den bisherigen Ansiedlungsbedingungen als bäuerliche Siedler zu entsprechen vermögen, wird immer kleiner. Auf der andern Seite wird naturgemäß sowohl bei der Öffentlichen Hand, die die Zwischenfinanzierung der ländlichen Siedlung betreut, als auch am privaten Kapitalmarkt, der auf dem Weg über die Aufnahme der Landesrentenbriefe die Dauerfinanzierung vornimmt, die Bewegungsfreiheit immer enger. Diesen hemmenden Momenten von der finanziellen Seite her steht in der ländlichen Siedlung von der arbeitsmarktpolitischen Seite her ein vorwärtstreibendes Moment gegenüber. Die gewaltige Last der arbeitslosen Massen drängt Politik und Verwaltung immer mehr die Erkenntnis auf, daß die Verstopfung der Zufuhrquellen der Stadtbevölkerung auf dem Land, also das Auffangen möglichst weiter landflüchtiger Schichten durch Ansiedlung und wohl gar die Rücksied-

lung städtischer Schichten, die ihre ländliche Wurzel noch nicht vollständig verloren haben, auf das Land dringend notwendig ist. Die Divergenz dieser beiden eben skizzierten Einflüsse ist in der Praxis nur durch den Versuch verstärkter Siedlungstätigkeit zu lösen, aber in erheblich roheren Verfahrensformen als bisher mit daraus folgender weiterer Verbilligung der Siedlung.

Es nimmt nicht wunder, daß diese Lage eine Unmenge von Propheten veranlaßt hat Siedlungsprogramme zur Lösung des Problems vorzulegen. Sich jetzt bereits mit ihnen auseinanderzusetzen ist nicht am Platz, da die Regierungen des Reichs und Preußens ein eignes, auf den Erfahrungen der bisherigen Praxis beruhendes Siedlungsprogramm vorzulegen sich entschlossen haben. Auf Grund dieses Programms soll hier später zu allen Fragen, die die siedlungspolitische Wende für die sozialdemokratische Agrarpolitik aufrollt, Stellung genommen werden.

Eins sei allerdings bereits jetzt mit aller Deutlichkeit gesagt: Des Aufwands wert und damit der politischen Unterstützung würdig ist nur die Siedlungsarbeit, die wirtschaftlich und kulturell lebensfähige Siedlungen schafft. Primitivsiedlung, um dies Schlagwort einmal zu verwenden, darf auf keinen Fall für Generationen oder länger menschenunwürdige Lebensverhältnisse schaffen. An die Lösung der großen Aufgabe wird man daher immer wieder die Anforderung stellen müssen, daß auch die durch die Zeitverhältnisse bedingte einfachere, vielfach provisorische Form der Ansiedlung die Grundlagen intensiver wirtschaftlicher und lebendiger kultureller Entwicklung der neuen Stellen nicht außer acht läßt.

**Siedlungsge-**  
**setzgebung** In der Preußischen Gesetz-

sammlung wurden am 4. August die 3 Siedlungsgesetze vom 31. Juli 1931 veröffentlicht, die der Preußische Landtag zum Schluß seiner Sommersession annahm. Das Gesetz zur Förderung der Ansiedlung stellt zunächst für die Rechnungsjahre 1931 bis 1935 der Preußischen Landesrentenbank zur Gewährung von Barabfindungen nach Maßgabe des Landesrentenbankgesetzes und der Satzung der Landesrentenbank je 20 Millionen Mark zur Verfügung. Es dürfen weiter 30 Millionen Mark zur Gewährung von Zwischenkredit bei Errichtung von Rentengütern in Anspruch genommen werden. Außerdem werden 2 Millionen Mark zur Förderung der Anliegersiedlung zur Verfügung gestellt.

Das Gesetz betreffend Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Preußischen Staat zur Regelung eines einheitlichen Zwischen- und Dauerkreditwesens für die ländliche Siedlung genehmigt zunächst das im Gesetzestitel genannte Abkommen. Gleichzeitig gibt es die Ermächtigung den Anteil des Preußischen Staats am Grundkapital und an den Rücklagen der Preußischen Landesrentenbank aus den Mitteln des Zwischenkreditfonds zu zahlen und die Gewinnanteile Preußens der Deutschen Siedlungsbank für Zuschußleistungen für Siedlungen in Preußen zur Verfügung zu stellen. Schließlich regelt es die Dienstverhältnisse der in den Dienst der Preußischen Rentenbank übertretenden Staatsbeamten, die aus dem Staatsbeamtenverhältnis ausscheiden können.

Das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Preußen über die einheitliche Regelung des Zwischen- und Dauerkreditwesens für die ländliche Siedlung selbst setzt zunächst die bereits im vorigen Herbst vorgenommene Gründung der Deutschen Siedlungsbank als gemeinnützige Anstalt und gemeinsame Bank des Reichs und Preußens fest. Diesem Institut ist die Verwaltung sämtlicher Zwischenkredite des Reichs und Preußens für die Siedlung übertragen, soweit diese nicht als Grundkapital oder als Reservefonds bei der Siedlungsbank oder bei der Preußischen Landesrentenbank gebraucht werden, weiter der Siedlungsmittel aus den Überschüssen der Reichsgetreidestelle sowie der Mittel für die Flüchtlingssiedlung und für die Besiedlung des Lockstedter Lagers. Für das Grundkapital bringen Reich und Preußen zunächst je 25 Millionen Mark und nochmals den gleichen Betrag als Reserve in die Deutsche Siedlungsbank ein. Eine Beteiligung der Siedlungsbank an den in Preußen tätigen Siedlungsunternehmen wird gestattet. Preußen verpflichtet sich die Preußische Landesrentenbank zu einer Anstalt des öffentlichen Rechts auszubauen. Das entsprechende Gesetz und die neue Satzung werden von der preußischen Regierung im Einvernehmen mit der Reichsregierung festgesetzt. Grundkapital und Reservefonds werden je zur Hälfte vom preußischen Staat und von der Deutschen Siedlungsbank aufgebracht; sie sind auf je 20 Millionen Mark bemessen. Das Grundkapital ist bar einzuzahlen. Über die Vertretung der Deutschen Siedlungsbank in den Organen der Deutschen Rentenbank bestimmt die Reichsregierung. Preußen kann bei gesetzlicher

Neureglung der Reallastenablösung die Preußische Landesrentenbank heranziehen. Die Aufsicht bei der Deutschen Siedlungsbank wird durch je einen Reichs- und preußischen Staatskommissar im gleichen Recht ausgeübt. Die Aufsicht über die Preußische Landesrentenbank übt die preußische Regierung im Einvernehmen mit der Reichsregierung aus. Unabhängig von der Höhe der Stammeinlagen stehen Reich und Preußen bei beiden Instituten die gleiche Anzahl Sitze und Stimmen in den Verwaltungsorganen zu. Weitere Bestimmungen regeln die Verwaltung der aus den beiden Instituten zur Verfügung stehenden Mittel, die Bürgschaftsübernahme für die Kapitalbeschaffung, die Deckung von Verlusten aus der Geschäftstätigkeit beider Institute, die Verteilung der Zuschußleistungen für Privatkredite und dergleichen mehr.

Entsprechend den Vereinbarungen dieses Abkommens regelt dann das 3. Gesetz die Verhältnisse der Landesrentenbank neu, wobei gleichzeitig einige sachliche Bestimmungen des alten Landesrentenbankgesetzes geändert wurden.

**Wohnungsbau** Seit der Währungsstabilisierung wird mehr oder minder offen um die Liquidierung der Mitwirkung der Öffentlichen Hand im Wohnungsbau gekämpft. Es wurde auch im Lauf der Jahre in mancherlei Weise die Zwangsbewirtschaftung des Wohnungsmarkts eingeschränkt. Der Wohnungsbau selbst aber ist bisher ohne Mitfinanzierung aus öffentlichen Mitteln nicht ausgekommen, weil bei der knappen Kapitaldecke Deutschlands und dem gegenwärtigen Lebenshaltungsniveau der wohnungsbedürftigen Schichten der Wohnungsneubaubedarf, der sich unter Berücksichtigung des jährlichen Bedarfszuwachses immer noch um mindestens 700 000 Wohnungen hält, zu erträglichen Mietsätzen nicht befriedigt werden konnte. Die als Ausgleich für die Geldentwertungsentlastung des Altbesitzes diesem auferlegte Hauszinssteuer brachte neben der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs die erforderlichen Zuschußmittel für einen Wohnungsbau. Heute geht der Kampf um die Entlastung des Altbesitzes von dieser Steuer, die zugleich neben der sehr beachtlichen Erschütterung der Haushaltsgrundlagen der Länder weitgehende Einstellung der Neubautätigkeit bewirken müßte.

Die für die Wohnungswirtschaft verantwortlichen Stellen sowie die Vertreter der Wohnungskonsumenten wenden sich

daher mit aller Schärfe gegen die Pläne auf Beseitigung der Hauszinssteuer. Sie haben das Argument für sich, daß man in der heutigen Krisenzeit mit ihrer gewaltigen Belastung des Arbeitsmarkts nicht noch das Baugewerbe, das Schlüsselgewerbe der deutschen Wirtschaft, durch Beseitigung der Grundlagen seiner Existenz erschüttern dürfte. Auf einer Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds am 25. September gab der Vorsitzende des Deutschen Bauwerkverbands Nikolaus Bernhard die gradezu erschütternden Arbeitslosenzahlen bekannt, die dieser Verband unter seinen Mitgliedern hat feststellen müssen. Es würde, führte er aus, politisch die gefährlichsten Wirkungen auslösen, wenn man durch unnötige Verschärfungen der Lage einem weitem Abgleiten der Bauwirtschaft Vorschub leistete. Wie wenig der Ruf nach Beseitigung der Hauszinssteuer wirtschaftspolitisch gerechtfertigt sei, beweise doch die Tatsache, daß die zusätzliche Zinsbelastung des Althausbesitzes, die von diesem als Hauptargument zur Beseitigung der Hauszinssteuer angeführt wird, durchaus nicht auf Investitionslasten zurückzuführen ist, die nach der Stabilisierung entstanden, sondern im wesentlichen auf Konsumkredite. Die Gewerkschaften fordern als ein wichtiges Hilfsmittel im Kampf gegen die Krise die Erhaltung der Bauwirtschaft, wenigstens im bisherigen, schon verkürzten Umfang durch Aufrechterhaltung der Hauszinssteuer. Auf die Krisenlage selbst nimmt die aus öffentlichen Mitteln finanzierte Wohnungsbauwirtschaft dadurch Rücksicht, daß nur für den Bau von Klein- und Kleinstwohnungen Zuschüsse gegeben werden. Es wird aber bei ihrer Anlage stark darauf zu achten sein, daß sie später ohne große Neuaufwendungen eventuell durch Zusammenlegung usw. in größere Wohnungen umgewandelt und damit der veränderten Bedarfslage angepaßt werden können.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags nahm übrigens in einer Sitzung Ende September den nachstehenden sozialdemokratischen Antrag an: »Die ungeheure Arbeitslosigkeit macht die Neubelebung des Wohnungsbaues zur gebieterischen Notwendigkeit. Daher muß bei einer Neugestaltung der Hauszinssteuer auf folgende Punkte Rücksicht genommen werden: 1. Die Mittel für den Wohnungsbau müssen im bisherigen Umfang erhalten bleiben und ausschließlich für den Kleinwohnungsbau verwendet werden. 2. Die Ausgleichung für die Mehrbelastung der

Hausbesitzer durch die Erhöhung des Aufwertungszinssatzes darf nur individuell im Rahmen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 durchgeführt werden. 3. Die Eigentümer von Alteigenheimen mit einem Friedenswert bis zu 5000 Mark sind von der Hauszinssteuer freizustellen. 4. Wenn darüber hinaus eine Senkung der Hauszinssteuer durchgeführt werden soll, muß sie für die Senkung der Mieten, in erster Linie für die Senkung der Neubaumieten, verwendet werden.«

Besondere Bedeutung gewinnt im Zusammenhang mit diesen drängenden Problemen des Wohnungsbaus der zurzeit viel erörterte Plan durch großzügige Stadttrandsiedlung den Erwerbslosen bessere Lebensbedingungen zu schaffen und gleichzeitig den Arbeitsmarkt zu beleben. Das Projekt der Schaffung von 100 000 solcher Stadttrandsiedlerstellen in einem Jahr ist auf die Dauer nur zu verwirklichen, wenn die Hauszinssteuermittel zur Entlastung der 2. Hypotheken in der Zukunft zur Verfügung stehen, selbst wenn ein großer Teil dieser neuen Stellen auch nicht sogleich mit Dauerbauten ausgestattet wird.

**Bausparen** Der 1. Oktober 1931 ist für das Bausparwesen in Deutschland dadurch von besonderer Bedeutung geworden, daß an ihm die Bestimmungen des neuen Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 30. März 1931 in Kraft traten. Wohin eine freie wilde Entwicklung des Bausparkassenwesens zu führen vermag, hat im laufenden Jahr der sogenannte Devaheimskandal erwiesen. Und außer dem Zusammenbruch dieses doch mit starken psychischen Sicherungen durch die Deckung der Evangelischen Kirche ausgestatteten Konzerns sind auch sonst bei den Bauspargesellschaften gefährliche Krisenerscheinungen zu verzeichnen gewesen. Das Eingreifen der staatlichen Aufsicht ist daher ganz besonders zu begrüßen.

Zunächst gibt das Gesetz, das eine Novelle zum Versicherungsaufsichtsgesetz vom 12. Mai 1901 darstellt, eine Begriffsbestimmung der Bausparkassen dahin, daß sie »Privatunternehmungen seien, bei denen durch die Leistungen mehrerer Sparer ein Vermögen aufgebracht werden soll, woraus die Einzelsparer Darlehen zur Beschaffung oder Verbesserung von Wohnungen oder Siedlungen oder zur Ablösung hierzu eingegangener Verpflichtungen erhalten«. Die Aufsicht über diese

Privatunternehmungen wird wie die privater Versicherungsunternehmungen dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen anvertraut und ähnlich der Versicherungsaufsicht geordnet. Als Wichtigstes konstituiert das Gesetz die Konzessionspflicht der Bausparkassen. Daraus folgten die Rechte der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung und eingehenden Prüfung des Geschäftsbetriebs; eine umfassende Prüfung ist regelmäßig mindestens alle 5 Jahre vorzunehmen. Die bestehenden Bausparkassen können ihre Geschäfte weiterführen ohne Genehmigung, sofern sie bereits am 31. Dezember 1929 das Depotrecht hatten. Alle übrigen Bausparkassen müssen beim Reichsaufsichtsamt nunmehr ihre Zulassung beantragen, und können, sofern dies im Lauf des Monats Oktober geschieht, ihren Geschäftsbetrieb bis zur Entscheidung über den Antrag fortsetzen. Besonders hervorzuheben ist aus der Neuordnung, daß das Reichsaufsichtsamt bei jeder zugelassenen Bausparkasse einen Vertrauensmann delegiert, der über Einhaltung der Zuteilungspläne zu wachen und auch sonst ein weitgehendes Kontrollrecht hat. In den Bausparkassenvertrag, also das Verhältnis zwischen den Kassen und ihren Mitgliedern, greift das Gesetz nicht ein.

**Veranstaltungen** Der *Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands* hielt, zugleich mit der Feier seines 10jährigen Bestehens, am 30. und 31. Mai eine Tagung in Hannover ab. Gertrud Bäumer sprach über die Bedeutung der Schrebergärten für die Jugendpflege und forderte Unterstützung der Bewegung durch die amtliche und die private Jugendpflege. Der Rektor Adolf Schrader betonte in seinem Vortrag, daß ebenso wie die Schrebergärten auch der großstädtische Schulgarten im Dienst der Jugendpflege stehe.

Am 31. Mai tagte in Berlin die *Kommunale Vereinigung für Wohnungswesen*. Das Thema *Gemeinden und Wohnungsfrage* stand zur Debatte. Es sprachen für die Großstädte der Oberbürgermeister Hermann Luppe /Nürnberg/, für die Mittelstädte der Oberbürgermeister Ernst Fresdorf /Brandenburg/ und für die Kleinstädte der Bürgermeister Kurt Schröter /Selb/. Alle waren darin einig, daß die Öffentliche Hand berufen sei die Bautätigkeit zu fördern, und zwar vor allem die Herstellung von Kleinwohnungen, die das private Baukapital vernachlässige, und daß die Hauszinssteuer aufrechterhalten werden müsse. Der Landrat Friedrich Knutzen /Wandsbek/, der

für die Landkreise sprach, wies auf die Übervölkerung in den Landwohnungen hin, die die Tuberkulose fördere. Für die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin referierte der Rechtsanwalt Johannes Heinrich, der feststellte, daß diese Gesellschaft von 1924 bis 1930 in Berlin rund 135 000 Wohnungen finanziert hatte. Die Vorträge sind in dem Bericht über die Tagung wiedergegeben, der als 14. Heft der Schriftenreihe Kommunale Vereinigung für Wohnungswesen im Eigenverlag dieser Vereinigung in München erschien. Am 1. Juni wurden in Berlin die *Internationalen Kongresse für Wohnungswesen und Städtebau* eröffnet, der eine vom Internationalen Verband für Wohnungswesen, der andere vom Internationalen Verband für Wohnungswesen und Städtebau veranstaltet (siehe auch die Rundschau Werkgestaltung, in diesem Band Seite 831). Die Kongresse erfreuten sich einer äußerst regen Beteiligung. 40 Länder hatten Delegierte geschickt, 2000 Gäste nahmen teil. Die Präsidenten der beiden Vereinigungen, der holländische sozialdemokratische Senator Florentinus Maria Wibaut und der Engländer Raymond Urwin, führten den Vorsitz. Der preußische Wohlfahrtsminister Heinrich Hirtsiefer sprach die Begrüßungsworte. Er wies auf die internationale Bedeutung des Wohnungsproblems hin, das überall die gleichen Fragen erzeugt habe: Sanierung der Altwohnungen, Schnellverkehr, Landesplanung usw., an deren Beantwortung man nun herangehen müsse.

#### Informationsmittel

In 3., vermehrter Auflage erschien der wohlbekannte Kommentar des Staatssekretärs Hans Krüger zum *Reichsheimstättengesetz* /Berlin, Reimar Hobbing/. Für die Neubearbeitung zeichnet Fritz Wenzel verantwortlich, der schon die 2. Auflage mitbearbeitet hat; Krüger hat sich infolge seiner starken dienstlichen Inanspruchnahme von ihr zurückziehen müssen. Die Neuauflage berücksichtigt alle wesentlichen gerichtlichen Entscheidungen und alle in Literatur und Praxis bis in die letzte Zeit gegebenen Anregungen auf dem Gebiet des Heimstättenrechts. Vor allen Dingen bringt sie zu dem wichtigen § 36 des Reichsheimstättengesetzes über die Steuer- und Kostenfreiheit eine Reihe neuer sehr wertvoller Ergänzungen. Außerdem ist die Ausgestaltung der in den beiden ersten Auflagen nicht so ausführlich behandelten Frage der Festsetzung des Bodenwerts der Reichsheimstätte hervorzuheben, die im Fall der Ausübung des

Vorkaufsrechts oder des Heimfallrechts durch den Ausgeber von großer Bedeutung ist und in der Praxis verschiedentlich zu erheblichen Schwierigkeiten geführt hat. Um den Heimstatter vor ihn wirtschaftlich gefährdenden Auswirkungen des Ausschlusses konjunktureller und spekulativer Momente beim Verkauf oder Heimfall zu schützen, ist in den Heimstättenmusterverträgen bei § 1 ein neuer Absatz eingefügt worden, der den Ausgeber und den Heimstatter verpflichtet in eine Neufestsetzung des Bodenwerts einzuwilligen, wenn sich infolge einer Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse die Bodenwerte allgemein nicht unwesentlich verändert haben. Die Entscheidung bei eventuellen Streitigkeiten über die Höhe des neuen Betrags ist in die Hände eines Schiedsgerichts gelegt, bestehend aus einem von der zuständigen Landesbehörde (in Preußen der Regierungspräsident) bestellten sachverständigen Vorsitzenden und je einem vom Heimstättenausgeber und vom Heimstatter bestellten Sachverständigen als Beisitzer. Endlich sei auf die sehr eingehend behandelte Frage der Stellung einer Reichsheimstätte im Konkurs hingewiesen. Die Kommentatoren bringen hier im Anschluß an die interessanten Auseinandersetzungen Albrecht Jägers und Heinrich Ermans über die Heimstätte im Konkurs den Beweis, daß die Reichsheimstätte als solche und im Fall der Durchführung der Zwangsversteigerung auch der überschießende Versteigerungserlös aus ihr nicht zur Konkursmasse gehören, daß also eine Reichsheimstätte für den Heimstatter und vor allem für seine Familie tatsächlich auch in solcher Notlage die wertvollste Grundlage der Existenzsicherung bildet. Auch von der 3. Auflage des Kommentars von Krüger-Wenzel gilt, was an dieser Stelle bei der Besprechung der 2. Auflage gesagt wurde: Sie gehört als Handbuch auf den Arbeitstisch eines jeden, der mit Heimstättenfragen zu tun hat.

#### Totenliste

Am 11. April starb in Berlin der Geheime Oberregierungsrat *Julius Peltzer*, in seinem 77. Lebensjahr. Er war einer der Organisatoren der Landeskulturbehörden. Die Abhandlungen, die er veröffentlichte, betreffen das Anerbenrecht und die Rentengutgesetzgebung; er schuf außerdem wertvolle Kommentare zur preußischen Agrargesetzgebung nach dem Krieg. Er leitete auch die Zeitschrift für Agrar- und Wasserrecht seit ihrer Gründung.

**Kurze Chronik** Auf die Hilfe, die dem Handwerk durch die kraftvolle Siedlungspolitik Preußens geleistet wird, weist das Landeskulturamt in Frankfurt an der Oder hin. 10 000 neue Siedlerstellen Preußens in einem Jahr bedeuten Arbeit für eine große Anzahl Maurer, Zimmerleute, Tischler, Glaser, Maler, Töpfer, Dachdecker, Klempner, Schmiede, Brunnenbauer, Wasserleitungs- und Elektrizitätsinstallateure.  $\diamond$  Am 1. Oktober trat der Oberlandeskulturrat *Oswald Brase*, das landwirtschaftlich-technische Mitglied dieser obersten preußischen Spruchinstanz auf dem Gebiet des Agrarrechts, infolge Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand.  $\diamond$  Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Oberregierungs- und Landeskulturrat *Paul Richter* aus Hannover bestellt.  $\diamond$  Am 26. August wurde *Bruno Tacke*, der langjährige Leiter der Preußischen Moorversuchsstation in Bremen, 70 Jahre alt. Die Ergebnisse seiner Arbeit faßte er in Veröffentlichungen über die norddeutschen Moore und die Nordseemarschen zusammen.

**Literatur** Der Handelshochschule Berlin legte *Martin Schmidt* eine Dissertation Die Finanzgebarung der gemeinnützigen provinziellen Siedlungsgesellschaften in Preußen vor /Berlin, Max Günther/. Er gibt da zunächst ein Bild der Geschäftsvorgänge in der ländlichen Siedlung. Danach zergliedert er den Finanzierungsvorgang nach der internen, also Liquiditäts- und Reservenseite sowie nach der Bedeutung und Rolle der verschiedenen Kreditarten in der externen Finanzgebarung. Zum Schluß wird ein Überblick über die Finanzkontrolle der öffentlichen Hand gegeben, deren Notwendigkeit sich aus dem starken Anteil öffentlicher Mittel im Siedlungskreditgeschäft ergibt. Die Arbeit ist wegen ihrer knappen, aber sichern Zusammenfassung und Analyse der gesamten Geldbewegungsvorgänge für jeden interessant, der sich mit der privatwirtschaftlichen, besonders der finanztechnischen Seite des Siedlungsverfahrens beschäftigt.  $\diamond$  Der Beitrag *Alfred Rüschels* 10 Jahre landwirtschaftliche Siedlung in Schlesien, aus dem Jahrbuch 1930 für Wirtschaft, Verwaltung und Kultur Niederschlesiens, wurde in großer Auflage vom Schlesischen Bauernbund als Sonderdruck herausgebracht. Das überaus instruktive, die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Siedlungswerks anschaulich machende Heftchen verdient weite Verbreitung.

### Lebensgestaltung / Hedwig Steinkopi

**Student** Zur Eröffnung dieser Rundschau wurde hier am 22. Dezember 1930 gesagt: »Als die Aufgabe dieser Rundschau denkt sich die Redaktion das Aufmerken eigentlich grade auf die allergeläufigsten Dinge vom Tag, die sich fast täglich unter unseren Händen unmerklich ändern und wandeln.« Ergänzend ist hierzu zu bemerken, daß sich das Hauptgewicht der Berichterstattung auf die Menschen selber legen soll, in Verbindung hiermit natürlich auch auf die Dinge, die eben zum Leben gehören. Die Menschen sollen in der wirklichen Gestaltung ihres Lebens beobachtet werden; in der *wirklichen* Lebensgestaltung, im Gegensatz zu den mehr oder weniger illusionären Vorstellungen, die jeder Mensch von seiner Lebensführung hat. Fragen wir jemanden, wie er seinen Tag verbringt, so wird er neben seiner Berufsarbeit uns gutgläubig mehrere Beschäftigungen nennen, mit denen er seine freie Zeit ausfüllt. Machen wir uns nun die Mühe diesen Menschen eine Zeitlang zu beobachten und zu wiederholten Malen nachzufragen, ob er sich mit den genannten Dingen beschäftigt hat, so werden wir sehr oft die Antwort erhalten: Es kam etwas dazwischen. Oder: Eigentlich wollte ich, aber... Wir können den Versuch beliebige Male wiederholen und werden den gleichen Erfolg haben. Wie kommt das nun? Es besteht eben der große Unterschied zwischen dem, was der Mensch "eigentlich" tun will, und dem, was er tut. Ihm kommt es aber nicht zum Bewußtsein. Es ist keine leichte Aufgabe ihn nun zu überzeugen, daß das "Dazwischenkommen" der anderen Dinge kein bloßer Zufall ist, sondern daß sich sein Leben anders gestaltet als er glaubt. Erst, wenn er diesen Unterschied erkannt hat, kann er an eine Lebensgestaltung gehen, die dem Ziel einer Hingabe an die zu schaffenden Dinge nahe führt. Es soll nun in jeder Rundschau ein Lebens-, Bildungs-, Berufs- oder Anschauungskreis auf sein wirkliches Dasein hin untersucht werden. Diesmal sei eine Gruppe von Menschen betrachtet, die in letzter Zeit wiederholt das Interesse der Öffentlichkeit erregten, wenn auch nicht immer in erfreulicher Weise. Sie sind schwer in eine der genannten Kategorieen einzugliedern, sie bilden keinen einheitlichen Berufskreis, ganz zu schweigen von einer gemeinsamen Weltanschauung, die sie vielleicht verbinden könnte, und doch haftet ihrem Namen immer noch

der Begriff einer bestimmten Gemeinschaft an. Es sind die Studenten. Es wäre zu untersuchen, ob sie überhaupt noch eine Gemeinsamkeit besitzen, die den Beobachter einen Unterschied von anderen Menschen empfinden läßt.

Von den Meldungen, die die Öffentlichkeit über das Studentenleben unterrichten, stellen 3 Arten das Hauptkontingent. Es gehen von Zeit zu Zeit Nachrichten von Studentenkrawallen durch die Presse. Da kann man lesen, daß sich die "akademischen Bürger" mit besonderer Gründlichkeit (die hervorstechende Charaktereigenschaft des Deutschen sein soll) gegenseitig die Köpfe einschlagen. Manchmal soll es wirklich heldenhaft dabei zugehen. Eine andere Kategorie bilden die Nachrichten in der Presse über den Werkstudenten und seine Not. Berichte, die manchmal tendenziös gehalten, manchmal romantisch geschminkt sind, um sie den Lesern schmackhafter zu machen, doch der Wirklichkeit in vielem nahe kommen. Auch der Film hat sich verschiedene Male die Aufgabe gestellt der Welt vom Studenten zu künden, und er hat viel dabei gesündigt. Energische Proteste der Studenten machten der Öffentlichkeit klar, daß die Alt-Heidelberg-Romantik nur eine Scheinwelt zeigt. Der "Bierstudent" ist in der jetzigen Notzeit doch etwas unwahrscheinlich, und niemand glaubt mehr so recht daran. Einen um so nachhaltigeren Eindruck machen aber die Krawallberichte. Sie erwecken nicht nur den größten Abscheu vor den Schreibern und Rohlingen sondern töten auch das Verständnis für die Not und Arbeit der Werkstudenten. In der öffentlichen Meinung wurde der "fidele Bruder Studio" zu Grabe getragen, dafür ist der "Krawallstudent" erstanden. Diese Bezeichnung darf aber mit Recht nur auf einen kleinen Teil innerhalb der gesamten Studentenschaft angewandt werden. Um überhaupt das Wesen des heutigen Studenten zu charakterisieren, sei zunächst in kurzen Zügen ein Bild des Studenten von gestern gezeichnet.

Im allgemeinen wurde das Studentenleben damals von 2 Faktoren besonders beeinflusst: vom Verbindungswesen und von der Sorglosigkeit im Wirtschaftlichen. Es soll hier nicht von den zahlreichen, vielleicht die Mehrheit bildenden Studenten des Mittelstands gesprochen werden, die stets nur unter großen persönlichen Opfern ihr Studium ermöglichen konnten, auch nicht von denen, die die Hohlheit des Verbindungswesens erkannten und sich davon zurückhielten, schließlich auch nicht von der kleinen Zahl, die ein

Interesse an politischen Problemen fand oder sich gar zu einer, der herrschenden Staatsauffassung ertgegengesetzten Meinung, dem Sozialismus, bekannte. Alle diese wirkten keineswegs bestimmend auf das studentische Wesen und Leben ein, wenigstens wie die Öffentlichkeit es auffaßte. Den Ton gaben die Söhne der hohen und begüterten Bevölkerungsklassen an. Die Folge des Gefühls "unter sich zu sein", das sie hatten, war eine besonders enge Verbundenheit untereinander und eine scharfe Abgrenzung gegen die minder bemittelten und somit auch minder gebildeten Volksschichten. Es herrschte ein studentischer Kastengeist, der sich in ihrer Kleidung, ihrer Lebensführung und ihrem Wesen deutlich ausprägte. Das Einkommen seines Vaters erlaubte dem jungen Studenten einige Semester seinem Verbindungsleben zu opfern und sich jenen studentischen Betätigungen zu widmen, die durch den Komment bestimmt wurden. Mit den Fragen des öffentlichen Lebens setzte man sich in jenen Kreisen nicht auseinander, man war staatserhaltend, und das genügte. Man sollte einst Führer der Nation werden und brauchte sich deshalb um ihre Sorgen nicht zu kümmern. »Auf die Juden schimpfen, den Germanen herauskehren, in Chauvinismus schwelgen, bei jedem patriotischen Rummel Hurra schreien; das ist die politische Betätigung der Couleur«, wurde 1897 in der Eröffnungsnummer des Sozialistischen Studenten gesagt, der als Beilage der Sozialistischen Monatshefte herauskam. Es ist erstaunlich, wie manche Punkte dieser zeitgenössischen Kritik auch heute noch auf eine bestimmte Gruppe von Studenten anzuwenden sind.

Ganz anders mußte sich das Leben der Generation gestalten, die nach der Rückkehr aus dem Krieg die Hochschulen bezog. Sie hatte das Ungeheuerliche des Kriegs am eignen Leib gespürt und kannte den Tod aus nächster Nähe, sie hatte mit ihren Volksgenossen die Leiden des Schützengrabenlebens geteilt. Sie konnte also nicht in den studentischen Kastengeist und in politische Interesselosigkeit zurücksinken. Die Studenten bildeten eigne Parlamente, und die einzelnen Staaten gaben ihnen das Recht ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten. Durch Krieg und Zusammenbruch hatte sich die Zusammensetzung der Studentenschaft erheblich geändert. Der "kleine" Mittelstand bildete jetzt das Hauptkontingent. (In den letzten Jahren stammt ein immer größerer Prozentsatz aus den Beamtenkreisen. Dieses Phänomen, das für das öffentliche Leben Deutschlands im-

mer größere Bedeutung gewinnt, sei einer besondern Betrachtung vorbehalten; diesmal scheidet es aus.) Es waren auch schon Bestrebungen im Gang Arbeiter auf die Hochschulen zu bringen, aber die Mittel, die für diesen Zweck aufgebracht werden konnten, waren völlig ungenügend. Überhaupt geriet die Studentenschaft in immer größere Not. »80 000 Studenten lebten unter dem Existenzminimum, 30 000 weit unter seiner Hälfte«, schrieb das Studentenwerk im Frühjahr 1931. Die Studenten waren gezwungen sich ihren Unterhalt zu erarbeiten. (Damals gab es ja noch genug Arbeit.) Das war die Geburtsstunde des Werkstudenten. Arbeiter wie Unternehmer unterstützten ihn auf seiner Suche nach Arbeit, und so öffneten sich ihm die Tore der Fabriken und Bergwerke. Außerdem wurden gemeinsame Küchen, Wäschereien, Schuhmachereien usw. geschaffen. Alle diese einzelnen Selbsthilfeeinrichtungen entwickelten sich im Lauf der Zeit zu der mächtigen Organisation, ohne die sich das Studentenleben heute nicht vorstellen läßt: dem Studentenwerk, das vom Reich, von den Ländern und von der Wirtschaft unterstützt wird, und das das oben zitierte gleichnamige Organ herausgibt. Es ist also ein großer Wandel eingetreten. Die Studenten leisten neben ihrem Studium Erwerbsarbeit. Sie lernen in ihr das Proletariat aus eigener Anschauung kennen. Ihr politisches Interesse wird durch die Selbstverwaltung mit ihren Studentenparlamenten wach erhalten. Die wichtigste Erkenntnis vermittelt ihnen aber das Studentenwerk; denn nur durch die einmütige Hilfe des ganzen Volks kann es aufrechterhalten werden. Dem Studenten wird es deshalb klar, daß er der Schuldner seines Volks ist. Die Generation, die alles dies aufgebaut hat, hat die Hochschulen verlassen, und eine neue ist gekommen, die keine von den Eigenschaften jener Kriegsgeneration besitzt, ihre Erlebnisse nicht kennt. Aber sie erbt das Recht auf Selbstverwaltung, sie erbt das Geschenk der Nation an die Studentenschaft, das Studentenwerk und die Studienstiftung des Deutschen Volkes. Sie soll als einzige Gegenleistung zeigen, daß sie die Größe dieser Vergünstigungen erkennt und ihrer würdig ist. Bevor wir nun dazu übergehen darzustellen, inwieweit die jetzige Studentengeneration diese Forderung erfüllt, sei ein kurzer Überblick über die genannten Einrichtungen gegeben. Die Aufgabe des Studentenwerks ist es bedürftige Studierende zu unterstützen. Dies geschieht in Form von direkten Stu-

dienbeihilfen, Stipendien, lang- und kurzfristigen Darlehen, Freitischen, Krankenpflege usw. An allen Hochschulen gibt es Wirtschaftskörper, die diese Fürsorge übernommen haben. Hier wird die Arbeit noch von Studenten unter der Leitung von Dozenten geleistet. Diese Wirtschaftskörper sorgen selbst für Finanzierung außer einem bestimmten Teil, der ihnen von der Zentrale aus Reichsmitteln zugeleitet wird. Die Darlehenskasse, die die Verleihung von langfristigen Darlehen an Examenskandidaten übernimmt, und die Vermittlung von Kuraufenthalten dagegen werden zentral geregelt. Anders ist der Aufbau der Studienstiftung des Deutschen Volkes. Sie ist eine Stiftung aus Reichs- und Staatsmitteln, die zentral verwaltet werden. An den einzelnen Hochschulen bestehen Zweigstellen. Ihren Mitgliedern will die Studienstiftung durch Stipendien ein sorgenfreies Studium sichern, damit sie nicht ihre Kraft für Nebenerwerb opfern müssen. (Jetzt reichen ihre Mittel nicht mehr dazu aus.) Die Stipendiaten werden sorgfältig ausgesucht und während ihres Studiums von Vertrauensleuten beobachtet. Nur bedürftige, sehr »begabte« und »würdige« Studenten werden in ihren Kreis aufgenommen. Schon der Abiturient kann sich um Aufnahme in die Studienstiftung bemühen, was natürlich erst vielen Unbemittelten erlaubt ein Studium aufzunehmen. Dies ist ein ganz besonderer Vorzug gegenüber den Wirtschafts- und Fürsorgeausschüssen, die sich erst des Studenten annehmen, der bereits 2 Semester absolviert hat. Diese Einrichtungen fördern also das Studium von jungen Menschen, die sonst nie den Weg zur Hochschule gefunden hätten. Zum erstenmal konnten auch junge Arbeiter und Arbeiterkinder in größerer Anzahl auf die Hochschule kommen. Bis dahin hatten Arbeiterstudenten keinen Rückhalt und verloren mindestens den Zusammenhang mit ihrer Klasse. Jetzt aber kamen sie als bewußte Vorkämpfer, um Bresche in die bürgerliche Front zu schlagen, die sich ihnen entgegenstellte. Damit aber kein falsches Bild von der Menge der Arbeiter auf der Hochschule entsteht: Es gibt heute erst 2,8 % Arbeiterstudenten. Man hat sich bis jetzt noch nicht zu einer bewußten Förderung der Arbeiterstudenten entschließen können, um andere Schichten nicht zurückzustellen. Mit Recht wird sie deshalb immer wieder von der Sozialistischen Studentenschaft verlangt, die darauf hinweist, daß dadurch der Arbeiterklasse ja nur die Möglichkeit gegeben wird den Vorsprung, den die übrigen



Volksklassen vor ihr haben, aufzuholen. Es könnte nun durch die Schilderung von den Unterstützungseinrichtungen der Eindruck hervorgerufen werden, daß die Studenten vor aller Not geschützt sind. Leider steht es so, daß die Mittel bei weitem nicht ausreichen. Der Bedarf ist zu sehr gestiegen, obgleich ein großer Teil bedürftiger Studenten nicht berücksichtigt wird, weil er die Anforderungen nicht erfüllt. Die Lage der heutigen Generation hat sich im Verhältnis zu der der Kriegsgeneration insofern verschlimmert, als es heute unmöglich ist einen Nebenerwerb zu finden.

Wie steht die jetzige Generation zum Studentenwerk? Bei der Untersuchung dieser Frage muß man mit Bedauern feststellen, daß von der ursprünglichen Idee, nämlich der studentischen Selbsthilfe, nicht mehr viel übrig blieb. Die Studenten haben allzu leicht auf ihr Recht und ihre Pflicht zur unmittelbaren Mitarbeit verzichtet. Die eigentliche Arbeit liegt in Händen von Geschäftsführern, deren Selbständigkeit und Einfluß fast unbeschränkt sind. Die Wirtschafts- und Fürsorgeeinrichtungen werden vielfach als Selbstverständlichkeit hingenommen. »Wer die Arbeit von ihrem Anfang an mit offenen Augen beobachtet hat, der konnte schon während der letzten Jahre eine immer stärker werdende Bürokratisierung feststellen.« Diese Kritik, die im Studentenwerk Mitte 1931 zu lesen war, stammt von einem Mann, der mitten in dieser Arbeit steht. Die Studenten haben also in ihrer großen Mehrheit schon hierbei versagt. Die Beteiligung am Studentenwerk ist übrigens noch unter politischem Gesichtspunkt zu betrachten.

Das einmal erregte politische Interesse ist im Lauf der Zeit in der Studentenschaft immer weiter gestiegen. Die Korporationen bestehen zwar noch, ihr Einfluß schwindet aber mehr und mehr. Die Corps müssen sehr werben, um Mitglieder zu bekommen, und es ist sogar bekannt, daß einige von ihnen mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund ein Arbeitsabkommen schließen mußten, um ihre Mitglieder zu halten. Die Burschenschaft steht vor der gleichen Frage, ihren Mitgliedern fehlt eine große mitreißende Idee, und sie suchen sie im Nationalsozialismus. »Welche innere Idee hat denn heute die Burschenschaft? Man nenne mir doch die Idee, die das Bestehen der Burschenschaft in ihrer heutigen Form als Korporation innerlich rechtfertigt.« So kann man in ihrem eigenen Verbandsorgan, den Burschenschaftlichen Blättern, lesen. Die politische

Frage ist eben zu einer Lebensfrage für die Verbindungen geworden. Ihre heftigen Konkurrenten sind die politischen Gruppen geworden. Alle Auffassungen von ganz links bis ganz rechts sind unter ihnen vertreten. Dabei ist festzustellen, daß die Mehrheit der Nachkriegsgeneration sich von der Republik abgewandt hat und zu ihren Feinden gehört. H. Aschoff vom Stahlhelmstudentenamt Berlin spricht in der Deutschen Akademikerzeitung vom 1. September 1931 von dem problematischen Verhältnis zwischen Staat und Studentenschaft und erklärt es damit, »daß der Staat ... durch Krieg und Revolution in einen krisenhaften Zustand geraten ist, so daß die formalistische Autorität dieses "Ganzen" gegenüber der Studentenschaft als Einzelglied einfach nicht mehr funktioniert«; wenn der Staat Subordination verlange, so fehle ihm »hierfür jegliche moralische Berechtigung«, es sei für die Studentenschaft »ein Gebot der Selbstachtung ... daß sie dem "Staat", so wie er ist, und wie er sich ihr gegenüber gibt, den Krieg erklärt«. Er spricht der bestehenden Volksgemeinschaft das sittliche Recht ab an die Studenten die Forderung zu richten ihr zu dienen, bezeichnet sie als »Sauhaufen« und kennzeichnet sie als »zu unsittlichem Klassenkampf entartetes Ständetum ... Untergang des anständigen Menschen und organisierten Durchbruch zur Unanständigkeit«.

In diesem Artikel macht sich der gleiche Ungeist bemerkbar, der bei den Krawallen zum Ausdruck kommt. Alle Entschuldigungen, daß die Jugend revoltiere, weil sie keine Aussicht auf Arbeit habe, und weil sie jetzt Not durchmache, dürfen hier nicht gelten. Es ist nicht die Lage des jungen Akademikers, die die Krawalle bewirkt. Diese nämlich entstehen gar nicht spontan, sie sind organisiert. Fast regelmäßig am Anfang oder Ende eines jeden Semesters pflanzt sich eine Welle von Unruhen von Hochschule zu Hochschule. Außerdem finden sie nicht nur unter Studenten statt, sondern die Veranstalter sorgen rechtzeitig für Zuzug von "außen". Wenn man den oben zitierten Artikel und die Krawalle zusammennimmt, muß man denken, daß die Studenten seit 1897, dem Jahr der Kritik des Sozialistischen Studenten, sich wenig entwickelt haben. Doch sei festgestellt, daß diese ungeistige Haltung von der großen Mehrzahl der Studenten abgelehnt wird, bis weit in die Kreise der geschworenen Feinde der Republik hinein. Den Kreisen, die die Mehrheit in der Studentenschaft bilden, stehen die anderen

gegenüber, die von der Kriegsgeneration das beste erben: nämlich das Bewußtsein in der Schuld des Volks zu stehen, daß das gesamte Volk große Opfer bringt, um ihnen das Studium zu ermöglichen; kostet doch jeder Student den Staat jährlich mehr als 1100 Mark. Diese Erkenntnis erweckt in diesen Studenten ein tiefes Verantwortungsbewußtsein, das sie veranlaßt sich vor allem ihrer Arbeit zu widmen und den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzunehmen.

So stehen die Fronten innerhalb der Studentenschaft, die das Recht hat ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten. Es entsteht die Frage, inwieweit eine Selbstverwaltung hier noch am Platz ist. Praktisch wirkt sie sich nicht mehr als Selbstverwaltung aus sondern als Terrorisierung der andersdenkenden Studenten von seiten der Nationalsozialisten und ihrer Gefolgschaft. Das liegt an dem organisatorischen Aufbau der Gesamtstudentenschaft. Ursprünglich waren und sind auch heute noch außer in Preußen und Baden alle Studenten zwangsweise Mitglieder der Deutschen Studentenschaft. In Preußen und vor kurzem auch in Baden kam es zu Differenzen mit dem Kultusministerium, in deren Verlauf der Studentenschaft das Recht auf Selbstverwaltung und Vertretung der Gesamtstudentenschaft entzogen wurde. Alle republikanischen Studentenorganisationen im Reich schlossen sich daraufhin im Deutschen Studentenverband zusammen. So besteht der merkwürdige Zustand, daß die Deutsche Studentenschaft sich im Reich zu Unrecht als Vertreterin der gesamten Studentenschaft bezeichnet und dadurch beweisen will, daß sie unpolitisch sei; während sich die republikanischen Organisationen ganz offensichtlich von ihr getrennt haben. Diese Behauptung wird durch den Ausgang der Wahlen an den einzelnen Universitäten und vor allem durch den diesjährigen Deutschen Studententag in Graz widerlegt, auf dem der neue Vorstand der Deutschen Studentenschaft gewählt wurde, der aus 2 Nationalsozialisten und 1 Korporationsstudenten besteht. Dies ist eine offene Kampfansage an die Republik.

Genau so problematisch wie eine Selbstverwaltung bei dem jetzigen Stand der Studentenschaft ist ihre Beteiligung am Studentenwerk. Die Studenten sind im Verwaltungsrat des Studentenwerks mit 2 Mitgliedern im Vorstand und 3 Mitgliedern vertreten, die in jedem Jahr neu gewählt werden. Der hierbei herrschende Wahlmodus ist so gehalten, daß eine noch so starke Minderheit, und wäre sie nur

um eine kleine Anzahl Stimmen geringer als die Mehrheit, keinen Sitz zu erringen vermag. Es ist also nicht schwer zu erraten, daß im Vorstand des Deutschen Studentenwerks von studentischer Seite kein Republikaner, sondern nur Feinde der Republik sitzen, im Vorstand einer Organisation, die vor allem aus Mitteln dieser Republik unterstützt wird. Es kann nicht oft genug und deutlich genug auf diesen Widersinn hingewiesen werden, und die republikanischen Organisationen müssen nunmehr die Forderung nach einer Verstaatlichung des Studentenwerks erheben, in dem die studentische Mitarbeit zu einer Illusion geworden ist. Die von der Kriegsgeneration ererbten Güter werden also heute von der Studentenschaft nicht mehr richtig verwaltet. Die Studenten, die vielleicht die Voraussetzungen zu einer sinnvollen Fortführung des Erbes besitzen, müssen seine Beseitigung verlangen, um das Reich, dessen Interessen sie vor allen anderen fördern wollen, vor Schaden zu bewahren. Das bestimmt die Studenten dazu ihre Arbeit nicht nur auf den innenpolitischen Kampf gegen die Feinde der Republik zu beschränken sondern auch auf dem Gebiet der Außenpolitik, soweit es in ihren Kräften steht, mitzuarbeiten. Von den einzelnen Organisationen werden Grenzlandtreffen mit den Studenten der Nachbarvölker veranstaltet. Außerdem arbeiten sie ständig mit in der Deutschen Sektion der Vereinigung für Studentische Völkerbundsarbeit. Vor allem haben sie die Wichtigkeit guter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich für die spätere Entwicklung ganz Europas erkannt und deshalb mit besonderer Anstrengung an der Ermöglichung direkter deutsch-französischer Aussprachen gearbeitet. Im vorigen Jahr schon fand ein solcher Kongreß in Mannheim statt. Damals wurde ein ständiges Deutsch-Französisches Studentenkomitee geschaffen, dem außer dem Deutschen Studentenverband auch noch die volksparteiliche und andere Gruppen angehören. In diesem Jahr ist die Arbeit fortgesetzt worden und wird hoffentlich trotz den finanziellen Schwierigkeiten auch in den nächsten Jahren nicht unterbrochen werden. Wie wichtig diese Arbeit ist, zeigt sich darin, daß die Front der sich beteiligenden Organisationen in Frankreich wie in Deutschland sich immer mehr verbreitert. Es wurde bisher mit Absicht noch nicht von der studierenden Frau gesprochen. Selbstverständlich ist das rasche Anwachsen des Frauenstudiums nicht ohne Einfluß auf das Hochschulleben gewesen.

Aber die Studentin hat sich so gut eingelebt, daß sie spezifisch als studierende Frau nicht mehr zur Geltung kommt. Sie hat gar keine Eigenentwicklung innerhalb der Hochschule aufzuweisen. Das mag daran liegen, daß augenblicklich die studierende Frau keine Interessen im Gegensatz zum studierenden Mann zu vertreten hat. Früher, in den Anfängen des Frauenstudiums, lagen die Dinge anders, ein Zusammenschluß der Studentinnen war notwendig. Wenn die Entwicklung auf dem akademischen Arbeitsmarkt so weiterschreitet, und die Tendenz vielleicht allgemeiner wird die Frauen aus ihren Berufen zu entfernen, wird eine spezifische Frauenvertretung möglicherweise nötig und von Nutzen sein. Aber, wie gesagt, heute hat die Studentin nicht das Bedürfnis sich mit ihren Kommilitoninnen zusammenzuschließen. Diese Tendenz spüren die Akademikerinnen- und Studentinnenvereinigungen sehr. Selbst die Aufstellung des sogenannten Rasseprinzips als Grundforderung für die Mitgliedschaft kann solch einer Vereinigung keine Mitglieder werben. Der größte Teil der Studentinnen ist politisch völlig desinteressiert und konzentriert sich auf sein Fachstudium. Von den politisch interessierten Frauen sind die meisten wohl in den Reihen der Sozialistischen Studentenschaft zu finden. Allerdings haben sich auch Studentinnen für den Nationalsozialismus (der der Frau die Gleichberechtigung abspricht) begeistern können, aber es sind ihrer nur wenige.

Greift man nach diesen Darlegungen auf die anfangs gestellte Frage zurück, ob die Studenten noch eine Wesenseinheit bilden, so muß man sie verneinen. Sie kommen sozial und politisch aus zu verschiedenen Lagern, als daß sich eine gemeinsame geistige Grundlage für eine Studentenschaft ergeben könnte.

Deutsch-franzö- Französische und deutsche  
sisches Studen- Studenten hatten sich am 17.  
tentreffen

August in Marseille zu einer Aussprache über die Probleme getroffen, die eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich erschweren; sie dauerte bis zum 23. August. Aus welchen Kreisen die deutschen Studenten stammten, ist oben dargelegt worden. Unser Interesse gilt hier den jungen Franzosen und Französischen, die die Notwendigkeit einer solchen Aussprache erkannt und den festen Willen haben an einer deutsch-französischen Verständigungsarbeit aktiv Anteil zu nehmen. Es sollen nur einige Eindrücke über sie wiedergegeben werden.

Die verschiedensten sich widersprechenden Typen hatten sich zur Arbeit an der gemeinsamen großen Idee in Marseille zusammengefunden. Da fand man den Denker, der sein Äußeres vernachlässigt; er war gewissermaßen nur Kopf. Sein Gegenspiel war der "Jugendbewegte", ein Typus, der in Frankreich ziemlich selten ist; den ganzen Tag konnte er, selbst bei der unerträglichsten Hitze, in dem in Deutschland erstandenen Trainingsanzug herumlaufen. Man sah den großgewachsenen blonden Nordfranzosen, still und zurückhaltend, dann den Südfranzosen, der allerlei tolle Dinge vollbrachte, dunkel, lebhaft, übermütig, mit einer Phantasie begabt, die unter der Einwirkung der Marseiller Sonne alles größer sehen und unmittelbarer empfinden ließ. Unter ihnen war der liebe "patente Junge", wie man in Berlin sagen würde, und der phlegmatische Bürgersohn aus der Provinz, dem man so recht seine Erdgebundenheit anmerkte. Schließlich fand man noch den Pariser, der sich in seiner formgewandten Weltstadtkultur merklich von seinen übrigen Landsleuten abhob, und den Elsässer mit seiner besondern regionalen Kultur. Unter den Studentinnen sah man die kleine Naive (bei der man freilich nicht immer wußte, ob die Naivetät echt war oder gespielt: was aber auch nur eine andere Form der Naivetät war) und das intellektuelle Mädchen, das es wagte selbständig an die Erörterung von Problemen zu gehen, aber dabei nicht vergaß ihre Erscheinung zu pflegen. Genau so verschieden wie ihre persönlichen Eigenschaften waren die politischen Lager, aus denen diese Vertreter entsandt waren. Sozialisten und antiklerikale Liberale, Katholiken und Antiklerikale hatten sich zu friedlicher Arbeit zusammengefunden. Dem Beobachter fielen aber einige Züge auf, die allen französischen Delegierten gemeinsam waren. Sie waren im allgemeinen mehr begeistert, undiplomatischer als die Deutschen. Sie waren alle von einem ungeheuren Pazifismus gradezu besessen und zeigten bewundernswerte Lust und Ausdauer im Entwerfen von Resolutionen. An dem Pazifismus, der wirklich aufrichtig ist, kann man erst erkennen, wie sehr die Franzosen ein Grauen vor dem Krieg haben, der ihnen ihr Land verwüstete. Und die Vorliebe für Resolutionen kommt vielleicht aus dem starken Sinn für Klarheit und Logik, wenn man auf diese altbeliebte Schablone zurückgreifen will (die man nur mit größter Vorsicht anwenden sollte). Die französischen Studenten haben während des Kongresses wirklich gute Arbeit

geleistet. Sie waren eifrig und gut bewandert und äußerst pünktlich, viel pünktlicher als die Deutschen. Das hatte aber seinen Grund, wie ein Franzose erzählte, nicht in der angeborenen Pünktlichkeit sondern in dem nicht allzu bequemen Lager, das ihnen das Aufstehen erleichterte. Während die Deutschen wunderschön untergebracht waren, hatten die Franzosen ihr Quartier in einer Art Jugendherberge. (Dies wurde von vielen Deutschen, trotz aller Freundlichkeit, die darin für sie lag, als unangenehm empfunden.) Die französischen Studenten sind wirklich gute Arbeiter, sie leisten in ihrem Studium sehr viel. Der Studiengang in Frankreich ist ja etwas anders als in Deutschland. Der Student muß mehrere Male Zwischenprüfungen ablegen. Dadurch ist er natürlich gezwungen auf ein bestimmtes Ziel hinzuwirken, wenn er nicht hinter seinen Studiengenossen zurückbleiben will. Und er hat große Ausdauer. Vormittags kann er in seiner Fakultät und nachmittags in der Bibliothek sitzen, ganz wie sein arbeitsamer deutscher Kommilitone. Nur, er hat weniger Ablenkung als dieser. In Frankreich kennt man das Korporationswesen nicht. (Es war eine Sensation, als beim Schlußbankett einige deutsche Studenten einen Salamander rieben.) Man liebt es dort nicht sehr sich in Organisationen zusammenzuschließen. Um so mehr ist es anzuerkennen, wenn durch die Begeisterung für eine politische Idee diese Abneigung überwunden wird. Die Studentin gibt ihrem Kommilitonen übrigens in Tüchtigkeit und Intelligenz nichts nach. Durch ihr erwachendes Interesse an der Politik beweist sie, daß sie die Vorurteile, die noch für ihre Erziehung maßgebend waren, überwindet und sich schließlich die völlige politische Gleichberechtigung erringt.

**Kurze Chronik** Einer großen *Tierquälerei* wurde ein Ende bereitet.

Das preußische Landwirtschaftsministerium bestimmte, daß die Pferdetransporte von Polen nach Frankreich in Berlin ausgeladen, und die Tiere gefüttert und getränkt werden sollen. Bisher war es so, daß die kleinen struppigen Polenpferde, die als Schlachtpferde verkauft wurden, in Polen eingeladen wurden, und kein Mensch sich mehr um sie kümmerte. 70 Stunden lang blieben die Tiere in ihren Wagen eingekerkert, ohne Futter und Trank. Wegen der Gefahr einer Seucheneinschleppung hatte man es bisher unterlassen die Transporte in Berlin auszuladen. Jetzt sind vom Reichs-

gesundheitsamt, vereint mit den Pferdenschutzvereinigungen, die nötigen Maßnahmen getroffen worden, die es gestatten bei Wahrung aller Sicherheit gegen Seuchen den Tieren ein wenig ihren Leidensweg zu erleichtern. ◊ Ein ähnlicher Vorfall wie der mit Roland Hayes (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 724) ereignete sich in Budapest. Der Arzt und Boxerchampion Ramon Costello, ein *Neger*, wurde aus einem Wellenbad ausgewiesen, weil sich mehrere Gäste weigerten im selben Bassin zu baden. Die Sache wurde im Stadthaus behandelt, und die Badedirektion wurde angewiesen unverzüglich Costello Zutritt zum Bad zu gewähren. Begründet wurde diese Entscheidung damit, daß die ungarischen Gesetze keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Menschenrassen kennen. Ungarn beschämt Amerika. ◊ Die kriegerischen Ereignisse in der Mandschurei hatten auch in Berlin ihre Auswirkungen. Eine Zeitlang herrschte zwischen den dort wohnenden *Chinesen und Japanern* ein regelrechter Kriegszustand. Die Chinesen zwangen die Inhaber der Lokale, in denen ostasiatische Speisen verabreicht werden, Plakate anzubringen, die den Japanern den Zutritt verboten. Einige mutige Japaner gingen trotzdem dorthin und setzten sich körperlichen Mißhandlungen aus. Die Polizei schritt ein, die Plakate wurden entfernt, doch damit zogen auch die Chinesen. Sie führen jetzt einen strengen Boykott gegenüber den Lokalen durch. Man konnte vor den einzelnen Lokalen Chinesen sehen, die aufpaßten, daß keiner ihrer Landsleute zum "Streikbrecher" wurde. ◊ Die Versuche eine allgemeine *Welthilfssprache* zu schaffen werden fortgesetzt. Esperanto, Ido usw. hatten besonders in den englischsprechenden Ländern keine große Verbreitung gefunden. Der schwedische Philologe Richard Zachrisson ist auf den Gedanken gekommen das Englische, das wegen seiner einfachen Grammatik besonders geeignet sei, zur Grundlage für eine neue Welthilfssprache zu machen. Sein System hat er *Anglic* genannt. Wenn dieses *Anglic* eine Vereinfachung des Englischen, besonders in der Schreibweise, bringt, kann es gute Dienste tun. Doch bleibt es am besten auf die angelsächsischen Imperien beschränkt. Eine weitere *Anglisierung* Deutschlands fördert nicht die Tendenz zum Vereinigten Europäischen Kontinent. Bedürfen die Völker des Festlands einer Hilfssprache, so sollen sie sie nicht dem Englischen entnehmen sondern als Synthese ihrer eigenen Sprachen bilden.